Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 5078

LEITZ

Leitz A 85

Beiakten zu

1 Js 1/65 (RSHA)

betreffend den Prozeß

Friedrich Bobhammer

I

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 5078

Hefte-

AA

2145/42 g (1090)

IV B 4 — 18. 3. 1942 — M. — Abbeförderung von Juden aus der Slowakei

IV B 4 a — 15. 5. 1942 — M. Günther — Abschiebung der Juden aus der Slowakei

IV B 4 — 2. 6. 1943 — M. Eichmann, B. Fingernagel — Aussiedlung der Juden aus der Slowakei – Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe gegen die staatlichen antijüdischen Maßnahmen

IV B 4 — 8. 1. 1944 — M. Eichmann, B. Fingernagel — Endlösung der Judenfrage in der Slowakei

IV B 4 — 7. 2. 1944 — M. Eichmann — Endlösung der Judenfrage in der Slowakei

Schreiben des Judenberaters Richter aus Bukarest vom 10. 6. 1943 über den Besuch der slowakischen Journalisten Haber in den Judenlagern in Osten an Bobrowski

Ankündigung eines Drahtbriefs Eichmanns (13. 3. 1942) bez. Vorbesprechungen über die Evakuierung von 20.000 Juden aus der Slowakei

Ankündigung eines Drahtbriefs Stubers (21. 4. 1942) bez. Regelung der vermögensrechtlichen Fragen

Ankündigung eines weiteren Drahtbriefs Eichmanns (21. 5. 1942) bez. die laufenden Evakuierungen von Juden aus der Slowakei

Ankündigung eines Drahtbriefs Novaks (6. 6. 1942) bez. Teilnahme an Vorbesprechungen

AA Preßburg 312/5

Fernschreiben

G-Schreiben

Berlin, den 13.III.1942 13,2o Uhr

Preßburg, den 13.III.1942 14,1o Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Eing. 13. MRZ. 1942

Nr.374 Demnächst treffen dort ein:

1)Oberstammführer Alfred Weidenmann, der vom 14.3. bis 15.4. zu Verhandlungen mit der NASTUP-Filmgesellschaft wegen des Verleihs und Einsatzes des Weidemann Films "Hände hoch" reist.-

2) SS-Obersturmbannführer Eichmann im Auftrage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zu Vorbesprechungen zur Evakuierung von 2o.ooo Juden aus der Slowakei.

Garben

Original
Büro. 12 Nr. 1

2. Durchschrift (Durchschlag)

z.R. Herrn Gesandtschaftsrat Wisliceny.

Ich bitte Herrn

Klee zu.

Wisliceny

Ni: Nr. 1 Durchschlag

wol. Ni/17.III.42 16.3.

Pol. H Nr. 2

AA Preßburg 312/5

FERNSCHREIBSTELLE
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT
PRESSBURG

196
Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen:
Datum: 26.3. 1942
um: 1940 Uhr
von: Krause Klu
durch: Klu

Vermerke:

MIT G SCHREIBER =

FERNSCHREIBEN

von:

S BCN AUSW NR 176 20.3. 19.20 =

19.40 NR 176 ERH D G PBG KLU +

an:

DIPLOGERMA PRESSBURG

20 MRZ 1942

Bestimmungsort

NR 417 = DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI D UND DES SD, BERLIN - TEILT MIT SCHREIBEN VOM 18. MAERZ 1942 BETR.: ABBEFOERDERUNG VON JUDEN AUS DER SLOWAKEI FOLGENDES MIT: IM RAHMEN DIESER AKTION IST VORGESEHEN, DER SLOWAKEI DIE ZAHLUNG EINES BETRAGES VON RM 500.-- FUER JEDEN ABGENOMMENEN JUDEN AN DAS REICH ZU UEBERTRAGEN. =

X X 3

DER ERWAEHNTE EINMALIGE BETRAG VON RM 500.-- JE KOPF DIENT ZUR BESTREITUNG DER KOSTEN, DIE BEI DER UNTERBRINGUNG, VERPFLEGUNG, BEKLEIDUNG UND UMSCHULUNG DIESER JUDEN IN NAECHSTER ZEIT ENTSTEHEN WERDEN. ZU BERUECKSICHTIGEN IST HIERBEI, DASS ERFAHRUNGSGEMAESS DIE ARBEITSLEISTUNG DER NOCH NICHT UMGESCHULTEN JUDEN AN SICH AEUSSERST GERING IST UND SICH DIE UMSCHULUNG ERST IN EINIGER ZEIT AUSWIRKEN WIRD. -

UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES AUGENBLICKLICHEN JUEDISCHEN VERMOEGENS IN DER SLOWAKEI (UEBER 3 MILLIARDEN SLOWAKISCHE KRONEN) WIRD OHNE WEITERES ANGENOMMEN, WIE AUCH BEREITS BESTAETIGT WURDE, DASS VON SEITEN DER SLOWAKEI GEGEN DIESE REGELUNG NICHT NUR KEINE EINWENDUNGEN ERHOBEN WERDEN, SONDERN DIE ZAHLUNG DIESES BETRAGES UEBERNOMMEN WIRD.-

ICH BARE UM ENTSPRECHEND BALDIGE WEITERE VERANLASSUNG BITTEN, DA BEREITS IN DEN NAECHSTEN TAGEN NACH ABSCHLUSS DER IN PASSAU STATTFINDENEN

AA Preßburg
3/2/5

FAHRPLANKONFERENZ, BEI DER U.A. DIE FAHRPLAENE FUER DIESE 20 TRANSPORTE UNTER HERANZIEHUNG EINES VERTRETERS DES SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND VERKEHR - EISENBAHNSEKTIONEN - ERSTELLT WERDEN, DIE ERSTE TRANSPORTE DIESER AKTION GEFAHREN WERDEN.''

ES WIRD UM BEEILTE STELLUNGNAHME HIERZU GEBETEN.

LUTHER ++++

AA Preßburg 312/5

Deutsche Gesandtschaft
20. MRZ. 1942
Anl.

Fernschreiben

G-Schreiben

Berlin, den 2o.III.1942 19,2o Uhr

Preßburg, den 2o.III.1942 19,4o Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Nr.417

Der Chef der Sicherheitspolizei D und des SD, Berlin - teilt mit, Schreiben vom 18.März 1942 betr.: Abbeförderung von Juden aus der Slowakei folgendes mit: Im Rahmen dieser Aktion ist vorgesehen, der Slowakei die Zahlung eines Betrages von RM 5oo,-- für jeden abgenommenen Juden an das Reich zu übertragen.

Der erwähnte einmalige Betrag von RM 5oo,-- je Kopf dient zur Bestreitung der Kosten, die bei der Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Umschulung dieser Juden in nächster Zeit entstehen werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß erfahrungsgemäß die Arbeitsleistung der noch nicht umgeschulten Juden an sich äußerst gering ist und sich die Umschulung erst in einiger Zeit auswirken wird.-

Unter Zugrundelegung des augenblicklichen jüdischen Vermögens in der Slowakei (über 3 Milliarden) slowakische Kronen wird ohne weiteres angenommen, wie auch bereits bestätigt wurde, daß von seiten der Slowakei gegen diese Regelung nicht nur keine Einwendungen erhoben werden, sondern die Zahlung dieses Betrages übernommen wird.-

Ich darf um entsprechend baldige weitere Veranlassung bitten, da bereits in den nächsten Tagen nach Abschluß der in Passau stattfindenden Fahrplankonferenz, bei der u.a. die Fahrpläne für diese 2o Transporte unter Heranziehung eines Vertreters des slowakischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und Verkehr- Eisenbahnsektionen - erstellt werden, die ersten Transporte dieser Aktion gefahren werden.

Es wird um beeilte Stellungnahme hierzu gebeten.

Luther

Abtransp. [illegible]

Vol. 4 Nr. 2

AA Preßburg
312/5

Auswärtiges Amt
DV —M— 88 937

Berlin, den 21. April 1942

Deutsche Gesandtschaft
Preßburg
25. APR. 1942
2476

SS-Stubaf. Reg. Rat Suhr

reist — ~~reisen~~ **im Auftrage** — ~~im Einverständnis~~
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD ...

in der Zeit vom **bis** 3.5.42

nach der Slowakei

Reisezweck: Regelung der mit der Abschiebung der Juden aus der Slowakei nach dem Osten zusammenhängenden vermögensrechtlichen Fragen.

An
die Deutsche Gesandtschaft
Preßburg

Im Auftrag

DV B 3 C/0294

AA Preßburg
312/15

Auswärtiges Amt

Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74—76

26. Mai 1942

AA Preßburg 312/5

Nr. D III 2873

Deutsche Gesandtschaft
Preßburg
-3. JUN. 1942
Eingb. Nr. 3 3 2 5
Geld ... Anl.

10/6

Abschrift

der Deutschen Gesandtschaft
Pressburg

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

Handschrift

AA Preßburg 312/5

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

IV B 4 a 2145/42g (1090)

Berlin SW 11, den 15. Mai 1942
Prinz-Albrecht-Str. 8

An das
Auswärtige Amt
z.Hdn.v.Herrn Leg.Rat R a d e m a c h e r o.V.i.A.

B e r l i n .

Betrifft: Abschiebung der Juden aus der Slowakei.

Bezug: Dort.Schreiben vom 4.5.42
- D III 2006 Ang. II -

Auf das dortige Schreiben vom 4.5.1942 teile ich zur gefälligen Kenntnisnahme mit, dass in der Zeit vom 25.3. bis 29.4.1942 die ersten 20.000 - in der Mehrzahl arbeitsfähige - Juden aus der Slowakei nach Auschwitz und Lublin abgeschoben wurden. Inzwischen hat am 4.5.1942 die Abschiebung von weiteren 20.000 Juden nach Lublin eingesetzt. Es ist beabsichtigt, sofern nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten, die Aktion anschliessend in dem Umgange fortzusetzen, dass mit einer Evakuierung von monatlich etwa 20.000 bis 25.000 Juden aus der Slowakei zu rechnen ist.

Die Bereitstellung von rollendem Material seitens der Slowakischen Regierung erleichtert die technische Durchführung der Evakuierung erheblich, da es der Deutschen Reichsbahn z.Zt. auf Grund der angespannten Verkehrslage nur schwer möglich wäre, die erforderlichen Sonderzüge zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage:
gez. Günther

Pol. II M 2

AA Preßburg 3/215

Auswärtiges Amt

DV —M— SS 436

Berlin, den 21. Mai 1942

Deutsche Gesandtschaft
Preßburg
Eing. 27. MAI 1942
Tgb. Nr. 3159
Anl.

SS-Obersturmbannführer Eichmann

reist — ~~kommt~~ im Auftrage — ~~im Einvernehmen~~
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

in der Zeit vom 26.5. **bis** 28.5.42

nach der Slowakei

Reisezweck: Besprechungen von Fragen im Zuge der z.Zt. laufenden Evakuierungsaktion von Juden aus der Slowakei

An

die Deutsche Gesandtschaft

in Pressburg

Im Auftrag

Pol. 4 Nr. 2

DV M 3 C/8204

AA Preßburg 342/5

FERNSCHREIBSTELLE
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT
PRESSBURG

60

Aufgenommen:
Datum: 6/11 19 42
um: 21 Uhr 30
von: Durc. Blau
durch: Pra

FERNSCHREIBEN

von:

S BERLIN AUSW NR 60 6/6 21.30 =

Bestätigung NR 60 ERH 2130 DG RBG KOZ +

an:

DIPLOGERMA PRESSBURG

Vermerke:

GSCHREIBER =

NR 850 =

Bestimmungsort

DEMNAECHST TREFFEN DORT EIN :

1. SS - OBERSTURMFUEHRER NOVAK IM AUFTRAGE DES CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD , UM ALS VERTRETER DES REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTES AN DER ZWISCHEN DEN VERTRETERN DES REICHSVERKEHRSMINISTERIUMS UND DES SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND VERKEHR ANGESETZTEN FAHRPLANKONFERENZ '' ABBEFOERDERUNG VON JUDEN '' TEILZUNEHMEN . REISEDAUER BIS 12.6.42.-

2. REICHSBAHNDIREKTOR KOESTERS REICHSBAHNRAT BEBENROTH OBERREICHSBAHNRAT ROEHMER ABTEILUNGSPRAESIDENT SCHARRER UND OBERREICHSBAHNRAT MEYER IM AUFTRAGE DES REICHSVERKEHRSMINISTERS ZUR TEILNAHME AN BESPRECHUNGEN UEBER FRAGEN VON JUDENTRANSPORTEN .
REISEDAUER BIS 15.6.42. = KRIEGER +

AA Preßburg 3425

Abschrift mit 2 Durchdrucken

Fernschreiben
vom Auswärtigen Amt Berlin
an Diplogerma Pressburg
6.6.42 21 Uhr

Eing. -7. JUN 1942
Tgb. Nr. ....
Geld ..... Mnl.

G- Schreiber -
Nr. 850

Demnächst treffen dort ein :
1. SS - Obersturmführer Novak im Auftrage desChefs der Sicherheitspolizei und des SD , um als Vertreter des Reichssicherheitshauptamts an der zwischen den Vertretern des Reichsverkehrs - ministeriums und des slowakischen Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Verkehr angesetzten Fahrplankonferenz - Abbeförderung von Juden - teilzunehmen. Reisedauer bis 12.6.42

2. Reichsbahndirektor Koesters Reichsbahnrat Bebenroth , Oberreichsbahnrat Roehmer , Abteilungspräsident Scharrer und Oberreichs - bahnrat Meyer im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums zur Teilnahme an Besprechungen ~~von~~ über Fragen von Judentransporten. Reisedauer bis 15.6.42

gez. Krieger

Telefonisch erledigt
am 10.6.1942
Schröder v.
1.) Kanne gesprochen
2.) Visiting gesprochen

AA Inl. II g 205

A.A. eing. 16. IV. 2 nachm.

eutsche Gesandtschaft

Preßburg, den 13. April 1943.

Nr. 212 g

Betrifft: Hirtenbriefe der slowakischen Bischöfe gegen die staatlichen antijüdischen Massnahmen.

Geheim

Auswärtiges Amt
Inl II 932 g
eing. 16. APR. 1943
Anl. (2 fach) Dopp. d. Eing.

: Durchdrucke
Anlage

Es wurde durch die slowakischen Bischöfe den katholischen Geistlichen ein Hirtenbrief zugestellt mit der Auflage, ihn am 21. März in allen Kirchen zu verlesen. Der Text liegt als Anlage in Uebersetzung bei.

Soweit heute zu übersehen ist, hat die Verlesung in der Oeffentlichkeit eine sehr verschiedene, vielfach aber auch eine solche Aufnahme gefunden, wie sie nicht beabsichtigt war. Während angeblich an einzelnen Orten die Geistlichen sich weigerten die Verlesung durchzuführen, sollen in anderen Kirchen in der Predigt Kommentare mit der offenkundigen Absicht, die Bevölkerung zu beruhigen bezw. die Wirkung des Hirtenbriefes abzuschwächen gegeben worden sein. Im allgemeinen kann festgestellt werden, dass sowohl in politischen wie auch in kirchlichen Kreisen eine weitgehend negative Wirkung festgestellt werden kann. Die aus Erfahrung grundsätzlich antisemitische Einstellung des slowakischen Volkes sowie die in den letzten Jahren konsequent durchgeführte und von uns gesteuerte antisemitische Propaganda hat doch einen Boden geschaffen, der für derartige oberhirtliche Auslassungen nicht mehr geeignet scheint.

Wie mir von zuverlässiger Seite bekannt geworden ist, sind diese Erwägungen bereits bei der Abfassung des Briefes lebhaft angestellt worden.

- 2 -

irtige Amt
in Berlin

K213041 H522841

477191

C/D459

 AA Inl. II g 205

Der Text habe bei einigen Bischöfen Widerspr
ausgelöst und die Widerstände seien so stark
wesen, dass man sich schliesslich geeinigt h
ihm den hochoffiziellen Charakter zu nehmen.
wurde er dann nicht, wie bisher immer üblich
der bischöflichen Druckerei, sondern in der
katholischen Pressekanzlei gedruckt. Es fe
Siegel, Unterschrift und amtliche Nummer. V
jenem Teil des Klerus, der die Verlesung in
Kirche ablehnte, wurden diese Umstände dahin
deutet, dass ihm die amtlichen Merkmale fehl
und er lediglich als ein Rundschreiben anzus
sei, dessen Verlesung nicht als verpflichten
trachtet werden könnte.

Aus katholischen Kreisen wird mir weite
trauenswürdig mitgeteilt, dass die Verlesung
Briefes nicht etwa kirchlich-dogmatische, so
ausgesprochen politische Absichten verfolgt
Er sei von dem Slowakischen Gesandten beim V
kan, Sidor, mit gewissen vatikanisch-politis
Kreisen in der Slowakei vorbereitet worden.
Bestätigung dieser Vermutung liegt jedoch ni
vor.

Ministerpräsident Dr. Tuka liess mich w
dass er durch seinen Ministerialrat Dr. Kos
einen Bischof auf diesen Hirtenbrief habe an
sprechen lassen. Der betreffende Bischof ha
erklärt, es seien den slowakischen Bischöfen
gende, von den Deutschen an den Juden begang
Greuel gemeldet worden:

In der Ukraine wurden Juden massenhaft
dergeschossen, und zwar nicht nur Männer, so
auch Frauen und Kinder. Vor der Hinrichtung
ten sie ihr Grab selbst ausheben. Aus denje
Juden, welche nicht verscharrt wurden, habe
Seife gekocht. In einem Fall sei eine Mutte
schossen oder erstochen und ihr Säugling sei
bendig ins Grab geworfen worden.

K213042

H322842

477192

AA Inl. II g 205

Weiter liess mich Ministerpräsident Dr. Tuka wissen, dass die "slowakischen naiven Geistlichen" derartige Greuelmärchen glauben würden und er wäre sehr dankbar, um diesen Greuelmärchen entgegentreten zu können, von deutscher Seite eine Beschreibung der Verhältnisse in den Judenlagern zu erhalten. Weiters würde er es für besonders propagandistisch wertvoll halten, wenn eine slowakische Abordnung, die zweckmässigerweise aus einem Abgeordneten, einem Journalisten und vielleicht auch einem katholischen Geistlichen zusammengesetzt sein sollte, ein deutsches Judenlager besuchen könnte.

Wenn sich eine derartige Besichtigung organisatorisch ermöglichen liesse, würde ich die Durchführung durchaus begrüssen.

An der grundsätzlichen Einstellung der Slowakischen Regierung zur Judenfrage bezw. an der grundsätzlichen Entschlossenheit gewisser Regierungskreise zur Aussiedlung der Juden hat sich nach meinen Beobachtungen durch den Hirtenbrief nichts geändert. Es kann im Gegenteil festgestellt werden, dass auch bei Persönlichkeiten, die bisher der Judenaussiedlung gegenüber sehr zurückhaltend waren, grössere Bereitschaft zur Fortführung der Aktion besteht. So wurde mir von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, dass beim letzten Ministerrat, der nach der Verlesung des Hirtenbriefes stattfand, sich General Čatloš und insbesonders Minister Medricky für verschärfte Fortführung der Judenaussiedlung ausgesprochen hätten.

Vor kurzem erzählte mir Ministerpräsident Dr. Tuka, dass der päbstliche Pronuntius Msgr. Burzio bei ihm erschienen sei, um mündlich im Auftrage des Heiligen Stuhles gegen die Fortführung der Judenaussiedlungen zu protestieren.

 AA Nr. a 9 20

Er habe jedoch den Protest erst gar nicht e
gengenommen, sondern sofort auf die rein po
Natur dieser Angelegenheit hingewiesen, die
Interessen des Heiligen Stuhles nicht berühr
Der Pronuntius habe daraufhin davon Abstand
nommen, den Protest vorzutragen, habe jedoch
das katholisch-christliche Gewissen des Mini
präsidenten appelliert. Dr. Tuka hat darauf
widert, dass es in dieser Hinsicht für ihn e
höhere Instanz gebe als den Pabst, nämlich s
Tukas, Beichtvater. Dieser habe ihn gefragt
er die Judenaussiedlung als im Interesse sei
Nation liegend vor seinem Gewissen verantwor
könne. Als Herr Tuka diese Frage bejahte, s
der Beichtvater keinen Einwand gegen die Mas
nahmen erhoben haben.

Ich habe unsere Propagandastellen angewi
die antisemitische Propaganda konsequent fort
setzen, zum Hirtenbrief jedoch sowie zur Frag
der Judenaussiedlung keine Stellung zu nehmen
Gleichermassen vermied ich es auch weiterhin,
Fragen der Judenaussiedlung irgendwelchen Dru
auf die Slowakische Regierung auszuüben. Die
meine Haltung hat sich bisher als richtig erw
sen, denn die Ausübung eines Druckes wäre den
nahmen der Slowakischen Regierung auf diesem
biete eher hinderlich als förderlich gewesen.
Grundsätzlich stehe ich natürlich auf dem Stan
punkt, dass die möglichst schnelle und vollstä
dige Aussiedlung der Juden aus der Slowakei dr
erwünscht ist.

K213044

H322844

477194

AA Nr. U g 205

6x

A b s c h r i f t .

Liebe Gläubige in Christo !

Unter den Problemen des Tages hört die Judenfrage nicht auf zu interessieren und viele Gläubige zu beunruhigen, obwohl wir den amtlichen kirchlichen Standpunkt in den Katolické noviny vom 26. April 1942 klar dargelegt haben. Die einen glauben, dass man mit dem Judentum bei uns grausam umgehe, andere sind wieder der Ansicht, dass das Vorgehen gegen sie viel zu duldsam, ja sogar schwach wäre.

Damit Ihr Gläubigen in Christo dies aktuelle und brennende Problem richtig beurteilen könnt und Euch nicht irreführen lasst durch falsche Ansichten, halten wir es für notwendig, Euch diese grundsätzlichen Richtlinien zu geben.

1. Das richtige Vorgehen bei der Regelung der Judenfrage ist das, welches durch das natürliche und geoffenbarte Recht Gottes ausgerichtet ist.

Das natürliche Recht eines jeden, der Nation und des Staates ist es, sich gegen die zu wehren, die sein Leben bedrohen und seine Entwicklung behindern. Ebenso ist es das natürliche Recht eines jeden einzelnen ohne Rücksicht auf seine nationale Zugehörigkeit, dass man niemanden ohne genügende Ursache verfolgen und strafen kann, die in jedem einzelnen Fall nach den geltenden gesetzlichen Normen zu beweisen ist. Wenn sich ein oder mehrere Glieder eines Volkes, bzw. einer Volksgruppe oder Minderheit schuldig machen, so folgt daraus noch nicht, dass man das ganze Volk, bzw. die Volksgruppe oder Minderheit beschuldigt. Der naturrechtliche Grundsatz fordert in jedem einzelnen Fall, das Vergehen und Verbrechen zu überprüfen und danach auch zu bestrafen.

Nach aussen hin diese natürlichen Rechtsnormen zu schützen, diese Pflicht hat auch die Staatsmacht, und auch sie muss sich nach ihnen richten. Mit Freude heben wir hervor, dass auch unser Verfassungsgesetz, auf dem unsere gesamte Gesetzgebung ruhen und aus dem sie entspringen soll, völlig dieses Naturgesetz berücksichtigt, wenn es sagt: "Niemand darf wegen Verhaltens bestraft werden, welches keine geltenden Strafnormen verletzte und dessen Strafbarkeit nicht von vornherein durch ein Gesetz oder gesetzliche Normen festgesetzt wurde." /§ 82, Punkt 2, Verf.Ges.Nr.185/939, Sl.Ges.Buch/

Pol II 0820/42 Dies

K213045 477195

AA Nue. Eg 205

Dies Naturgesetz wird auch durch unseren Heiland geschützt und geheiligt. Das ewig schöne Gleichnis des göttlichen Meisters vom barmherzigen Samariter hat nicht nur die Grundlage für alle charitative Betätigung, Wohltätigkeit und Samariterdienste abgegeben, sondern umfasste auch die tiefe Wahrheit, dass unsere Stellung zum Menschen nicht durch ihre sprachliche, staatliche, nationale oder rassische Zugehörigkeit beeinflusst werden darf. Denn wenn der verhasste Samariter den verhassten Juden in seinem Unglück gerettet hat, so wäre er bestimmt nicht berechtigt gewesen, ihm Unbill anzutun, nur deswegen, weil es ein Jude war. Und der göttliche Meister gab das Gebot, das alle Menschen bindet, besonders aber alle Christen: Gehe hin und tue desgleichen /Luk.lo, 37/. Diesen natürlichen Grundsatz fühlten und anerkannten auch die alten klassischen Völker, denn von ihnen geht das Symbol der Gerechtigkeit, die weibliche Figur mit der Waage und den verbundenen Augen, aus. Damit war der Grundsatz ausgesprochen, dass Recht, Belohnung und Strafe zugesprochen werden sollen ohne Rücksicht auf die Person, ob sie uns angenehm ist, ob sie mit uns verwandt ist, Freund ist, Volksgenosse oder Fremdling.

Daraus folgert, dass man die angeführten naturrechtlichen Normen niemals verletzen darf, denn die Uebertretung eines jeden natürlichen Gesetzes bringt früher oder später die Verderbnis der gesellschaftlichen Ordnung und des gemeinsameh Wohles mit sich.

Aber auch die geltende Rechtsordnung darf man nicht eigenmächtig verletzen, denn wer so handelt, untergräbt nicht nur die Wurzeln der staatlichen und nationalen Existenz, sondern er sät Rechtlosigkeit und verbreitet Unsicherheit.

Eingedenk unserer Verantwortung vor Gott und eingedenk unserer Pflicht, die natürlichen und geoffenbarten Normen Gottes zu schützen, müssen wir unsere entschiedene und warnende Stimme erheben gegen Massnahmen, durch die massenweise, ohne gehörige Feststellung der Schuld jedes einzelnen, unsere Mitgläubigen und andere unserer Mitbürger in ihrer persönlichen, familiären und materiellen Freiheit betroffen werden. Für jeden Bürger, aber besonders für jeden Inhaber und Ausübenden der öffentlichen Gewalt, gilt die klare und unzweideutige Verfügung unserer Staatsverfassung. " Alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, Nationalität, Religion und Beruf geniessen den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums."

K213046

§ 81

477196

AA Inl. a 9 205

§ 81, Verf.Ges. 185/939, Sl.Ges.Buch/. Seien wir eingedenk der Worte der hl. Schrift. "Was Ihr nicht wollt, das Euch die Menschen tun, das tut auch ihnen nicht."

2. In der erwähnten Erklärung, veröffentlicht in den Katolické Noviny, haben wir klar unseren Standpunkt zur Frage der Judentaufen dargelegt. Wir haben die Taufe und wir werden sie auch in Zukunft einem jeden bewilligen, von dem der zuständige Geistliche ein Zeugnis ablegt, dass der Betreffende aufrichtig ein richtiger Christ werden will, auf sich alle sittlichen und religiösen Verpflichtungen nimmt, die die Kirche ihren Gläubigen auferlegt. Es kam vor, dass die Taufe des einen oder anderen Juden bei manchem Gläubigen Unwillen hervorrief, u.zw. gewöhnlich wegen einer berechtigten Kritik an dem Vorleben des betreffenden Neu-Christen. Hier müssen wir auf die unendliche Barmherzigkeit Gottes hinweisen, der die Verfehlungen der sündigen Magdalena verzieh, die den Himmel für den büssenden Schächer öffnete, den Zöllner Mathias als Apostel aufnahm, die bereit ist, jedem seine Sünden zu verzeihen, wenn er sich bessern und ein neues sittliches Leben führen will. Gerade der ehemalige Zöllner Mathias hat uns die lehrreichen Worte des Herrn überliefert: "Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet, und mit dem Masse, mit dem ihr messen werdet, mit dem wird euch zugemessen werden, und was siehst du den Splitter im Auge deines Nächsten, wenn du den Balken in deinem Auge nicht siehst?" /Math. 7, 1-3/. Das rufen wir all denen zu, die sich da ausliessen, dass sie nicht in die Kirche gehen werden, wenn dort dieser oder jener sein wird, die die Bekehrten von sich stossen, anstatt dass sie sie mit Liebe aufnähmen, die im Glauben und den christlichen Sitten durch Wort und Beispiel befestigten. Und wie wir die Anerkennung der bürgerlichen Rechte und den Schutz der staatlichen Gewalt für jeden Bürger ohne Unterschied der Herkunft und Nationalität fordern, solange seine persönliche Schuld nicht bewiesen ist, in umso erhöhterem Masse fordern wir die Anerkennung aller christlichen Rechte für jeden, der die hl. Taufe nahm. Erst dann darf man jemanden die christlichen und bürgerlichen Rechte absprechen, wenn er durch sein Verhalten diese Strafe verdient hat.

Dies sind Grundsätze, die wir mündlich und schriftlich ungezählte Male verkündet und vertreten haben. Wir müssen diesen Grundsatz jetzt aufs Neue betonen, da die Oeffentlichkeit von vorbereitenden Massnahmen erfährt, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen.

Jede

K213047

477197

AA Nuncj. Ü g 205

3. Jede Zeit hat ihre Probleme. Das Schicksal der Völker hängt davon ab, wie sie sie lösen. Auch heute warten auf ihre Lösung schwere nationale, soziale und religiöse Probleme. Wenn diese Probleme nicht nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Liebe Christi geregelt werden, geraten die Völker in den Krieg. Von Anbeginn dieses Krieges klingt aus der Tiefe unserer Herzen das inbrünstige Gebet: von Pest, Hunger und Krieg, erlöse uns Herr! Von seinem Anfang an haben wir nicht aufgehört, Euch, liebe Gläubigen, zu mahnen, zum himmlischen Vater um einen gerechten Frieden zu rufen. Wir sind überzeugt, dass der hl. Vater, Papst Pius XII., sowie im ersten Weltkrieg Papst Benedikt XV., mit diesen unseren Gebeten verbunden ist, denn sein Wahlspruch ist: Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit, - und dass er mit seiner ganzen geistlichen Autorität bei allen Machthabern der Welt am Werk des Friedens arbeitet. - Unterstützen wir seine Bemühungen mit ständigen Gebeten für den Weltfrieden, für eine gerechte Lösung aller menschlichen Probleme. Fördern wir sie aber auch durch ein tugendhaftes Leben, durch getreue Befolgungen der göttlichen Gebote. Bemühen wir uns, durch die Erfüllung der Gesetze der Gerechtigkeit und Liebe die Befreiung von der schrecklichen Geissel des Krieges und einen dauerhaften Weltfrieden zu verdienen. Wenn Gerechtigkeit in der Welt herrschen wird, dann wird auch ihre Frucht reifen: der von der ganzen Welt erwartete Friede.

Mit der Bitte, dass die Göttliche Vorsehung Euch in diesen schweren Zeiten mit dem Ueberfluss ihrer Gaben stärken möge, erteilen wir Euch unseren oberhirtlichen Segen.

Gegeben am 8.III.1943

Dr. Karol Kmeťko, Bischof von Nitra, Jan Vojtaššák, Bischof der Zips, Pavel Gujdič, Bischof von Preschau, Dr.Pavel Jantausch, Bischof, apostolischer Administrator von Tyrnau, Jozef Čársky, Bischof, apostolischer Administrator von Kaschau, Rosenau und Sathmar, Dr.Andrej Škrábik, Koadjutor-Bischof von Neusohl, Dr.Michal Buzalka, Weihbischof von Tyrnau, Vikar der Wehrmacht.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Dieses Rundschreiben ist den Gläubigen bei allen Gottesdiensten am Palmsonntag /21.III.1943/ vorzulesen.

K213048

477198

AA Inl. II g 205

Akt.Z. Inl.II 1.Ausf. 1 Anl.

Genau beachten.

Nur Maschinenschrift
Zur einseitig beschreiben.
Offene Textteile in besonderem Telegramm absenden

4. Telegramme, die an mehrere Anschriften gehen sollen, dürfen nur dann in einer Vfg. erledigt werden, wenn sie genau wörtlich übereinstimmen, bei der geringsten Abweichung oder Zusätzen ist besonderes Telegramm erforderlich.

Inl II 1347 g

Mit S-Schreiber!

Berlin, den ..... 194.. Telegramm { Nicht geh. Ch.V. Offen

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lt.) Ko.

Inl.II 932 g

Berlin, den 15. Mai 1943

Abschriftlich
nebst einer Anlage

dem Reichssicherheitshauptamt, z.Hd. von
SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n
Kurfürstenstr.116

zur Kenntnis und mit der Bitte um Stellungnahme übersandt.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

Abg. Pol IV m.Anl.

z.nach Abg.

K213049

E402578

n322845

für die Telegramm Kontrolle

K213040

477190

AA Inl. II g 205

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 2. Juni 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostpreußenhehr 120040 · Fernschreiber 126421
Reichsbankgirokonto: 1/145 · Postscheckkonto: Berlin 2386

IV B 4 2145/43 g (1090)

Bei Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Vfg.

Weiterleiten an
Inl. II B bittet um Beteiligung
Berlin, den

Geheim

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd.v. Herrn Legationsrat von T h a d d e n
o.V.i.A.,
B e r l i n ,
Rauchstrasse 11.

Auswärtiges Amt
Inl. II 1579 g.
- 7. JUNI 1943
Anl. - Empfang

Betrifft: Aussiedlung der Juden aus der Slowakei-
Hirtenbriefe der slowakischen Bischöfe
gegen die staatlichen antijüdischen Massnahmen.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.5.1943 - Inl. II 932 g Rs.

Anlage: 1 Zeitung.

Zu dem vom Ministerpräsidenten Dr. T u k a dem Deutschen Gesandten in Pressburg unterbreiteten Vorschlag der Entsendung einer gemischten slowakischen Kommission in eines der deutschen Judenlager in den bes. Ostgebieten teile ich mit, dass eine solche Besichtigung unlängst bereits stattgefunden hat, und zwar slowakischerseits unter Beteiligung des Hauptschriftleiters F i a l a von der Zeitschrift "Der Grenzbote".

Hinsichtlich der vom Ministerpräsidenten Dr. Tuka erbetenen Beschreibung der Verhältnisse in den Judenlagern kann auf die ausführliche Artikelserie dieses Schriftleiters verwiesen werden, die mit zahlreichen Bildreportagen u.a. in den Zeitschriften "Der Grenzbote", "Slovak", "Slovenská politika","Gardiste",

./.

HG22839
K213038
Zitten Sg.
477188

AA Nr. L g 20

"Magyar Hirlap" und in der Pariser Zeitung er-
schienen ist und über die Agentur Inter-Continent-
Presse an fast sämtliche führende Zeitungen des
Südostens ging.

Die entsprechenden Zeitungsnummern - mit
Ausnahme der in Frage kommenden Pariser Zeitung -
können durch den Berater für Judenfragen bei der
Deutschen Gesandtschaft in Preßburg, SA-Hauptsturm-
führer Wisliceny, zur Verfügung gestellt werden.
- Ein Exemplar der Pariser Zeitung füge ich diesem
Schreiben bei. -

(1 Beilage
wie Text)

Im übrigen kann zur Abwehr der über das
Schicksal der evakuierten Juden in der Slowakei
umgehenden Greuelmärchen und der Propaganda diese
Juden nach der Slowakei verbracht werden, der unter
über den Berater für Judenfragen bei der Deutschen
Gesandtschaft in Preßburg geleitet wird und mit dem
Februar-Züge ds.Jrs. Belegungszahlen über 1.000 Fa-
ilien und Karten allein für die Slowakei betrug. Gege-
eine ernstzelle Einschränkung vor ihrer Weiterleit
an die Empfänger werden im Rahmen der von den Kla
stergrupführern Dr. Luka wünschenswert erscheinend
Information über den Bestand in den Judenlagern v
hier aus keine Bedenken erhoben.

In Auftrage:

gez. L i e b l

Beglaubigt:

K213039

H322810

477

AA Nl. II A 60/3

Deutsche Gesandtschaft
Bukarest

Abteilung Berater

Tgb.Nr.: Be 247/43
Aktenz.: B II 8
Betr.: Weiterleitung eines Schreibens.
Vorg.: Laufend
Anlg.: - 1 -
2 Doppel.

Bukarest, den 11. Juni 1943.

Auswärtiges Amt
Inland A
5672
eing. 23. JUNI 1943
Anl. - 1 - Bd. 2 Ge

Es wird um Weiterleitung beiliegenden Schreibens, betr. Bericht des slowakischen Journalisten Fiala über seinen Besuch in den Judenlagern im Osten, an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, z.Hd.v. SS-H'stuf. Bosshammer, Berlin, gebeten.

Im Auftrag:

K208322

An das
Auswärtige Amt
B e r l i n .

AA Inl. II A 6013

Abschrift zu Inl.II A 5072

Deutsche Gesandtschaft
Bukarest
Berater für Judenfragen
Gesehen:
gez. v.Killinger
Gesandter

Bukarest, den 10. Juni 1943

An den
Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
z.Hd.v.SS-Hauptsturmführer
Bosshammer, Berlin.

Betr.: Bericht des slowakischen Journalisten
F i a l a über seinen Besuch in den
Judenlagern im Osten.

Vorg.: Bekannt.

Beiliegend sende ich die Artikelreihe des slowakischen Journalisten F i a l a über seinen Besuch in den Judenlagern im Osten nach Kenntnisnahme zurück.

Wie die Presse- Abteilung bei der Deutschen Gesandtschaft Bukarest mir mitteilt, wurde der Artikel bereits im Vorjahr von der rumänischen Presse aufgegriffen. Bezeichnenderweise wurde damals an der Artikelreihe starke Kritik geübt, mit dem Hinweis, daß Deutschland "mildes Judenregime" propagandistisch herausstelle, während man von Rumänien "harte Maßnahmen" verlange. Die Konsulate berichteten damals, daß die Artikelreihe in der rumänischen Provinz von Juden und der Opposition dazu benützt worden sei, um gegen die Judenpolitik der Rumänischen Regierung Propaganda zu machen und in dieser Frage Deutschland gegen Rumänien auszuspielen.

gez. Richter
SS-Hauptsturmführer

K208323

AA Inl. II g 205

Durchdruck als Konzept

den 30. November 1943

it Beziehung auf das Schreiben vom
. Juni 1943 - IV B 4 - 2145/42 g (1090)

r. Inl. II A 3178 g

Geheim

Die Deutsche Gesandtschaft in Pressburg hat telegrafisch berichtet, daß Ministerpräsident Dr. T u k a in letzter Zeit mehrfach den Wunsch auf Besichtigung von Judenlagern durch eine slowakische Kommission vorgebracht hat. Zur Begründung trug er vor, im Ministerrat sei von einzelnen Herren bemerkt worden, die Aufhebung von Ausnahmegenehmigungen für Juden bedeute praktisch die Verhängung eines Todesurteils, denn mit der dann erfolgenden Überführung in Judenlager außerhalb der Slowakei sei eine physische Liquidation verbunden. Der Ministerpräsident habe die Absicht, dieser Auffassung entgegenzutreten und habe daher die Anregung auf Besichtigung solcher Lager im Ministerrat nicht von vornherein abgelehnt, sondern erklärt, sie über die Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt weiter geben zu wollen.

In diesem Zusammenhang bemerkt Ministerpräsident Dr. Tuka, daß er jedenfalls für den Ministerrat eine Auskunft brauche, die auch den deutschen Interessen entspräche sofern eine Besichtigung von Judenlagern nicht stattfinden könne.

Unter diesen Umständen kann die in dem vorbezeichnet Schreiben enthaltene Auskunft, die der Deutschen Gesandtschaft zugeleitet worden war, nicht als ausreichend angesehen werden.

Damit die noch bestehenden Ausnahmegenehmigungen ni erneut verlängert werden, bittet das Auswärtige Amt um tu lichst unverzügliche Stellungnahme zwecks telegrafischer ständigung der Deutschen Gesandtschaft Pressburg.

Im Auftrag
gez. v.Thadden

K213034
H322836

Reichsführer-SS
Chef der Deutschen Polizei
d. von SS-Obersturmbannführer Eichmann
o V.i.A.

Wiedervorgelegt am 3/12

V. in 3 Tagen bei mir

ab: 1. Dez. 1943

Vorhimals 1 Woche

Wiedervorgelegt am 14/12

477187

205

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 2145/42 g (1o9o)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 68, den 8. Januar 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

Geheim

Schnellbrief

Auswärtiges Amt
Inl II 59 g
eing. 13. JAN. 1944
Anl. (— fach) Dopp. d. Eing.

An das

Auswärtige Amt
z.Hd.v.Legationsrat von Thadden o.V.i.A.,

in B e r l i n .

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in der Slowakei.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 3o.11.1943 Inl. II A 3178/g.

Der vorübergehend nach Griechenland abgeordnet gewesene Berater für Judenfragen bei der Deutschen Gesandtschaft in Pressburg, SS-Hauptsturmführer Wisliceny, ist inzwischen angewiesen, seine Tätigkeit im Rahmen der Deutschen Gesandtschaft in Pressburg unverzüglich wieder aufzunehmen. Er ist mit Weisungen versehen und wird über den deutschen Gesandten an Ort und Stelle auch die Frage eines weiteren Abschubs von Juden aus der Slowakei mit dem Innenminister Mach erneut anschneiden. Nach Vorlage des Ergebnisses dieser abschliessenden und erneuten Erörterungen der derzeitigen Lage auf dem Gebiet der Judenfrage in der Slowakei wird die Möglichkeit einer Besichtigung von

./.

K213030

R32833

Juden Slowakei

477184

Anl. II g 201

Judenlagern durch eine slowakische Kommission erneut geprüft.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n



Beglaubigt:

Angestellte.

K213031

H322834

477185

Akt Ne. 4 g 205

Durchdruck als Konzept (R.Lb.) ne.

Auswärtiges Amt
Inl.II 59g

Berlin, den 14. Januar 1944

Geh.

Schnellbrief

Auf den Schnellbrief vom 8.Januar 1944
- IV B 4 2145/42 g (1090) -

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in der Slowakei.

In der nebenbezeichneten Angelegenheit, die von der Deutschen Gesandtschaft in Preßburg erneut durch Vorrang-Telegramm in Erinnerung gebracht ist, kann der mit vorbezeichnetem Schreiben dargelegter Stellungnahme diesseits nicht beigetreten werden. Wie sich aus dem Schreiben vom 30.11.1943 - Inl.II A 3178 g - ergibt, bildet die Frage eines Besuches der Judenlager geradezu eine entscheidende Vorbedingung für einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen hinsichtlich des Abschubes weiterer Juden. Eine Verweigerung von Besuchen oder eine Hinausschiebung der Antwort würde die in Aussicht genommenen Verhandlungen ganz wesentlich erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Es wird daher dringend gebeten, die dortige Entscheidung zu überprüfen. Sofern an der dortigen Entscheidung festgehalten werden muss, wird das Auswärtige Amt die Deutsche Gesandtschaft in Preßburg unverzüglich unterrichten, bittet jedoch, sich bei einem endgültig ablehnenden Bescheid der Tatsache bewusst zu sein, daß Innenminister Mach selbst bei gutem Willen mit grössten, wenn nicht unüberwindlichen Widerständen innerhalb des slowakischen Kabinetts gegen einen Abschub weiterer Juden in die Ostgebiete zu kämpfen haben wird. Nach dem Vorbringen des Ministerpräsidenten Dr.Tuka würden diese Widerstände durch eine Besichtigung von Lagern am leichtesten, wenn nicht überhaupt nur zu überwinden sein.

Der Eilbedürftigkeit halber wird um telefonische Vorausübermittlung des Bescheides gebeten.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

An
den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
Berlin
Pr.Albrechtstr.8

K213028

K 322851

Jan. 1944

477182

AA Inl. II g 205

er Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 68, den 7. Februar 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

IV B 4 2145/42g(1090)
e in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Geheim

Schnellbrief

Auswärtiges Amt
Inl II 2689
Eing. 12. FEB. 1944

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat von T h a d d e n
o.V.i.A.

B e r l i n W 8
Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in der Slowakei.

Bezug: Dort.Schnellbrief vom 14.1.1944 - Inl. II 59g - und mündliche Besprechung zwischen Legationsrat von Thadden und dem Unterzeichneten am 27.1.1944.

Morg. m Sammelakt

Nach neuerlicher Überprüfung des Wunsches der Slowakischen Regierung, Judenlager für eine Besichtigung durch eine slowakische Regierungskommission freizugeben, wird hierzu folgendes mitgeteilt:

Dem Berater für Judenfragen bei der Deutschen Gesandtschaft, SS-Hauptsturmführer Wisliceny, wurde auf Anfrage vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß eine Besichtigung der im Generalgouvernement gelegenen Judenlager augenblicklich in Anbetracht der allgemeinen Lage wohl nur schwer durchführbar sein wird, daß aber einer Besichtigungsgenehmigung beispielsweise des Altersghettos Theresienstadt

./.

K213023 H522829 477177

Akt. Nr. II 9 201

durch eine slowakische Kommission grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstünden. Der Termin hierfür würde durch den Unterzeichneten anläßlich seiner kommenden Anwesenheit in Pressburg im Rahmen der Gesamtbesprechungen noch festgelegt werden.

Es kann angenommen werden, daß nunmehr die an sich völlig unberechtigten Sorgen verschiedener slowakischer Regierungsmitglieder beseitigt sind und daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu einem entsprechenden Ziele führen werden.

Im Auftrage:

Ritter

K213021

H522830

477178

Konzept Br

Inl.II A 2714 g

6.Dezember 4

Geheim

Schnellbrief

Der slowakische Gesandte teilte mit, dass nach Angaben des slowakischen Staatspräsidenten alle Juden in der Slowakei ohne Unterschied, sofern sie nicht in die Wälder entkommen seien, festgenommen wurden. Sobald ein entkommener Jude in die Hände der slowakischen oder deutschen Sicherheitsorgane gerate, werde er unverzüglich festgenommen.

Es darf um Mitteilung gebeten werden, ob diese Feststellung des slowakischen Gesandten als zutreffend bezeichnet werden kann.

Im Auftrag

Schade

K213001

as Reichssicherheitshauptamt
.Rd.von Sturmbannführer Günther
oder Vertreter
Berlin W.

Kurfürstenstr.116

1 Woche

ab: 7. Dez. 1942

H522824

477155

AA Inl. II g 201

Arbeitsexemplar

T e l e g r a m m
(G-Schreiber)

Nur als Verschlußsache zu behandeln

P r e ß b u r g , den 20. Januar 1945 16.05 Uhr
Ankunft: " 20. " 17.35 Uhr

Nr. 116 vom 20.1.

A 290 g

G e h e i m !

Slowakisches Aussenministerium gab Gesandtschaft Kenntnis von einem Brief Vertreters Internationalen Roten Kreuzes in der Slowakei, Dunand, in dem slowakische Regierung gebeten wurde, die Errichtung eines Asyls für jüdische Kinder, Greise

erk:

rchdruck als Konzept (R.l.b. Hb.)

Berlin, den 6. Januar 1945.

Inl.II A 32 g

Nach einem Drahtbericht der Deutschen Gesandtschaft Preßburg hat der Slowakische Staatspräsident Tiso ein Schreiben des protestantischen Erzbischofs in Upsala erhalten, in dem dieser "für die armen jüdischenBrüder" interveniert und bittet, daß die Slowakei den Juden den Übertritt auf ein neutrales Gebiet ermögliche, da unter den derzeitigen Verhältnissen keine humane Behandlung gewährleistet werden kann.

Ministerpräsident Tiso zeigte dieses Schreiben dem Deutschen Gesandten mit der Bemerkung, was "sich einzelne Leute denken."

Im Auftrag
gez.v.Thadden

Reichssicherheitshauptamt
on SS-Obersturmbannführer Eichmann
Berlin W 35
Kurfürstenstr.116

K213008

477162

K213010

325

Slg. Felix

477164

AA Inl. II g 205

rchdruck als Konzept (R.l.b. Hb.)

Berlin, den 24. Januar 1945

Inl.II A 290 g

Der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in der Slowakei, Dunand, hat die Slowakische Regierung gebeten, die Errichtung eines Asyls für jüdische Kinder, Greise und Kranke unter den Schutz des Internationalen Roten Kreuzes zu genehmigen. Die gleiche Bitte wiederholte Dunand gegenüber der Deutschen Gesandtschaft und erbat die deutsche Unterstützung seines Planes jedoch mit der Einschränkung, daß das vorgeschlagene Asyl nur für jüdische Kinder benötigt würde. In diesem Zusammenhang erklärte Dunand, daß er den Auftrag habe, im Falle einer sowjetischen Besetzung Preßburgs dort zu bleiben und der Zivilbevölkerung nach Möglichkeit Hilfe zu leisten.

Dunand wurde von der Deutschen Gesandtschaft zu verstehen gegeben, daß im Hinblick auf die Beteiligung des Judentums am slowakischen Aufstand keine Möglichkeit bestehe, auf seinen Wunsch einzugehen, da jedes Asyl sich sofort ein neues jüdisches Widerstandszentrum schaffen würde. Dunand bat trotzdem, seinen Wunsch den zuständigen Reichsstellen zu übermitteln.

In Auftrag
gez.v.Thadden

An
das Reichssicherheitshauptamt
- Amt IV -
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichmann
o.V.i.A.
Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str.8

25. Jan. 1945

K213009

477163

Auswärtiges Amt
D III 132. D
eing. 3. FEB 1943
Rkl. (Kod.) Sepp. d. Eing.
G E H E I M !

Reichssicherheitshauptamt
- Amt VII -

I N F O R M A T I O N S B E R I C H T E
Z U R J U D E N F R A G E

Nummer 2 Erscheint halbmonatlich 29. I. 1943

I n h a l t :

Amerika für den Judenstaat 1
Die Befreiung wird kommen 3
Samuel Rosenman 7
Das Schicksal der Juden in den besetzten Ländern Europas 10
Die Ausrottung des europäischen Judentums 12
Wochenbetrachtung 13
Mitteilungen aus verschiedenen Ländern 16
Amerika 16
England 17
Französisch Nordafrika 18
Palästina 19
Schweden 19
Schweiz 19
Ungarn 20

K207280

AA Pol. II q 170

Amerika für den Judenstaat.

"Das arabische Problem spielt in der großen Auseinandersetzung der Welt eine erhebliche Rolle. Beide Parteien bemühen sich um die Sympathie und wenn möglich, um die aktive Mithilfe der arabischen Länder, welche unter sich gar nicht einig sind. Aegypten ist durch einen Bündnisvertrag mit England verbunden; es ist aber kein Geheimnis, daß der Hof zu den Achsenmächten hielt. Aegypten hat in der Zeit, als es schwer bedroht war, seine Truppen nicht aufgeboten; in der schwierigsten Zeit mußten die jüdischen Bataillone aus Palästina kommen, um die Befestigungen von Alamein zu bauen. Auch jetzt stehen keine ägyptischen Truppen im Felde. Die erste Kompagnie der achten Armee, die von Churchill erwähnt und von General Montgomery für ihre Leistungen besonders zitiert wurde, besteht zu zwei Dritteln aus jüdischen Soldaten. Mehrere Ingenieurgruppen stehen jetzt in Libyen, fünf von ihnen unter dem Kommando jüdischer Majore. In vorderster Front waren die jüdischen Telegraphisten, welche mit an der Front waren und dauernd die neuen Leitungen legten. Die weiblichen Chauffeure des jüdischen Hilfsdienstes fuhren schwere Geschütze bis in die Frontlinie und evakuierten verwundete Soldaten. Während der ganzen Offensive befanden sich zwei jüdische Versorgungskompagnien dauernd in der Frontzone.

Diese Tatsachen sind auch in der politischen Welt bekannt und helfen mit, die jüdischen Postulate auf jüdische Selbständigkeit in Palästina zu begründen. England gelang es immerhin, Aegypten in Ruhe zu halten. Mit ein Grund für die ägyptische Stellung war das unsichere Verhalten Ibn Sauds, von dem man sagt, daß er nur den günstigen Moment abwarten wollte, um seine Herrschaft auch nach Aegypten auszudehnen. Die Beruhigung von Ibn Saud übernahm Roosevelt durch die Entsendung amerikanischer Soldaten, Panzer und Flugzeuge in die Gebiete des Roten Meeres. Es ist ihm auch gelungen. Die Engländer haben den Senussi versprochen, sie von der italienischen Herrschaft in Libyen zu befreien und ihr Führer Said Idris ist, nun der Gegenspieler zum früheren [illegible]

K207281

AA Inland II 4 170

von Jerusalem geworden, der auf die Achsenseite für die arabische Befreiung gesetzt hat. In diesen Auseinandersetzungen spielt Amerika eine immer größere Rolle. England vermag den Knoten nicht zu durchhauen und verstrickt sich immer mehr in seine eigene Politik. Jetzt ist der frühere Unterstaatssekretär im Kolonialministerium, Macmillans, als Staatsminister in Nordafrika bestellt worden; er wird sich da auch mit der Frage befassen müssen, wie die arabische Bevölkerung stärker am Kriege beteiligt werden kann. Es ist klar, daß in solchen Momenten von der britischen Regierung keine Erklärung für den Judenstaat erhältlich ist. Von Amerika dagegen liegen wieder neue Deklarationen vor. Am Vorabend der Balfour-Deklaration sprach eine nationale Delegation der orthodoxen, liberalen und konservativen Rabbinerverbände bei Staatssekretär Hull vor. Dieser gab die Erklärung ab, daß das amerikanische Volk mit Interesse und Sympathie den Aufbau in Palästina verfolgt habe. Die Vereinigten Staaten seien darauf vorbereitet, daß nach dem Siege die jüdischen Hoffnungen auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit erfüllt werden müßten. Wendell Willkie, der in Palästina mit Juden und Arabern verhandelte, sandte an die Zionistische Organisation ein Telegramm, in dem es heißt: 'Die Tore Palästinas müssen für die Juden Europas weit geöffnet werden. Die Errichtung der jüdischen Heimstätte in Palästina muß in der neuen Welt nach dem Kriege durchgeführt werden. Das Postulat des Judenstaates stützt sich immer auf das historische Recht und das Völkerrecht. Das Programm Hitlers zur Vernichtung der Juden macht die Errichtung des Judenstaates zu einem Punkt des menschlichen Gewissens.'

Von zahlreichen anderen amerikanischen Politikern gingen ähnliche Telegramme ein. Sie erhielten eine weite Verbreitung mit der Erklärung Weizmanns in der größten Zeitung der Welt, der 'New York Times': 'Die arabische Frage kann gelöst werden, wenn eine standhafte Politik betrieben wird. Den Arabern muß man sagen, daß die Juden durch alle Welt ermuntert werden, den Aufbau Palästinas fortzu-

K207282

AA Rel. II g 170

führen und einen Staat mit einer eigenen Regierung zu bilden. Sowohl vom Standpunkt der Strategie als von Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung aus wäre es wichtig, wenn Palästina dem britischen Weltreich angeschlossen würde'. "

(Israelitisches Wochenblatt, Zürich)

Die Befreiung wird kommen.

Am 21. Juli 1942 veranstalteten die Juden in New York eine Massenkundgebung gegen die 'Hitler-Greuel', Nachstehend folgt die Hetzrede, die der Rabbiner Dr. Stephan Wise, Präsident der 'Anti-Defamations League', auf dieser Kundgebung hielt.

"Vor allen Dingen versammeln wir uns heute abend hier, um uns den stolzen Hoffnungen unseres Landes zu widmen, um den unerschütterlichen Glauben an den früheren oder späteren Sieg Amerikas und aller verbündeten Nationen zu erneuern. Der Erringung dieses Sieges über die Mächte des Bösen und der Finsternis weihen wir uns, die wir Amerikaner und Juden sind, erneut mit allem, was wir sind, was wir haben, und was wir einst zu sein erhoffen.

Morgen ist der Vorabend von Tishe B'Ab, (jüdischer Trauertag) der zweiten oder dritten Zerstörung des heiligen Tempels von Jerusalem. Heute abend sind wir nicht nur zusammengekommen, um ein gewesenes Leid zu betrauern, sondern ein grenzenloses Unrecht unserer Tage, die Nazi-Drohung, das jüdische Volk zu vernichten. Wie groß auch unser Leid sein mag, wie tief gefühlt unser Kummer, wir betrauern nicht die Vernichtung des jüdischen Volkes. Die Vernichtung des jüdischen Volkes kann niemals stattfinden. Sein Tempel kann zerstört werden, das Volk kann ausgeplündert und geschlagen werden und verwundet, aber das ewige Volk wird nicht vernichtet werden. Was Pharaoh und Haman, Nebukanezar und Epiphanes, Titus und Hadrian, Torquemada und Pobiedonostoff nicht gelang - die Ausrottung des jüdischen Volkes - wird

K207283

AA Nr. 4 q 170

nie von Hitler vollbracht, auch von tausend von Hitlers nicht. Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt ist wahr und richtig. 'Den Nazis wird es nicht gelingen, ihre Opfer auszurotten, ebensowenig, wie es ihnen gelingen wird, die Menschheit zu versklaven.'

Wir wären nicht wert der jüdischen Kameradschaft, wenn wir nicht unsere Stimmen in feierlicher Klage und trauerndem Protest gegen den Ozean von Unrecht erheben würden, das unseren Judenbrüdern zugefügt wird, wo nur immer Nazis leben und herrschen. Wir wären unserer amerikanischen Staatsbürgerschaft nicht würdig, wenn wir nicht heute einstimmig unsere großherzigen, freiheitsliebenden amerikanischen Kameraden auffordern würden, mit uns in die feierliche Verdammung der Schändlichkeit der Achse einzustimmen, wenn waffenlose und wehrlose Männer, Frauen und Kinder zu Hunderttausenden Leiden, Folter und Tod ausgeliefert werden. Ehre gebührt denjenigen, die das Vorrecht haben, für eine Sache zu kämpfen und zu sterben, aber Schmach denjenigen, die waffenlose und wehrlose Massen foltern und ermorden. Unsere Herzen waren bei der Bevölkerung der heldenhaften kleinen Gemeinde von Lidice, von der jedes Mitleid auf diese oder jene Weise von Heydrichs rächenden Ungeheuern erschlagen wurde. Es hat tausend und mehr Lidices im Leben der Juden von Zentral- und Osteuropa in letzten Jahr gegeben.

Wir sind heute abend nicht zusammengekommen, um nach Rache zu schreien. 'Die Rache ist mein,' spricht der Herr. Aber zum Wohle von Amerikanern und Juden bitten wir unsere Regierung und die Verbündeten Nationen, den Nazidespoten bekanntzugeben, daß der Schrecken der Nazimißhandlung von Zivilpersonen aufzuhören hat, ob es Juden, Protestanten oder Katholiken, ob es Polen, Tschechen oder Griechen sind, und daß - wie unser Präsident es ausgedrückt hat, - 'das amerikanische Volk die Urheber zu strenger Rechenschaft ziehen wird, am Tage der Vergeltung, der sicher kommen wird,' für Verbrechen, die in ihrem Namen und auf ihr Geheiß begangen worden sind. Wir wollen außerdem in dieser Versammlung und durch diese Versammlung unseren jüdischen Kameraden in den

K207284

AA rue U 4 170

Ländern des Hitlerschreckens sagen, - Betrübte unseres Volkes, - Ihr seid nicht vergessen und bei Gott, der Tag Eurer Befreiung wird kommen. Wir wissen, daß eine Million und mehr von unseren Brüdern durch die Nazi-Unmenschlichkeit gegen Menschen gestorben sind, daß jüdische Massen der Plünderung, dem Hunger, der Krankheit, der Sklaverei, dem Gemetzel und der Hinrichtung ausgesetzt worden sind und ausgesetzt werden. Diese gewissenlosen Greuel sind Folgen der Hitlergesetze gegen die Juden, von denen Dr. Goebbels vor ein paar Tagen im "Das Reich" sagte: 'Die Juden müssen vernichtet werden, um Deutschland zu retten.' Tatsache ist, daß weder die Deutschen noch die Juden vernichtet werden, sondern eine zivilisierte Welt wird die Hitlers und Goebbels und Himmlers vernichten, welche die Geissel der Menschheit sind. Die Rettung unseres Volkes und aller Völker, die frei sein wollen, kann nur bei Gott durch einen schnellen und vollständigen Sieg der Verbündeten Nationen kommen.

Das größte Verbrechen gegen die jüdischen Opfer von Hitler wäre, die Verbrechen gegen die Juden anders zu behandeln als man die Verbrechen gegen Franzosen oder Tschechen oder Polen oder Griechen behandelt. Die Warnungen Churchills und Roosevelts nach dem Mord der französischen Geiseln und die Zerstörung des tschechischen Lidice sind heute abend von Präsident Roosevelt selbst erneuert worden im Hinblick auf den unaussprechlichen Massenmord von Juden. Die Drohung von Goebbels, die Juden auszurotten aus Rache für einen Sieg der Alliierten kann nur mit immer mehr Siegen der Verbündeten Nationen beantwortet werden.

Heute abend sprechen wir im Gebet zu und von den Toten. Den Lebenden, den Überlebenden bieten wir unseren liebenden Gruß und im Geist von Tisho B'Ab rufen wir: Was sterblich ist, fällt, was vergänglich ist, stirbt, aber die Hoffnungen und Ideale, welche Gott in uns gepflanzt hat, sind unsterblich. Ihr seid nicht allein in Eurem Leid; möge der Glaube einer ganzen Welt von freien Männern Euch stützen, der Glaube von Männern, die jetzt wie noch nie verstehen, daß Ihr Jahrhunderte lang gelitten habt, weil Ihr Hitlers

K207285

AA me. II 9/170

abgelehnt und verworfen habt, während Ihr den Frieden erlangt hättet durch alle die bequemen Mittel von Kompromiß oder friedlicher Einigung oder durch Kapitulation.

Diese Versammlung hat aber noch einen anderen Zweck. Unsere Brüder in den Naziländern sind waffenlos umgekommen. Das ist das Tragische daran. Wohin auch die Nazis kamen, konnten sie ihnen nicht widerstehen und kamen ohne Grund um. Aber es gibt ein Land, in dem die Juden sich verteidigen können und werden. Wenn Britannien nur so klug und gerecht sein wollte, um sie als die unwandelbaren, treuen Verbündeten, die sie sind, zu benutzen. Um Britanniens willen, um der Verbündeten Nationen willen, um der Ehre zwischen Kameraden und Verbündeten willen - darf eine halbe Million Erbauer Palästinas nicht das Schicksal aller anderen jüdischen Opfer der Nazis erdulden.

Sie dürfen nicht waffen- und wehrlos bleiben. Eine jüdische Heimwehr zur Sicherung von Jüdisch-Palästina hat ebenso viel Rechte, ist genau so notwendig und am Platze wie eine englische Heimwehr in und von England. Die Juden in Palästina sind bereit, für die Verteidigung von Palästina zu sterben, aber sie sollen nicht niedergemetzelt werden. Sie können und werden sterben, wenn gestorben werden muß, aber sie werden sterben wie Männer und Juden und Makkabäer.

Mein Volk, ich rufe Dich auf, Deinen Platz unter den Verbündeten und freien Völkern der Erde einzunehmen. Ich rufe Dich auf, an jeder Front zu kämpfen, einschließlich die Zweite Front, gegen alle Tyrannen und Unterdrücker. Ich rufe Dich auf, Dich zu erheben und vorwärts zu marschieren, als Amerikaner für die Befreiung unserer Brüder, für die Verteidigung von Zion, für den Sieg unseres Landes, für Freiheit und Menschlichkeit."

("Opinion" Orange, Conn.)

K.207285/1

AA Rue. II 4 170

Samuel Rosenman.

Der Jude Rosenman ist einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts und wird als der Gründer und Kopf des 'Gehirntrust' bezeichnet. Der nachstehende Bericht gibt einen Überblick über den Werdegang dieses Juden.

"Im Weißen Haus nennt man ihn 'Sammy, die Rose', 'Sammy, der Straßenkehrer', 'Sammy, der Störenfried'. Der Präsident selbst ist verantwortlich für seinen ersten Spitznamen, und er gelangte zu den beiden letzteren, als er kürzlich eine Reorganisation des Haushalts im Regierungshaus vornahm. Es waren 16 Agenturen geplant, die alle die Planung, den Bau und die Finanzierung von Häusern zum Zweck hatten, z.B. von Schutzhäusern, Abbruch der Elendshäuser und den Bau von gewöhnlichen Wohnhäusern.

Richter Rosenman vereinigte sie alle zu einer einzigen Agentur unter einem Geschäftsführer. Es war dies die ausgedehnteste Reorganisation, die vorgenommen wurde, seitdem New Deal in Kraft trat.

Vorher hatte der Präsident ihn beauftragt, die Verteidigungsproduktion zu reorganisieren. Seinen Bemühungen ist die alphabetische Agentur, als SPAB bekannt, zu verdanken, die wiederum zu dem jetzigen War Production Board (Kriegsproduktionsamt) mit Donald M.Nelson als Leiter umorganisiert wurde.

Was diese umfassenden Reorganisationen um so bemerkenswerter macht, ist die Tatsache, daß Rosenman sie zusätzlich der Ausübung seiner gewöhnlichen Pflichten auf dem Sitz des New York Supreme Court (Obersten Gerichtshof von New York) fertigbringt. Und als Ausgleich füllt er noch die Stelle eines 'Herausgebers im Weißen Haus' aus. Wenn man die Zeitungen aufmerksam liest, wird man stets bemerken, daß wenn der Präsident im Begriff ist, eine Rede von weittragender Bedeutung zu halten, Rosenman im Weißen Haus ankommt. Er beaufsichtigt die endgültige Fassung der Rede, ihr Abklingen, den letzten Schliff. In dieser Kriegszeit

K207286

ist er einer von der Handvoll Leuten, die nach Belieben im Weißen Haus kommen und gehen. Ein Bett steht ihm immer zur Verfügung. Oft fliegt er nach Washington, wenn er für den Rest des Tages mit dem Gericht fertig ist, arbeitet bis spät in die Nacht hinein und fliegt am nächsten Morgen nach New York zurück.

Vertraute des Präsidenten sind gekommen und gegangen -- Louis Howe, Ray Moley, Rexford Tugwell, Tommy Corcoran u.a. -- aber Richter Rosenman bleibt für immer.

Er wurde in San Antonio, Texas vor 45 Jahren geboren und wuchs auf mit dem festen Entschluß, in der Welt vorwärts zu kommen. Seine Familie zog nach New York, als er ein junger Bursche war, und durch die zahlreichen Fallstricke von New York City's 11th Assembly District - dessen Führerschaft Jimmy Hines an die Spitze von Tammany Hall schleuderte und dann nach Sing Sing - ist Sammy die Rose zu einer wirklich sehr beneidenswerten Stellung emporgestiegen.

Den Bezirk beherrschend liegt auf der Anhöhe die Columbia Universität. Der Ehrgeiz von Sammy's Knabenjahren bestand darin, von den Feinen auf dem Hügen aufgenommen zu werden. Er hat es erreicht, hat sich gehalten und lebt heute in der elegantesten Nachbarschaft von Central Park West. Er ist gezwungen, seine Telefonanschlußnummer geheimzuhalten, wegen der hoch gestellten Persönlichkeiten aus aller Welt, die versuchen, mit ihm in Verbindung zu treten.

Die Freundschaft zwischen dem Präsidenten und Rosenman begann eines Morgens früh im Oktober 1928, als ein hoffnungsvoller kleiner Zug an der Lackawannafähre in New York auf dem Weg nach Hoboken und weiter nach Jamestown, N.Y. zusammentraf. An jenem Abend wollte Franklin Delano Roosevelt seine Kampagne für den Gouverneursposten in New York beginnen. Es war der Anfang einer der wichtigsten Episoden in der Geschichte dieser Nation, ja in der Geschichte der Welt.

Da waren drei Automobile und drei Autobusse. Die letzteren besetzt von Sekretären, Telegraphenbeamten und Zeitungsleuten. Der junge Rosenman hatte den Auftrag erhalten, vorzugehen mit zwei Reisekoffern und drei Mappen voller Staatspapiere. Wenngleich er damals erst 32 Jahre alt war,

AA Nr. II 9 120

war er als Politiker schon weit gekommen. Mit 19 Jahren hatte er Columbia mit dem akademischen Grad verlassen. 1920 nachdem er im ersten Weltkrieg gedient hatte, erlangte er den Juristengrad. Zu jener Zeit hatte er schon eine Menge von der Politik des Tammany Distrikts erfaßt und überredete 1921 Jimmy Hines, ihn für die Gesetzgebung im Staat New York aufzustellen. Dann erhielt er den Posten eines Kommissionärs für Gesetzentwürfe mit 5.000 Dollar im Jahr, - ein Ersatz für seine höchst unehinträgliche Tätigkeit am Gericht.

Aber nun, an diesem Oktobermorgen, kam die große Gelegenheit für ihn. Er wurde Kandidat Roosevelt vorgestellt als die Fähre schwerfällig über den Fluß setzte. Roosevelt war beunruhigt, weil er seit Jahren infolge seiner Krankheit mit der Regierung des Staates New York auseinandergekommen war. Aber der junge Sammy sagte dem Kandidaten mit tödlicher Sicherheit, sich nicht zu sorgen, denn er habe die Tatsachen und Zahlen von allen nur erreichbaren Angelegenheiten im Staate New York zur Verfügung.

Während der folgenden Wochen nahm diese kleine Karawane ihren Weg durch den Staat, während Mr. Roosevelt zwei, drei, vier, ja sogar fünf Reden am Tag hielt. Bei den weniger formellen Unterhaltungen während des Tages war Sammy die Rose ständig an seiner Seite mit den Antworten auf Fragen, die aus der Menge zugerufen werden konnten, zur Hand. Abends, nach der Hauptrede, wenn der Kandidat sich nervös und erschöpft zu seinem Hotelzimmer zurückschleppte, überreichte Rosenman ihm die Rede für den nächsten Abend und sagte wieder mit seinem fröhlichen Lachen: 'Nicht sorgen.'

Als die Stimmen im November gezählt wurden, hatte Roosevelt gerade nur die notwendige Zahl erreicht. Eines der ersten Dinge, welche Roosevelt als neue Amtsperson vornahm, war die Ernennung Rosenmans zum Ratgeber des Gouverneurs mit 10.000 Dollar im Jahr. Dies war ein neuer Schritt die Leiter aufwärts für den jungen Anwalt, der die meisten der Antworten gewußt hatte.

Ungefähr 5 Jahre später stellte ihm Roosevelt einen frei gewordenen wichtigen Posten im Höchsten Staatsgerichtshof (State Supreme Court) zur Verfügung. Als Beispiel dafür, wie stetig seine Zuneigung für Sammy zugenommen hatte, äußerte er:

AA Ne. Eq 170

'Diese meine heutige Handlung ist eine der selbstlosesten Handlungen meines Lebens, denn ich beraube mich meines rechten Arms. Während der letzten drei Jahre ist Mr. Rosenman für mich persönlich eine vertraute und wesentliche Hilfe bei der Leitung der Regierung gewesen.'

Heute ist Sam Rosenman, Vater von zwei Jungen, sehr behäbig geworden in der kurzen freien Zeit, die ihm zur Verfügung steht. Sein Begriff von einem Aufenthalt im Freien ist, an einer Fischangel zu sitzen oder unter einem Baum zu träumen. Er ist ein bewußter Gegner von Bewegung. Fünf Fuß, 8 Zoll groß, wiegt er über 200 Pfund. Seine Freunde nennen ihn 'engelgleich'.

Als Richter an einem vermittelnden Gericht behandelt er Fälle, die das ganze Gebiet umfassen, angefangen mit der Frau, die Alimente fordern kann bis zu Prozessen gegen die Trusts. Was es aber auch für ein Fall sein mag, - das Lächeln weicht aus seinem Gesicht und die Lustigkeit schwindet aus seiner Stimme, wenn es sich um das Gesetz handelt. Dann sieht er aus und spricht auch wie es dem ernsten Sinn fürs Gesetz entspricht, der ihm eigen ist.

Wie diejenigen behaupten, die lange schon den vertrauten Kreis kennen, ist das große Vertrauen des Präsidenten abgesehen von seiner Geschicklichkeit auf zwei persönliche Eigenschaften zurückzuführen, die bei Politikern ungewöhnlich sind: er scheut das Rampenlicht; er hat nie den Versuch gemacht, die Freundschaft auszunutzen.

Wenn man seine Freunde fragen würde, so würden sie sagen, daß es eine sichere Wette ist, vorauszusagen, daß der Störenfried Samuel I. Rosenman eines Tages an der Spitze des Höchsten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten (United States Supreme Court) stehen wird."

(The American Hebrew, New York.)

Das Schicksal der Juden in den besetzten Ländern Europas.

Auf Grund der jahrelangen Bemühungen der jüdischen Organisationen und der Greuelberichte, die die 'polni-

AA Inl II g 170

sche Regierung" in London den Feindmächten zur Verfügung stellte, gab im englischen Unterhaus Außenminister Eden eine Erklärung der Alliierten über die deutschen Maßnahmen gegen die Juden ab. Er erklärte:

"Ich habe mit Bedauern die vor kurzem der Regierung zugegangenen Berichte über die unmenschliche Behandlung der Juden in den von den Deutschen besetzten Ländern Europas zur Kenntnis genommen. Vor allem haben wir eine Note der polnischen Regierung erhalten, die auch den übrigen verbündeten Nationen und der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurde. In Uebereinstimmung mit der Sowjetregierung und den übrigen verbündeten Regierungen, die vom Inhalt der Note direkt betroffen werden, haben wir beschlossen, heute gleichzeitig in London, Moskau und Washington folgende Erklärung zu veröffentlichen:"

"Die Aufmerksamkeit der Regierungen Belgiens, der Tschechoslowakei, Griechenlands, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Nordirlands, der Sowjetunion, Jugoslawiens und des Französischen Nationalkomitees wurden auf die verschiedenen aus Europa eingetroffenen Berichte gelenkt, aus denen hervorgeht, daß sich die deutschen Behörden nicht damit begnügen, den Personen jüdischer Abstammung in allen besetzten Gebieten die elementarsten Menschenrechte abzusprechen, sondern daß sie jetzt die von Hitler wiederholt ausgesprochene Drohung zur Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa in die Tat umsetzen. Aus allen besetzten Gebieten werden die Juden unter grauenhaften Bedingungen nach dem Osten deportiert. In Polen, das als erstes Land die unmenschlichen Methoden zu spüren bekam, werden die Juden systematisch ausgerottet mit Ausnahme einiger qualifizierter Arbeiter, die von der Kriegsindustrie benötigt werden. Von keinem der Deportierten wurde je ein Wort wieder gehört. Man weiß nicht, ob sie in Zwangsarbeitslagern langsam absterben oder ob sie in Massenexekutionen hingerichtet werden. Hunderttausende unschuldiger Männer, Frauen und Kinder sind bereits diesen grauenhaften Methoden zum Opfer gefallen.

K207290

AA Nr II g 170

Die genannten Regierungen und das 'französische National-Komitee' verurteilen die erwähnten Methoden aufs schärfste. Sie erklären, daß diese grausame Politik nur dazu angetan sein kann, die Entschlossenheit aller freiheitsliebenden Völker zur Abschaffung der furchtbaren Gewaltherrschaft zu festigen. Wir bekräftigen unseren unerschütterlichen Entschluß, die für diese Grausamkeiten Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

(Neue Zürcher Zeitung, Zürich.)

Ausrottung des europäischen Judentums.

Nachstehender Bericht, den der "Daily Telegraph" in London von der "Palestine Post" übernahm, gibt einen Überblick, in welcher Weise sich die feindliche Presse täglich mit den deutschen Judenmaßnahmen beschäftigt.

"Die Juden in Europa werden nicht mehr verfolgt, sondern vernichtet. Hitler hält sein Wort, daß dem Judentum in Europa ein Ende gemacht werden würde. In Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei, wo vor dem Kriege die jüdische Bevölkerung über 1.000.000 zählte, gibt es fast keine Juden mehr, und die Wenigen, die noch sind, werden rasch liquidiert. Ein ähnlicher Prozeß wird bei den Juden in Frankreich, Belgien und Holland angewendet. Nur die Schweiz, Schweden und Ungarn bilden noch eine Ausnahme. In Ost- und Mitteleuropa, Ungarn ausgenommen, ist die Ausrottung von ein paar Millionen Juden im Gange.

Es wird weiter berichtet, daß vor kurzem 24.000 Juden aus dem Ghetto in Riga von der Gestapo und der litauischen Polizei durch Maschinengewehrfeuer getötet worden sind, nachdem sie gezwungen worden waren, ihre eigenen Gräber zu graben.

Nach Himmlers Besuch in Warschau im vergangenen Frühjahr soll ein Kommando unter der Führung von Daus aufgestellt worden sein, das die systematische Vernichtung aller überbleibenden Juden in Polen zur Aufgabe hatte. Empörung wird darüber ausgesprochen, daß sogar Kinder und Greise hingerichtet worden.

K207291

 AA Nr II 9 170

Ein Augenzeuge berichtet über die Deportation von 27.000 Juden aus der von 50.000 Juden bewohnten Stadt Kiela, wovon 1.500 auf der Stelle getötet und der Rest auf der Fahrt verschwunden sein soll. In Bialystok wurden 1.500 Juden in einer großen Synagoge zusammengepfercht, um dort bei lebendigem Leibe verbrannt zu werden. Das offizielle polnische Schwarzbuch setzt die Zahl der hingerichteten polnischen Juden auf 200.000 fest.".

Wochenbetrachtung.

"Auf die bisherigen Anklagen der 'Vereinten Nationen' über die Ausrottung der Juden Europas ist keine Antwort erteilt worden. In der Anklage wurde behauptet, daß von den deportierten Juden keine Nachrichten eingelangt seien und man nicht wisse, wo sie sich befinden, auch über die aus den Ghettos in Polen ausgewiesenen Juden seien nie Berichte eingetroffen. Die deutsche Regierung schweigt. Im 'Völkischen Beobachter' heißt es in einem Artikel vom 17. Dezember: 'Das im Völkerrecht verankerte Grundgesetz der europäischen Kulturnationen sieht es als selbstverständlich vor, daß Frauen, Kinder und wehrunfähige Männer nicht am Kriege zu beteiligen sind. Von deutscher Seite ist dieses Gesetz selbst immer beachtet worden, wenn die Verteidigung besetzter ehemals feindlicher Gebiete, etwa der Kanalküste, vorbereitet wurde.' Es fragt sich nur, wie dieses 'Grundgesetz menschlichen Empfindens', wie das deutsche offizielle Organ schreibt, gegenüber der jüdischen Bevölkerung gehandhabt wird und wie sich die von der obersten Führung des deutschen Volkes proklamierte Ausrottung der Juden damit verträgt. Vereinzelt gelangen doch Nachrichten über die Handhabung dieses Grundsatzes ins Ausland. Es gibt z.B. Geheimsender in den besetzten Gebieten, die für Berichterstattung sorgen. Aus Rumänien kommen sehr oft Nachrichten über den Untergang der jüdischen Bevölkerung. Kein Geheimnis ist es, daß auch in der deutschen Bevölkerung darüber gesprochen wird.

AA Nul U g 170

Die neutrale Welt erwartet, daß zu diesen Anklagen über die Verletzung eines auch in den Kolonialländern anerkannten Grundsatzes der Zivilisation eine offizielle Darstellung erfolgt und niemand als die Juden wären glücklicher, wenn sich die Anklagen als unrichtig herausstellen würden.

Die Deportationen in H o l l a n d werden nunmehr nachts durchgeführt, nachdem jedesmal, wenn eine jüdische Gruppe sich zu den Sammelpunkten begeben mußte, holländische Demonstrationen stattfanden. Die Züge fahren nachts zwei Uhr von Amsterdam ab. Sie enthalten jeweils 600 Passagiere. Die Zahl der bis Ende November abgeschobenen Juden wird mit 84.000 angegeben. Nur Personen über 60 Jahren sind von der Ausreise ausgenommen, viele ziehen es aber vor, mit ihren Kindern mitzufahren. Geschickte Arbeiter kommen in deutsche Fabriken, während die anderen nach Polen verschickt werden, um bei Straßen- und Befestigungsarbeiten verwendet zu werden. Nichts ist bekannt über diejenigen, die nicht dazu fähig sind. Daß Tausende von Juden von nichtjüdischen Freunden in Holland versteckt und mit falschen Ausweispapieren versehen werden, ergibt sich aus Anklagen der holländischen nationalsozialistischen Presse gegen die holländische Bevölkerung. Fünf Holländer, die Juden versteckt hatten, mußten mit in das Exil. Holländische Juden bis zu 70 Jahren werden in das Lager Westerbork verbracht, was aus Todesanzeigen hervorgeht. Die holländischen katholischen und protestantischen Kirchen haben keine Möglichkeit mehr, ihre Proteste öffentlich kundzugeben. In der unterirdischen Presse erschien ein Telegramm, das die Kirchen an den Reichskommissar Dr. Seyss-Inquart gesandt haben. Darin heißt es: 'Die holländischen Kirchen sind tief erschüttert über die Maßnahmen gegen die Juden, welche mit Frauen und Kindern nach Deutschland und den besetzten Gebiete abgeschoben werden. Die Kenntnis der Leiden von Zehntausenden unserer Mitbürger verstößt tief gegen die Moral des holländischen Volkes. Der Konflikt zwischen diesen Anordnungen und Gottes Anspruch auf Gerechtigkeit und Gnade verpflichtet uns, an Sie einen dringenden Appell auf Unterlassung dieser Maßnahmen zu richten'

K207293

AA Ne u g 170

In F r a n k r e i c h werden die unverheirateten Ausländer im Alter von 18 bis 55 Jahren, die seit 1933 eingewandert sind, in Lager eingewiesen. Ausnahmen werden bewilligt für Ausländer nichtjüdischer Abstammung, die für einen Kriegsbetrieb arbeiten. Juden werden nur ausgenommen, wenn sie bei einer kämpfenden Truppe am Kriege teilgenommen haben. In Vichy wird noch darüber beraten, ob auch die verheirateten ausländischen Juden eingewiesen werden sollen. Die Einweisung muß nach einem Rundschreiben an die Präfekten bis zum 1. März beendet sein, wobei für Juden besondere Lager eingerichtet werden. Die Frist zur Vorlage der Ausweispapiere und Abstempelung mit dem Buchstaben 'J' wurde auf den 15. Januar festgesetzt. Nachher sollen die Polizeibeamten an Hand der Register Nachforschungen durchführen, um solche Juden ausfindig zu machen, welche die Abstempelung nicht haben vornehmen lassen. Den Präfekten wurden Delegierte des Judenkommissariats zugeteilt, welche besondere Kompetenzen erhalten haben und verpflichtet sind, die strikte Durchführung der Gesetze gegen die Juden zu überwachen. Für die französischen Juden sind keinerlei Maßnahmen zur Internierung vorgesehen. Man nimmt an, daß sich, nachdem 50.000 Juden Frankreich verlassen haben, noch 120.000 Juden im Lande befinden. In Paris wurden 117 Juden verhaftet, welche falsche Identitätspapiere bei sich hatten und den Davidsstern nicht trugen. In Haute Savoie hat der Präfekt angeordnet, daß in einer Reihe von Städten und Dörfern, darunter Annemasse, Evian les-Bains, Thonon und Chamonix, nur Juden wohnen dürfen, die eine spezielle Aufenthaltserlaubnis bekommen haben. Die Regierung in Vichy hat 158 Personen mit ihren Familien, meistens Juden, das Bürgerrecht entzogen und angeordnet, daß bis zur Beendigung des Krieges keine Namensänderung bewilligt werden darf. In A l g i e r gab es nach der Aufhebung der antijüdischen Gesetze Differenzen mit den Arabern. Der frühere Innenminister Puchou wurde beauftragt, die beidseitigen Verhandlungen zu führen. Die jüdische Bevölkerung in Algier beträgt 75.000 Personen und macht 11 % der Gesamtbevölkerung aus.

K207294

AA Nachtrag 170

Ein Nachrichtenzentrum besonderer Art stellt die T ü r k e i dar. Die Türkei hat direkte Verbindungen mit beiden kriegführenden Gruppen und von Ankara und Istanbul aus werden dauernd Meldungen in Umlauf gesetzt, die trotz ihrer neutralen Aufmachung meist nur als Propaganda gewertet werden können. Von dort aus kommen Meldungen über arabisch-jüdische Schwierigkeiten in Palästina, über angebliche Vorgänge in Rußland und auf dem Balkan, die nicht überprüft werden können. Die Türkei befindet sich zufolge der Teuerung in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dies trotz der Hilfe von beiden Seiten. Die Regierung in Ankara hat ein neues Steuergesetz erlassen, um eine Deflation herbeizuführen. Sie hat eine Kopfsteuer eingeführt, wobei die Festsetzung des Steuersatzes der Willkür der lokalen Steuerkommissionen überlassen ist, gegen deren Anordnungen keine Rekursmöglichkeit besteht. Etwa 90.000 Personen, deren Namen öffentlich angeschlagen werden, sollen 450 Millionen türkische Pfund aufbringen. An der Spitze der Listen stehen Juden, Armenier und Ausländer, die fast ihr ganzes Vermögen abgeben müssen. Tausende von Kaufleuten, die besonders betroffen werden, werden durch diese Kopfsteuer ruiniert; unter ihnen befinden sich viele jüdische Geschäftsinhaber, die in der neutralen Türkei nun das gleiche Schicksal in finanzieller Hinsicht erleiden, wie die anderen Juden Europas. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es sich um keine antijüdische Gesetzgebung handelt; daß dies in der Wirkung doch zutrifft, muß jedoch auch sie zugeben.

(Israelitisches Wochenblatt, Zürich)

Mitteilungen aus verschiedenen Ländern.

A m e r i k a :

Zahlreiche Prominente aller Gesellschaftsschichten, darunter auch 20 Senatoren, haben eine "Proklamation" über die Rechte der Juden herausgegeben. Darin heißt es: "Wir billigen den Juden das Recht zu, wieder auf ihren Platz bei

AA Inl II g 170

den freien Völkern der Erde zurückzukehren, sodaß die noch übrigbleibenden gequälten Juden, die sich während dieses Krieges dauernd im Fegefeuer befanden, ihr Leben als freies Volk wieder aufnehmen und ihre Stimme mit denen anderer Nationen wieder erheben können. Wir billigen den überall vertriebenen und ausgeraubten europäischen Juden Palästinas das Recht zu, als stolzes jüdisches Volk als unsere Partner in diesem Krieg gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Sie sollen in ihrer eigenen Armee unter eigener Flagge auf jedem Schlachtfeld kämpfen, wo sie das Oberkommando der alliierten Nationen hinstellt."

Im Bolivianischen Parlament hat in der letzten Zeit die Judenfrage zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Die Vertreter der Rechtsparteien begrüßten das kürzliche Regierungsverbot der jüdischen Einwanderung. Sie wiesen darauf hin, daß die Juden in kurzer Zeit die geschäftliche Schlüsselstellung an sich gerissen und die Bolivianer aus dem Wirtschaftsleben verdrängt haben. Bolivien benötige Landarbeiter und Kolonisten, nicht aber Parasiten. Die nationalistischen Parlamentarier deckten ferner den Plan auf, eine heimliche Einwanderung von weiteren 200.000 Israeliten gegen die ungeheure Bestechungssumme von Zwei Milliarden bolivianischen Pesos zu gestatten. Gewisse Kreise wollten anscheinend Bolivien systematisch mit jüdischen Elementen überschwemmen. Die liberalistischen Abgeordneten kritisierten dagegen scharf das Regierungsverbot. Ein Übergreifen der europäischen Rassenkämpfe auf Bolivien könne nicht gestattet werden.

E n g l a n d :

In einem Brief an die "Times", der von den Mitgliedern der Konferenz lutherischer Pastoren deutschsprachiger Gemeinden in England unterzeichnet ist, heißt es u.a.:

"Wir Geistlichen der deutsch-lutherischen Kirche in England erachten es für unsere Pflicht, unsere Gemeinden zu feierlichem Gebet und Bitten für das so unsagbar leidende jüdische Volk zusammenzurufen. Die antijüdische Gesetzgebung in ihrer Anwendung auf die Geistlichkeit trieb die lutherische Kirche in Deutschland zum ersten Mal in offene Opposition zu Götzendienst und Barbarentum

K207296

AA Inl II g 120

und ließ sie zu einer 'Bekenntniskirche' werden. Einige von uns wünschen, daß die Proteste, die damals erhoben wurden, nachdrücklicher, allgemeiner, häufiger gewesen wären, aber es steht uns, die wir jetzt in Sicherheit leben nicht an, an denen Kritik zu üben, die unter Feuer alles daran gesetzt haben, um sich Baal nicht beugen zu müssen. Sie sind zwar durch die Schrecken der Verfolgungen zum Schweigen verurteilt, aber sie hoffen und erwarten von uns, daß wir in ihrem Namen, im Namen aller derer sprechen, die sich in Deutschland zum Christentum bekennen."

Rabbiner Dr. Matzuch sagte in einer Rede in der Liberalen Synagoge in London, daß in das Gewebe der jüdisch-christlichen Beziehungen ein neuer haltbarer Faden dadurch hineingekommen sei, daß die Kirchen und ihre Führer in dieser Zeit der Betrübnis Israels viel für die Juden getan hätten. Es gäbe nur sehr wenig, wenn überhaupt etwas, was die Nazi-Herrscher beeinflussen könnte, aber die neutralen Länder könnten mindestens den entkommenen Juden eine Zuflucht bieten.

In der "Honours List" (Ehrenliste) S.M. des Britischen Königs für das Neue Jahr 1943 ist auch der Großrabbiner der hebräischen Gemeinden des britischen Weltreiches, Joseph Hermann Hertz verzeichnet. Er ist dadurch zu einem "Companion of Honour" geworden. Wenngleich dieser im Jahre 1917 gegründete Orden weder Titel noch Vorrechte verleiht, so bedeutet seine Verleihung eine der größten königlichen Auszeichnungen. Die Mitgliedschaft ist auf 50 Personen beschränkt, die Verleihung erfolgt gewöhnlich für außerordentliche Verdienste auf sozialem Gebiet. Churchill, Alexander, General Smuts, der Bischof von Gloucester sind Mitglieder dieses Ordens.

Eine Abordnung des britischen Judentums sprach bei Aussenminister Eden vor, um ihm im Namen der jüdischen Gemeinde für die von der britischen Regierung zusammen mit den anderen verbündeten Nationen abgegebenen Erklärung über die Ausrottungspolitik der Nazis gegen die Juden zu danken.

Französisch Nordafrika

Die Judenverordnungen, welche die französischen Behörden erlassen hatten, waren in der arabischen Welt mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Ihre Außerkraftsetzung durch

K207297

AA Inl IV g 170

die Amerikaner erregt die Unzufriedenheit bei allen Mohammedanern. Die Radiostation Tunis kündigte an, daß der Großmufti von Jerusalem alle seine Glaubensgenossen vor dem jüdisch-kommunistischen Einfluß gewarnt hat, der mit der anglo-amerikanischen Armee wiederkehrt.

P a l ä s t i n a:

Der hohe zionistische Rat von Jerusalem richtete einen Appell an Roosevelt. Er forderte die Genehmigung zur Errichtung eines nationalen Hauses der Juden in Jerusalem. Er forderte weiterhin Konzessionen, die Nachteile für die Araber bedeuten. Er verlangte die Aufstellung eines Heeres und einer eigenen Luftwaffe. Die Aufstellung der Luftwaffe wurde mit folgender Begründung gefordert. Wir wollen einen Beitrag an den Bombardierungen der Städte haben.

Auf einer Versammlung der arabischen Bürgermeister von Südpalästina in Falluya wurde eine Protesterklärung an die Palästina-Regierung gerichtet und verlangt, daß sie die Äußerungen von Wendell Willkie zurückweise. Willkie hatte in einem Telegramm an die Zionistische Organisation erklärt, daß Palästina nach dem Kriege den Juden zur Verfügung gestellt werden müsse.

S c h w e d e n:

'Aftontidningen' richtet sich in einem Artikel gegen den Antisemitismus und führte u.a. aus: "Der Antisemitismus ist eines der gefährlichsten Werkzeuge bei der Untergrabung der demokratischen Gesellschaftsordnung in anderen europäischen Ländern gewesen. Sollen sich keine gesetzlichen Maßregeln finden, um dem Antisemitismus Einhalt zu gebieten, so müssen Einzelpersonen und Gruppen klar und deutlich ihre Immunität gegen den Pazillenherd des Rassenvorurteils an den Tag legen."

S c h w e i z:

Zu dem Weihnachtsbrief an die Juden, der von 40 Schweizer Theologen unterschrieben war, nahm die katholische "Schweizerische Kirchenzeitung" Stellung. Unter Ablehnung des in dem

K207298

AA Inl II g 170

Brief verkündeten Schuldbekenntnisses der Christenheit gegenüber den Juden führt das Blatt folgendes aus: "Die Schuld für den politischen Antisemitismus tragen die Juden selbst. Denn die Juden machen sich so unverschämt frech auf Kosten der Christen breit, daß ihre Abwehr ein christlicher Akt primitivster Notwehr gewesen ist und noch ist. Niemand will Progrome rechtfertigen, aber noch weniger darf man die Verweisung der Juden in ihre Schranken als Unrecht hinstellen. Ein numerus clausus ist eine dringliche Notwendigkeit, um einem berechtigten Antisemitismus keine Vorwände zu liefern."

Ungarn:

Die auf die in intellektuellen Berufen beschäftigten Angestellten bezüglichen Bestimmungen des Judengesetzes vom Jahre 1939 müssen bis zum 31. Dezember 1943 durchgeführt werden. Eine Ausnahme bilden dabei jene Unternehmungen, die mindestens 33 % ihrer Jahresproduktion exportieren. Bei diesen Unternehmungen kann der zuständige Minister die Durchführung der Bestimmungen bis zum 1. Januar 1945 vertagen. Die Erfüllung der sich aus dem Judengesetz ergebenden Verpflichtungen werden vom Regierungskommissariat für geistige Berufe kontrolliert, das sich auf Grund der bis 31. Januar 1943 einzureichenden Anmeldungen von der Durchführung des Judengesetzes vom Jahre 1939 überzeugen wird.

K207299

Presseberichte pp
über die Behandlung des Judenproblems

21. 3. 1941 AA Übermittlung eines Ausschnitts aus dem „Daily Telegraph" vom 22. 2. 1941:
„Nazis execute 100 Jews"

5. 11. 1941 AA Schreiben mit folgendem Ausschnittweisen Inhalt:
„Weiterhin sollte dafür Sorge getragen werden, daß bei der Mitteilung der Todesfälle möglichst nicht der Eindruck entsteht, die Todesfälle ereigneten sich jeweils an bestimmten Tagen."

21. 11. 1941 AA Übermittlung eines Ausschnitts aus der „New York Times" vom 14. 9. 1941:
„Death Rate soars in Polish Ghettos"

6. 12. 1941 AA Mitteilung, daß sich amerikanische Kreise u. a. wie folgt mit den Maßnahmen gegen die Juden beschäftigen:
„Die Situation der vertriebenen Juden ist katastrophal, und in den Ghettos geradezu schauderhafte Lebensbedingungen herrschen, die eines Kulturvolkes unwürdig sind.
Von deutscher Seite werde ein Mythos verbreitet, in welchem Fall zum Beispiel auffordert würde."

9. 1. 1942 AA Übermittlung eines Artikels aus der „New York Post" vom 23. 10. 1941:

„German Troops massacre „Thousands" of Jews in the Ukraine"

9. 1. 1942 AA Übermittlung eines in hebräischer Sprache verfaßten Flugblattes mit Übersetzung, u. a. über die Ermordung von etwa 3 Millionen Polen und 3 Juden

26. 6. 1942 AA Übermittlung eines drahtnachrichtlich aus Stockholm vom 11. 6. 1942 über einen negativ gehaltenen Bericht betreffend die Judenfrage des jüdischen Bevölkerungsausschusses Warschau, veröffentlicht mit „Social-Democraten"

~~Artikel aus dem „Neuen Yorker Nachrichten" vom 6. 11. 1942:~~

~~„Massenmord der Juden als Propagandathema"~~

22. 10. 1942 DAÖV (Persönl. Stab Reichsführer SS)

Übersendung eines Pressemeldung vom 2. 10. 1942 über die Verfolgung der Juden:

„Bereits etwa eine Million Juden sind in Europa von den Nazis auf fürchterliche Weise getötet worden"

12. 1942 BA (Persönl. Stab Reichsführer SS)

Übersendung eines Pressemeldung vom 27. 11. 1942 aus Stockholm über die Judenfrage

10. 12. 1942 BA (Persönl. Stab Reichsführer SS)

Übermittlung eines Telefons vom 6. 12. 1942 aus Kopenhagen (Rentel) über die "von den Deutschen nicht-sichtslos durchgeführte Aussiedlung der Juden"

6. 2. 1943 AA Übermittlung von Auszügen aus den "Nouvelles de l'Agence Juive-Palcor" vom 25. und 30. 11. 1942, betreffend die Deportation und Massenvernichtung von Juden (in französischer Sprache)

22. 2. 1943 BA (Persönl. Stab Reichsführer SS)

Übermittlung eines Pressemeldung vom 14. 2. 1943 über die "beschleunigte Aussiedlung der Juden aus Bergen-Europa"

13. 3. 1943 AA Schreiben mit folgendem auszugsweisen Inhalt über den von "Svenska Dagbladet" erörterte rechtsmäßige Lage der deportierten Juden:

"Eine Freilassung und Rückkehr in den Aufenthaltsort kommt für sie nicht in Frage. Es gebe keine jüdischen Juden, die lebendig etwas über das Los des Weiteren berichten könnten" ("Deportation und dem Tode") aussagen könnten ... Hinter der Weiterbeförderung der Juden verbarge sich eine vernichtungsartige Absicht"

13. 12. 1943 AA Weiterleitung des von Richter von der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest am 29. 11. 1943 übermittelten „Jüdischen Nachrichtenbriefs" und „Informationsbriefs der Hashomer Hatzair, Schweiz"

24. 12. 1943 AA Weiterleitung des von Richter von der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest am 14. 12. 1943 übermittelten „Berichts über die Judenverfolgungen in Rumänien (jüdische Greuelpropaganda)"

16. 12. 1943 AA Weiterleitung eines vertraulichen Berichts von der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest vom 3. 12. 1943 über den „Schmuggel von Juden aus Polen nach Rumänien":

„Ein Drittel der jüdischen Juden in Rumänien sei im Juli 1943 in den Reichen und Städten Galiziens lebenden einzigen Juden mehr begegnet."

3. 1. 1944 AA Übersendung von „jüdischen Hetzflugblättern", von denen mit „auch eine

„mit der Verschickung von Juden nach Polen zu den östlichen Erschießungen"

befasst

2. 5. 1944 AA Übermittlung von Auszügen aus der „Palestine Post“ vom 12., 13. und 15. 3. 1944 und aus der „Egyptian Gazette“ vom 22. 3. 1944 über Judenmorde in Polen, u. a. über

„das Konzentrationslager Oswiecim als größte deutsche Todesfabrik“

(„Jewish Struggle against Massacres“, „All Polish-Jewish Children killed“, „Massacre stopped up“, „World's largest death-factory in Poland“)

27. 6. 1944 AA Übermittlung zweier Fernschreiben vom 18. und 20. 6. 1944 über

„die Evakuierung von 3000 tschechoslowakischen Juden in Konzentrationslager Birkenau“

und über

„die Evakuierung, Verbrennung und Grauen der tschechoslowakischen Juden zu berichten“.

5. 7. 1944 AA Schreiben mit der Wiedergabe eines Telegramms des Britischen Generalkonsuls in Bern an das Foreign Office

„In Todeslager Birkenau seien in Laufe der letzten 2 Jahre etwa 1.500 000 Juden getötet worden. Die vielen Krematorien hätten Möglichkeit zur Vergasung und Verbrennung von 60.000 Juden je Tag“

22. 7. 1944 AA Schreiben über die Erklärung des Oberrabbiners von Stockholm zur Judenfrage:
„ Es seien etwa 3,5 Millionen europäische Juden vernichtet worden "

29. 7. 1944 AA Bekanntgabe eines Artikels „ The Jews fight back "

12. 8. 1944 AA Übermittlung eines von der „ Times " verbreiteten angeblichen „ Greuelberichts über den Warschauer Ghetto "

25. 8. 1944 AA Schreiben mit Weitergabe der Anfrage der Jüdischen Gemeinschaftshilfe, ob es beabsichtigt sei, die in Birkenau und befreundeten Juden vor dem Vormarsch der Russen zu beseitigen

26. 10. 1944 AA Übermittlung eines Artikels aus dem „ Aufbau " New York
„ Gegen (?) Gaskammern zum Widerstand "

1. 12. 1944 AA Übermittlung einiger vom Ungarischen Hilfskomitee zur Verfolgung gefallener Protestanten zusammengestellter Berichtigungen zu „ Judenmaßnahmen in Ungarn ":
„ Ungarische Maßnahmen seien eine weitere Entlastung der Massenvernichtung von Juden, wie sie in den Vernichtungslagern in Polen durch Kohlenmonoxyd erreicht haben "
„ Es sei bekannt geworden, daß die aus Konzentrationslagern deportierten wovon die in

Ungarn und Deutschland
lebenslang nationalsozialistischen Juden
vernichtet worden wollen"

28. 11. 1944 AA — Schreiben über eine Meldung von „Stockholm Tidningen":
„In Birkenau seien von April 1942 bis April 1944 1.765.000 Juden abtransportiert worden, die umgebracht worden"

29. 1. 1943 AA — Informationsbericht zur Judenfrage, herausgegeben vom Amt VII des RSHA, enthaltend u. a.

„Das Schicksal des Juden in den besetzten östlichen Europa"

und

„die Beeinflussung der europäischen Judenfrage"

84-48

1941:

Berlin, den 21. März 1941. g.Rs. D III 2259

Auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

Betr.: LR. RADEMACHER.

beizufügen zu a) bis d)
je eine Fotokopie des
Ausschnittes aus dem
" Daily Telegraph " vom
22. Februar 1941.
- 1 -

1.) In Abdruck

a.) dem Reichssicherheitshauptamt,
IV D 4,

b.) der Antisemitischen Aktion,

c.) Herrn Reichsbankoberinspektor
HOPPE pp.,

d.) dem Promi,

- je besonders -

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.
gez. TODENHÖFER.
14.3.

2.) Z. d. A.

84 - 48

AA Nol. II A

swärtiges Amt Presseabteilung erate / Pressearchiv Referat P X.	Daily Mail	22	2	44
	Name der Zeitung	Datum	Der	Zeitung

Wird	nur vom	Archiv	ausgefüllt

Inhaltsangabe kann, — wenn unbenutzt — überklebt werden

2257

✓

Q

NAZIS EXECUTE 100 JEWS

HELD AS HOSTAGES

News has reached London of a terrible example of Nazi brutality in Poland—the execution of 100 Polish Jews arrested as hostages for a man who escaped from the Germans.

Last spring a young Polish Jew named Kott was arrested by the Warsaw Gestapo. Although handcuffed Kott evaded his gaolers, and the German police offered a reward of £40 for his capture or indication concerning his whereabouts.

Three hundred Jewish hostages were placed in a Warsaw prison. They were told that if within 24 hours Kott did not reappear 100 of them would be executed. Kott failed to show up and 100 of the hostages were shot.

cab

D III Hoffmann

D II

D II

84-48

Abdruck zu den Akten

III 588.9.

den 5. November 1941

Das Herantreten der schwedischen Gesandten an das Auswärtige Amt gibt Veranlassung, verschiedene Fragen grundsätzlich zu klären:

Die Vorgeschichte der Intervention der schwedischen Gesandten ist folgende: Es wurden in diesem Jahre, im Februar und im Juni, im ganzen 660 Juden niederländischer Staatsangehörigkeit in Konzentrationslager nach Deutschland verbracht. Wie den Jüdischen Rat von Amsterdam mitgeteilt wurde, sind bisher über 400 dieser Häftlinge verstorben. Aus den Listen ergibt sich, daß sich die Todesfälle jeweils an bestimmten Tagen ereignet haben. Bei den Häftlingen handelt es sich fast durchweg um jüngere Männer.

Die Schwedische Gesandtschaft als Schutzmacht-Vertretung der Niederlande hat sich wiederholt mit dem Ersuchen an das Auswärtige Amt gewandt, die niederländischen Juden in den Lagern besuchen zu dürfen. Diesem Ersuchen wurde nicht stattgegeben.

Schweden tritt nun in einigen Staaten des feindlichen Auslands als Schutzmacht Deutschlands auf. Deshalb war die Behandlung der Angelegenheit insofern schwierig und unliebsam, als nicht kurzerhand unsererseits die Vorstellungen Schwedens zurückgewiesen werden konnten, ohne befürchten zu müssen, daß Schweden in der Vertretung der deutschen Interessen im feindlichen Ausland es seinerseits an nötigem Nachdruck fehlen lassen würde.

Um in Zukunft derartige Zwischenfälle zu vermeiden, ist es notwendig, daß die in den von Deutschland besetzten Gebieten verhafteten Personen nicht in das Reich verbracht werden. Solange die Verhafteten nämlich in

den

K205224

An das

Reichssicherheitshauptamt

z.Hd. von SS-[illegible]

AA Nr. II g 126

den besetzten Gebieten bleiben, unterstehen sie nicht der Schutzmacht-Vertretung der dazu beauftragten I Länder. Weiterhin sollte dafür Sorge getragen werden, daß bei der Mitteilung der Todesfälle möglichst nicht der Eindruck entsteht, die Todesfälle ereigneten sich jeweils in bestimmten Tagen.

Grundsätzlich steht das Auswärtige Amt auf demselben Standpunkt wie das Reichssicherheitshauptamt und befürwortet seinerseits die Repressalien-Maßnahmen gegen Juden als Urheber der Unruhen. Die Wahrung der deutschen Interessen im feindlichen Ausland macht es aber notwendig, daß die Behandlung dieser Angelegenheiten im oben erwähnten Sinne erfolgt.

Es wird gebeten, diese Fragen zu prüfen und dem Auswärtigen Amt die dortige Stellungnahme mitzuteilen.

Im Auftrag
gez. [illegible]

K205225

7.7.38

671491

AA Inl. II A/46 Bd 13

Archiv des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)

Rohmaterial – Nur zur streng persönlichen Kenntnisnahme des Empfängers (Ohne redaktionelle Verantwortung) Nicht zur Veröffentlichung

Übersetztes Material

Blatt 15

...eehaus.
...ei erklärtes China

Büro D III bitte eintragen: Berlin, den 20. Oktober 1941.

Auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

: L.R. RADEMACHER. In Abdruck

a.) dem Reichssicherheitshauptamt,

...führen zu a) bis
...e eine Entkorfieb.) dem Reichsministerium des Innern,
...Protokollnotiz aus
...vom ... 1941. c.) dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,

14. - d.) Herrn Reichsbankoberinspektor HOPPE FF.,

e.) der Antisemitischen Aktion,

f.) dem Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt am Main,

g.) dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands in München, Ludwigstraße 22b,

h.) dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei dem Generalgouverneur in Krakau,

– Sammelanschrift –

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.
gez. RADEMACHER.

E. d. A.

...der zu eröffnen.
...ungen durch Iran,
...bute über Turkestan
...der Mongolei bis zu
...ß diese sogenannte
...bedeutende Verbesserunge
erfahren hat.

AA Nr. a A 6743

Auswärtiges Amt
Presseabteilung
Sektorate / Pressearchiv
Referat P

New York Times | 14 | 9 | 41 | 8307

ausgeführt

Akte werden

X

DEATH RATE SOARS IN POLISH GHETTOS

Rises as Much as 15 Times the Normal in Some Places, Dr. Henry Szoszkies Reports

MANY FACING STARVATION

Suffering Intensified by U. S. Ban on Remittances and the Soviet Entry Into War

The appalling conditions under which some 3,000,000 Polish Jews must struggle to live in 300 ghettos throughout Nazi-dominated Poland are revealed by authoritative statistics received in the United States and made public here yesterday by Dr. Henry Szoszkies.

Starvation stalks throughout the ghettos and the death rate has risen to three and in some places to fifteen times the normal mortality rate, according to Dr. Szoskies, who was general manager of the Central Cooperative Bank in Poland until the outbreak of the war.

The sufferings of the Polish Jews have been increased by the restrictions the United States Treasury has imposed on the sending of remittances abroad and by the inability of the Commission for Polish Relief, Inc., to continue purchases of milk and other foods from war-torn Russia, according to Dr. Szoszkies, who said in a statement:

"In the Warsaw ghetto alone, which now has a population of 500,000, including several thousand Jews who have embraced the Roman Catholic or Protestant faiths, the number of registered deaths rose from eighty a day in the month of May, 1941, to three times that number in July—and this without 'benefit' of epidemics. The July, 1941, deaths were fifteen times greater than those reported for the same district in the corresponding month of 1939.

Bodies Left in Streets

"Many families living in the Warsaw ghetto who are unable to provide for themselves, let alone bury their dead, have adopted the practice of leaving corpses in the streets and courtyards. This stark, ghastly fact is confirmed by an announcement which appeared recently in the newspaper published in the Warsaw ghetto under, of course, the most severe censorship.

"In this newspaper announcement the president of the Jewish Community in Warsaw appealed to the population not to abandon unidentified corpses in streets and courtyards, because 'such action imposes a grave responsibility on the community,' which is compelled to bear the cost of burying them.

"A large proportion of the deaths in the Warsaw ghetto is now of young children between the age of 1 to 3 who are no longer allowed a daily ration of milk. Only people suffering from tuberculosis and possessing a medical certificate to that effect, and children up to 1 year of age, obtain one glass of milk daily.

"Up to a few months ago there were in the Warsaw ghetto eighty-eight kitchens where 115,420 persons received a bowl of soup daily, without bread. Beginning with the month of May of this year, however, the community was forced to close these kitchens for three days a week because of lack of funds.

"For the maintenance of these kitchens the Jewish Community had levied a toll of 2 zlotys (about 40 cents at the official rate of exchange) monthly on every member of the community, but by July the community was obliged to exempt 122,138 persons from this tax because it had become absolutely impossible for them to pay even this insignificant amount.

"The daily bread ration for the Jews in Warsaw is now only three ounces, with occasional 'hand-outs' of a few potatoes and some saccharine. These so-called rations are obtained, when available, at the official prices. The latest prices for the 'free market' received here are: 90 zlotys a kilo for butter (about $8 a pound), 30 zlotys a kilo for bread and 50 zlotys a kilo for sugar.

Earnings Only $3.50 Weekly

"The only source of earning for the great mass of Jews in Polish ghettos is the compulsory labor service enforced by the occupying authorities on all men and women from 16 to 60 years of age. For this compulsory work the present rate of pay is 18 zlotys (about $3.50) a week. This is equivalent, in other words, to about one and a half pounds of bread purchased on the 'free market.'

"In the city of Radom, where the ghetto now houses about 7,000 Jews, practically all of them are destitute and starving.

"The latest restrictions imposed by the United States Treasury on the sending of remittances abroad have increased the plight of many Jewish families who were receiving regularly—via Portugal and other neutral countries—food parcels through the generosity of their relatives in the United States. This traffic has now almost entirely ceased, with the result that American Jews having relatives in Poland are receiving the most distressing appeals from the other side to 'do something' to get relief to them in some way or other.

"The inability of the Commission for Polish Relief, Inc., because of the German-Soviet war, to continue the purchase of milk and other foods in the U. S. S. R., part of which was donated by the Commission to Jewish relief organizations in Warsaw and Cracow, has further added to the distress of Poles and Jews alike."

Dr. Szoszkies, well known in European circles as a Jewish writer, was an executive member of the Jewish community in Warsaw through the siege of September, 1939, and for a few months after German occupation.

83 - 26 Polen

A 4212
AA Inl. II A 42/3

Berlin, den 10. November 1941. IV zu D III 8955.

1.) An

a.) das Reichssicherheitshauptamt, STRENG VERTRAULICH!

b.) das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda,
- Sammelanschrift - .

Ref.: L.R. RADEMACHER.

Vor Abgang

Pol. IV Italien

Pol. V Polen

Pol. IX 27/41

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Wie hier bekannt geworden ist, beschäftigen sich verschiedene amerikanische Kreise mit den Maßnahmen gegen die Juden:

" Die schon länger angekündigten antisemitischen Maßnahmen sind zur Zeit in Ausführung begriffen. Auch in Berlin erhielten zahlreiche Juden die nachdrücklichste unumstößliche Anweisung, Berlin mit 50 Kg. Gepäck unter Hinterlassung der übrigen Habe als Wohnsitz aufzugeben; zahlreiche Gruppen sind nach dem östlichen Wartheland geschafft worden. (Gegend Litzmannstadt). Als Folge dieser Zwangsevakuierung sind bisher schon weitere über 100 (?) Selbstmorde zu verzeichnen. Die Situation dieser Vertriebenen (!) sei deshalb so hoffnungslos, weil in den Ghettos geradezu schauderhafte Lebensbedingungen herrschten, die einer Verurteilung zum langsamen Absterben glichen!

Aus Polen berichten amerikanische Quellen, daß

2.) Z. d. A.

AA Inl-II A 42/2

daß die deutschen Generalgouvernementsbehörde
auch zu Zwangsevakuierungen der Juden aus Stä
der Linie Krakau-Warschau schritten. Nach kur
summarischer Aufforderung hätten die Betroffe
Sonderzüge zu besteigen, mit denen die Fahrt
Unbekannte losginge, die für gewöhnlich nach
paar Stunden irgendwo im Ödland ende. Dort mü
die also Verladenen aussteigen, wobei ihnen e
net werde, daß sie sich nunmehr nach Belieben
gieren könnten.

Beiliegendes Flugblatt ~~zirkuliere oben~~
~~in diesen Kreisen.~~

~~In den Flugblättern sei fast eine Auffo~~
~~rung zum Progrom zu erblicken.~~"

I. A.

gez. RADEMACHER.

beizufügen zu a) und b)
je eine Fotokopie des
nebenstehend bezeichne-
ten Flugblattes.
- 1 -

in welchem fast zum Progrom aufgefordert würde,
wurde
der von deutschen Stellen verbreitet.

wärtiges Amt
reseabteilung
gate / Pressearchiv
Referat P X.

New York Post

Name der Zeitung | Datum | Der | Zeitung

erman Troops Massacre Thousands of Jews in the Ukraine

any Slain as They Pray in Synagogues—Corpses Floating in the Dniester River

pyright, 1941, New York Post
d Overseas News Agency

MEWHERE IN EUROPE. 23 Tens of thousands of ... have been massacred by ... soldiers behind the lines ... in the Ukraine. ... and thousands ... including reports of Hungarian officers who served with Nazi troops invading the Soviet Ukraine, the Ukrainian pogroms were among the bloodiest on record.

Among the Bloodiest

German troops led Ukrainian terrorist bands in rounding up ... the Dniester.

Further massacres of those Jews who had escaped the first wave of carnage were predicted by Hungarian officers fresh from the region.

) Büro D III bitte eintragen:

Berlin, den 9. 1. ~~Dezember~~ 1941

Auswärtiges Amt

D III .....

9461

V Re

In Abdruck

V.: L.R. RADEMACHER.

a.) dem Reichssicherheitshauptamt

b.) dem Reichsministerium des Innern

c.) dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

uffügen zu bis g.) je e Fotokopie r Presse- tiz aus der New York Post om 23.10.1941. - 1 -

d.) Herrn Reichsbankoberinspektor Hoppe beim Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches " - Beauftragter für den Vierjahresplan - Staatsrat zur besonderen Verwendung Wohlthat Berlin W 8 Leipzigerstr. 3

e.) der Antisemitischen Aktion Berlin W 9 Potsdamerstr. 17

f.) dem Institut zur Erforschung der Judenfrage Frankfurt am Main

) Die Pressenotiz aus der " New York Post " vom 23. Oktober 1941 ist nach Fertigung einer weiteren Fotokopie für die Akten an g.) Referat P X zurückzugeben.

.) Z. d. A.

AA rel. U A 42/2

g.) dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands in München 22, Ludwigstraße 22b,

- Sammelanschrift -

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.

gez. Dr. Herbert MÜLLER.

AA neu II A 42/2

Auswärtiges Amt
Presseabteilung
Pressearchiv
Referat P X.

Name der Zeitung: New York Post
Datum: 23 [illegible] 941
Ort:
Zeitung:

German Troops Massacre Thousands of Jews in the Ukraine

Slay Slain as They Pray in Synagogues—Corpses Floating in the Dniester River

Copyright, 1941, New York Post
Overseas News Agency

EWHERE IN EUROPE. Tens of thousands of [illegible] have been massacred by [illegible] soldiers behind the lines [illegible] in the Ukraine, and thousands of Jewish corpses are [illegible]ting in the Dniester River, [illegible]ified first-hand reports estab[illegible]ed today.

[illegible]t least 15,000 Hungarian [illegible]s, deported some time ago [illegible] the Hungarian government, [illegible]re among those slain.

[illegible]ight thousand Galician Jews [illegible]shed in the Kamenets Po[illegible]sk region of the Ukraine. Many of the Jews were ma[illegible]chine-gunned in synagogues as [illegible]y prayed. Others were mur[illegible]red in their homes and their [illegible]ies thrown into the Dniester. From eyewitnesss accounts, including reports of Hungarian officers who served with Nazi troops invading the Soviet Ukraine, the Ukrainian pogroms were among the bloodiest on record.

Among the Bloodiest

German troops led Ukrainian terrorist bands in rounding up helpless Jews. Many were forced to the banks of the Dniester, where they were mown down by gunfire.

Aged men and women and hundreds of infants died. Whole families were wiped out.

Fate Was Not Known

The 15,000 Hungarian Jews were in an original exodus of about 18,000 Jews compelled to leave Hungary last August. They went to Galicia, and their fate was unknown until today.

The Nazis, in their drive into Russia, had herded these people into villages on both sides of the Dniester.

Further massacres of those Jews who had escaped the first wave of carnage were predicted by Hungarian officers fresh from the region.

Auswärtiges Amt
Presseabteilung
Auswahldienst
(Ausländische Presse)
Referat P X.
Aktenplan-Nr. 1410
Zurück an
Presseabteilung
Auswärtiges Amt
(Referat PX)

A 72/5 –
AA Nol. zu A 72/5 –

Berlin, den 1. Aug. • Februar 1942 | zu D III 4280

1.) Büro D III bitte eintragen:
Berlin, den 16. Dezember 1941.
2.) Auswärtiges Amt

D III ...1548...

Ref.: L.R. RADEMACHER.

In Abdruck nebst 1 Anlage

a.) dem Reichssicherheitshauptamt

b.) dem Reichsministerium des Innern

c.) dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

d.) Herrn Reichsbankoberinspektor Hoppe
beim Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches
- Beauftragter für den Vierjahresplan -
Staatsrat zur besonderen Verwendung Wohlthat
Berlin W 8
Leipzigerstr. 3

e.) der Antisemitischen Aktion
Berlin W 9
Potsdamerstr. 1

f.) dem Institut zur Erforschung der Judenfrage
Frankfurt am Main

g.)

.) Z. d. A.

zufügen zu
bis g.) je
e Fotoko-
e des Flug-
attes in jüdi-
cher Sprache
nd der Über-
etzung dieses
lugblattes.
- 2 -

AA Bd. II A 72/5

g.) dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutsch
in München 22, Ludwigstraße 22b,
- Sammelanschrift -
mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.

gez. Dr. Herbert MÜLLER.

AA Nol. II A 72/3

Ua 41204 (Übersetzung) 1545

Am 24. August wurde in Moskau eine Versammlung der führenden Persönlichkeiten des jüdischen Volkes abgehalten. Die Teilnehmer dieser Versammlung haben den folgenden Aufruf an die jüdischen Brüder in der ganzen Welt erlassen:

Jüdische Brüder in der ganzen Welt!

Viele europäische Völker und Staaten liegen zertreten zu Boden und stehen blutbespritzt unter dem Mörderstiefel des Hitlerismus. Der Faschismus hat ganze Völker geknechtet. Jedes Land, das auf hinterlistige Weise von den faschistischen Gurgelschneidern überwältigt worden ist, wurde zu einem Opfer des Mordes und der Gewalt. Das überrannte Polen, die in Blut getauchte Tschechoslowakei, das geschändete Frankreich liegen in schwere Ketten geschmiedet. Das gleiche tragische Schicksal hat auch Belgien, Holland, Norwegen, Griechenland, Jugoslawien und andere Länder getroffen. Die slawischen Völker wurden auf die grausamste Art umgebracht. Allein in Serbien haben Hitlers Henker hunderttausend Menschen gemordet. Hunderte von Städten und Tausende von Dörfern wurden in Schutt und Asche verwandelt. Dieses schreckliche Regime der Gewalttat, des Raubes, des Mordes und der Zerstörung haben die faschistischen Vandalen mit dem höchsten Grade des Zynismus die "neue Ordnung" in Europa genannt, und die blutigen Gurgelschneider nennen sich Träger einer neuen Zivilisation.

Jüdische Brüder in der ganzen Welt!

Wenn in den versklavten Ländern der blutige Faschis-

AA Nel. II A 72/5

mus seine "neue Ordnung" mit Hilfe der Messer und Dolche, mit Feuer und Gewalt eingeführt hat, ist es aus mit dem jüdischen Volk und dann hat dieses blutige Hitlertum ein banditisches Programm der vollständigen und endgültigen Vernichtung mit allen Mitteln in Vorbereitung, dessen nur die faschistischen Henker fähig sind.

Allein in Polen haben die Hitlerleute in der gleichen schamlosen und bestialischen Weise mehr als drei Millionen Polen und Juden gemartert und ums Leben gebracht, sie haben die Töchter vor den Augen der Eltern geschändet, Kinder im Angesicht ihrer Mütter zerschmettert; die Unglücklichen, die mit dem Leben davon kamen, werden gezwungen, ihre Töchter den Freudenhäusern für die Soldaten und ihre Söhne der Sterilisation zuzuführen.

Jüdische Brüder!

Das geschichtliche Los des zerstreuten jüdischen Volkes hat es mit sich gebracht, dass die jüdische Kultur mit den Kulturen aller Völker der ganzen Welt verknüpft wurde.

In den Ländern, die durch den Faschismus gefesselt und geknechtet wurden, sind unsere unglücklichen Brüder zum ersten Opfer geworden. Das Blut der gemarterten Juden in den verbrannten Schulen Rotterdams schreit zur ganzen Welt, zusammen mit Tausenden namenloser Opfer in den polnischen Städten und Städtchen, wo die faschistischen Mörder ihre Opfer lebend begraben haben.

Keine Klagen und keine Gebete spricht die Stimme des

SA Me. II A 7275

vergossenen Blutes, sie schreit nach Rache! Kein Jahrzeitlicht (Jahrzeit = Feier am Jahrestag eines Todesfalles.A.d.Ü.) nur Feuer, worin die Henker der Menschheit verbrannt werden müssen! Keine Tränen, nur Hass und Widerstand gegen die blutigen Henker und Menschenfresser! Und nicht im Wort, nur in der Tat! Jetzt oder niemals!

Auf seinem tragischen Märtyrerweg seit den Zeiten des römischen Reiches bis ins Mittelalter hat das leidende jüdische Volk nichts aufzuweisen, was sich mit dem gegenwärtigen Elend vergleichen liesse, das der Faschismus der ganzen Menschheit - und mit besonderer Grausamkeit dem jüdischen Volke - gebracht hat.

Die rasenden Menschenfresser, trunken von Blut und Mord, haben das Land überfallen, das für die Völker eine leibliche Mutter, eine Heimat geworden ist, und das ihnen ein schönes Leben, Freiheit, Glück und die Stätte des Aufblühens der nationalen Kultur geworden ist. Unter diesen Völkern hat sich das jüdische Volk zum ersten Mal seit tausend Jahren als gleichberechtigtes Glied gefühlt. Auf den reichen Feldern des grossen Rätebundes hat sich zum ersten Mal ein jüdischer Fahrer auf den Traktor gesetzt; Juden haben sich in die Werkstätten,in die Fabriken und in die Betriebe gestellt. Vor den Juden haben sich die Tore der Universität geöffnet, sie füllen ihren Platz in der Armee, in den Schächten, in den Laboratorien.

In der grossen Familie des Rätebundes hat das jüdische Volk seine Stelle gefunden und schon seit einem Vierteljahrhundert fördern die Völker des Rätebundes in grosser brüderlicher Gemeinschaft ihren Wohlstand, ihre Zukunft, ihre nationale Freiheit.

Jetzt sind die Gefilde des völkerreichen Sowjetvolkes mit Blut übergossen. Es werden Dörfer und Städte zerstört, die zeitweise den bluttriefenden Krallen der Hitlerbestie in die Hände gefallen sind. Die Wege und Stege sind mit Opfern heimtückisch gepeinigter und gehängter friedlicher Bürger übersät.

Aber das grosse freiheitliebende Sowjetvolk und seine legendäre Rote Armee verrichten Wunder der Tapferkeit und des Heldentums. Auf den Schlachtfeldern der Sowjets schlägt sich die heldische Rote Armee nicht nur für die Bewohner der Räte-Union, sondern für die ganze Menschheit. Auf den blutübergossenen Gefilden des Räte-Bundes muss die braune Pest, die der ganzen Welt Tränen und Unglück, Kummer und Verzweiflung gebracht hat, ihr Grab auf ewig finden! In ihren Schlachten gegen den Henker der Völker, gegen das Hitlertum, bringt die Rote Armee selbst Helden hervor, wie sie die Menschheit noch nicht gesehen hat. Und in dem Verzeichnis der ruhmbedeckten Krieger lesen wir mit Stolz die Namen von Juden, die ausgezeichnet mit den höchsten Sowjetwürden die menschliche Kultur gegen die faschistischen Barbaren verteidigen. Wir rufen voller Stolz die Namen unserer Brüder unter denen an, die sich mit den Hitler-Banditen zu Lande, zu Wasser und in der Luft schlagen. Mit dem Gefühl tiefsten Entzückens finden wir ihre Namen auch unter den Parteimitgliedern. Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen auch die besten Töchter unseres Volkes.

Jüdische Brüder auf der ganzen Welt!

Sie schlagen sich auch für euch! Sie geben ihr

AA Nl. II A 1215

41204

junges Leben auch für euer Glück dahin. Während die grausame Pest, die umso grausamer wird, je näher ihr Ende heranrückt, auch auf die andere Seite des Weltmeeres hinübergreift, während der Faschismus rast, steht die ganze Menschheit in Gefahr.

Unser Ruf vereinigt sich mit der Stimme des unschuldig vergossenen Blutes von Millionen Juden. Unser Wort kommt zu euch wie ein Signal, das zum Widerstand und zur Rache auffordert. Möge euch jeder Tag dem Sieg über den Feind näher bringen. Möge zu jeder Stunde in unserem Herzen das heilige Feuer der Rache immer heller aufflammen! Möge jeder Augenblick mit der Bereitschaft zur Tat ausgefüllt sein!

Reisst mit allen Mitteln die wirtschaftlichen Hilfsquellen der Faschisten in allen Ecken der Welt nieder. Dringt ein in die wichtigsten Gebiete der Mordindustrie der Hitler-Henker und lähmt sie um jeden Preis. Boykottiert ihre Erzeugung immer und überall! Verkündet überall und in allen Sprachen die unerhörten Grausamkeiten, die die Hitler-Kannibalen auf ihrem blutigen Weg begehen! Leistet eure Sache mit dem heiligen Eifer der heldenhaften Partisanen! Kein Jude darf sterben, ohne den faschistischen Henkern für das unschuldig vergossene Blut heimzuzahlen. Entwickelt überall eine Agitation für Solidarität und wirksame Hilfe zu Gunsten des Räte-Bundes, der den Trägern des Todes und der Vernichtung heldenhaft Widerstand leistet.

Die Menschheit wird von der braunen Pest befreit!

Eure Aufgabe ist es, bei ihrer Ausrottung mitzuwirken!

AA Nl. 4 A 72/5

Pa 41204

Auch ihr sollt euren Anteil an diesem heiligen Kampf nehmen!

S. Michels	-	Professor, Volkskünstler der UdSSR
Perez Markus	-	Dichter
David Bergelsohn	-	Schriftsteller
Rusinoff	-	Professor
S. Samosud	-	Volkskünstler der UdSSR
Jakob Flieher	-	Laureat des internationalen Pianisten-konkurses
Emil Hillels	-	dto.
B. Jofan	-	Akademischer Architekt
J. Rabinowitsch	-	Künstler
A. Tischler	-	Künstler
P. Ermler	-	Kinoregisseur und verdienstvoller Schauspieler
Sergej Eisenstein	-	Kinoregisseur, Professor, verdienter Künstler
S. Morschok	-	Schriftsteller
S. Holkin	-	Dichter
M. Reisen	-	Volkskünstler der UdSSR
Ilija Ehrenburg	-	Schriftsteller
Bamasch	-	Arzt
D. Ojstroch	-	Professor, Laureat des internationalen Violistenkonkurses
Jakob Sack	-	Laureat des internationalen Pianisten-konkurses
A. Kopler	-	Schriftsteller
D. Saslowskij	-	Tagesschriftsteller

AS Mu. 5 A 72/5

Mus 41.04

D. Duskin	-	Volkskünstler der UdSSR
S. Godiner	-	Schriftsteller
P. Kopitza	-	Professor, wirkliches Mitglied der wissenschaftlichen Akademie der UdSSR
Schawne Epstein	-	Tagesschriftsteller
Klara Juns	-	Künstlerin.

No. 41,234

41,234/41

דעם 24סטן אויגוסט איז אין מאסקווע פארעפֿנטלעכט א בוימיגן פון פארשטייער פֿינעם יידישן פֿאלק, די אמעריקאנער פּונעם בוימיגן האבן אנגענומען דעם פאלגנדיקן אופרוף צו די בריידער ייִדן פֿון דער גאנצער וועלט.

בריידער ייִדן פון גאַנ דער וועלט!

אין אירפֿאיישע בעלקער איז מעלובעם לינג צעבראָכן אוּן נייע פֿם מיט בלום אוּן כער דעם מערדעריש שוויטל פונעם היטלעריזם. דער פאשיזם האָט פאיקנעכטעם נאנצע בעלקער. יערעם לאנד, וואָם איז אפֿ א ראָצעיש אויבן פארכאפֿט געוואָרן פון די פאשיס, מיש גאָרנלשנבדער, איז נעוואָרן א קאָרבן פון כאָרד אוּן גוואלדאָט. דאָם צעראבירטע פויל, די אוּן בלום אָפּנעאנגענע משעכאָלאָויקיע, דאָם נעשענדעטע פראנקרייך לינג נעשטידם איז שווערע קייכן. דער זעלביקער מראנייער גוירל איז נעפאלן אפֿ בעלגיע, האָלאנד, גאָרוועניע, נרייכנלאנד, יוגאָסלאוויע אוּן אנדערע לענדער. די כלאוישע בעלקער ווערן אפֿ אבזאָרבירטכט אויפֿ אומגעבראכט. בלויז אין כערבין האבן היטלערס כוּאָלעם אויכנעקוילעט 100 מויזנט כערכן. הונדערטער שטעט אוּן מויזנטער דערפער זינען פארוואנדלט אין אש אוּן אין בעאלמענט. אוּן די דאָזיקע שרעקלעכע רעשולטאט פון גוואלדמאכט, רויב, טאָרד אוּן כרייפֿעם האָבן די פאשיסטישע וואנדאלן מיט דעם העכסטן גראד צינזיזם אָנגערופן „נייע אָרדענונג" אין אירפֿאָפּ, אוּן די בלומיקע נאָרנלשנבידער — מרענער פון א גנער ציוויליזאציע.

בריידער ייִדן פון נאָר דער וועלט!

אויב אין די פארשקלאפֿטע לענדער האָט דער בלומיקער פאשיזם אטנגעפֿירט זינ „נייע אָרדענונג" מיט דער הילף פון מעכערם אוּן פלויט, פּנער אוּן גוואלדמאכט, איז בעגעייע צום יידישן פֿאלק האָט דער דאָזיקער בלומיקער היטלעריזם אָנגעזיכט א באנדיכישע פּראָגראם פון פולשטענדיקער אוּן עגדגילטיקער פארניכטונג מיט אלע מיטלען, וואָם די פאשיסטישע הענקער האָבן זייער רעשום.

אין אין פויל נאָר האָבן די היטלעראוועצם אפֿ כאמע כנוישן אוּן בעכמיאלישן אויפֿן פארפֿיניקם אוּן אויכנעקוילעט העכער דריי מיליאָן פֿאָליאקן אוּן יוּדן, שענדריק מעכמער פאר די עלטערן אין די אויגן, צעשלעכטדיק קינדער די קעפ פאר די מאמעס אין די אויגן. די אומגליקלעכע, וואָם זינען ארוים מיכ לעבן, זינען נעצוווינגען פירן זייערע מעכמער אין כאָלדאטישע שאנד-הנזער, אוּן די זיך צו כטערילויאציע.

בריידער ייִדן! דער נעשיכטלעכער גוירל פונעם צעוויכט אוּן צעשפרייט ייִדישן פֿאָלק האָט גוירעם נעוואָרן, אז די ייִדישע קולטור זאָל זינ נעקניפט אוּן נעבונדן מיט די קולטורן פון די פעלקער אין נאָר דער וועלט.

אין די לענדער, וואָם זינען מערדעריש פארכאפֿט אוּן פארקנעכטעם נעוואָרן דורך דעם פאשיזם, זינען אונדזערע אומגליקלעכע בריידער נעוואָרן דער ערשטער קאָרבן. דאָם בלום פון די פארפֿיניקטע ייִדן אין די פארברענטע שולן פון רָאָטערדאם שרעקט צו דער נאָרער וועלט אינינעם מיט די מויזנטער נאָמענלאָוע קוואָרים אין די פּוילישע שטעט אין שטעטלעך, וו די פאשיסטישע מערדערס האָבן באנדאָבן זייערע קאָרבנעם לעבעדיקערהייט.

נים קיין פאַנייסים אין מפילעם מאָנט די שטים פונעם פארנאָכטענעם בלום, — נאָר נעקאָמע! נים קיין יאָרצענט-ליכט,—נאָר פענער, אין וועלכע די הענקער פון דער כיעמשהטם זאָלן פארברענט ווערן! נים קיין מרערן,—נאָר האס אוּן וויידערשאנד די בלומיקע הענקער אוּן מענטשנפרעסער! אוּן נים אין וואָרט, נאָר אין מאט! איצט אָדער קיינמאָל נים!

אפֿ זינ נרויכ מראנושנ מארטירער-וועק, — פון די צענט פון דער רויטישער הער, שאפֿט ביוג מיטלאלטער,—האָט נים אונדזער לעדנדיק פֿאָלק מיט וואָם צו פארגלייכ דעם איצטיקן בראָכ, וואָם דער פאשיזם האָט נעבראכט דער נאנצער מענטשהטם אוּן — מיט א באזונדערער אכזאָריעם — דעם יידישן פֿאָלק.

די צענטשהעטע מענטשנפרעסער, שיקערע פון בלום אוּן כאָרד, זינען באפאלן דאָם לאנד, וואָם איז פאר די פעלקער נעוואָרן א לעבעדיקע מאטע—א היים, אוּן וואָם האָט זיי נעגעבן א שיין לעבן, פרעהעט, גליק אוּן אויבלי פון די נאציאָנאלע קולטורן. צוזיטן אָם די פעלקער האָט אויב דאָם יידישע פֿאָלק צום ערשטן מאָל פאר מויזנטער יאָרן זיך דערפֿילט, וויי אז אינגנער צוזיטן איינגנ, וויי א גלעבער צוזיטן גלעטכן. אפֿ די רעכטע בעלדער בינעם נרויכ ראָטנפארבאנד האָט צום ערשטן מאָל זיך אזעלכנזעצם אפֿ מראָטאָר א יידישער אקערער. יודן האָבן זיך נעשטעלט בא די וואָרשטאָבן אפֿ די פאברוקן אוּן זאוואָדן. פאר די יודן האָבן זיך צעעפֿנט די טירן פון אונזערטומבן, זיי זינען אויף אין דער ארמיי, אוּן די שאבטעס, אוּן די לאבאראטאריעס. אוּן דער נרויכער בעלכער-מישפּטע פונעם ראָטנפארבאנד האָט דאָם יידישע פֿאָלק נעפינען זיך פֿרם. אוּן אפֿ איז שווער צומאָל א בערטל יאָרהונדערט, זיי די בעלכער פון ראָטנפארבאנד בויען אוּן עכטער בריידערלעכער פרייטשאפֿט צווישן פֿאָלק אוּן פֿאָלק, צווישן נאציע

AA Pol. II A 11/3

DER BEAUFTRAGTE
DES AUSWÄRTIGEN AMTS
BEIM GENERALGOUVERNEUR

Krakau, den 7. Juli 1942.

Eilt sehr

P 5 Nr. 1.

Mit Bezug auf die Erlasse vom 26.3.1942 - III [illegible] 643 - und vom 5.6.1942 - D III 1056 - sowie im Anschluss an den Bericht vom 18.11.1941 - P 5 Nr. 1 -

Betrifft: Behandlung der Juden mit sowjetischer Staatsangehörigkeit im Generalgouvernement.

In Warschau, im nichtjüdischen Wohnbezirk,

Durch Fuck als Konzept

den 26. Juni 1942

D III 3560

K222825

1/ Abschriftlich

dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

z.Hd. von Obersturmbannführer Eichmann

Berlin
Kurfürstenstr.116

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag
gez. Goethor

2 Anl.

An
das Auswärtige Amt,

Berlin.

Wenn gegenüber Juden anderer Staatsangehörigkeit in gleicher Weise verfahren wird, hat auch Ref V keine Bedenken.
i.V. Ehrenreich.
14.7.42.

D548429

DER BEAUFTRAGTE
DES AUSWÄRTIGEN AMTS
BEIM GENERALGOUVERNEUR

AA Inl. II A 11/3

sehr

K222824

S t o c k h o l m , 11.Juni. (dnb-Vertreter) Das jüdische Institut in Washington veröffentlichte dieser Tage, wie aus einer Londoner Eigenmeldung von "Social-Demokraten" hervorgeht, einen sehr negativ gehaltenen Bericht über die Zustände der jüdischen Bevölkerung im Ghetto in Warschau. In einem Viertel, wo vor dem Kriege 250 000 Personen wohnten, seien jetzt ½ Million zusammengedrängt. Auf jedes Zimmer kämen durchschnittlich 3 ½ Personen. Die Geburtenzahl im Ghetto betrugen von April bis Mai 1941 1 208, während 10 232 Personen starben. Dies sei aber noch vor der Typhus-Epidemie gewesen. Versammlungen und Herausgaben von Zeitungen sei verboten. Filme dürfen nicht vorgeführt werden. Dagegen spielen vier jüdische Theater. Das Verbot für Büchervérkäufe und Bücherausleih durch Bibliotheken sei jetzt aufgehoben worden, doch sei die zugängliche Literatur selbstverständlich durch die Zensur gegangen.

87-64

das Auswärtige Amt,

Berlin.

14.2.42.

D548429

J40432

DAÖW 998

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab
Tgb.Nr. -V.
RN 32/34/42 v
An
SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n
B e r l i n

Berlin, den 7. 10. 1942
Tgb. Nr.

R.-Pf. Geheim

Anliegend übersende ich Ihnen im Auftrage des Reichsführer-SS eine Meldung des DNB. vom 2.10.1942 über die Verfolgung der Juden mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

I.A.

SS-Obersturmbannführer

Anlage:
1 Pressemeldung

JAÖW 998

Abschrift (auszugsweise)

B e r l i n , 2. O[illegible]r - dnb - Radioaufnahme
Sender Boston

(W.R.U.L.) meldet in einer deutschen Sendung um 23,45 Uhr: Wie man aus Europa erfährt, sind bereits etwa eine Million Juden in Europa von den Nazis auf fürchterliche Weise getötet worden. Doch sollten die Juden stolz sein auf die Verfolgung, die sie erleiden. Das Nazi-System, das es auf alle Menschenwürde im allgemeinen abgesehen hat, hatte sich die Juden ausersehen, um seinen ersten Schlag gegen sie zu führen. Ein Gefühl warmer Sympathie für die Juden ist überall in der Welt im Anwachsen begriffen. Menschen, denen das Judenproblem selbst vollständig fern und gleichgültig war, nehmen von Tag zu Tag steigenden Anteil an dem schrecklichen Los des jüdischen Volkes. Als die Juden in den besetzten Gebieten gezwungen worden sind, den Davidstern zu tragen, haben Tausende von Christen aus Sympathie mit ihnen freiwillig auch den Davidstern an ihre Gewänder geheftet. Man kann sich kaum etwas erschütternderes und zugleich rührenderes und zu Herzen gehendes vorstellen, als die Appelle der französischen Bischöfe zu gunsten der aus Frankreich vertriebenen Juden. (hs).

-.-

BA NS 19 neu / 1577

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab
Tgb.Nr. 39/25/43 g-V.

Feld-Kommandostelle, 12.1942

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Sachbearbeiter
Geheim Nr. Geh. / 625

An das
Reichssicherheitshauptamt
B e r l i n

Anliegend übersende ich eine vertrauliche Pressemeldung vom 27.11.1942 aus Stockholm über die Judenfrage. mit der Bitte um Kenntnisnahme.

M 332
14.11
[illegible]

SS-Obersturmbannführer

Anlage:
1 Pressemeldung

BA NS 19 neu/ 1767

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab
Tgb.Nr.: 39/27/43 g
Me/Soh.

Feld-Kommandostelle, 11. Dez.1942

Geheim

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
I. Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Geh./ 32/42

Reichssicherheitshauptamt
Berlin

Mit der Bitte um Kenntnisnahme übersende ich als Anlage die Abschrift einer Meldung aus London vom 6.12.42 über eine Äusserung der Präsidentin des Weltjudenkongresses.

i.A.

SS-Obersturmführer. 10.12.

1 Anlg.

BA Ns 19 neu/1767

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Eing. Nr. 6/9.1.42-25

8.12.42. - 1 -

Ankara: (Reuter).

Die Präsidentin des Weltjüdischenkongresses, Rosika Rosing, erklärt am Dienstag in einem Brief an die "Times" über die von den Deutschen durchgeführten Ausrottung der Juden:

Es gibt immer noch Schandtaten, die gesühnt werden können, wenn die neutralen Länder den Opfern derjenigen helfen würden, die dem Mörder entkommen können. Spanien in Westen und die Türkei im Osten könnten selbst in dieser letzten Stunde viele Menschenleben retten.

A 6712

1.) Büro D III bitte eintragen:
Berlin, den 6. Februar 1943.

2.) An

a.) das Reichssicherheitshauptamt,
b.) das Reichsministerium des Innern,
c.) das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Abteilung Ausland, Berlin, Friedrichstraße 194,
d.) Herrn Reichsbankrat HOPPE Pl.,
e.) die Antisemitische Aktion,
f.) das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt am Main,
g.) das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands in München 22, Ludwigstraße 22b,
h.) die Antijüdische Weltliga in Nürnberg,
i.) die Reichsleitung der NSDAP. - Rassenpolitisches Amt - in Berlin W. 15, Sächsischestraße 69.

Ref.: Leg.-Rat RADEMACHER.

In der Anlage werden drei Fotokopien der drei Auszüge aus den " Nouvelles de l'Agence Juive " Palcor " vom 25. und 30. November 1942 mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I. A.

gez. R A D E M A C H E R .

beizufügen zu
a.) bis b.) und d.) je eine Fotokopie
bis i.) der drei Auszüge aus den
" Nouvelles de L'Agence Juive
" Palcor " vom 25. und 30.
November 1942.
- 1 -

zu c.) Eine weitere Fotokopie
und eine Durchschrift
dieser Angabe.
- 3 -

3.) Die Auszüge aus den " Nouvelles de L'Agence Juive " Palcor " vom 25. und 30. November 1942 sind nach Fertigung je einer weiteren Fotokopie für die Akten an Referat P VII zurückzugeben.

4.) Z. d. A.

Eb: 17. II Jz.

44 Rue. II A 6772

13/12/1942

Nouvelles de l'Agence Juive "Palcor"
en date du 25 Nov. 1942

---

el-Aviv.
Toute la presse hébraique consacre des articles de fond aux révélations sur les nouvelles atrocités anti-juives du nazisme. Le "Haaretz" écrit à ce sujet:" Certes, la meilleure solution serait une victoire raxide des Alliés, mais en attendant et comme la guerre peut durer encore assez longtemps il serait nécessaire que les gouvernements alliés informent le peuple allemand que d'orès et déjà il est considéré par eux comme étant tout entier responsible des atrocités commises contre les juifs par les nazis." Un second article dans le même journal demande des représailles immédiates contre les Allemands vivant dans les pays alliés. Le "Haboker " dit:" Pourquoi ne met-on pas en garde le peuple allemand contre ces crimes et leurs conséquences, constamment, journellement, par l'entremise des stations de Wasington, Londres et Moscou dans leurs émissions allemandes? Pourquoi ne rend(-on pas tout de suite tout le peuple allemand responsable de ces abominables pogromes anti-juifs? Pourquoi la station du Vatican ne lance-t-elle pas tous les jours des appels à la conscience chrétienne en demandant une intervention de tous les peuples chrétiens? Le "Davar" travailliste, demande à la démocratie d'agir pour arrêter ce massacre continuel de juifs sans défense? Le "Hatzofe" rappelle l'avertissement solennel de Mr.Churchill lancé à l'Allemagne dans la question de l'emploi des gaz asphyxiants et dit qu'un avertissement semblable en ce qui concerne les juifs aurait peut-être donné des résultats positifs. Enfin le "Hamashkif", révisionniste, écrit: Jamais encore l'histoire n'a connu une indifférence aussi profonde que celle que le monde montre actuellement à notre égard."

salem. L'Agence Juive pour la Palestine qui s'est livrée à une enquête minutieuse sur les massacres anti)juifs du nazisme, notamment en Pologne, est aujourd'hui en possession d'une documentation qui constitue un accablant acte d'accusation contre l'Allemagne et jouera certainement un rôle important dans le traitement qui sera infligé à ce pays après la guerre. Cette documentation contient des milliers de faits précis d'atrocités commises par les Allemands et dont l'authenticité est prouvée même par des documents de source nazie officielle. Tout ce que l'on peut dire de matériel c'est que l'histoire si riche pourtant en massacres et persécutions n'a jamais connu de tels crimes.

lem. Les victoires russes ont provoqué chez les juifs de Palestine une vague d'optimisme en ce qui concerne la prochaine libération du judaisme européen contre lequel se dirige maintenant toute la colère du na-

gime de Décomfiture. Sans s'identifier avec le régime politique des Soviets, le judaisme palestinien admire l'attitude du gouvernement russe dans la question des pogromes anti-juifs du nazisme et reconnaît avec gratitude que ce gouvernement fut le premier à frapper une brèche dans le complyt de silence créé par la démocratie autour de la politique anti-juive d'Hitler et à poser dans toute son ampleur le problème du châtiment de tous les nazis coupables d'atrocités anti-juives.

Tel-Aviv. Le "Davar" de Tel-Aviv publie une dépêche de son correspondant à Koulbychew rapportant le récit d'un habitant russe de toute confiance de Smolensk qui a réussi à s'échapper de la ville et se trouve actuellement en territoire soviétique. D'après ce récit les nazis ont assassiné les 2000 juifs de Smolensk qui sont restés encore en vie après les premiers pogroms organisés par les nazis. Le rescapé a raconté encore que les autorités nazies de la ville ont envoyé dans des maisons closes de l'armée 2000 jeunes filles russes, juives et belorusses.

Tel-Aviv. D'après le "Haaretz" le professeur Kot, membre du gouvernement polonais, a envoyé à l'organisation de l'"l'Agoudath Israel" un message exprimant ses sympathies envers le peuple juif qui est en train d'être exterminé par Hitler. Dans le message il est dit entre autres:
"Vous ne devez pas vous taire jusqu'à ce que le monde ait compris que tous les Allemands, sans exception, sont conjointement responsables du sang d'innocents versé et en premier lieu la jeunesse et les femmes qui applaudissent à toutes les atrocités d'Hitler."

Jerusalem. On apprend de Madrid qu'à la veille de l'occupation de la zône dévichiste par les nazis 22.000 personnes, dont quelques milliers de juifs, ont réussi à traverser la frontière et à se réfugier en Espagne. Le gouvernement espagnol a accordé à ces réfugiés un asile provisoire mais a refusé catégoriquement de les garder au-delà d'un délai raisonnable. Il s'agit donc d'évacuer ces réfugiés d'Espagne et la presse hébraique suggère l'admission en Palestine de la partie juive de cette catégorique et tout spécialement des enfants.

Liverpool. Sur l'ordre de l'évêque de Liverpool, le vrai Rev.F.W.Dwelly, le drapeau sioniste a été placé dans la Cathédrale de Liverppol parmi les autres drapeaux des nations unies. Au cours d'une cérémonie de la remise du drapeau le président de l'organisation sioniste locale a remercié l'évêque de sa délicate attention a l'égard du peuple juif at a exprimé l'espoir qu'après la catastrophe actuelle le judaisme trouvera la possibilité de bâtir une vie nouvelle sur des bases nationales en Palestine. Dans sa réponse l'évêque a déclaré que c'était pour lui un honneur de recevoir le drapeau du peuple juif et de manifester ainsi ses sentiments de sympathie envers le judaisme.

AA Me. II A 67/2

14/12/1942

Nouvelles de l'Agence Juive "Palcor"
en date du 25 Nov.1942

---

nève. Les autorités de Vichy annoncent que malgré la vigilance de la police de frontière de nombreux juifs ont réussi à s'échapper de France en Suisse au moment de l'occupation de la zone vychiste par les nazis.

nève. Dans le cadre général de la politique humanitaire de la Suisse à l'égard des victimes du nazisme il y a lieu de signaler le beau geste de l'Association des étudiants suisses" qui s'est adressé aux autorités en demander l'allocation d'un fonds spécial qui permettrait aux etudiants réfugiés des pays sous l'occupation nazie de terminer leurs tudes universitaires.

ares. Toutes les nouvelles qui parviennent ici des pays sous occupation nazie concordent pour confirmer que les nazis n'ayant pas réussi ns leur "Blitz" contre les peuples armés s'acharnent maintenant à terminer le peuple juif sans défense. Cette campagne d'extermination tale qui se manifeste de façon particulièrement violente en Pologne commencé après la visite à Varsovie du chef de la Gestapo qui a institué un département spécial dit" die Vernichtungs-Kommission" (la commission d'anéantissement") dont le but, comme le nom déjà l'indique, est exterminer les juifs. Les commissaires de ce département parcourent notamment toutes les régions où se trouvent des agglomérations juives surveillent personnellement les activités anti-juives des autorités ales. Il y a deux mois les juifs du ghetto de Kielce au nombre de 000 ont reçu la communication que 27.000 parmi eux seront déportés s une "direction inconnue". 1500 juifs, y compris femmes et enfants été assassinés à coups de revolver par les nazis pendant le transt vers la gare. 25.000 juifs ont été embarqués dans des vagons pour ail. L'opération d'embarquement a duré quelques jours. Tous ces juifs morts de faim et de froid. Des milliers de cadavres ont été trouprès de Brest-Litovsk. A Piotrkow qui comptait 20.000 juifs il n' este en vie que 2000, a Czenstochow 2000 sur 40.000. Dans le ghetto dom qui comptait 32.500 juifs, 3500 juifs seulement restent en après les massacres commis par la Gestapo. A Bialystok 1500 juifs été enfermés dans la synagogue qui a été incendiér. Tous les juifs ux péri brûlés vifs. La plupart des juifs de la localité de Tiktit été arrêtés par la Gestapo et enterrés vifs. Tous ces faits sont rmés par des documents indiscutables, en partie même de source offiy- allemande.

. D'après le "Livre Noir" du Gouvernement polonais sur les atrocités en Pologne plus de 200.000 juifs polonais ont été exécutés par la

AA Mil. II A 67/2

Gestapo à la suite des condamnations prononcées par les tribunaux spéciaux. A cet assassinat quasi légal s'ajoutent des centaines de milliers de juifs assassinés sans jugement ou morts dans des camps de concentration ou sur les chemins de déportation de froid, de faim et des tortures. Le "Livre Noir" évalue à un million environ le nombre des victimes juives de la barbarie allemande.

Jérusalem. L'Agence Juive pour la Palestine a nommé une commission spéciale qui s'adressera aux gouvernements alliés et à l'opinion publique mondiale dans la question des atrocités anti-juives du nazisme.

New York. 400 ecclesiastiques protestants des Etats-Unis ont publié une déclaration qui a été également lue dans toutes les Eglises protestantes sur tous le territoire américain et disant en substance: " La tragédie du peuple juif en Europe nazifiée est également une tragédie du monde chrétien, puisque les barbares nazis qui exécutent ces abominables massacres prétendent être des chrétiens. Nous, pasteurs protestants, ne pouvons pas nous taire en présence de cet assassinat en masse d'un peuple sans défense. Nous condamnons de toutes nos forces ces massacres commis journellement par les fascistes barbares. Nous pleurons les victimes innocentes de Lidice mais nous pleurons encore cent fois plus les victimes juives du nazisme qui constituent des centaines de Lidice du peuple juif. Ce qui se passe actuellement en Europe est une honte pour le monde chrétien. "

Londres. On se demande dans les milieux juifs autorisés de Londres si en raison de la gravité des nouvelles provenant des pays sous occupation nazie sur les atrocités anti juives du nazisme le gouvernement anglais ne changera pas son attitude dans la question de l'admission de délégués du peuple juif au sein de la commission alliée chargée de l'enquête sur les atrocités nazies. Le gouvernement anglais avait, comme on le sait, déclaré récemment aux Communes qu'il s'opposait à ce que les juifs, en tant que peuple, fussent représentés dans cette commission. Les milieux juifs de Londres déclarent qu'une telle représentation serait un acte de justice et de réparation morale envers le peuple juif qui a , plus que tous les peuples, souffert de la barbarie allemande.

Genève. Le "Krakauer Zeitung " un des principaux organes nazis en Pologne, rapporte que 150.000 juifs polonais ont été envoyés en Allemagne pour être employés dans des travaux forcés.

Tel Aviv. Au cours d'un mass meeting à Tel Aviv plusieurs orateurs ont fourni des détails sur les atrocités anti juives des autorités nazies en Europe occupée. La réunion a adopté une résolution demandant une intervention des gouvernements alliés et le transfert en Palestine des enfants restés orphelins à la suite du massacre de parents par les nazis.

New York. Une suggestion tendant à considérer les Allemands vivant dans les

AA Mel. II A 67/2

15/12/1942
Nouvelles de l'Agence Juive "Palestine"
en date du 30 Nov.42

Jérusalem.
La presse hébraique de Palestine continue àpublier les informations terrifiantes sur les massacres anti juifs dans les pays sous occupation nazie. Elle demande une intervention immédiate des puissances démocratiques qui devraient d' un côté lancer un avertissement solennel au peuple allemand quant aux représailles dont il sera l'objet après la guerre et d'un autre côtéouvrir les portes des pays demeurés libres aux réfugiés juifs qui parviendraient à s'échapper de l('enfer nazi. De nombreuses réunions de protestations se sont déroulées dans plusieurs localités de Palestine. Trois jours de deuil se ontÀ été proclamés dans tout le pays. Chez la jeunesse la réaction se manifeste par une intensification du mouvement des engagements volontaires dans l'armée.

Jérusalem.
Une réunion spéciale de "l'Asseifat Hanivharim" (l'assemblée des élus) qui constitue en quelque sorte le parlement du judaisme palestinien a eu lieu à Jérusalem et a été entièrement consacrée aux massacres des juifs par les nazis. Tous les orateurs ont flétri les atrocités nazies en demandant un châtiment exemplaire de tous les coupables après la guerre et ont demandé une déclaration solennelle àce sujet des Alliés. L'Assemblée a adopté une motion précisant les demandes juives dans cette question à l'heure actuelle. Au courant de la semainedes des conférences spéciales sur la sauvagerie allemande seront faites dans toutes les écoles juives du pays.

Jérusalem.
Le speaker de l'émission yougoslave de la radio Jérusalem a eu une attention délicate en consacrant la majeure partie de l'émission d'hier à la description de la situation des juifs sous le joug nazi. Le speaker a au nom du gouvernement et du peuple yougoslave exprimé ses sentiments de profonde sympathie à l'égard du peuple juif et de ses victimes.

Londres.
Dans les milieux des gouvernements alliés à Londres dont les pays se trouvent actuellement sous l'occupation nazie on exprime généralement la crainte que les massacres anti juifs du nazisme ne soient le prélude d'une campagbe d'extermination générale contre tous les peuples sous le joug nazi. On rappelle à ce sujet que les persécutions anti juives du nazisme à son arrivée au pouvoir en 1933 n'étaient que le début d'un reste programme d'agression contre tous les peuples européens. Ce raisonnement explique la réaction particulièrement vive provoquée par les nouvelles sur les massacres anti juifs dans tous les milieux des gouvernements alliés en exil, qui examine actuellement la question d'une action commune concernant la situation du peuple juif.

AF Mel. II A 67/2

pays alliés comme ôtages qui devront subir le même sort que les juifs dans les pays sous-occupation nazie est actuellement débattue dans certains milieux chrétiens des Etats Unis. Ceux qui proposent ce projet déclarent que si dès le début Hitler savait que pour chaque juif maltraité deux Allemands à l'étranger subiraient le même sort il n'aurait certainement pas osé mettre en exécution son plan antisémite. Hitler, dient-ils a été enhardi par le complot de silence de la diplomatie et du sentiment d'une impunité totale.

usalem.

Le "Vaad Léumi " (Le Conseil National des Juifs de Palestine) a envoyé des dépêches de félicitations aux Grand Rabbins et aux Communautés juives de l'Afrique du Nord à l'occasion de la libération du judaisme nord africain du régime nazi vychiste.

AA Mss. I A 6712

le montant de 30 millions de livres environ contre 24 millions en juin et 26 millions en août.

Jérusalem. Les milieux intéressés ont célébré le 10e anniversaire de la fondation de la première fabrique pharmaceutique en Palestine.

Jérusalem. Au cours d'une interview portant sur les mesures du gouvernement en vue de combattre l'inflation le Dr.Schmorak, directeur du département du commerce et de l'industrie de l'Agence Juive pour la Palestine a insisté sur la part prépondérante du secteur juif dans les recettes du Trésor palestinien et a demandé au gouvernement une contribution plus adequate aux besoins financiers de ce secteur.

Jérusalem. On s'attend à ce que l'Agence Juive pour la Palestine publie incessament une communication, imposant le devoir de s'engager dans l'armée à tous les juifs de Palestine âgés de 18 a` 35 ans.

Jérusalem. La presse hébraique exprime une profonde déception à la suite d'une déclaration du gouvernement britannique aux Communes disant que le peuple juif en tant que peuple ne sera pas représenté au sein de la commission interalliée chargée de l'instruction de tous les cas de cruauté nazie. Elle dit notamment qu'il serait injuste et incompréhensible de priver le peuple juif qui a le plus souffert des atrocités nazies du droit de participer aux travaux de cette commission.

BA NS 19 neu/1577

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab
Tgb.-Nr. 39/13/43 g /
Me/G.

Feld-Kommandostelle, den 22. 2.43

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Gch. /

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
B e r l i n .

In Auftrage des Reichsführer-SS übersende ich in der Anlage eine Pressemeldung über die beschleunigte Ausrottung der Juden im besetzten Europa.

i.A.

SS-Obersturmbannführer.

2 Anlagen.

13. März 1943

D III

Mit der Bitte um Kenntnisnahme übersende ich in der Anlage den Wortlaut eines Berichtes der Deutschen Gesandtschaft Stockholm.

" Über die vor ein paar Tagen gemeldete neue Judendeportation aus Norwegen liegen bisher schwedische Pressekommentare aus "Dagens Nyheter" und "Svenska Dagbladet" vor. Während "Dagens Nyheter" die Frage aufwirft, ob trotz der bisher ablehnenden deutschen Stellungnahme nicht doch noch eine schwedische Hilfsaktion für die norwegischen Juden Aussicht auf Erfolg habe, befasst sich "Svenska Dagbladet" mit dem mutmasslichen Los der Deportierten. Im Falle, dass sie von Deutschland aus weiter nach Osten geschickt würden, wisse man duch die offizielle Publikation der Polnischen Exil-Regierung in London, welches Los ihrer harre. Die Zeitung zitiert eine im "Ministerialblatt für die innere Verwaltung" enthaltene Verodnung über den "Vollzug von Straflagern, die in den eingegliederten Ostgebieten durch polizeiliche Strafverfügung gegen Polen und Juden verhängt werden." Danach würden die polnischen Arrestanten in Arbeitserziehungslagern untergebracht werden, aus denen sie später unter Umständen entlassen werden könnten. Die Juden dagegen seien nach der Verordnung der "nächstbelegenen Staatspolizeistelle zur weiteren Veranlassung zu überstellen". Eine Freilassung und eine Rückkehr zu den Mitmenschen komme also für die nicht in Frage. Es gäbe keine jüdischen Zeugen, die lebendig etwas über die Art der "weiteren Veranlassung" aussagen könnten. Hinter dem eisernen Vorhang dieser Weiterbeförderung verberge sich eine nachtschwarze Wirklichkeit."

Im Auftrag

gez. Ramsch

An das
Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.v.Obstubaf. Eichmann
Berlin W 35
Kurfürstenstr. 116

A A Rue II g 94

11 DEZ 1943

Deutsche Gesandtschaft

Bukarest, den 29. November 1943.

S.

eschen: Hstsup

(von Killinger)
Gesandter.

Auswärtiges Amt
Inl II 3281 g
eing. 13. DEZ. 1943
Anl. (fach) Postv. d. Eing.

Beiliegend werden verschiedene Berichte mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung übersandt:

1.) betr.: Georg Klenbowski, geb. 27.4.87 in Moskau, russ. Emigrant, ehem. jugosl. Offizier, wohnh. Pantschewo Banat/Serb.

Zur Weiterleitung:

2.) an den Chef der Sipo und des SD, z.Hd.v. SS-Obersturmbannführer Ruppenkothen

a) betr.: Rum. St.A. Mihail (Milica) Marinescu, geb. 27.3.02 in Boçza, R.Sârat, wohnh. in Bukarest, Str. L. Rosetti 39.
- geheim -

b) betr.: Schweizer St.A. Rudolf Karl Müller geb. 9.7.08 in Winterthur/Schweiz sowie dessen Ehefrau Hilde Müller-Ruedi wohnh. Bukarest, Str. Tokio Nr. 5;

3.) an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD z.Hd.v. SS-Ostubaf. Eichmann, Berlin SW 62, Kurfürstenstr. 116

a) betr.: Jüdische Nachrichtenbriefe
- geheim -

b) betr.: Informationsbriefe des Haschomer Hazair, Schweiz.
- geheim -

siges Amt
i n

icherheitshauptamt
hé-Gruppe -
i n .

Sachse
SS-Hauptsturmführer.

AA Inl II g 94

Deutsche Gesandtschaft

Bukarest, den 17. Dezember 1943.

Gesehen: v. Killinger

(von Killinger)
Gesandter.

Beiliegend werden verschiedene Berichte mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung übersandt:

1.) An den Chef der Sicherheitspolizei und des SD z.Hd.v. SS-O'Stubaf. Eichmann, Berlin SW 62, Kurfürstenstr. 116

a) betr.: Aufruf des Leiters der politischen Abteilung der "Jewish Agency" in Palästina, Losche Schertok.
- geheim - (2 Anlg.)

b) betr.: Jüdische Greuelpropaganda - Bericht über die Judenverfolgungen in Lemberg.
- geheim - (2 Anlg.)

2.) An den Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Referat IV D 3 c

betr.: Reichsdeutschen Georg J a n a s, geb. 28.3.93 in Leopschütt, wohnh. Breslau, Grillparzerstr. 32.
- 1 Anlg. -

3.) Referat IV F 5

betr.: Volksdeutschen Alfred T r e n t, geb. 14.2.03 in Czernowitz, wohnh. Bukarest.

4.) Referat VI C 2

betr.: Russische Kriegsgefangene in Rumänien.
- 3 Anlg. - geheim.

es Amt

l i n .

Sicherheitshauptamt
chó-Gruppe -

l i n .

-2-

AA me U g 94

5.) An den Chef der Sicherheitspolizei und des SD -
Ref. II C 2 / Dev.St. - z.Hd.v. SS-H'Stuf. Pfeiler,
Berlin W 8 , Hochstr. 64

betr.: Reisekostenabrechnung
- 4 Anlg. -

6.) An das Reichskriminalpolizeiamt - C 3 d - Berlin

betr.: Georg T z a m u t a l i , ehem.russ.Offizier,
geb. 28.1.94 in Moskau, wohnh. Bukarest.
- geheim -

7.) An die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien,
betr.: Gheorghe C o l e s c , geb. 7.11.10 in Vulcan/Kr. Falciu, rum. St.A.
- geheim -

8.) An die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Hamburg, Aussenstelle Lüneburg, Lüneburg, Julius-Wolff-Str. 4

betr.: Überprüfung Dr. N e u s t ä d t e r , Viktor, geb. 30.7.85 in Kronstadt, wohnh. z.Zt. in Benefeld, Kr. Fallingbostel.

(Richter)
SS-Hauptsturmführer.

F e r n s c h r e i b e n
(G-Schreiber)

1.) A u s w ä r t i g B e r l i n

Nr. ..... vom 3.12.43

Auswärtiges Amt
Eing. 16. DEZ. 43
Abt. Pol. II

an den
Chef der Sipo und des SD
z.Hd.v.SS-O'Stubaf. Eichmann

B e r l i n SW 62
Kurfürstenstr. 116.

Betr.: Schmuggel von Juden aus Polen nach Rumänien.
Vorg.: Ohne.

Aus einem hier erfassten hebräischen Brief, der von einem Funktionär der jüdischen Jugend in Rumänien an den Juden Dr. S i l b e r s c h e i n in Genf gesandt wurde, wird folgendes entnommen:

"In den letzten Wochen habe ich endlich die Möglichkeit gehabt Verbindung zu unseren geflüchteten Genossen in Galizien und besonders in Lemberg aufzunehmen. Auf Ersuchen der Delegation aus Istanbul habe ich im Juli einen Kurier nach Galizien gesandt. Er ist in den Flecken und Städten Galiziens keinem einzigen Juden mehr begegnet. Nur in Lemberg sind noch 7 000 Juden in Gefängnissen eingesperrt. Trotz allen seinen Bemühungen konnte er nicht zu ihnen gelangen. An der polnisch-rumänischen Grenze begegnete er einigen Jungen und im Rahmen der Diskussion gebrauchte er die üblichen Worte: Auswanderung, Palästina, Gordonia, Natan. Aus ihren Gesichtern las man Entsetzen und Sorge bei diesen Worten jedoch gaben sie ihm bekannt, sie seien Juden, die mit Arier-Ausweisen lebten und dass sie alle der "Gordonia" Galiziens und der Sportbewegung, der "Makkabi" angehörten. Sie gaben ihm bekannt, dass ihr ganzes Ziel war, mit mir die Verbindung aufzunehmen. Sie sagten ihm, sie erwarten von mir,

K207211

AA Inl. II g 202

dass ihnen Stempel der Organisation Todt oder der Luftwaffe sowie Geld geschickt würde, damit sie sich deutsche Uniformen und Revolver verschaffen könnten, um so als deutsche Soldaten die Grenze zu passieren. Nach grossen Anstrengungen habe ich mir die Stempel verschafft und ihnen Reisebewilligungen als deutsche Soldaten geschickt, die ich mit Hilfe der Stempel verfertigen konnte. Ich habe ihnen auch die verlangte Geldsumme geschickt und es gelang ihnen in den nächsten Tagen in Gruppen zu je 3 Genossen die Grenze zu passieren. Eine dieser Gruppen liess sich in deutschen Uniformen fotografieren. Mit Hilfe unserer Stempel und mit den ihnen geschickten Mittel sind noch 27 Juden angekommen. Nach ihrer Ankunft in Bukarest habe ich ihnen auch Kleider gegeben, weil sie in deutschen Uniformen von Todesgefahr umgeben sind. In der Zeit kann sich die Lage erschweren. Wir wissen nicht wie lang die tolerante Haltung der rumänischen Behörden andauern wird. Ich bin überzeugt, dass den Deutschen etwas zur Kenntnis gekommen ist. Auf jeden Fall haben sie den Befehl gegeben, den Auftrag jedes deutschen Soldaten, der die polnisch-rumänische Grenze passiert, zu untersuchen. Das deutsche Kommando hat die Verpflichtung übernommen, selbst die Grenze zu überwachen, sodass zum mindesten geraume Zeit niemand mehr die Grenze wird passieren können. Ich glaube, dass ich andere Wege einrichten kann; vielleicht den Weg über die Ukraine und Transnistrien. Die Frage ist nicht aufzuschieben, weil die Zeit läuft und auch wir hier durch die Nachlässigkeit verantwortlich am Tode jener 30 Genossen sein werden, die so lange Zeit nur dank ihrer eigenen Initiative und ihres Mutes gelebt haben."

Die GFP. Bukarest ist über die Art und den Weg des Schmuggels von Juden aus Polen nach Rumänien von mir unterrichtet und hat von sich aus die Bahnhofskommandantur und die Zugkontrollen entsprechend informiert und zu einer schärferen Handhabung der Kontrolle angewiesen.

Ich bitte auch von dort aus in dem in Frage kommenden Bereich entsprechende Massnahmen einzuleiten.

(Richter, SS-Hauptsturmführer)

K207212

Killinger

m Minister zur Zeichnung vorgelegt

schreiber

hsekl.f.Frl.Unger

A.

Deutsches Konsulat

in

Monaco

Nr. K 952

Monte-Carlo, den 21. Dezember 1943

Auswärtiges Amt
Inl II A 10 407
31. DEZ. 1943
Tag d. Eing.

Betrifft: Wühlarbeit der Juden.

Als Anlage überreiche ich zwei jüdische Hetzflugblätter, die mir dieser Tage anonym zugesandt wurden.

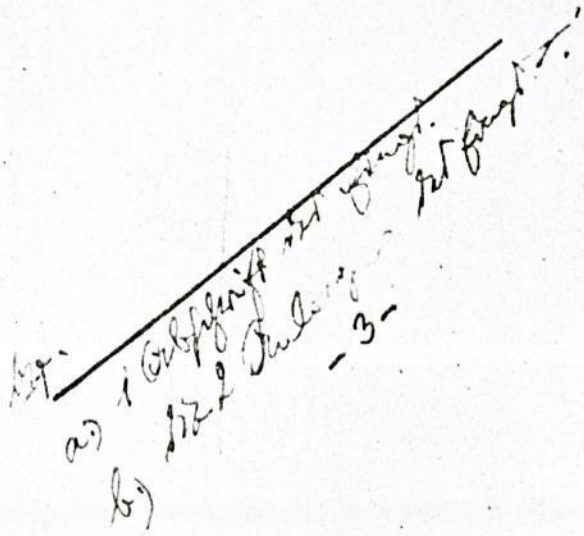
An

das Auswärtige Amt

Berlin

AA Nl. E A 64/2

Berlin, den 7. Januar 1944 An Fed. H. A. 10401/



Ja Abschrift mit
2 Anlagen
dem Reichsfinanzministerium
mit
s. Erl. vom 29. Oberstabsveterinär Eichmann oder Hauptmann Arzt im Amt
Überführung Akazja 116
mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag
von Stedtron

Ref: EOr. von Glasenapp
Vor Abg:
bei Bd II (Entw.)

z. g. A.

---

z. g. d. A.

k. k. d. Anlage 1, gerichtlichen d. „Nicois" beschwerdeführ. in geschäftlicher Sache d. Verpflichtung von Boden und Polen zu ihrer vertragsmäßigen Lieferung. d. Sache

Anlagen

Pfg 2. 1.

AA Nl-II A 64/2

Gypsdgo Geschäftsgo damit die
Franzosen zu Grossdeutschen
und damit die Franzosen zu
Arbeitern.

Anlage 2 zu vom September 1943.

Die jüngsten Juden (sogenannte
Neue Juden und Französ. Juden
sollen sich mit Maschinenpistole
gegen die Bolschewisten wenden,
die Bolschewisten, und ihre
Helfershelfer zu Massengräbern,
und treten, Juden und
Freimaurer Front machen
sich die Bourgeois. Lumpen.
Ausbeuter Kinder und Bolschewisten,
Kapitalisten Militaristen auf die Bei-
den. 1943 kann das Jahr der
Befreiung sein, die Bolsch.
bekämpfen und Europa. Europa
wird Bolschewisten, dann, Nor-
wegen, Finnland., Jugoslaven.,
Polen, Deutschland.
Christlich sozialer Offensive und
Kommunismus ausgerottet wird.

AA Inl. II 774 67/13

Deutsche Botschaft
Gesandter Windels
Nr. 236/44 Ist.

Istanbul, den 13. April 1944

Betr.: Meldungen über Juden- und andere Greuel in Polen.
3 Doppel
4 Anlagen

A 1533

Im Ausschnitt aus der Palestine Post vom 12., 13. und 15. März und aus der Egyptian Gazette vom 22. März überreiche ich beiliegend eine Reihe von Meldungen über Juden- und andere Greuel in Polen:

Die jüdischen Arbeitslager in Polen würden "liquidiert"; doch habe ein Streik von zehntausenden jüdischer Arbeiter in Lodz wenigstens einstweilen zu einer Einstellung dieser Maßnahmen geführt;

alle jüdischen Kinder in Polen seien getötet worden;

die Massenabschlachtung der polnischen Bevölkerung nehme stärkeren Umfang an;

das Konzentrationslager in Oswiecim sei die größte deutsche "Todesfabrik" geworden; von den dorthin verbrachten 60 000 Juden aus Griechenland, 50 000 aus Böhmen, Mähren und der Slowakei, 60 000 aus Deutschland seien nur noch wenige am Leben.

Im Auftrag

Windels

das Auswärtige Amt
Berlin

83-26 Polen

C/D459

A4 au A 0713

A 1523

Istanbul, den 13. April 1944

MASSACRE STEPPED UP

LONDON, Tuesday. — The Germans have ordered the compulsory evacuation of Polish population from the eastern and south-eastern territories of Poland which the Russian Army is approaching, and at the same time intensified their massacres. The Red Army's approach to Lwow has hastened the German evacuation and the start of wholesale massacres, it is officially stated by the Polish Government.

Already over 10,000 victims of various nationalities have been massacred, including deportees from Russia, Poles, and Jews, among them women and children. The statement continues:

"Executions now take place openly. The victims are machine-gunned, then the heaped bodies are saturated with tar and petrol and set alight."

(P. & PAT.)

Opposition" but the real pur-

World's Largest 'Death Factory' In Poland

London, March 22.

The notorious concentration camp at Oswiecim in Poland has become the Germans' largest «death factory» according to the Polish authorities in London.

Three crematoria, capable of dealing with 10,000 bodies daily, have been erected within the camp. The number of prisoners certainly exceeds half a million, mostly Jews and Poles.

60,000 Jews from Greece, chiefly from Salonika, were taken to Oswiecim, 50,000 from Bohemia, Moravia, Slovakia and 60,000 from Germany and only a small fraction have survived. — (B.O.P.).

All Polish-Jewish Children Killed

LONDON (PTA). — The charge that the Germans have killed all Jewish children in occupied Poland was made by the Polish Minister of Interior, M. Wladyslaw Banaczyk, addressing a conference of Allied relief for starving people in Nazi-held territories.

M. Banaczyk appealed for immediate shipments of food and clothing to Poland to save over 500,000 non-Jewish children and many adults from starvation.

Jewish Strikers Halt Mass Executions

LONDON, Feb. 11 (PTA by Mail). — A general strike of tens of thousands of Jewish slave workers in the ghetto factories of Lodz forced the German occupation authorities to halt, at least temporarily, the mass executions of Jews it is revealed in a report from Jewish underground sources received by the Polish Government here.

The report adds that the Germans are proceeding with the "liquidation" of the various Jewish labour camps throughout Poland, to which Jews were sent when the ghettos were wiped out. In many cases armed resistance has marked Nazi efforts to execute the forced labourers.

AA Inl. II A 64/5

: Gesandtschaft

+462

A 2700

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt
Inl.II A 1533

Berlin, den 2. Mai 1944

V

Abschriftlich

dem Reichssicherheitshauptamt, z. Hd. von
SS-Obersturmbannführer Eichmann
o.V.i.A.
Kurfürstenstr.116

Fotokop.d. bzf. Anl.d.Eing. zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag
gez.v.Thadden

Nach Abg.
Pol V
PE 2/5. auf Fl. Dr. Haumann

z.Kts.
Inf. XIV
z.Entnahme einer Fotokop. gefl. führen

ab: 2. MAI 1944

Zd A

AA Inl. II A 6873

185
NY

Auswärtiges Amt
Inl.II A 2222

Berlin, den 27. Juni 1944.
W.8, Wilhelmstraße 74.

Anliegende zwei Feindmeldungen werden abschriftlich zur Kenntnis überreicht.

Sollte dort Material zur propagandistischen Widerlegung vorhanden sein, darf um baldmögliche Übersendung gebeten werden.

Im Auftrag
gez. von Thadden

Das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. SS-Obersturmbannführer Eichmann
o.V.i.A.

Berlin W.
Kurfürstenstr.116

z.V. in 14 Tagen. GR:

Befehl besagt, in einer am Sonnabend von London aus über den Rundfunk gegebenen Erklärung warnt die tschechoslowakische Regierung alle deutschen Beamten und Amtswalter, die den Befehl zu diesem Verbrechen gaben, von der Ausführung des Befehls abzustehen, und fügt hinzu, mit allen Personen, die mit dem Blutbad zu tun haben, würde sehr streng verfahren werden.

Bp.

Kleinverteiler.

AA Nl. U A 6873

Presseabteilung Auswärtiges Amt

P XII b Sonderdienst Politischer Nachrichten (SPN)

Vertraulich! Weiterleitung an nichtempfangsberechtigte Personen ist streng verboten!

Blatt II

18.6.44.

Reuter Hell 12o (englisch) aus London, 23.4o h (v.17.6.): Tschechoslowakische Regierung warnt deutsche Behörden.

Nicht zu veröffentlichen vor 22.45 h GMT.

Die deutschen Behörden in der Tschechoslowakei befahlen die Ermordung von 3ooo tschechoslowakischen Juden in dem Konzentrationslager Birkenau in Oberschlesien, wie ein in London eingegangener Bericht besagt. In einer am Sonnabend von London aus über den Rundfunk gegebenen Erklärung warnt die tschechoslowakische Regierung alle deutschen Beamten und Amtswalter, die den Befehl zu diesem Verbrechen gaben, von der Ausführung des Befehls abzustehen, und fügt hinzu, mit allen Personen, die mit dem Blutbad zu tun haben, würde sehr streng verfahren werden.

Bp.

Kleinverteiler.

AA Nr. 4 A 68/3

Presseabteilung Auswärtiges Amt

P XII Berichte der Funkabhörstelle (FAST)

Streng vertraulich!

Dieses Nachrichtenblatt ist eine geheim zu haltende Sache. Auf die Strafbestimmungen des § 353c (RStGB.) (RGBl. I 1936 Seite 532) wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich verwiesen. Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung und Vernichtung.

20.6.44 Blatt 5

London 20.45 h tschechisch (v. 19.6.):

Resolution des tschechischen Staatsrates.

Bei der heutigen Plenarsitzung des tschechischen Staatsrates wurde folgende Resolution verlesen: Der tschechoslowakische Staatsrat hat tiefbewegt und mit Trauer die Nachricht über das Schicksal tschechoslowakischer Juden erhalten. Dieses neue Verbrechen der Nazis, unglaubwürdig in seiner Schlechtigkeit und seinem Schrecken, wird genau so bestraft wie alle vorhergehenden Verbrechen. Der tschechoslowakische Staatsrat beruft sich dabei auf die früheren Erklärungen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Benesch und die Erklärungen des tschechoslowakischen Staatsrates und betont nochmals nachdrücklich, dass keiner von denen, die sich an derartigen Greueltaten beteiligten oder diese anordneten oder auch in einem gewissen Mass daran beteiligt sind, der gerechten Strafe entgehen wird.
Wei,

Fortsetzung Blatt 6

Streng vertraulich!

Dieses Nachrichtenblatt ist eine geheim zu haltende Sache. Auf die Strafbestimmungen des § 353c (RStGB.) (RGBl. I 1936 Seite 532) wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich verwiesen. Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung und Vernichtung.

20.6.44

Fortsetzung von Blatt 5

L o n d o n 20.45 h tschechisch (v.19.6.):

olution des
hechischen
ierates.
rts.)

Das tschechoslowakische Volk, als dessen Vertreter sich der tschechoslowakische Staatsrat, mit ihm der Präsident der tschechoslowakischen Republik und die tschechoslowakische Regierung, betrachtet, wird die mitleidslose Bestrafung aller jener, die den Befehl hierzu gegeben haben, fordern. Das gilt als Urteil über bereits durchgeführte Verbrechen und als Warnung für die Zukunft.

In diesem Augenblick fordert die tschechoslowakische Regierung die gesamte Bevölkerung zuhause auf, ihren jüdischen Mitbürgern mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen und zu versuchen, ihre jüdischen Mitbürger vor den Händen der Verbrecher zu retten.

Das Vermächtnis Masaryks, dem wir treu geblieben sind, verpflichtet uns dazu.

Wei.

(Durchgabe Seehaus)

AA Inl. II g 2 Rdg

(gef.(m) Geheime Reichssache

Ausw.Amt

Leiter Gr. Inland II

Inl.II 393 g.Rs.

Berlin, der 5. Juli 1944.029

SA 1597

Sehr verehrter Obergruppenführer !

Der Sonderdienst des Auswärtigen Amtes erfaßte ein Telegramm der Britischen Gesandtschaft in Bern an das Foreign Office in London:

"Folgendes für die jüdische Agentur für Palästina von Lichtheim. Dringend. Erhielt von einem ungarischen Staatsmann neue Berichte, daß fast die Hälfte von insgesamt 800.000 Juden in Ungarn schon deportiert worden ist, in Gruppen von 900 bis 1200 pro Tag. Die meisten dieser Transporte werden in das Todeslager von Birkenau bei Oswiecim in Oberschlesien geschickt, wo im Laufe der letzten zwei Jahre über 1.500.000 Juden aus allen Teilen Europas getötet worden sind. Wir haben Einzelheiten aus einem Bericht über die Anzahl und die angewandten Methoden. Die vier Krematorien in Birkenau haben Möglichkeiten zur Vergasung und Verbrennung von 60.000 am Tag. In Budapest und Umgebung gibt es noch zwischen 300.000 und 500.000 Juden, einschließlich derjenigen im Arbeitsdienst, aber in den östlichen und nördlichen Provinzen gibt es keine Juden mehr, und nach einem Brief von unserem Geschäftsführer des Palästinabüros in Budapest..... zu urteilen, haben die restlichen Juden in und um Budapest keine Hoffnung, verschont zu bleiben.

K209050

Diese

H322057

300662

An Chef der Sicherheitspolizei und des SD

SS-Obergruppenführer Dr.Kaltenbrunner

Berlin SW 11

Pr.Albrechtstr. 8

ab: 6. Juli 1944

AA Nbl. II g 242

Diese Tatsachen, die durch verschiedene Briefe und Berichte aus verläßlicher Quelle belegt werden, sollte man an die breiteste Öffentlichkeit bringen, und die gegenwärtige ungarische Regierung sollte gewarnt werden, daß man sie als verantwortlich ansehen wird, weil sie den Deutschen und ihrer eigenen Polizei hilft, die Juden zu verhaften und zu deportieren und so zu morden. Außerdem werden folgende Vorschläge gemacht: erstens Repressalien gegen Deutsche, die sich in den Händen der Alliierten befinden; zweitens Bombardierung der Eisenbahnlinien von Ungarn nach Birkenau; drittens Zielwurf auf die Einrichtungen des Todeslagers; viertens Bombardierung aller Regierungsgebäude in Budapest. Bitte prüfen Sie diese oder andere Vorschläge und unterrichten Sie auch Jerusalem und New York über die Lage. Norton."

Ich darf Ihnen den Inhalt des Telegramms zur Kenntnis bringen mit dem Anheimstellen des Weiteren.

Heil Hitler !

gez. Wagner

V Ministerialdirektor Wolf auf Schnellbrief hingewiesen worden

2/2 d A

K209051 H322058

300663

AA Inl II A 3012

Chdr.a.A./A.i.b./ Fn.Nr.

den 22.Juli 1944

Inl.II A 2338

Betr.: Erklärung des Oberrabiners von Stockholm zur Judenfrage.

Die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm berichtet unter dem Datum des 27.Juni d.J. wie folgt:

Der Oberrabiner der jüdischen Gemeinde in Stockholm, Professor Marcus Ehrenpreis, hat der Stockholmer Presse anläßlich seines 75.Geburtstages ein Interview gegeben, das von den vier großen Tageszeitungen "Svenska Dagbladet", "Stockholm Tidningen", "Dagens Nyheter" und "Morgon-Tidningen" (Social-Demokraten) an besonders beachteter Stelle abgedruckt worden ist. In dem Interview geht Professor Ehrenpreis von der gegenwärtigen Stellung des Judentums aus, die unsäglich schwer sei und zur Vernichtung von etwa 3,5 Millionen europäischer Juden geführt habe. Die Judenverfolgungen in Europa seien jedoch noch nicht abgeschlossen und gerade in diesen Tagen müsse man um das Schicksal von Hunderttausenden von Juden in Rumänien und Ungarn zittern. Gleichwohl habe das Judentum keinen Grund zu verzweifeln. Jahrtausend Jahre hätten sich die Juden in der Geschichte gehalten und hätten auf die Kultur der ganzen Welt befruchtend gewirkt. Es komme nicht so sehr auf die Zahl eines Volkes an, sondern darauf, daß ein Volk zu seinen geistigen Kräften Vertrauen habe. Das Judentum verfüge auch

An
das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. SS-Sturmbannführer Eichmann
-o.V.i.A.-
Berlin
Kurfürstenstr.115

z. d. A.

AA neue A 3012

auch heute noch über zwei Kraft wollen: das amer
kanische Judentum, das wirtschaftlich und kultur
große Möglichkeiten habe, den hilfsbedürftigen J
den in der ganzen Welt beizuspringen, und das Ju
tum in Palästina, das heute nach dem wirtschaftl
chen Wiederaufbau von Palästina in die Lage geko
men sei, an der alten jüdischen Kultur weiterzu-
bauen.

Was bei den Leiden, die der Nationalsozialis
und der gegenwärtige Krieg dem Judentum in der
Welt gebracht habe, besonders deprimierend sei,
sei das Versagen des Weltgewissens. Wohl hätten
sich hier und da einzelne Persönlichkeiten gefun
die sich der hilfsbedürftigen Juden angenommen h
ten, aber im großen und ganzen gesehen hätten so
wohl die christlichen Kirchen wie auch die Kultu
elite der Welt in diesem Punkte versagt. Es sei
hoffen, daß das in der Nachkriegszeit anders wer
Zweifellos müsse sich die Friedenskonferenz mit
jüdischen Fragen eingehend befassen und insbeso
dere dem Judentum in Palästina weitere Zugeständ
se machen. Es sei jedoch in gegenwärtigem Zeit-
punkt müßig, derartige Pläne im einzelnen zu erö
tern. Was für den Wiederaufbau der Welt notwend
sei, sei insbesondere ein Wiederaufbau des Mens
und der Grundgedanke des menschlichen Zusammenle
bens. In diesem Sinne sei er, Ehrenpreis, stets
ein Anhänger des ökumenischen Gedankens gewesen
es sei zu hoffen, daß sich diese ökumenische Zus
men-und Wiederaufbauarbeit nach Beendigung des K
ges auch für das Judentum fruchtbringend auswirk
lasse."

Zur Kenntnisnahme wird gebeten.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

AA Inl. II A 1615 Kc
Pol

Ref.: LR.i.Kl.von Thadden.

1.

Vermerk.

Die Verfasser des vorliegenden Artikels "Juden schlagen zurück" setzen sich zum Ziel, nicht die genugsam bekannten "jüdischen Leiden", sondern das "jüdische Heldentum" zu schildern. Dieses geschieht in einer Weise, die den amerikanischen Leser offenbar gefühlsmäßig im projüdischen Sinne beeinflussen soll.

Es wird im einzelnen ausgeführt, wie 300 junge jüdische Männer und Frauen nach ihrer in Palästina erfolgten Ausbildung in der Guerillataktik im besetzten Europa und sogar im Reiche selbst eingesetzt wurden. Sie organisierten den Grenzübertritt von Juden in SS-Uniformen nach dem seinerzeit noch sicheren Ungarn und schmuggelten jüdische Kinder über die Grenze nach Spanien und Portugal. Juden aus Konzentrationslagern wurden freigekauft, und Waffen wurden gesammelt. Juden übernahmen als Gestapomänner verkleidet für kurze Zeit in aller Form eine Warschauer Dienststelle der Geheimen Staatspolizei. Schließlich wurden Aufstände in den Ghettos von Warschau, Bialystok und Lemberg, sowie in den Judenlagern Treblinka, Paniatov, Travniki und Sabibor organisiert und damit die jüdischen Partisanenscharen von Treblinka, Paniatov usw. begründet.

Bedeutung kommt dem Artikel dadurch zu, daß von jüdischer Seite Taten zugegeben werden, die - falls im einzelnen tatsächlich geschehen - zu Verschärfungen der Maßnahmen gegen die Juden geführt haben dürften.

Hiermit - unter Rückerbittung - Inf XIV

zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 29.Juli 1944.

ges.v.Thadden

2. WV. zwecks Kenntnisgabe an RSHA.

RA 89-20

THE JEWS FIGHT BACK

By Ruth Karpf and J. L. Teller

The world knows the horrors of Jewish suffering at the hands of the Nazis. It has not yet become aware of Jewish heroism — a heroism raised to new dimensions by the odds against the Jews, their helplessness, their fearful isolation. When the whole story is told, it may appear that in quality, if not in quantity, the heroism outweighs the martyrdom.

Only small parts of the story are known. Only a portion of what is known can be told without endangering the work of resistance. This much is certain: Jewish guerrillas have been fighting Hitler for the past two years — in the ghettos and death camps of Poland, in the marshes of White Russia, on the steppes of the Ukraine and in the mountains and forests of the Balkans. Some serve in separate Jewish detachments in guerrilla armies. Many are fighting under their own flag, the Jewish blue-and-white. Many more are scattered, unidentified, throughout Europe's underground.

The Jewish resistance movement began to take shape even before the first gun was fired in the Nazi *Blitzkrieg*. Its headquarters were in Tel Aviv. Palestine's Jewish workers had trained 300 shock troopers for duty in Hitler's Europe. Many of them got their training in guerrilla tactics from the late Major General Orde Charles Wingate. They were ex-members of the night squads which Wingate led against Axis-sponsored Arab brigands in the Palestine riots in 1936–38.

They went to Europe on the eve of the war, 300 men and women armed with a blueprint for Jewish resistance and fully aware that their chances of remaining alive were less than one in a thousand. They deployed through Poland, Belgium, Austria, France, the Netherlands, the Balkans and even the Reich itself. Their instructions were to keep organized Jewish life functioning in the face of Nazi decrees; to train new leaders to replace those who were being interned and killed; to set up an "underground railroad" to effect the escape of Jews. If and when there was no alternative, their orders were: armed resistance to the death.

RUTH KARPF, *a Palestinian, has worked for the Palestine Broadcasting Service, covered the Middle East as a free lance reporter, and is now on the staff of the Overseas News Agency.*
J. L. TELLER *is editor of the Independent Jewish Press Service and staff writer for the* Jewish Morning Journal, *for whom he served as foreign correspondent in Europe and Palestine.*

These shock troopers kept in constant touch with Tel Aviv agents in neutral countries through a code of their own. Because the code has since been discarded, it can now be revealed. Its basic idea was to take Hebrew words and give them Slavic suffixes, using them as first or family names.

Early in 1940, the first coded communication reached a neutral capital. It reported that "Cousin Raavsky" had visited certain towns. *Raav* is Hebrew for "hunger." It meant that the Jews of Poland were facing starvation. Palestine forwarded money. With this money, the underground rented farms, and the more "Aryan"-looking of the young Zionists, in training for agricultural settlement in Palestine, operated these farms and helped to feed the ghettos. When the Nazis began to raid Poland's granaries for their armies of occupation and for shipment to Germany, these boys transferred their activities to the Jewish cemeteries inside the ghetto, sowing and harvesting at night.

In the beginning of 1941 the coded letters, sometimes arriving by diplomatic pouch, told of ailing "brother Sefer." He was ill throughout occupied Europe, in Warsaw, Bialistock, Lodz, Antwerp and Amsterdam. *Sefer* is the Hebrew for "book." It meant that all the Hebrew schools had been closed. To cope with this, an underground educational system was set up complete from kindergarten to trade schools and university. In Warsaw alone, 3400 young people attended eighty-five secret courses, where they were trained as mechanics, locksmiths, carpenters, tailors, shoemakers, plumbers and electricians. From Warsaw, instructors were sent on field trips to organize classes in the smaller ghettos.

The code vocabulary grew with the needs. Sometimes even the decoders couldn't quite keep up with it. Thus, a very puzzling letter arrived at a "post" in a neutral country one day. It said that the Nazis weren't really so bad at all: that they had, in fact, been rather cooperative of late. No one knew what to make of it at first. The decoders thought that the Gestapo had caught some of their men, and had forced them to write these notes to their contacts abroad. Many more letters expressing the same "sentiment" arrived. Then it dawned on the decoders that this might mean that Nazi officials could be bought. Their guess was corroborated in reply to coded queries. Funds were collected to recruit Gestapo aces for a large-scale scheme. Before any systematic action could be launched, a new name appeared in the letters from the underground — Mr. Harogovitz. The writers urged that "Aunt Moledeth" be told as soon as possible that Mr. Harogovitz was very impatient about that debt. *Harog* is Hebrew for "kill." Moledeth is "homeland," i.e. Palestine. The underground was informing Palestine that the Nazis had begun the systematic extermination of Jews.

It was a race against time. The Jewish Agency, the Jewish Labor Committee in New York, the World

Jewish Congress, the American Jewish Congress, the Agudath Israel, all received the terrifying information through their contacts. And so did President Roosevelt, Secretary of State Hull, Prime Minister Churchill, Foreign Secretary Anthony Eden. They were all informed of the desperate necessity for immediate rescue, and of the ways and means in which it could be effected.

But Mr. Harogovitz was faster than London and Washington. And the ghettos set up their own clandestine War Refugee Board. Custom officials and border guards had a standard price per Jew per head. Passports were manufactured by the Jews themselves. Some Jews got across in "official capacity," dressed in SS uniforms turned out by graduates of the underground tailor schools. Perhaps a million Jews reached Hungary from Poland and Czechoslovakia. Hungary, at that time still meant comparative safety. From Hungary, some eventually got to Palestine.

From Holland, Belgium and France Jewish children were smuggled into Spain and Portugal. They were taken in groups, sometimes disguised as pupils of parochial schools, with crosses around their necks, and baptismal papers which their teacher, Mr. Shushu, carried. Sometimes, Mr. Shushu was accompanied by his wife, the blonde blue-eyed Mrs. Shushu. They were both Palestinians, members of the three hundred. Today they are both dead. They died according to the code of the Jewish underground, drinking the arsenic which every Jewish underground worker carries with him — for emergency. The undergrounders take no chances on their individual resistance to Nazi torture.

II

These extraordinary men and women never gave up their race against Mr. Harogovitz. In October 1942, the nineteen-year-old Tosia Altman, now dead, and the twenty-three-year-old girl Zivyah Lubetkin, underground leaders, wrote to Lisbon that "Haganah" was staying with them now, convalescing. Subsequent letters told of Haganah "looking well now." *Haganah* means self defense. The Jews had begun to organize armed resistance.

The first clashes took place in Warsaw in January 1943. In February 1943, 130,000 Jewish textile workers in Lodz went out on strike, to prevent the deportation of "non-essential" Jews to their death. The textile industry was vital to the Nazis. Deportations from Lodz stopped for some time. These were the first feelers. The Jews realized that survival was impossible, but they knew also that every Nazi they killed would be one less on the fronts.

Jewish organizations had been working independently. Now they got together, formed the Jewish Coordinating Committee. It included representatives of the Bund, the Polish-Jewish Socialist Party, and the Jewish National Committee comprising all Zionist factions, and was headed by Dr. A. Berman, Isak Zuckerman and D. Kraftar. This Coordinating Committee took charge of all organized relief, rescue and armed resistance.

By November 1943, $66,000 had been remitted to the underground from the United States alone. For 50,000 Zloty — about 2500 dollars — a man could be bought out from a concentration camp. For 5000 to 10,000 Zlotys he could be accommodated in an "Aryan" district, providing his looks made that possible. That sum covered three months' residence. Rifles cost 3000 Zlotys apiece. Some of them were bought from the Polish underground; some from Nazi deserters. Some came from the Jewish commandos that executed midnight raids on Nazi arsenals.

One night a train carrying Jews to the Treblinka death camp was stopped by the "Gestapo." They disarmed the military, collected some fifty rifles, released the Jews and disappeared into the woods. The same "Gestapomen" paid Warsaw a visit a few weeks later. Under "order" of the Nazi governor of the district they took over the Deportation Department. Their administration was an exceedingly brief one. They left after a few hours, taking the lists of Jews scheduled for deportation. They left a receipt — a few corpses of real Gestapomen.

There were children commandos, too. Nazis rising from barber chairs in Poland would find that the rifles or revolvers they had hung up on clothes racks only a few minutes before were gone. No one had left the shop, except for a little urchin — eight years old perhaps, or nine, who had come to beg for pennies. Such raids became so bad that the Nazis had to issue lists of "inbounds" barber shops, and even in these, they were under orders to keep their arms on them at all times.

The first time these arms were used by Jews in a major action was in the ghetto of Warsaw, when 35,000 Jews rose on April 19, 1943, and gave battle to the Nazis for forty-two days. Of all the battles of this war, this was perhaps the most desperate, melodramatic and memorable. It will take its place in the saga of man's unconquerable spirit. The Nazis knew that this revolt was in preparation. The Jews told them so. For weeks before the first shot was fired, leaflets appeared on the walls in the ghetto, morning after morning, calling upon the Jews to resist deportation, to sabotage Nazi factories, and to get ready to join the impending battle. And daily the Nazis posted their replies under the signature of General Teben, Military Commander of the Warsaw garrison, warning that any resistance to the Wehrmacht would be hopeless. The Jews meanwhile dug special shelters for their arms, for which Gestapo squads scouted in vain. Miles of subterranean passages were dug, leading in and out of the ghetto, and far beyond Warsaw to the underground outposts.

The revolt broke out on the first Passover night. A fifteen-year old girl fired the first shot. After a week of

open warfare, with Nazi hostages held in the catacombs of the Warsaw ghetto, German reinforcements were rushed from the east. The Jews got reinforcements too. They captured Paviak jail. Five hundred uniformed ghettomen disarmed the prison guards, released the inmates, who included Jews, Poles and German army deserters, armed them and assigned them to key posts in the defense of the ghetto. On instructions from Berlin, Nazi planes showered incendiaries. Big guns demolished every house that had escaped the bombs. The Jews fought on from the ruins. Three thousand Nazis died.

III

The Warsaw revolt was a signal for other ghettos. Armed resistance spread even to the concentration camps and death centers.

In the Treblinka death camp, in February 1943, an explosion blew up the gas chambers just as a few thousand Jews were to be led in for execution. The explosion was an underground job. In the resulting confusion, the Nazi guards were disarmed and shot. Two hundred Jews got out alive. They became the Treblinka partisans, operating from the Malkin forests. The same month revolts swept the Paniatov, Travniki and Sabibor death camps. Unlike the Treblinka revolt, these were prepared weeks ahead. In Paniatov, the battle lasted three days; 3000 Jews got away, and they became the Paniatov partisans. Travniki and Sabibor units are also fighting the Nazis today.

The underground Jewish National Committee of Poland reports: "In Byalistock the Jews fought with grenades and time bombs. They had machine guns also. The Nazis set the Ghetto on fire, but Jewish warfare continued for a month." In Lwow, Jewish resistance flared up on November 18, 1943. Two thousand Jews broke out of the ghetto, taking with them a hundred Nazi hostages. The next day the Nazi liquidation squads arrived. The remaining Jews fought to the last man. They took a toll of sixty Germans. The Jews adopted the Nazis' own hostage system whenever they had a chance. The families of officers and officials were kidnapped, and released only in exchange for so many guns or so many Jews.

Ghetto guerrillas are operating today throughout Europe. In Poland, in the Balkans, in Carpatho Ruthenia and in France. The Vichy radio has confirmed it, charging that the Maquois had invited Jewish guerrilla specialists from Poland to instruct and train the French underground. Polish Jews were sentenced to death in January and February, 1944 in Lyon, Paris and Marseilles for guerrilla activity. From Ankara comes the report that on March 27 of this year, thirty-two Jews were court-martialled in Bucharest, on the charge of "aiding and abetting" Tito's partisans and British parachutists.

A Stockholm dispatch of January, 1944, tells of orthodox religious Jews court-martialled for leading a peasant guerrilla detachment in the Carpathian mountains. A Moscow dispatch of April 5, 1944 tells of a Jewish guerrilla village in White Russia led by the twenty-six-year-old Isak Blatt; 150 strong they harassed the Germans behind the lines. A Jew named Bernstein led Jewish guerrilla bands in Kremenetz and Duno. The Yiddish guerrilla poet A. Sutzkever, of Vilna, reported to the Jewish Anti-Fascist Committee in Moscow on April, 1944 that a Jewish Guerrilla unit harassed the Germans in Vilna for many months, sniping from the sewers. Forced to withdraw to the forest, from which they organize raids to this day, they took with them some of the archives of the Yiddish Scientific Institute in Vilna.

The Cairo correspondent of the London *Jewish Chronicle* quotes Tito emissaries on Jews who fought with the Partisans "from the very beginning." The leading figure among them is reported to be Moshe Pijade, known as "Uncle Yanko," one of the three vice-presidents of the Tito provisional government. There are also the four Baruchs: Bora Baruch, a painter who arrived from Paris to participate in the fighting; Jorge and Issa Baruch, and their sister Rachel. The three brothers, two of them detachment organizers and one a political officer, died in action. Rachel made bombs at home. She died at the hands of the Gestapo. Two Jewish doctors are spoken of with reverence by the Partisans: Dr. Herbert Kraus, second in command of the Partisan medical service, and Dr. Schlesinger, a major in the first World War, who joined the Partisans with his wife and twenty-year-old daughter. They died in action.

Einigkeit, published by the Jewish Anti-fascist Committee of Moscow, carried the following letter written by a young Jewish guerrilla fighter, Haim Slutsky, member of a detachment operating in the Minsk sector;

> Father, you would not recognize your son, the Yeshiva student. The Nazis, blustering before cowering sick and aged Jewish men and women, go green in the gills when faced by Jewish partisans, by your son, Itsche, armed with an automatic and hand grenades.
>
> I ask all newspapers, Jewish and non-Jewish to reprint this letter to my father. I want all to know that although millions of our brethren have been exterminated, remnants, tense with the desire for vengeance and on the alert to strike the enemy and retaliate, are lurking in the forests and swamps of the occupied territories.

This is disconnected information — a flash here and there, lighting up a vista of heroism. The story is yet to be told. Many an episode of magnificent courage and self-sacrifice cannot be disclosed because the struggle might be impeded. But perhaps it is enough to make clear the fundamental fact that the Jews are fighting back. Outnumbered, for the most part unnoticed by a world engaged in a larger struggle, they are taking toll of the barbarian and again demonstrating their vitality as a people.

AA neu. A 46713

Deutsche Gesandtschaft

Nr. 4462

Bern, den 2. August 1944

Pressebericht

Betrifft: "Alle Juden raus..!"
Spezialsendung von
der JUNA

Auswärtiges Amt
A 2700
- 4. AUG. 1944
1 Anl. 2 Durchschl.

2 Berichtsdurchschläge
1 Anlage (doppelt)

In der Anlage wird abschriftlich eine Spezialsendung von der JUNA vorgelegt, die mitteilt, dass es sich um einen "Tatsachenbericht" des polnischen Journalisten Tymon Terlecki handelt. Der Bericht wurde in der in London erscheinenden polnischen Zeitung "Wiadomosci Polskie" vom 7.11.43 und in den folgenden Nummern veröffentlicht.

Körner

An

das Auswärtige Amt

in Berlin

AA Nr. ü A 6713

405

RISCHE GESANDTSCHAFT
N DEUTSCHLAND

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lh.) Ko.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 12. August 1944

Inl.II A 2700

Betrifft: Jüdischer Greuelbericht über das Warschauer Ghetto.

. Durchdr.d.
Eingangs

In der Anlage wird ein von der "Juna (Presseabteilung des schweizerischen israelitischen Gemeindebundes)" verbreiteter Greuelbericht über das Warschauer Ghetto im Durchdruck zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

gez. Hezinger

h Abg.: Inf. XIV
Pol II

z.Kts.

.) An
das Reichssicherheitshauptamt,
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer
E i c h m a n n, o.V.i.A.

.) Wv. LR.I.Kl. v. Thadden
nach Rückkehr

Gb:

AA neu. IV A 60/2/2

Berlin, den 25. Oktober 1944.

Inl.II A

Der Irische Geschäftsträger sprach heute im Auftrag seiner Regierung vor, um sich zu erkundigen, ob ernsthaft die Absicht bestünde, die in den Lagern Birkenau/Oswiecizim und Forst (7) befindlichen Juden zu beseitigen, bevor sie im Falle eines Vorrückens der Russen diesen in die Hände fallen könnten. Der Irische Geschäftsträger führte hierzu aus, daß er in keiner Weise legitimiert sei, eine solche Frage zu stellen, daß auch seine Regierung über die mangelnde Legitimation sich völlig klar sei, daß aber der Druck jüdischer Organisationen und der Amerikaner in dieser Frage so stark wäre, daß sie sich entschlossen hätte, sie wenigstens zu stellen.

Es wurde dem irischen Geschäftsträger geantwortet, daß hier ein typisch jüdisches Manöver vorläge; denn diese Greuelnachricht sei von den Juden erst erfunden und in die Weltpresse lanciert worden, um diese dann zum Anlaß zu nehmen, diplomatische Schritte auf diese Nachricht zu stützen. Mehr zu sagen zu diesen Greuelnachrichten erübrige sich.

Der irische Geschäftsträger verabschiedete sich daraufhin mit dem Bemerken, auch er hätte sie von Anfang an für einen neuen Versuch unserer Feinde gehalten, und Deutschen etwas anzuhängen.

Im Auftrag
gez.v.Thadden

An
das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.Obersturmführer Eichmann
oder Vertreter
in Berlin
Kurfürstenstr. 116.

Abschrift für Leitstelle Irland
cf. und entnommen.
Berlin, den 28.X.44

AA neg. II A 297/1
A 297/1 136

den 21.November 1944.

Inl.II

In der Anlage übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme Abschrift einer London-Meldung

13

A 3608

Berlin, den 26. Oktober 1944.

Inl. II
- 1 Anlage -

Einliegend wird unter Rückerbittung ein Artikel aus der New Yorker Zeitung "Aufbau" zur Kenntnisnahme übersandt. Artikel dieser Art haben in der letzten Zeit die ausländische Presse erheblich gefüllt und sind auch jetzt noch laufend zu beobachten.

Im Auftrag

gez. von Thadden

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.Obersturmbannführer Eichmann
oder Vertreter
in Berlin.
Kurfürstenstr. 116.

A 3679 A

AA neue A 3612
Br.

28.Nov. 4.

Inl.II A 3992.

Schnellbrief

1)

Stockholms Tidningen bringt eine Meldung aus New York folgenden Inhalts:

"Der Kriegsflüchtlingsrat, bestehend aus Hull, Stimson und Morgenthau, hat einen Bericht von 25.000 Worten herausgegeben, der als erschütterndstes Dokument bezeichnet wird, das jemals von einem USA-Regierungsbüro ausgefertigt wurde. Der Bericht ist auf Zeugenaussagen über die Konzentrationslüger in Auschwitz und Birkenau in Polen aufgebaut. Der Bericht enthüllt, dass allein in Birkenau vom April 1942 bis zum April 1944 1.765.000 Juden durch Gas umgebracht wurden."

Im Auftrag

An das
Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.Sturmbannführer Günther
oder Vertreter
Berlin
Kurfürstenstr.116

2) ZdA.

30. Nov. 1942

E420840

Deutsche Gesandtschaft
Budapest

Nr. 20 a

A 3943

An das
Auswärtige Amt
Berlin.

Im Anfang

...sen-Gesetzes zum Arbeitsdienst in Anspruch genommen. Auch sollen die rumänischen Juden keineswegs vernichtet werden, was wohl am Besten daraus hervorgeht, dass die Königl. Ungarische Regierung selbst, die rumänische Regierung im Juni d.J. aufgefordert hat, den rumänischen Juden, die Rückkehr nach Rumänien ermöglichen zu wollen. Die ungarische Regierung hätte anders gehandelt, wenn sie tatsächlich, die ihr nunmehr unterschobene Absicht gehabt hätte, die rumänischen Juden zu vernichten. Auch die in Nordsiebenbürgen verbliebenen Juden, für die die ru-

./.

An die
Schweizerische Gesandtschaft
Budapest.

AA Nr. II A 71/3

Schweizerische Gesandtschaft
Abteilung fremder Interessen
Budapest.

No.401 s/b.

V e r b a l n o t e .

Im Auftrage des Eidgenössischen Politischen Departementes, Abteilung für fremde Interessen, beehrt sich die Schweizerische Gesandtschaft, in Vertretung amerikanischer Interessen, dem Königlich Ungarischen Ministerium des Aeussern zu Handen der Königlich Ungarischen Regierung auf Wunsch der Amerikanischen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat erfahren, die Ungarische Regierung beabsichtige, die zur Zeit noch in Budapest zurückgebliebenen Juden in Straflager in der Provinz zu verbingen. In Anbetracht der bevorstehenden, kalten Jahreszeit und des Schicksals von Juden, die bereits in früheren Monaten in ähnliche Lager ausserhalb anderer Städte verbracht worden sind, hat die Amerikanische Regierung Grund anzunehmen, es handle sich bei diesem Vorhaben der Ungarischen Regierung um eine weitere Massnahme der Massenvernichtung, welche entweder durch Methoden, wie sie in den Vernichtungslagern in Polen ihren Höhepunkt erreicht haben, erzielt werden soll, oder aber dadurch, dass eine grosse Anzahl von Leuten schwerer körperlicher Arbeit, Unterernährung und unhygienischen Lebensbedingungen in notdürftigen Lagern unterworfen wird. Unter diesen Umständen erachtet es die Amerikanische Regierung als angebracht, die ungarischen Behörden erneut an ihre Entschlossenheit, die der Präsident der Vereinig-

Das Königlich Ungarische
Ministerium des Aeussern,
Budapest.

AA Ne. ü A 71/3

ten Staaten in seiner Rede vom 24. März 1944 zum Ausdruck gebracht hat, zu erinnern, " alle diejenigen, welche sich an diesen Grausamkeiten beteiligen, zu bestrafen. Die Strafe soll alle erreichen, die sich mitschuldig gemacht haben". Dieser Entschluss ist am 31. Mai und 28. Juni durch die Mitglieder des " Foreign Relations Committee" des Senates, bezw. des "Foreign Affairs Committee" des Repräsentantenhauses bestätigt worden. Immerhin anerkennt die Amerikanische Regierung, dass der vorliegende Plan auch aus dem ehrlichen Bestreben heraus gefasst worden sein mag, wahre Ziele der Menschlichkeit zu verfolgen, wie dies von verschiedenen ungarischen Instanzen behauptet worden ist. Der Wert dieser Behauptungen wird von der Regierung der Vereinigten Staaten natürlich in dem Masse anerkannt werden, als mit der Durchführung des Planes solche Ziele wirklich erreicht werden. Sollte andererseits die Beseitigung der Juden aus Budapest in Lager in der Provinz nur das Vorspiel zu einer endgültigen Beseitigung in Vernichtungszentren darstellen oder sonstwie den Tod derselben zur Folge haben, so ei die ungarischen Behörden bereits über die Stellu nahme der Amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes unterrichtet.

Die Schweizerische Gesandtschaft benützt auch diesen Anlass, um das Königlich Ungarische Ministerium des Aeussern erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Budapest, den 28 .Oktober 1944.

/Stempel/

AA Ne. u A H/3

Schweizerische Gesandtschaft
Abteilung für fremde Int.
Budapest.

No. 411 s/b.

V e r b a l n o t e.

Die Schweizerische Gesandtschaft, in Vertretung rumänischer Interessen, beehrt sich, dem Königlich Ungarischen Ministerium des Aeussern zu Handen der Königlich Ungarischen Regierung folgendes mitzuteilen:

I. Der Königlich Rumänischen Regierung wurde berichtet, die Deutsche und Ungarische Regierung hatten Schritte eingeleitet, um die aus Nordsiebenbürgen deportierten Juden, sowie die in ungarischen, deutschen und von Deutschland besetzten Gebieten lebenden rumänischen Juden zu vernichten. Ferner sollen die zwangsweise zum Arbeitsdienst ins Innere von Deutschland und Ungarn verbrachten Rumänen in ihrer Existenz bedroht sein.

II. Die Königlich Rumänische Regierung hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz um eine dringende Untersuchung dieser Angelegenheit gebeten.

III. Die Schweizerische Gesandtschaft, in Vertretung rumänischer Interessen in Ungarn, ist durch das Eidgenössische Politische Departement, Abteilung für fremde Interessen, auf Wunsch der Königlich Rumänischen Regierung gebeten worden, die Einwilligung der Königlich Ungarischen Regierung zu dieser Untersuchung, soweit sie Ungarn betrifft, einzuholen.

IV. Die Königlich Rumänische Regierung wünscht die Königlich Ungarische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, dass

AA Nr. 11 A 7/3

sie alle Personen deutscher und ungarischer Abstammung, die in Rumänien leben, sowie die Angehörigen der beiden Minoritäten, als solidarisch mitverantwortlich erachtet für das den unter I. erwähnten Personen, ohne Unterschied der Rasse und ethnischen Herkunft, zugedachte Schicksal. Die Königlich Rumänische Regierung beabsichtigt, gerechte Repressalien zu ergreifen.

Die Schweizerische Gesandtschaft beehrt sich, das Königliche Ministerium zu ersuchen, ihr die Stellungnahme der Königlich Ungarischen Regierung in dieser Angelegenheit bekanntzugeben, insbesondere, ob sie sich mit der angeregten Untersuchung durch das Internationale Komittee vom Roten Kreuz einverstanden erklärt.

Die Gesandtschaft benützt auch diesen Anlass, um das Königlich Ungarische Ministerium des Aeussern erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Budapest, den 7. November 1944.

Aa Me. II A 21/3

COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE

DÉLÉGATION EN HONGRIE

Rappeler dans la réponse

A/19.

BUDAPEST, ...

KOPIE

KOPIE

NOTE.

Der Delegierte für Ungarn vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf erlaubt sich dem Kgl.Ungarischen Minister des Aeussern mitzuteilen, dass er am heutigen Tage folgendes Telegramm vom Komité des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf erhielt:

"Vous prions communiquer immediatement ministere affaires etrangeres hongrois de la part gouvernement roumain a l'intention gouvernement roumain a l'intention gouvernement hongrois quote gouvernement roumain adresse CICR priere faire urgence enquetes sur le sort des ressortissants roumains sans distinction race ou religion se trouvent en Hongrie Allemagne = et pays occupés par cette puissance. Gouvernement roumain apprend que les juifs de nationalité roumaine seraient en cours d'etre anéantis a Budapest. Selon informations données par ministere affaires etrangeres roumaine environ vingtmille roumains ressortissants Transylvanie nord cedée suite arbitrage Vienne se trouvent actuellement Allemagne en Hilfsdienst et = travaux obligatoires autres septantémille jusqu'a centmille sous meme titre en Hongrie autres militers roumains dernierement enlevé de force de leurs demeures lors retraite actuelle des troupes. Environ centcinquantemille juifs roumains de Transylvanie nord, consideres par gouvernement roumain comme appartenant de nouveau a l'etat roumain auraient été déportés Allemagne et General Gouvernement ou eventuellement anéantis totalite ou grande partie. Gouvernement roumain prie département politique intervenir Budapest Berlin pour que délégués CICR obtiennent permis faire les enquetes sollicitées. En vue dangers auxquels ressortissants roumains aux pouvoirs hongrois allemands sont exposés gouvernement roumain fait appel au CICR pour obtenir au plus tot informations precises espérant qu'il obtiendra garanties en vue cessation immédiate persecution signalées. Gouvernement roumain declare que represailles seraient appliqués contre sujets allemands et hongrois ainsi que minorités respectives en Roumanie au cas ou enquête demandée CICR ne donnerait pas resultats satisfaisants. Intercroixrouge."

Mit Hinsicht auf die ausserordentliche Wichtigkeit der durch das Komitee in Genf aufgeworfenen Frage ersucht der Delegierte für Ungarn den Kgl. Ungarischen Minister des Aeussern ihm womöglich eine sofortige Antwort geben zu wollen.

Budapest, den 7.November 1944

AA Mil. II A 7/3

18.003/Pol.
1944.

V e r b a l n o t e.

Unter Bezugnahme auf die geschätzte Verbalnote - Nr. 401 s/b. vom 28. Oktober 1944 - betreffend eine Mitteilung der amerikanischen Regierung bezüglich der jüdischen Arbeitslager in Ungarn beehrt sich das Kgl. Ung. Ministerium des Aeussern der schweizerischen Gesandtschaft folgendes mitzuteilen:

Im Laufe der Kriegsanstrengungen Ungarns wird eine totale Mobilisierung durchgeführt, in deren Rahmen auch die jüdischen Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden. Die Konzentrierung der arbeitsfähigen Juden in Arbeitslagern ist nicht diskriminativ, weil auf Grund des einschlägigen Gesetzes vom Jahre 1939 alle arbeitsfähigen Personen, ohne Unterschied von Rasse, Volkszugehörigkeit und Religion und ohne Rücksicht auf die Jahreszeit für Zwecke des militärischen Arbeitsdienstes in militärischer Disziplin in Anspruch genommen werden können. Die Konzentrierung von Juden in Arbeitslagern im Rahmen der Kriegsanstrengungen kann nicht als "Straflager" betrachtet werden und die

./.

An die

Schweizerische Gesandtschaft

in Budapest.

AA Pol. II A 7 B/3

./.

Konzentrierung bedeutet also überhaupt nicht ihre Vernichtung. Die ungarische Regierung hat sich übrigens gegenüber dem Herrn Delegierten des internationalen Roten Kreuzes - ebenso wie auch die deutsche Reichsregierung bezüglich der im Kriegsarbeitseinsatz in Deutschland befindlichen ungarischen Juden - bereit erklärt, eine Besichtigung dieser Lager und eine Betreuung der eingesetzten Juden in geeigneter Form und nach Massgabe der Arbeitserfordernisse zuzulassen.

Die Lösung der Judenfrage in Ungarn erfolgt ausschliesslich unter Berücksichtigung der Interessen der ungarischen Nation. Drohungen ausländischer Staaten gleich in welcher Form vermögen an diesem Grundsatz nichts zu ändern und müssen nachdrücklichst zurückgewiesen werden.

Die jüdischen Arbeitskräfte bilden einen Teil der Arbeitskräfte des ungarischen Staates und sie werden im Rahmen der ungarischen Kriegsanstrengungen in einer der ungarischen Regierung geeignet erscheinenden Form nutzbar gemacht.

Die ungarische Regierung beabsichtigt im übrigen, die Juden gerecht und human zu behandeln. Die diesbezüglichen Massnahmen werden jedoch ausschliesslich von der Haltung der Juden selbst und von dem Umstande abhängig sein, ob weiterhin feindliche Terrorangriffe auf die ungarische Zivilbevölkerung erfolgen, die geeignet sind, die Judengegnerschaft der ungarischen Bevölkerung zu verschärfen. Der allgemeine Lebensstandard der Juden wird schliesslich nicht niedriger sein als der Lebensstandard der arbeitenden

./.

AA Mc. II A 71/3

lassen.

Im Zusammenhang mit den von ausländischen Missionen in Budapest an ungarische Juden zur Ermöglichung der Auswanderung nach dem neutralen Ausland oder nach Palästina ausgestellten Pässen, Schutzpässen, provisorischen Pässen, Einwanderungszertifikaten, Visumzusagen usw. erklärt die ungarische Regierung erneut, dass sie nach Massgabe der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen und unter der Voraussetzung des Ausschlusses von Missbräuchen nach wie vor bereit ist, diese anzuerkennen und den in Betracht kommenden Juden im Rahmen der seinerzeit von der deutschen Reichsregierung zugesagten und neuerdingsbestätigten Sichtvermerkskontingente zur Durchreise durch deutsches Gebiet die Ausreise zu ermöglichen, falls dies auf diplomatischer Verkehr mit den betreffenden Staaten es ermöglicht.

Budapest, den 28. Oktober 1944.

AA Tel. II A 7/3

No 3866/Pol.1944.

V e r b a l n o t e.

Unter Bezugnahme auf Note Nr. 411/s/b. vom 7. November d.J. erlaubt sich das Königl. Ungarische Ministerium des Aeussern der Schweizerischen Gesandtschaft folgendes mitzuteilen :

ad 1./ Die nordsiebenbürgischen Juden wurden nicht deportiert, sondern - wie alle ungarischen Staatsangehörige, zu denen selbstredend auch die Bewohner des ungarischen Hoheitsgebietes Nordsiebenbürgen gerechnet werden müssen - auf Grund des Landesverteidigungsgesetzes zum Arbeitsdienst in Anspruch genommen. Auch sollen die rumänischen Juden keineswegs vernichtet worden sein, was wohl am besten daraus hervorgeht, dass die Königl. Ungarische Regierung selbst, die rumänische Regierung im Juni d.J. aufgefordert hat, den rumänisch Juden, die Rückkehr nach Rumänien ermöglichen zu wollen. Die ungarische Regierung hätte anders gehandelt, wenn sie tatsächlich, die ihr nunmehr unterschobene Absicht gehabt hätte, die rumänischen Juden zu vernichten. Auch die in Nordsiebenbürgen verbliebenen Juden, für die die ru-

./.

An die

Schweizerische Gesandtschaft

Budapest.

AA Inl. II A 72/3

mänische Regierung erst jetzt Interesse bekundet, sind keineswegs in ihrer Existenz bedroht, sondern werden im Gegenteil gut behandelt und verköstigt, da sie zu wichtigen Arbeiten der Landesverteidigung herangezogen werden müssen. Das Gleiche gilt für die Volksgruppen, welche nicht "zwangsweise in das Innere von Deutschland verbracht wurden," sondern im Rahmen der für alle ungarischen Staatsbürger geltenden Vorschriften militärische Hilfsdienste oder Arbeitsdienst leisten.

Es muss hier betont werden, dass von allen ungarischen Staatsbürgern, es gerade diejenigen rumänischer Volkszugehörigkeit und die Juden sind, deren Existenz am wenigsten bedroht erscheint, da sie weit hinter der Front Hilfsdienste leisten, während die ungarischen Staatsbürger ungarischer Volkszugehörigkeit in vorderster Linie für ihre Heimat kämpfen und sterben.

Ad II./ und III./ Die Königl. Ungarische Regierung hat, aus eigener Initiative den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Ungarn bereits vor Monaten aufgefordert, sich über die Lage der sich in Ungarn und Deutschland befindlichen Rumänen beziehungsweise Juden unterrichten zu wollen.

Die Königl. Ungarische Regierung würde es begrüssen, wenn die Rumänische Regierung ihrerseits dem CIRC die gleichen Möglichkeiten einräumen möchte.

Ad IV./ Die Königl. Ungarische Regierung kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass alle rumänischerseits

...

AA Rel. II A 7c/3

vor ähnlichen Beschwerden und Drohungen nur als Vorwand dienen, um die bereits beschlossenen und teilweise auch schon in der Durchführung begriffenen unerfreulichen Massnahmen in Siebenbürgen vor der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können und die Aufmerksamkeit der interessierten Regierungen und Organisationen von der verzweifelten Lage der siebenbürgischen Volksungarn abzulenken.

Sollten die Vermutungen der Kgl. Ungarischen Regierung zutreffen, so sieht sie sich gezwungen bereits jetzt auf das Energischeste gegen das Vorgehen der rumänischen Regierung zu protestieren.

Das Kgl. Ungarische Ministerium des Aeussern benützt auch diesen Anlass der Schweizerischen Gesandtschaft seine Hochachtung zu versichern.

Budapest, den 15. November 1944.

AA Inl. II A 71/3

Durchdruck als Konzept (R.l.b. Hb.)

Inl.II A 3943

Berlin, den 1. November 1944

Unter eine Abschrift d.Eingangs ist zu setzen:

Abschriftlich nebst Anlagen
den
Reichssicherheitshauptamt, z.Hd. von
SS-Sturmbannführer Günther, o.V.
Berlin S 35
Kurfürstenstr.116

zur Kenntnisnahme übersandt. Auf die ungarische Stellungnahme Ad II und III, die ohne Mitwirken der Gesandtschaft erfolgt ist, darf besonders aufmerksam gemacht werden.

Im Auftrag
gez.v.Thadden

...ung wäre./ Dies entspricht der von den ungarischen ...ätigter Löschung I.

...chaft beehrt sich das ...fe tstellen lassen zu ...atsachen entspricht ...zlichen Verfügung die

./.

SS-Hauptsturmführer

...Reiches

Berlin.

Presseberichte über die Behandlung der Judenfrage

6. 11. 1942	AA	Auszüge aus dem „Neuen Wiener Nachrichten" betr. „Ausrottung der Juden in Jugoslawien"
2. 3. 1943	AA	Informationsbericht von „Transocean Berlin" betr. „Rabbiner Wise fordert Hilfsaktion für Juden"
16. 4. 1943	AA	Bericht des Dt. Generalkonsulats Bukarest betr. „Jüdische Greuelpropaganda"
8. 7. 1944	AA	Wiedergabe eines Berichtes des „Nationalblatt" in Bern betr. „Gelingen vereitelt räumliche Entfernung der Juden aus Ungarn"
26. 7. 1944	AA	Aufzeichnung betr. die Berichte in „Times" „Daily Telegraph" und „Daily Herald" über die Vernichtung ungarischer Juden und Besprechung des Judenproblems

10. 7. 1942 AA Deutsch Politischer Bericht der Nachrichten- und Presseabteilung über die Gerichtsakte des Jagiello Beh. Rede des Kardinals Hlinka über Hinrichtung von 700.000 Juden und Generalgouvernement und Kriegsbeginn

13. 6. 1942 AA Übersendung eines von der Inlands-Briefstelle aufgefangenen Briefes über die Judenverschickung aus der Slowakei

AA Preßburg 3/2/5

Auswärtiges Amt

Berlin W 8, der 13. Juni 1942
Wilhelmstr. 74—76

Nr. Pol IV 1750/42

17. JUN 1942

1 Anlage

In der Anlage übersende ich Abschrift der Übersetzung eines hier an der Auslandsbriefstelle Wien vorgelegten Briefes über Judenverschickung aus der Slowakei zur Kenntnis.

Im Auftrag
gez. Heinburg

An
die Deutsche Gesandtschaft
Preßburg

AA Preßburg 312/5

Abschrift zu L III 3386

Übersetzung aus dem Englischen:

Absender: Die Executive der zionistischen Organisation
Agentie für Palästina in Genf, 52 rue des Paquis.
Empfänger: Dr.L.Lauterbach, Organisations Dept.POB 92, Jerusalem.
Datum: 13.5.1942.
Brief Np.710/via Istanbul/ - Betrifft Situation in der Slowakei.

Ich hatte den Besuch eines Herrn aus Budapest, der auf dem Wege nach Südamerika ist. Er wurde von den Mitgliedern der Gemeinde in Budapest ersucht, mir folgende Details betreffend die Situation in der Slowakei mitzuteilen.

a) Von den 90 000 Junden in der Slwaokei wurden bereits 20 000 nach Polen verschickt. Im Gegensatz zu den Erklärungen des Ministers des Innern Mr.Mach werden die Juden in der Slowakei nicht in Arbeitslager in der Slowakei geschickt (mein Brief Nr.666 mit Brief an den Nuntius in Bern vom 8. April mit Beilage) sondern werden nach Polen verschickt. In vielen Fällen wurden die Männer von ihren Frauen und Kindern getrennt. Was in Polen vorgeht, wenn die Transporte ahkommen, weiß man nicht. Es wird von guten Authoritäten behauptet, daß eine große Anzahl von Mädchen im Alter von 16 bis 36 in Soldatenbordells gesteckt werden, die an der polnischen Grenze errichtet wurden. Viele Hundert Juden (Männer, Frauen und Kinder) sind nach Ungarn geflohen und die Zahl solcher Flüchtlinge ist im steten Anwachsen begriffen. Die ungarischen Juden sind erschreckt, daß die ungarischen Behörden nicht erlauben, daß diese Flüchtlinge dort verbleiben und dieselben zurückschicken wollen. Grauenhafte Ereignisse haben sich bereits an der Grenze abgespielt: so zum Beispiel war es einer Gruppe von 52 Juden, Frauen und Kinder inbegriffen, gegen Zahlung von enormen Summen die Grenze im Autocar zu erreichen. Man hatte ihnen versprochen, daß sie über die Grenze kommen werden können. aber im letzten Augenblick gab jemand das Signal und sie mußten umkehren und wurden der slowakischen Grenzpolizei übergeben, welche alle 52 Leute auf der Stelle niedermachte. Trotz dieser Vorkommnisse versuchen immer mehr und mehr Juden aus der Slowakei nach Ungarn zu kommen. Die jüdischen Vertreter in Budapest wissen nun nicht, was sie mit diesen anfangen sollen und sind über die möglichen Folgen erschreckt. Mein Besucher hier macht allerlei Vorschläge, welche aber unglückseligerweise von geringem praktischen Wert sind. Er sprach auch von einer Intervention des Vatikans

was

Pol 4 Nr. 2

AA Preßburg 3/2/5

- was ja wie Sie wissen bereits geschehen ist, jedoch hatten die Vorstellungen beim Vatikan keinerlei Erfolg gezeitigt. Man sagt, daß als ein Ergebnis dieser Vorstellungen das slowakische Staatsoberhaupt, Vater Tiso sich geweigert hat, die Ausweisungsdekrete zu unterschreiben und bleib aus diesem Grunde seinem Amte während 10 Tage fern; in der Zwischenzeit hat der Minister des Innern Mach den Auftrag zu weiteren Ausweisungen und Transporten nach Polen gegeben. Ich habe bereits in meinen früheren Berichten erwähnt, daß man diesen schrecklichen Verfolgungen viel mehr Raum in der amerikanischen und englischen Presse sowie durch das Radio geben sollte, aber bis heute ist in dieser Hinsicht wenig geschehen. Ich bin immer noch der Meinung, daß doch einige der Anhänger Deutschlands durch solche öffentliche Warnungen beeinflußt würden und daß man sie für solche Vorfälle verantwortlich machen wird, und selbst jetzt müßten die jüdischen Organisationen bemüht sein, daß solche Fälle von Verfolgungen und Metzeleien in der Slowakei, in Kroatien und Rumänien viel öfter und krasser in der Presse und von den Sprechern der Demokratien erwähnt werden.

Ihr R.Lichtheim
Genfer Büro

Für die Richtigkeit Willicus - 2406

AA Zagreb g 21/3

Nachrichten und Presseabteilung Zagreb, den 10. Juli 1942.

A/Bes. Ady

DEUTSCHER POLITISCHER BERICHT.

Der englische Kardinal Hinsley hat über den Rundfunk eine Rede gehalten, in der er die wahnsinnigsten Behauptungen über angebliche deutsche Greuel in Polen aufstellt. Er will wissen, dass die deutschen Behörden im Generalgouvernement seit Kriegsbeginn 700.000 Juden hingerichtet hätten. Hinsley erklärte ausserdem, dass der Papst von der Wahrheit dieser Angaben überzeugt sei. Aehnliche Schilderungen machte der britische Propagandaminister Brendan Bracken auf einer eigens zu diesem Zweck zusammengerufenen Pressekonferenz.

Was Brendan Bracken verbreitet, ist ziemlich unerheblich. Sein ganzes Ministerium wurde nur zu dem Zweck gegründet, Lügen herzustellen und Lügen zu verbreiten, Brendan Bracken selbst wird dafür bezahlt, dass er diese Lügen so dick wie möglich aufträgt. Seine Aufgabe ist es, die Greuellüge als Kriegswaffe einzusetzen, so wie Lord Northcliff dies im letzten Kriege tat. Mit Brendan Bracken erübrigt sich daher jede Auseinandersetzung.

Anders liegt der Fall Hinsley. Als Erzbischof von Westminster ist dieser Kardinal der erste katholische Kirchenfürst Englands. Dass er diese Stellung benutzt, um durch Verbreitung von ungeheuerlichen Lügen den Hass zwischen den Völkern noch zu schüren, zeigt dass er den Sinn der Mission Christi nicht verstanden hat. Dass er im Rahmen seiner Hasspredigt sich dabei auf den Heiligen Vater beruft, ist eine Geschmacklosigkeit sondergleichen. Man darf erwarten, dass der Vatikan sie von sich aus verurteilt.

Hinsleys Behauptungen, dass die deutschen Behörden das Polentum im Generalgouvernement ausrotten, werden am besten durch Tatsachen widerlegt. Trotz der Zerstörungen und Schwierigkeiten, die der deutsch-polnische Krieg mit sich brachten ist das Generalgouvernement heute ein Gebiet mit vollkommen normalen Funktionen. Industrie und Landwirtschaft arbeiten wie in Friedenszeiten. Das Verkehrswesen bewältigt den Eigenverkehr des Generalgouvernements und mehr. Von seinen 120.000 Eisenbahnern sind nicht weniger als 112.000 Polen. Ebenso bilden Polen das Hauptkontingent der Postbeamtenschaft und der Polizei. All dies wäre nicht möglich, wenn die polnische Bevölkerung nicht vollkommen loyal mit den deutschen Behörden zusammenarbeitete und ein Vertrauensverhältnis zwischen beiden bestände. Wo kriegsbedingte Not herrscht, tun die deutschen Behörden ihr Bestes, diese zu lindern. Erst MG.

 AA Zagreb g 2113

Erst vor wenigen Tagen empfing Generalgouverneur Dr. Frank die Führer der polnischen Hilforganisationen. In gegenseitiger Aussprache sicherte der Generalgouverneur weitere Unterstützungen zu, während andererseits die polnischen Delegierten das Ausmass der bisher geleisteten Hilfe voll anerkannten. Wenn sich in Polen hier und da Sabotageakte ereignen, so sind dies Ausnahmen, die ihre Sühne finden müssen. Wie im Protektorat Böhmen und Mähren, konnte in allen Fällen festgestellt werden, dass die Saboteure nicht aus eigenem Antrieb oder gar um den spontanen Gefühlen der polnischen Bevölkerung Ausdruck zu geben, handelten, sondern in englischem oder russischem Auftrag. Wie im Protektorat, so werden auch ins Generalgouvernement von Engländern und Russen gelegentlich Agenten geschmuggelt, die mit der Landessprache vertraut sind, sich leicht verbergen könnten und dann ihre unerträgliche Tätigkeit ausüben. Die polnische Polizei hat sich bei der Dingfestmachung solcher Elemente hervorragend beteiligt und Verdienst erworben.

Dies ist durchaus kein Wunder. Einmal ist die Mehrzahl der englisch-russischen Agenten, Juden. Die Juden aber werden vom polnischen Volk genau so gehasst, wie vom deutschen. Wenn Kardinal Hinsley dies nicht glaubt, so hätte er nur der gestrigen Unterhausdebatte beiwohnen brauchen, wo die Abgeordnete Miss Rathbone, die in Palästina stehenden polnischen Truppen wegen ihres Antisemitismus anklagte. Dass mit jüdischer Saboteuren aufgeräumt wird, ist wohl selbstverständlich. Dies verlangt nicht nur das Rechtsempfinden der loyalen polnischen Bevölkerung, sondern auch das Gesetz des Krieges. Deutsche Behörden im Generalgouvernement die sich jüdischen Attentaten gegen das für die Front lebenswichtige Nachrichten und Verkehrswesen gegenüber milde zeigen würde, gehörten an die Wand gestellt. Den Juden, die im Generalgouvernement die Verbindung zur Front zu stören trachten, geschehe nichts anderes, als was den Aegyptern und Arabern geschieht, die im nahen Osten Sabotageakte gegen die Etappe des Generals Auchinleck verüben. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings. Die Engländer wenden das Standrecht gegen Patrioten an, die Kraft eines Auftrages ihrer Nation gegen die landfremden Unterdrücker handeln. Die jüdischen Saboteure in Polen, haben dagegen keinerlei Mandat von der eingesessenen Bevölkerung. Sie handeln vielmehr im Auftrage von Mächten, die den polnischen Volk ebenso feindlich gesinnt sind, wie dem Deutschen. Denn auch Kardinal Hinsley wird nicht behaupten wollen, dass es im Generalgouvernement einen einzigen Polen gibt, der die deutsche Herrschaft gegen die des Bolschewismus tauschen möchte. Im übrigen kann sich jeder, der im Generalgouvernement reist, überzeugen, wie fantastisch die von Kardinal Hinsley genannten Ziffern

 AA Zagreb g 2113

Ziffern von 700.000 ingerichteten polnischen Juden sind. Nach Whitackers Almanack zählten die Juden und Vorkriegspolen insgesamt 3 Millionen. Auf das heutige Generalgouvernement entfallen davon höchstens 2 Millionen. Aber selbst, wenn man Gesamtpolen nimmt, würden Hinsley Ziffern bedeuten, dass die jüdische Bevölkerung in Polen um 1/4 zusammengeschrumpft wäre. Eine Wanderung durch die Ghettos in Warschau, Krakau, und anderen Städten des Generalgouvernements beweist das Gegenteil. Die Juden sind nicht weniger geworden, sondern haben sich trotz des Krieges eher noch vermehrt. Noch immer geht es ihnen materiell besser, als den meisten Polen. Wenn die deutschen Behörden des Generalgouvernements sich die Sache so einfach machen würden, wie die englischen Behörden Palästinas, dann gebe es allerdings in Polen kein jüdisches Problem mehr. Nicht im Generalgouvernement, sondern vor der Küste von Palästina, vor den Häfen von Haifa und Tel Aviv haben sich in den letzten Monaten Szenen eines jüdischen Massenmordes abgespielt. Dort war es,wo die britischen Behörden bereits leck gewordenen jüdischen Einwandererschiffen, die vom Schwarzen Meer kamen, die Einfahrt verweigerten und sie zwangen, die offene See wieder aufzusuchen. Im Angesicht der Küste, im Angesicht des britischen Küstenwachdienstes, im Angesicht von Einheiten der britischen Flotte und der Royal Air Force, im Angesicht der jüdischen Küstenbevölkerung wurden damals über 1000 jüdische Einwanderer schiffbrüchig und ertranken. Dieser ungeheure Skandal führte zu mehreren gänzlich erfolglosen Interpellationen im Unterhaus und im Oberhaus.Ebenso hat die britische Regierung bis heute den Palästinajuden die Aufstellung einer eigenen Armee und andere Forderungen des Selbstschutzes verweigert. Es ist nicht bekannt, ob dem Papst auch hierüber Berichte vorliegen. Bevor der Erzbischof von Westminster den Vatikan mit Informationen über die Lage der Juden im Generalgouvernement beglückt, die nicht von dort, sondern aus dem Schreibtisch des britischen Informationsminister bezogen werden, sollte er Material über die Behandlung des jüdischen Problems durch die britischen Behörden in Palästina sammeln lassen.

MG.

AA Pol. II A 65 Jug

A 65/4

Eigentum des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)

des Empfängers

Nicht zur Veröffentlichung

2 Bl. - 46 -

Argus International de la Presse S. A.
32, Rue du 31 Décembre - GENÈVE

No .....

Extrait du Journal: Neue Zürcher Nachrichten

Adresse: Zürich

Date:

6. NOV. 1942

Ausrottung der Juden in Jugoslawien

London, 5. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verfolgung, der die Juden Jugoslawiens ausgesetzt sind, liegt jetzt ein zusammenfassender Bericht in London vor. Von den 80,000 Juden, die vor der Besetzung in Jugoslawien lebten, sind 60,000 während des Feldzuges und der anschließend gegen sie getroffenen Maßnahmen ums Leben gekommen. Von den 20,000, die noch übrig geblieben waren, sind 200 rechtzeitig ins Ausland geflohen. 8000 Juden sind unter ungarische Herrschaft gekommen, 6000 unter bulgarische und 5000 unter italienische Oberhoheit. Rund 800 Juden gerieten als jugoslawische Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

Fast die Hälfte des
s befand sich in den
Kapital belief sich
olksversammlung der
eralkonsul in
"jugoslawische" Zei
unnationale Politik
len Hochstaplern sei
leichter und
chen mögen den Serb
nen, wie sie in
die Anwesenden auf
ner einheitlichen

AA Nr. U A 3612

Transocean
Berlin

I-Dienst

2. 3. 43

1916

Vb

[illegible] Wise fordert Hilfe [illegible] für Juden

[illegible] (Transocean) – Rabbiner Stephen [illegible], der Vorsitzende des Zionistenbundes der USA, richtete, laut Meldung des SCHWEDISCHEN DEPESCHENAGENTUR aus New York an die Vereinigten Staaten und Grossbritannien das Ersuchen, durch Lockerung der Einwanderungsbestimmungen und durch Bezahlung der Lebenskosten jüdischer Flüchtlinge in neutralen Ländern die jüdische Rasse vor der Ausrottung zu bewahren. Er forderte von den Vereinigten Staaten, alle jüdischen Flüchtlinge, die sich um die Einwanderung nach den USA bewerben, aufzunehmen, und von Grossbritannien, die Einwanderungsbestimmungen für Palästina aufzuheben. Ausserdem müssten mit den neutralen Ländern Abkommen getroffen werden zur Bezahlung der Unterhaltskosten von jüdischen Flüchtlingen. Für relativ geringe Beträge könnten Tausende menschlicher Leben gerettet werden. Hierzu sei ein Geist der Toleranz nötig, um die Grundlage eines gerechten und dauernden Friedens zu schaffen.

[illegible]

[illegible]/Ro 1100 [illegible]

Deutsche Gesandtschaft
Bukarest

Abteilung Berater

Bukarest, den 16. April 1943.

GEHEIM

Tgb.Nr.: Be 209/43
Aktenz.: B II 8
Betr.: Jüdische Greuelpropaganda - Bericht des früheren Funktionärs des Palästina-Amtes in Bukarest, Dr. Enzer, Bukarest.
Vorg.: Ohne.
Anlg.: - 1 -
2 Doppel.

Auswärtiges Amt
Inl II 1031 g
eing. 27. APR. 1943
Anl. (- fach) Dopp. d. Eing.

Beiliegend übersende ich Photokopie eines Berichtes des Dr. E n z e r über Verfolgung, Deportierung und das Schicksal der Juden in Bessarabien, Bukowina, Transnistrien und Polen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Enzer macht in seinem Bericht an den Juden Nathan Schwalb in Genf der Zionistischen Weltleitung Vorwürfe, dass dieser grosse Fehler unterlaufen seien. Diese hätte in keiner weise versucht durch internationale Verhandlungen auch nur einen Bruchteil der europäischen Judenheit zu retten. Es sei die zwölfte Stunde und es gebe nur ein Gebot, die Juden aus Transnistrien, die letzten Reste der Juden von Polen und die Juden aus Czernowitz und Bessarabien, deren Zahl sehr zusammengeschmolzen sei, zu retten bevor es zu spät sei. Er schliesst

An das
Auswärtige Amt
- Abtlg. Deutschland -
Berlin.

K206744

H322170

E420979

-2-

C. R. 38921

Anmerkung 1 [illegible]

100

seinen Bericht wörtlich wie folgt: "Unsere Führer müssen sowohl in Konstantinopel als auch in Genf, London und Washington alles unternehmen".

(von Killinger)

K206745

H322171

F420980

Liebe Chaverim!

A4 me. II 9 1640d

Das grausame Schicksal das uns heimgesucht hat, hat bewirkt, dass von den einst bluehenden juedischen Massensiedlungen in Europa, nur kleine Reste seelisch und physisch gebrochene, von Hunger, Verfolgung und Elend gepeinigte juedische Kreaturen geblieben sind, die in banger und gramvoller Hoffnung taeglich immer wieder den Tode ins Gesicht schauend auf die Gnade wartend, krampfhaft sich an das Leben klammern. Es gibt keine noch so scharfe Feder, kein noch so genialer Schriftsteller oder Journalist der imstande waere die groesste Tragoedie menschlicher Leidens und Ungluecks das sich vor unseren Augen abspielte, zu schildern. Ich bin daher auch nicht in der Lage diese juedische Tragoedie auch nur zu einem Bruchteil zu schildern. Doch will ich versuchen Fragmente aus unserem Leben und soweit meine Kenntnisse reichen aus dem Leben des uns anstossenden Landes vor Augen zu fuehren.

H206716

N Die Lage in der Sowjetzeit.

Die Tragoedie der osteuropaeischen Judenheit beginnt mit dem Einzug der Sowjettruppen. Die der Sowjetherrschaft ist ein Kapitel fuer sich. Es ist nicht meine Aufgabe darueber heute zu schreiben. Den Gipfelpunkt der Leiden sind die Tage der Deportierungen. Am 13. Juni 1941, also 9 Tage vor Kriegsausbruch wurde in Cernauti 6.000 Juden nach Sibirie deportiert. Von unseren Chawerim wurden deportiert: Dr. B. Kasswan, M. Premingersimon, Dr. Thau und Singer. Ich bin wie durch ein Wunder davongekommen, zumal ich 6 Stunden fruecher Kenntnis von der bevorstehenden Deportierung hatte und mich daher mit Frau und Kindern in Sicherheit gebracht habe. Auch Kasswan wurde von mir in Kenntnis gesetzt, beging aber eine kleine Unvorsichtigkeit seine Frau und Kinder zu Hause zurueckzulassen. In der Nacht wurden Frau und Kinder ausgehoben. Er selbst meldete sich tagsdarauf allein. Bis heute ist von ihm kein Lebenszeichen, dagegen sind Frau und Kinder in Nowosibirsk. Weiteres wurden Dr. Th. Waisselberger drei Chawerim, Berliand (Chisinau), Stoermann (Chisinau) deportiert. Weiteres wurden in Chisinau unsere Chawerim Rosenthal. Kottlar, Winitzki (Ichud). Alexandrowski (Misrachi) Weinstein und die Fuehrer der Gordonia verhaftet.

N Die Zeit von 22. Juni bis heute:

Die grausamste Tragoedie der Geschichte der Juden hier beginnt mit dem 22. Juni und dauert bis zum heutigen Tage an. Am 5. und 6. Juli wurden in Cernauti 1500 Juden in den Strassen erschossen. Am 7. Juli wurde Oberrabinor Dr. Mark (Misrachi) und noch 300 Juden zum Flusse Pruth hinuntergefuehrt, sie mussten fuer sich den Graben vorbereiten und alle wurden mit M.G. erschossen. Tags darauf begannen die Peinigungen und Folterungen der Judenschaft der Stadt. - Zur selben Zeit wurden in der ganzen Nord-Bucovina in allen Doerfern und kleinen Staedte, zum Teile von den Soldaten und zum Teile von Mord- und Raubbanden der ukrainischen Zivilbevoelkerung erschossen und erschlagen. Ein kleiner Rest wurde in das Lager in Edinetz (Basarabien) gebracht und starben von Hunger gepeinigt und von den Sorgen des Regimes gequaelt. So wurde in Czudin von 480 Juden 474 erschossen. In Hilie wurde die gesamte juedische Bevoelkerung darunter der Leiter des M.H. in Cernauti Dr. Jakob Geller von der Bevoelkerung erschlagen. Wie wilde Bestien stuerzten sich ukrainische Horden unterstuetzt von den rachsuechtigen Soldaten auf die juedische Bevoelkerung, raubten, pluenderten und mordeten sie zur Gaenze aus. Nur ein geringer Teil ist als Ueberlebende nach wochenlangen Wanderungen in die Konzentrationslager von Secureni und Edinetz gebracht worden.

N Bessarabien:

H52172

Viel grausamer ist man mit den Juden Bessarabiens umgegangen. Hier tat alles und gruendlich die Armee. Fast alle Juden wurden in den ersten Tagen des Monates Juli erschossen. Die grossen juedischen Gemeinden Chisinau, Bälti, Soroca, Hotin, Edinet und viele andere sind gaenzlich abgeschlacht worden. Ein Augenzeuge schilderte mir wie er selbst der Hinschlachtung von 3.600 Juden in Bälti beiwohnte. In Rudeln wurden zu 600 Juden zusammengetrieben und mit M.G. Feuer bestreut. Nur ein ganz geringer Teil der Bessarabischen Judenheit ist in die Lager nach Edinet und Secureni eingeliefert worden. Die Reste der Judenheit ganz Bessarabiens und der Nord-Bucovina lebten in diesen Konzentrationslager, die Juden von Cernauti blieben bis zum XX 11. Oktober 1941 in ihren Wohnungen, ein Bruchteil war im Lager in Rosch untergebracht.

E420981

Report Cioni:

AA Rue-E 6P2169 a

Am 11. Oktober 1941 wurde auf Befehl des Guvernuers muendlich verlautbart, dass alle Juden bis 6 Uhr abends die Stadt raeumen muessen und ins Ghetto im unterer Stadtviertel uebersiedeln. Mehr als Handgepaeck durfte niemand mitnehmen. 50.000 Juden setzten sich in Bewegung. Um 8 Uhr wurden die Strassen von Gendarmen umzingelt und das Ghetto geschlossen. Zu 20 bis 30 Personen wurden in kleinste Raeume zusammengepfercht. Tags darauf musste jeder Jude sein ganzes Barvermoegen, ebenso Gold und Silber bei der im Ghetto errichteten Filiale der Nationalbank abliefern. Am 12.Oktober wurden alle Juden der Suedbucovina (Radautz, Suczava, Gurahumora, Kimpolung, Dorna und allen Doerfern wohlgemerkt die Sowjets haben diese Gebiete nie betreten, deportiert. Waehrend xxxxxxxxxxxxx die Juden der Nord-Bucovina doch deswegen deportiert wurden, weil sie kommunistische Juden waren, war die Deportierung der Juden der Suedbucovina eine Fleissaufgabe des Regimes.

Die Deportierung der Juden aus Cernauti begonnen am 14.Oktober. Innerhalb von nur einigen Tagen wurden 34.000 ueber den Dniester in voellig zerstoerte Gegenden das sogenannte Transnistrien geschafft. Der Mangel an Waggons, der energischen und lobenswerten Interventionen des damaligen Buergermeisters Dr.Traian Popovici der sich besonders fuer die Juden einsetzte, der tatkraeftigen Interventionen gewisser jued. Kreise in Bucurosti ist es gelungen, dass 20.000 Juden bis auf Widerruf, die Aufenthaltsbewilligung in Cernauti zu bleiben, erhielten. Diese Autorizationen wurden zum groessten Teilden den vermoegenden Juden, Fachleuten und Industriearbeitern ausgefolgt. Wer Geld hatte, der war Fachmann und bekam die Autorization.

Zahllos sind die judenfeindliche Verordnungen in Cernauti. Der selbe Stern auf der linken Brustseite, Juden muessen Schnee schaufeln, Juden duerfen nur von 10- 13 besorgen, Juden duerfen nur von 10- 13 ausgehen u.s.w. - Das kleinste Vergehen wird mit Deportierung bestraft. Das schauderhafteste Bild schuedischen Elends und Ungluecks bot das Bild " der Weg zur Bahn". Nichts durfte man mitnehmen, ausser das was man selbst tragen konnte. Es gingen getrieben von den Bajonetten, Greise und Greisinnen, Kranke, hochschwangere Frauen, Frauen mit kleinen Kindern auf den Armen, kleine Kinder, alles bepackt mit Rucksaecken, schweisstriefend, dem sicheren Weg ins Verderben. Diese Ungluecklichen wurden zusammengepfercht in Waggons, in die podolische ukrainische voellig zerstoerte Gegend deportiert.

Am 7/VI, 14/VI und 28/VI 1942 wurden wieder 6.000 Juden von Cernauti bis weit ueber den Bug deportiert. Von vielen dieser Ungluecklichen ist bis heute kein Lebenszeichen da.

-Transnistrien:

K206747

Von den ca.400.000 Juden Bessarabiens und der Bucovina sind 14.000 Juden in Cernauti bis heute geblieben, ueber die das Damoklesschwert der Deportierung haengt. Der Rest von 386.000 wurde zum Teil ermordet und zu einem ganz geringem Teile auf das Austerbeetat in Transnistrien gesetzt und befinden sich unter den denkbar schwierigsten Lebensbedingungen. Den letzten Nachrichten zufolge leben in Transnistrien 60.000 Juden. davon 8 - 10.000 Waisenkindern. Hunger, Kaelte, Krankheiten, Verfolgungen und Peinigungen bewirken, dass taeglich Hunderte Juden taeglich aussterben. Es ist strengstens untersagt unseren Bruedern und Schwestern irgendwelche Unterstuetzungen zukommen zu lassen. Nichtdestoweniger wurden unter Lebensgefahr grosse Betraege auf illegalem Wege diesen Ungluecklichen uebersendet. Transnistrien ist eines der groessten Massengraeber der Juden in der Gegenwart.- Haarstraubend sind die Schilderungen der noch Ueberlebenden. Moghilau, Berşad, Sarograd sind Orte furchtbarster Tragoedien. Nicht erschossen wurden diese Ungluecklichen, sondern gepeinigt, gequaelt und gejagt von einem Ort zum anderen, ohne Essen, ohne Kleider, ohne Gled bei 35- 40 Grad Kaelte, draussen auf freiem Felde, hinter Stacheldrahtverhauen, in Steingruben, geschwollen vor Hunger, monatelang sich nur ernaehrend von Rueben und Kartoffelschalen kriechend auf allen Vieren, nicht geschoren und rasiert, verwachsen, verwildert, so hausten unsere Juden monatelang in Transnistrien.

Liebe Chawerim: Schreiet hinaus in die Welt S.O.S. Rufe fuer die Juden in Transnistrien. Rettet was man noch retten kann. Unsere Chawerim haben in Bucurest haben seit Monaten mit grosswuegiger Ezra fuer unsere Chawerim daselbst begonnen. Diese Ezra muss weitgehend ausgebaut werden. Wir muessen retten unsere Chawerim, wir muessen retten unsere zionistische Freunde, wir muessen retten die juedische Jugend, die tausende Waisenkinder und den Rest unsere

AA Mil. a 9 169 a

lebenden Zeugen des bessarabischen und bucovinaer Judentums.

- P o l e n :

Das groesste Martyrium unserer Geschichte, die schrecklichste, blutigste und furchtbarste Tragoedie der Weltgeschichte vollzog und vollzieht sich mit deutscher Gruendlichkeit im Lande von Tartakover und Reiss. Ganze juedische Staedte sind mit Mann und Maus zerstoert, verbrannt und von der Oberflaeche verschwunden. Am 16.und 17. Oktober 1941 wurden in ganz Ostgalizien und zwar in den Staedten Stanislau, Kolomea, Kossow, Kuty, Sniatyn und andere Orte fanden verheerende Massenhinrichtungen von Juden statt.

Fast die Hälfte aller Juden in Ostgalizien wurden bei der sogenannten "Aktion" erschossen. Am 24/IV war die zweite"Aktion" in denselben Gegenden. Es floss jüdisches Blut in Strömen und schon gab es Orte die bis auf den letzten Juden hingemordet wurden. Die Mörder waren die S.S. plus ukrainische Hilfspolizei. Diejenigen Juden in den kleinen Städten die dank den unterirdischen Verstecken lebend zurückgeblieben sind, wurden in das Ghetto nach Kolomea gebracht. Mitte Sommer 1942 waren von Massenerschiessungen von groesstem Ausmasse in den Städten Warschau, Krakau, Rzezow, Lodz. Die Zahl der Erschossenen beliefen sich auf 3-4 hunderttausend Juden. Am 6/IX begann die dritte "Aktion" und später zwei Monate die vierte "Aktion". Augenzeugen berichten, dass der Rest der Juden von Kolomea und Stanislau in Waggons verladen, gänzlich entkleidet wurden, nach Belz überstellt, wo alles vergast wurde, die jüdische Knochen wurden zu Seife verarbeitet. Um Euch liebe Freunde ein genaues Bild über die traurig schauderhafte Ereignisse in Ostgalizien zu geben, gebe ich Euch die Ausführungen unseres Chawers Haffner aus Kossov wieder, der mit Frau und Kind hier sich befindet und Augenzeuge der ersten zwei "Aktionen" war. Einen Tag vor der dritten gelang es ihm zu uns nach Cernauti zu flüchten . Am 16.u.17.Oktober wurden in Kossov 2.500 Juden auf den Städteberg erschossen und daselbst begraben. Dawid Pauker, Poirej die Schoichetke, sowie die Frau des Schlossers Birnbaum gelang es , da sie in Ohnmacht fielen und nur leicht verletzt waren aus dem Berg von Leichen sich herauszuarbeiten und nach der Schiesserei zu entkommen. Zur gleichen Zeit wurden in Kuty und Sniatyn das jüdische Viertel angezündet und tausende von Juden erlitten den Feuertod. In Zabie wurden kleine jüdische Kinder bei den Füssen gefasst und solange mit den Köpfen auf die Pflastersteine geschlagen, bis das Gehörn herausspritzte. In Horodenka wurden jüdische Kinder in Säcke verbunden vom zweiten Stockwerk durchs Fenster auf die unten bereitstehende Autos geschleudert. Das Höllengeschrei dieser Kinder war unerträglich . Die Orte Kuty, Sniatyn, Zabie, Horodenka , Jablonov, Kozmov , Pistyan, Zaleszczyki sind Augenrein. Was finsterstes Mittelalter nicht ersinnen konnte ist der Neuzeit vorbehalten geblieben. Das ist nur ein Bruchteil der Ausführungen unseres Chawers. Ich habe mehrere Überlebende Augenzeugen von Stanislaug, Kolomea, Kuty, Horodenka und Sniatyn gesprochen und Vieles müsste ich noch mitteilen, aber Raummangels tue ich es nicht.

... Ich rufe Euch zu, Chawerim, alarmieret die Welt ! Schweiget nihht protestieret und demonstrieret, dass die Welt erfahre was im Zentrum von Europa vorgeht. Wo ist Euere Stimme ? Warum schweigen unsere Freunde jenseits des Ozeans? E s ist b a l d zu spät ! Es fehlen in Europa nicht zwei, sondern vier Millionen Juden. In Warschau sind von 500 Tausend Juden 50 bis 60 Tausend , in Lemberg sind von 150.000 , 20 Tausend zurückgeblieben. In einem kleinem Orte Schiporowietz in der Nähe von Kolomea sind 100 Tausend Juden erschossen worden.

Zu uns haben sich ungefähr 3 ungefähr 500 Juden gerettet, vielmehr nach Ungarn entflohen. Leider sind bis jetzt 120 zurückgeschickt und über die Grenze überstellt worden, wo sie gleich an Ort und Stelle hingeschlachtet wörden. Die begleitenden Polizisten, die mit eigenen Augen das gesehen haben, haben uns das hier überbracht. Trotz der angestrenkterster Intervention hier und in der Hauptstadt und trotz des Versprochens der Regierung das nicht mehr überstellt werde, wurden vor 2 Wochen 71 Juden überstellt und gleich darauf hingerichtet, darunter war auch der Führer der " Gordonia" Kahane und Frau. Seit 24 Stunden ist eine positive Wendung dieser Unglücklichen eingetreten, d.h. der hier Weilenden werden chilenische Pässe eingehändigt und geniessen Asylrecht bis Schluss des Krieges.

K206718 H: 2174

E420983

AA Mel. E q 169

Lokale politische Fragen:

Die wirtschaftliche Lage der Rest der Judenschaft (12.000) befindet ist eine katastrophale. Die Juden wurden aus dem Wirtschaftsprozess der Stadt komplett ausgeschaltet. Waehrend frueher der Handel, Industrie, Handwerk fast zu 90% in juedischen Haenden lag, ist der Jude zur Gaenze von diesen Zweigen ausgeschlossen. Die Existenzlosigkeit und die taeglich wachsende Pauperisierung hat bewirkt, dass in unserer Stadt kollossale Not, Hunger und Elend herrscht. Dank der seit vier Monaten andauernden Ezra chodschit von seiten unserer Chawerim von Bucuresti ist uns gelungen vielen Chawerim zu helfen und ihnen neue Lebenskraft zuzufuehren. Diese monatliche Ezra erstreckt sich sowohl zu auf die Chawerim in Cernäuti, als auch auf die Chawerim in Gerusch (Transnistrien). Die Bestaetigungen die ich von unsren Chawerim aus Gerusch bekommen habe, zeugen, welche segensreiche soziale und nuetzliche Arbeit unserer Chawerim in Bucuresti leisten. Ein besonderes Kapitel d.i. die poolitische und zuletzt auch seit einigen Tagen andaurnden matrielle Unterstuetzung unserer Chawerim aus Tartakowers Wohnung die sich in Cernäuti befinden, Auch diese Arbeit die sehr vertraulich und gefahrvoll ist, würd in den letzten Zeit von mir persoenlich mit Energie betrieben. Leider ist der Kreis der Zionisten die sich hieher gerettet haben sehr gering und nur wenige davon gehoeren unserer Weltbewegung an.

K206719

Politisch sind die Juden von Cernäuti rechtlos, unterstehen einem Militaerkabinet an dessen Spitze ein Sadist steht der taeglich neue Chikanen, Diffamierungen, und Unterdrueckungen verschiedener Art gegen Juden ausfindig macht und immerwaehrende Anstrengungen bei der Zentralregierung unternimmt um Cernauti durch Deportation judenrein zu machen. Organisatorisch sind die Juden in einer juedischen Gemeinde zusammengefasst, die den einzigen Zweck hat alle arbeitsfaehigen Juden von 18-50 der obligatorischen schweren Arbeit zuzufuehren, zweitens riesige Summen fuer die Ausruestung und Ausstattung von Spitaelern von den Juden zu erpressen. Auf sozialem, kulturellem, religioesem und nationalem Gebiet ist die Arbeit der Gemeinde gleich Null. An der Spitze der Gemeinde stehen verantwortungslose, wuerdelose Verbrechernaturen, die sich am Ungluecck des juedischen Volkes bereichern und die als offizielle Denunzianten bei den Behoerden gelten.

Zionistische Arbeit:

E420984

Schon in den ersten Tagen des Monates August 1941 wurde auf meine Initiative alle zionistische Parteigruppierungen und noch existierende Jugendorganisationen in einem zionistischen Zentralrat zusammengefasst. Wenn auch die Arbeit kollossal schwer und gefahrvoll ist, wird doch das die notwendige Arbeiten geleistet. Dank unserer Initiative ist eine Kueche zur Bespeisung von 1500 Juden geschaffen worden. Wir haben initiatorisch und tatkraeftigst in der Frage der Hilfe fuer unsere ungluecckliche Brueder gewirkt und haben grossen Betraege trotz unserer grossen Armut hier, in Gerusch ueberwiesen. Diese Ueberweisungentragen immer illegalen Charackter da es strengstens untersagt ist, weder Post noch Geld diesen Unglueckllichen zukommen zu lassen. Auch "politische " hischtadluth Arbeit wird von uns mit den landesueblichen Methoden gemacht. Viel Ungluecck ist Dank dieser Arbeit der Judenschaft dieser Stadt erspart worden.

Nun liebe Chawerim, als ich die Initiative zur Schaffung einer zionistischen Zentralinstanz ergriff (in der die Reste der grossen zionistischen Landesorganisationen des Landes sich vereinigen) proklamierten wir die drei wichtigsten Aufgaben die vor uns stehen: 1. soziale Arbeit fuer die Juden der Stadt, 2. Hilfe fuer unsere Bruederin Gerusch, 3. Aliah. Die ersten zwei Punkte habe bereits kurz gestreift. Einiges will ich ueber Punkt 3 das wichtigste und essentiellste fuer uns sagen:

In Cernäuti sind 300 zionistische Familien, in Transnistrien ebensoviel zurueckgeblieben. Die einzige Hoffnung die uns beseelt und die uns Mut gibt die uns zugefuegten Leiden zu ertragen ist die Aliah. Ich apelliere an Euch liebe Chawerim alle Hebel in Bewegung zu setzen und diese Familien aus dem Ghetto herauszuretten. Grosse Fehler sind im Laufe dieser Zeit der zionistischen Weltleitung unterlaufen. Nicht ein Bruchteil der europaeischen Judenheit wurde versucht auf durch internationalen Verhandlungen zu retten. Es ist die zwoelfte Stunde, rettet, rettet, die Juden aus Transnistrien, rettet die letzten Reste der Juden von Polen, rettet die Zionisten von Cernäuti und Bessarabien, deren Zahl sehr, sehr zusammengeschmolzen ist. Es ist bald zu spaet. Unsere Fuehrer muessen sowohl in Konstantinopel, als auch in Genf, London, Washington alles unternehmen.

AA Inl. II g 211 008

Presseabteilung Auswärtiges Amt
P XII b Auslands-Presse-Bericht (APB)

Vertraulich! Weiterleitung an nichtempfangsberechtigte Personen ist streng verboten!

8.7.44 Blatt XVI

APB aus Bern 12.25 h: Gestapo vereitelt sämtliche Fluchtversuche der Juden aus Ungarn.

Aus Ankara lässt sich die "Nationalzeitung" berichten:

"Alle bisher unternommenen Versuche, die Ausreiseerlaubnis für wenigstens einen Teil der Juden zu erwirken, blieben ergebnislos. Selbst jene, welche alle erforderlichen Visen besitzen, können Ungarn nicht verlassen, und solche, für welche beim türkischen Konsulat in Budapest ein türkisches Transitvisum zur Reise nach Palästina bereit liegt, wagen nicht, dieses abzuholen, weil die Gestapo viele Juden selbst vor dem türkischen Konsulat verhaftete und sofort deportierte. Der Leiter dieser Vernichtungsaktion gegen die ungarischen Juden ist der SS-Führer Eichmann, die rechte Hand Himmlers, welcher sich rühmt, die Juden in Saloniki ausgerottet und die Exterminierungsläger in Polen eingerichtet zu haben. Ein grosser Teil der ungarischen Bevölkerung missbilligt diese antijüdischen Massnahmen, ohne sie jedoch beheben zu können.

Gewisse Hoffnungen setzt man auf die Washington-Reise des USA-Botschafters, welcher aus der Türkei abreiste und u.a. mit dem Staatsdepartement verschiedene, auch politisch schwierige Projekte zwecks Rettung der Überreste des europäischen Judentums besprechen wird.

H323054

Fortsetzung Blatt XVII

K213906
Kleinverteiler

E422124

AA Inl. II g 211

Presseabteilung Auswärtiges Amt

P XII b Auslands-Presse-Bericht (APB)

Vertraulich! Weiterleitung an nichtempfangsberechtigte Personen ist streng verboten!

8.7.44 Blatt XVII

Fortsetzung von Blatt XVI

APB aus Bern 19.25 h: Die Gestapo vereitelt sämtliche Fluchtversuche der Juden aus Ungarn.

Sollten jedoch alle diese Bemühungen scheitern, dann müssen, so meint man hier, die Vereinigten Nationen die Ergreifung anderer energischer Massnahmen in Erwägung ziehen, um die Deutschen an der Fortführung dieser grausamen Aktionen zu hindern."

AS

Kleinverteiler

H523055

K213907

E422125

Geheim

AA Inl. II 9 21[illegible]

e.o. Pol I [illegible]

126

an Dr. Weber
Pol I

Aufzeichnung

Die diplomatischen Korrespondenten der Londoner Zeitungen "Times", "Daily Telegraph" und "Daily Herald" bringen übereinstimmend - offensichtlich auf Weisung des britischen Foreign Office - Betrachtungen über ein angebliches, von Deutschen versuchtes Kompensationsgeschäft "Juden gegen Munition". So schreibt der diplomatische Korrespondent der "Times" vom 29.7.:

"Es war schon lange klar, daß die deutschen Behörden angesichts der sicheren Niederlage alle ihre Anstrengungen intensivieren würden, um die Alliierten zu erpressen, zu täuschen und zu spalten. Mit ihrem jüngsten Versuch in dieser Richtung, der gestern in London bekannt gemacht wurde, haben sie einen neuen Hochstand von Fantasie und Selbsttäuschung erreicht. Sie haben nämlich ein Angebot vorgebracht bezw. veranlaßt, wonach die noch übrig gebliebenen ungarischen Juden gegen Kriegsmunition ausgetauscht werden sollten, die, wie sie sagten, nicht an der Westfront zur Verwendung kommen würde.

Die ganze Geschichte ist eine der verachtungswürdigsten des Krieges. Sie beginnt mit einem Prozeß vorsätzlicher Austilgung und endet heute mit versuchter Erpressung. Der Hintergrund ist wohlbekannt. Alsbald nach der Besetzung Ungarns durch die deutsche Armee im März d.J. wurden die anti-jüdischen Maßnahmen dort mit einer Brutalität zur Anwendung gebracht, wie sie bis dahin nur in Polen zur Durchführung gekommen waren. Ende des vergangenen Monats waren 400.000 von den 750.000 in Ungarn lebenden Juden liquidiert, d.h. die Jüngeren waren in Arbeitslager verbracht worden, wo sie unter fürchterlichen Bedingungen arbeiten, während die Älteren zu den Todeslagern nach Polen verbracht wurden. Nachdem Berichte eingelaufen waren, ...

K209223

A.A Inl. II g. 212

waren, daß bereits mehr als 100.000 in den Gaskammern, die sich dort befinden, getötet waren, haben sowohl Eden wie Cordell Hull den Abscheu der zivilisierten Welt zum Ausdruck gebracht und die Bestrafung der Schuldigen versprochen.

Vor kurzer Zeit kamen ein prominenter ungarischer Jude und ein deutscher Beamter, dessen Aufgabe es offensichtlich war, die Aktionen und Bewegungen des Juden zu überwachen, in der Türkei an und es gelang dem Ersteren, eine Mitteilung an britische Beamte weiterzuleiten. Der ungarische Jude sagte, er hätte jeden Grund zu der Annahme, daß die deutschen Behörden bereit seien, die übrig gebliebenen 350.000 Juden in Ungarn am Leben und sie sogar nach dem Ausland zu lassen, wenn die Engländer Deutschland bedeutende Kriegsmaterialien einschließlich 10.000 Lastkraftwagen für die Armee senden würden. Dieses Kriegsmaterial, so sagte er, würde nicht an der Westfront zur Verwendung kommen.

Dies waren die Bedingungen des Angebots, wie es nach London berichtet wurde. Die britische Regierung weiß, welcher Wert jedem deutschen oder von deutscher Seite geförderten Angebot beizumessen ist. Sie weiß, daß es keine Sicherheit für die Juden oder die unterdrückten Völker in Europa geben kann, ehe der Sieg errungen ist. Die Alliierten kämpfen, um diese Sicherheit zu erreichen, und sie wissen ebenso gut wie die Deutschen, was geschieht, wenn man beginnt, der Erpressung nachzugeben. Der Erpresser steigert seinen Preis. Erwägungen dieser Art enthielten bereits die Antwort auf das vorgeschlagene Geschäft.

Ob die deutschen Behörden ernstlich glaubten, daß Großbritannien dem Angebot nähertreten würde, kann in diesem Stadium nicht beurteilt werden. Wahrscheinlich hatten sie aus dem ein oder anderen Grunde, vielleicht aus Transportschwierigkeiten, bereits vor Weitergabe des Angebots beschlossen, die Deportationen nach Polen einzustellen. In der Tat hat gestern das Internationale Rote Kreuz angekündigt, daß die ungarische Regierung zugestimmt habe, den Deportationen Einhalt zu gebieten und sogar einigen Juden zu gestatten, das Land zu verlassen. Im Lichte dieser Ankündigung (die nach den Tatsachen beurteilt werden wird) erscheint das deutsche ...

AA Jul. II g. 212

sche 'Angebot' einfach ein fantasievoller Versuch zu sein, Zwietracht unter die Alliierten zu säen.

Obwohl es sich um eine Fantasie handelt, hat London dennoch sichergestellt, daß Moskau und Washington schnell in den Besitz aller Tatsachen gelangten."

Es ist hier nicht bekannt, um was es sich bei dieser ganzen Angelegenheit handelt. Die Sache ist aber deswegen von politischem Interesse, weil ganz offensichtlich die britische Regierung gegenüber der Sowjetregierung - ob zu Recht oder Unrecht ist unerheblich - in eine peinliche Lage gekommen ist. Der Vorgang zeigt aber auch wiederum, wie mißtrauisch der Kreml gegenüber der britischen Regierung ist, und wie die britische Regierung in ihrer offensichtlichen Schwäche gegenüber dem Kreml sich befleißigt, sich vor den Sowjets rein zu waschen und die Schuld Deutschland zuzuschieben.

Berlin, den 26. Juli 1944.

Hiermit

über Dg.Pol.

U.St.S.Pol.

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 26. Juli 1944.

gez. W e b e r

K209225

Verteiler:

Botsch. von Rintelen
Pol IV b
Pol V
Inland II

Siehe auch Inl II 1529 g. 44

AA Jud. II g 212

A MONSTROUS "OFFER"

GERMAN BLACKMAIL

BARTERING JEWS FOR MUNITIONS

FROM OUR DIPLOMATIC CORRESPONDENT

It has long been clear that, faced with the certainty of defeat, the German authorities would intensify all their efforts to blackmail, deceive, and split the allies. In their latest effort, made known in London yesterday, they have reached a new level of fantasy and self-deception. They have put forward, or sponsored, an offer to exchange the remaining Hungarian Jews for munitions of war—which, they said, would not be used on the Western front.

The whole story is one of the most loathsome of the war. It begins with a process of deliberate extirpation and ends, to date, with attempted blackmail. The background is only too well known. As soon as the German army occupied Hungary in March of this year, anti-Jewish measures were applied with a brutality known, until then, only in Poland. At the end of last month 400,000 of the 750,000 Jews in Hungary had been "liquidated"—which means that the younger ones had been put into labour camps, where they work under conditions of appalling harshness, and the older ones were sent to the lethal camps in Poland. After reports had come that more than 100,000 had already been done to death in the gas chambers which are known to be there, both Mr. Eden and Mr. Cordell Hull expressed the horror of the civilized world and promised punishment for the guilty.

A short time ago a prominent Hungarian Jew and a German official, whose job obviously was to control his actions and movements, arrived in Turkey and managed to get a message passed to British officials. The Hungarian Jew said he had "every reason to suppose" that the German authorities were prepared to spare the lives of the remaining 350,000 Jews in Hungary, and even let them leave for abroad, if the British would send Germany important war stocks, including 10,000 army lorries. These stocks, he said, would not be used on the Western front.

THE ONLY ANSWER

Such were the terms of the offer as reported to London. The British Government know what value to set on any German or German-sponsored offer. They know that there can be no security for the Jews or the other oppressed peoples of Europe until victory is won. The allies are fighting to achieve that security; and they know, as well as the Germans, what happens when one begins paying blackmail. The blackmailer increases his price. Such considerations provided their own answer to the proposed bargain.

Whether the German authorities seriously believed that Britain would heed the offer cannot be known at this stage. Probably even before making it they had decided for one reason or another—perhaps for transport difficulties—to drop the deportations to Poland; yesterday, in fact, the International Red Cross announced that the Hungarian Government had agreed to put a stop to the deportations and even allow some Jews to leave. In the light of that announcement (which will be judged by events) the German "offer" seems to be simply a fantastic attempt to sow suspicion among the allies.

Fantastic though it was, London made sure that Moscow and Washington were quickly in possession of all the facts.

K209219

AA Jul. II g 212

178

NAZIS TRY TO BARGAIN OVER JEWS

Exchange For War Supplies Offered

TO BE DECLINED BY ALLIES

By Our Diplomatic Correspondent

Two Hungarian envoys, with German backing, who recently arrived in Turkey, took with them an offer from the Gestapo and the Hungarian Government to allow all the remaining Jews in Hungary to leave the country on conditions.

It was stipulated that Britain and America supply Hungary with an unspecified quantity of medical supplies and transport material, including lorries.

They promised that this material would not be used on the Western Front. They gave no guarantee that the German Army, which controls Hungary would not use it elsewhere.

The envoys, whose names are for the present withheld, got into contact with intermediaries in Ankara or Istanbul. These brought the proposal to the notice of British representatives.

MOSCOW INFORMED

It has since been examined in London. It is characterised in authoritative British quarters as a barefaced attempt to blackmail the Allies, whose sympathy with the Hungarian Jews is well known.

As soon as the British Government received this proposal they consulted Washington and informed Moscow. In British official circles the scheme is regarded as a plain attempt to divide the Allies by suggesting that Britain and America should supply material which the Germans will use in their struggle with Russia.

There is not the slightest chance that the British and United States Governments will do so, much though they would like to save the lives of the Hungarian Jews.

It is not yet clear how far the plan had the approval of the highest German and Hungarian authorities. The British authorities are satisfied that it was put forward with the knowledge of the Gestapo.

WHOLESALE MASSACRE

On the other hand, the reported intervention of Horthy, the Hungarian Regent, suggests that he disapproves and is trying to put a stop to the wholesale massacre of Hungarian Jews.

Horthy has promised the headquarters of the International Red Cross in Switzerland, as reported in THE DAILY TELEGRAPH yesterday, that no more Jews will be deported from Hungary. He may have taken this step in response to the appeal of the King of Sweden.

The Allied Governments understand that about half of the 800,000 Jews in Hungary have been deported to Poland for execution in German gas-chambers. Many thousands have already been killed.

The horror of the Allies has already been expressed by Mr. Eden and Mr. Brendan Bracken in the House of Commons, and by Mr. Cordell Hull on behalf of the United States Government.

K209250

AA Jul. II g 212

Nazis Offer Human Barter

By W. N. EWER

A COLD-BLOODED offer to barter Jewish lives for lorries, foodstuffs and medical supplies has been put forward by the Germans.

The story is so fantastic, so diabolical that it sounds incredible. But is is nevertheless true.

Of Hungary's 800,000 Jews, 400,000 have already been sent by the German and Hungarian Governments to Poland to be slaughtered.

Admiral Horthy has announced that no more are to be deported. The other 400,000 are being held in the hope of trafficking them for goods.

The "Watchdog"

To a Turkish city there came recently a prominent Hungarian Jew, accompanied by a German "watchdog." They made contact with British officials, established their identity, produced the offer they were authorised to make. It was this:

The 400,000 Hungarian Jews still remaining would be handed over to the Allies, in exchange for 10,000 lorries, for medical supplies and for certain specified foodstuffs.

In a naive belief that it would make the proposed bargain more attractive to British and American minds, it was hinted that guarantees might be given that the lorries would only be used on the Russian front.

It was implied that unless the offer were accepted, the 400,000 Jews would suffer the fate of their brethren.

What is in the evil minds that have thought out this sinister proposal is not easy to diagnose.

Test Blackmail

It may be a sort of test blackmail. Were the Allies to fall into the trap, then other proposals might come: hints that other Jews, that foreign slave workers, can be ransomed at a price which would enable Germany to avoid defeat, or its consequences.

Or was the calculation rather that the Allies must clearly refuse, and that refusal would bring a storm of protest from Jews the world over, and that in turn bring anti-Semitic outbursts?

Or, again, does that hint about the Eastern front betray a hope that there might here be a chance of sowing discord between Russia and the Western Allies?

Whatever the evil purpose it is bound to fail.

Allies In Form

The American and Russian Governments were, of course immediately informed. And if—as seems certain—an official statement is made, it will be made with the authority of all three Governments.

Jewish leaders both in Britain and the United States have also been kept fully advised, and the policy being followed, it is understood, has their agreement.

K209252

AA Jul. II g 212

USING JEWS AS BARTER

Nazi Blackmail

ATTEMPT TO OBTAIN ALLIED SUPPLIES

From our Diplomatic Correspondent

LONDON, WEDNESDAY.

It is now possible to reveal the salient facts about a recent German attempt to barter human lives in order to secure a negotiated peace or to secure, at any rate, a split in the ranks of the United Nations. At least 400,000 of Hungary's Jewish population—if not the whole of the 800,000 still alive three months ago—were destined to be the tools of a German effort at international blackmail.

The story begins early in May when a special German 'plane arrived at Istanbul carrying as passengers a very highly placed Gestapo official, together with a member of the Jewish community of Budapest. The latter was then coerced into seeking contact with prominent Jews in order to forward to Britain the following German proposition:—

Germany would be prepared on certain conditions to forgo the extermination of Hungarian Jews, who would instead be handed over to the Allies. It was suggested that they should be sent in batches to Spain and Portugal, there to be dealt with by the appropriate bodies on behalf of the United Nations.

As a token of Germany's "goodwill" and sincerity" it was proposed that 5,000 to 10,000 Hungarian Jews should be transferred to Spain before the conclusion of the bargain. In return Germany asked for 10,000 lorries of food, medical, and other supplies. The emissary had been instructed to make it plain that none of these materials would be employed on either the Western or the Southern fronts; in other words that they would be used in the Russian campaign.

What at first appeared to be a suggestion so fantastic as to be beyond belief, or perhaps a trap, turned out on deeper investigation to be a serious German proposal.

A FULL REPORT

A leading member of the Jewish Agency in Palestine went to the Middle East to conduct and complete inquiries already proceeding from other quarters. He later reported in person to the authorities concerned in this country His impression was that the Hungarian Jewish emissary was truthfully stating the position confronting his brethren.

From the British side the Governments of the United States and Russia were kept fully informed. Recent statements on the subject of the Hungarian Jews by Mr. Roosevelt and by Mr. Cordell Hull have to be read in the light of this knowledge.

The Pope has since intervened in Budapest, and probably also in Berlin, in an effort to stop the wholesale massacre of Hungarian Jews, which began some time ago and is still in progress. It is highly doubtful, however, whether any of these protests will avail.

There is no official confirmation in London of the reports that Admiral Horthy, the Hungarian Regent, has given a promise to the International Red Cross that further deportation of Jews to Poland will be stopped Horthy may, of course, have done so. The question is whether he is in a position to see that the promise is obeyed.

CALL TO HUNGARIANS

Nothing but their own defeat will turn the Germans aside from their systematic extermination of the Jews. But the Hungarians may be stopped if it is again impressed upon them by the Allied leaders that they will beheld responsible for their share in the German crime.

Hungarian railway workers should be called upon to hinder, by sabotage and by other means in their power, the mass transference of Jews from Hungary to the death camps of Poland. Farmers too, should be urged to hide Jews who may succeed in evading their guards All such measures must, indeed, form an integral part of an agreed policy.

K209251

AA

3564/42 g (1484)

III B 4 a 10. 12. 1942 M. Müller
S. Re

Abschiebung von Juden aus Bulgarien

III B 4 a 17. 11. 1942 M. Eichmann
Günther

Aussiedlung von Juden aus Bulgarien

III B 4 a 9. 3. 1943 M. Günther
Abschiebung bulgarischer Juden aus den besetzten bulgarischen Gebieten

III B 4 17. 5. 1943 M. Günther
Behandlung des Judenpapa in Bulgarien
(Bezugnahme auf tel. Besprechung von Richthofen mit Boshamkow vom 14. 5. 1943)

Schreiben Dannecker vom 8. 2. 1943
über die Behandlung freundlicher Juden
und Bejahung auf verschiedene Be-
sprechungen mit Boßmann

Registraturschreiben Franke vom
14. 7. 1943 an das AA wegen an
das Referat II B1 der RSHA

AA Inl II A 4771

12. Oktober 1942

D III 5919

Von der Gesandtschaft Sofia ist unter Nr. 1705 vom 6. Oktober ein zur Weiterleitung nach dorthin bestimmtes Telegramm eingegangen, dessen Text hiermit folgt:

"Nach Einführung des Judensterns in Bulgarien mehren sich die Fälle, daß bulgarische Dienststellen hier vorstellig werden, um Durchreisesichtvermerke für Juden, die über Italien bez. die Schweiz auszuwandern beabsichtigen, zu erlangen. Es handelt sich um Juden, die bereits vom Kommissariat für Judenfragen im Innenministerium die Erlaubnis zur Auswanderung erhalten haben. Die über Italien auswandernden Juden durchfahren mit dem durchgehenden D - Zug Belgrad - Triest das Reichsgebiet (Lasse od. Brückelbahnhof) ohne Aufenthalt. Ich bitte, unter Bezugnahme auf Erlass des Auswärtigen Amtes vom 21.10.39 - 83 - 24 23/10 Ang. Roem 1, ob in besonders gelagerten Fällen der Durchreisesichtvermerk erteilt werden soll. Die bisherigen Anträge wurden abgelehnt.

Wipper, Beckerle."

Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, daß Durchreisesichtvermerke grundsätzlich abzulehnen sind. Es bestehen jedoch keine Bedenken dagegen in besonders gelagerten Fällen den Sichtvermerk zu erteilen, besonders dann, wenn sich die bulgarischen zuständigen Stellen unmittelbar dafür verwenden.

Die Gesandtschaft Sofia wurde in diesem Sinne verständigt.

An
das Reichssicherheitshauptamt
Berlin

Im Auftrag
gez. Klingenfuß

Fr. 6408

ab 13. fe. ff.

AA Inl II g 183

Deutsche Gesandtschaft

A 4318/42

Sofia, den 16. November 1942

Auf den Drahterlaß Nr. 1769 vom 16.10 und im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1839 vom 2.11.

Inhalt: Umsiedlung der Juden.

2 Doppel
1 Anlage (3-fach)

Auswärtiges Amt
D III 10,3 g
eing. 21. NOV. 1942
Anl. (fol.) Dopp. d. Eing.

Der Ministerpräsident sprach mich heute wegen der Judenfrage an, wobei er grundsätzlich die Möglichkeit begrüsste, die Juden nach dem Osten abtransportieren zu können, aber wieder darauf hinwies, daß ein Teil der männlichen Juden als Arbeitskräfte zum Strassenbau z.Zt. noch nicht entbehrt werden könne . Er begrüßt es dankbar wenn vor dem Abtransport ein deutscher Berater hierher kommt, der bei der Durchführung der entsprechenden Maßnahmen hilft.

Heute ist nun auch eine Verbalnote der Bulgarischen Regierung über diese Frage hier eingegangen. Wie ich schon in dem oben angezogenen Drahtbericht darlegte, habe ich die Frage nur mündlich mit dem Ministerpräsidenten besprochen. Auf die Bitte des Generalsekretärs im Aussenministerium ist dann nur eine formlose Aufzeichnung als Gedankenstütze über einzelne Punkte für die Beratung im Ministerrat zur Verfügung gestellt worden. Wenn in der Verbalnote von Rumänien die Rede ist, so wahrscheinlich deshalb, weil ich angedeutet habe, daß der Abtransport gegebenenfalls vielleicht im Zusammenhang mit dem rumänischer Juden vorgenommen werden kann.

Zusammengefaßt ist es also möglich, das Großteil der bulgarischen Juden zu erfassen und sie, abgesehen von einigen männlichen Juden zu Arbeitszwecken, die noch einige Zeit hier bleiben müssen, abzutransportieren.

K207547

s

Auswärtige Amt
Berlin

486261 C/0459

AA neu 4 g 183

Abschrift

MINISTERIUM
DES
ÄUSSEREN UND KULTUS
Abteilung für Chiffer und Archiv
Nr. 1154

Übersetzung aus dem Bulgarischen.

Sofia, den 12. November 1942

V e r b a l n o t e

In Beantwortung der Aufzeichnung Nr. A 4318/42 vom 15. Oktober 1942 beehrt sich das Aussenministerium der Deutschen Gesandtschaft folgendes mitzuteilen:

Die bulgarische Regierung ist besonders erfreut von dem Umstand, dass ihre Bemühungen, die jüdische Frage in Bulgarien einer entgültigen Lösung zuzuführen, auch die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung hervorgerufen hat. Bei der Erörterung dieser Frage ist die bulgarische Regierung immer auf Schwierigkeiten gestossen, weil sie nicht die Möglichkeit besass, wenn nicht alle, so wenigstens einen Teil der Juden aus Bulgarien auszubürgern. Aus diesem Grunde wird die bulgarische Regierung mit grosser Bereitwilligkeit dem Vorschlag der deutschen Regierung, die Ausbürgerung der Juden aus Bulgarien und die der Juden aus Rumänien gemeinsam vorzunehmen, Folge leisten, ohne damit der Baupolitik des Landes Hindernisse zu bereiten. Angesichts dieses Umstandes beabsichtigt die bulgarische Regierung, die Ausbürgerung der Juden aus dem Lande so zu organisieren, damit nicht dem regulären Gang des bulgarischen Wirtschaftslebens Hindernisse bereitet werden, andererseits soll die Arbeit der Juden als billige Arbeitskraft für die Herstellung und Beendigung aller grösseren und besonders wichtigen Wege, deren Herstellung auf einen späteren Zeitpunkt nicht verschoben werden darf, besser ausgenützt werden, weil im gegenwärtigen Augenblick landwirtschaftliche Arbeiter für die Herstellung dieser Wege nicht zur Verfügung gestellt werden können, da sonst die Landwirtschaft darunter empfindlich leiden würde.

Die bulgarische

An die
Deutsche Gesandtschaft in Sofia

K207548

486252

AA Inl. g 183

Die bulgarische Regierung wäre dankbar, wenn die deutsche Regierung ihr ausführlichere Pläne über die Ausbürgerung der Juden aus Rumänien unterbreiten würde, damit Massnahmen ergriffen werden, die für eine grundsätzliche Lösung der oben genannten Frage auch in Bulgarien notwendig sind.

Die bulgarische Regierung ist im Prinzip einverstanden, einen allgemeinen Betrag für die ausgebürgerten Juden zu bezahlen, sie ist aber der Ansicht, dass die geforderte Gebühr in Höhe von 250 R.M. pro Person äusserst hoch ist.

K207549

A 11 Nd. II g 183

23. November 2

D III 1039 g

In der Anlage wird Durchschlag eines Berichtes der Deutschen Gesandtschaft Sofia vom 16.11.42 sowie der darin erwähnten Verbalnote der Bulgarischen Regierung übermittelt, in welcher die Bulgarische Regierung zu unserem Vorschlag einer Beteiligung an der Judenaussiedlung Stellung nimmt. Ich darf bitten, sich zu den angeschnittenen Fragen zu äussern. Im besonderen wäre ich für eine Mitteilung dankbar, ob dem seinerzeitigen Vorschlag entsprechend Hauptsturmführer Wisliceny als Berater nach Sofia abgestellt werden kann und zu welchem Zeitpunkt dies möglich ~~sei~~. Einen Gegenvorschlag wegen des als zu hoch bezeichneten Betrages von RM 250.- für jeden ausgesiedelten Juden möchte ich nicht machen, sondern dies den weiteren mündlichen Verhandlungen überlassen, zu denen das Eintreffen des Beraters gegebenenfalls abzuwarten wäre.

Im Auftrag

gez. Klingenfuss

icherheitshauptamt
Obersturmbannführer
n e n n [illegible]
i n W 35
tenstr. 116

24/11.

gt:
lte

K207531

486240

486242

AA Inl II A 4771

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 3564 /42g (1484)
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 17. November 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421

Geheim

7215

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuss

Berlin

Betrifft: Ausreise von Juden aus Bulgarien.
Bezug: Telefonische Besprechung Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuss - SS-Stubaf. Günther am 16.11.1942.

Nach einem hier vorliegenden Bericht vom 14.11. ds.Jrs. sind in Serbien eine Anzahl Judenfamilien aus Bulgarien eingetroffen, die über Italien nach Spanien weiterzureisen beabsichtigten. Diesen Juden seien, wie mitgeteilt wird, von deutschen Dienststellen Reisepapiere (wahrscheinlich Durchreisesichtvermerke?) ausgestellt worden. Ich glaube, es besteht Übereinstimmung darin, dass es im allgemeinen nicht Aufgabe deutscher Dienststellen sein kann, die Ausreise von Juden zu fördern, sondern diese in jeder Weise zu unterbinden, zumindestens hinauszuzögern.

Die inzwischen aus Bulgarien in Serbien eingetroffenen Judenfamilien sind in Nis angehalten und bis auf weiteres in einem Lager untergebracht worden. (Wegen der in Nis angehaltenen Judenfamilien soll bereits eine Verbalnote der Spanischen Gesandtschaft in Sofia an die Deutsche Gesandtschaft in Sofia übermittelt worden sein!)

Wie weiter mitgeteilt wird, sollen etwa 1oo Judenfamilien mit insgesamt etwa 1ooo Personen für eine Ausreise aus Bulgarien in Betracht kommen.

Betr. Judenfragen in Bulgarien
AA Pol IV 1942 Vol. 24

./.

AA Inl II A 4771

Ich darf vorschlagen, bei der Bulgarischen Regierung darauf hinzuwirken, von einer Erteilung weiterer Auswanderungsgenehmigungen an Juden Abstand zu nehmen und sich damit einverstanden zu erklären, dass die in Serbien angehaltenen Juden in Evakuierungsmassnahmen einbezogen werden können.

In diesem Zusammenhang darf ich nochmals bemerken, dass ausreichende Aufnahmemöglichkeiten zur Unterbringung der Juden aus Bulgarien bereitstehen. Ich halte es daher für angebracht, bei dieser Gelegenheit neuerdings an die Bulgarische Regierung mit dem Ziel heranzutreten, im Zuge einer umfassenden Lösung der europäischen Judenfrage nunmehr sämtliche Juden aus Bulgarien dem Reich zu überstellen. Für die technische Durchführung der Abschiebung würde der Polizei-Attaché beim Deutschen Gesandten in Sofia Sorge tragen.

Für eine baldige Mitteilung des Ergebnisses wäre ich dankbar.

Im Auftrage:

Luther

6404 Bezüglich des Juden Narziso A r i e (Urie?) ist inzwischen das Weitere am 17.11.1942 durch Fernschreiben veranlasst worden.

Heil Hitler!

Rühle

Konzept! R.lb.K.
Ref.: LS.v.Hahn

AA Inl II A 4771

Berlin, den den 8. Januar 1943

D III 7632/42

Betrifft: Ausreise von Juden aus Bulgarien.

Auf Ihr Schreiben vom 17. November 1942 - IV B 4 3564/42 g (1434) wird mitgeteilt, dass Durchreise-sichtvermerke für aus Bulgarien kommender Juden nur seitens der Deutschen Gesandtschaft in Sofia ausgestellt werden dürfen. Sämtliche Reisepapiere, die von anderen deutschen Dienststellen ausgestellt wurden, sind ungültig. Die Deutsche Gesandtschaft in Sofia wurde angewiesen, eine Liste der bereits ausgestellten Durchreisesichtvermerke hierher einzureichen. Diese wird Ihnen zwecks Überprüfung der Reisepapiere der in Nis angehaltenen Juden nach Eingang sofort zugeleitet werden.

Dem im Schreiben vom 16. November 1942 - S II B 1 Nr. 4652/42-485- - vorgetragenen Wunsch, von der Rückfrage bei der zentralen Sichtvermerkstelle nicht abzusehen, ist durch entsprechende Drahtweisung an die Deutsche Gesandtschaft in Sofia entsprochen worden.

Im Auftrag

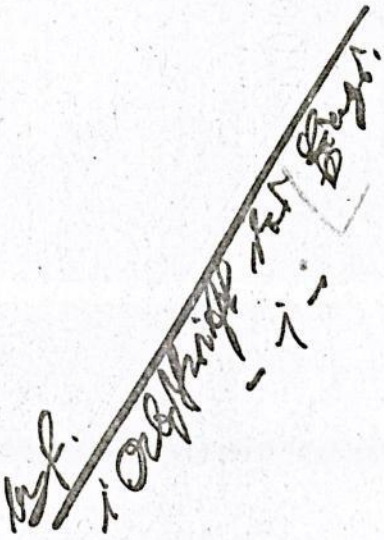
gez.v.Hahn

Drahtbericht 4.1.43 Nr. 32

An den
Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

AA Abt. II A 4711

Berlin, den 27. Januar 1943 gez. Dr. III 362



Zu Abschrift

den Reichsführer-SS
Persönlichen Stab
z. Hd. des SS-Obersturm-
bannführers Brandau
oder Vertreter im Amt
Prinz-Albrecht-Str. 116
mit der Bitte um
Kenntnisnahme und
Rücksprache übersandt.

Auf Ihren Vorg.
Ltr. betr. Verkehr des
SS-Personenbeförderungs-
Kraftwagen mit den
Schreiben vom 17. Dezem-
ber 1942 - II B 4 -
3564/42 g (1484).

Z. A.

Hpt. i. V. d. R. von Hahn
Hauptabt.:
bei Abt. II
[illegible]
D. g. d. R.

[illegible] 1941. [illegible]

mdl.

[illegible] 291 [illegible]

AA neue A 4771

Berlin, den 8. Februar 1943 D III 953

i Anlage Vermerk

1. In Durchschlag

bzf.: (zu 1:)

Ref.: ~~i.V. Ges.Rat Kringshus~~

Nach Abgang

bei Vol. II

" D III

m.d.B.um Ktsn.

vorzulegen.

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

2. z.d.A.

I.A.

~~(Kringshus)~~

(Bartsmann)

AA Inl II A 4771

AA Inl F 4 FEB 194.

Deutsche Gesandtschaft

Sofia, den 26. Januar 1943

A 4474/42

den Drahterlass Nr. 54 vom 9.d.M.

Betr: Deutsche Durchreise-Sicht-vermerke für bulgarische Familien aus Bulgarien. Juden –

Doppel

Von der Gesandtschaft wurde lediglich den nachstehend angeführten Juden der Durchreise-Sichtvermerk über Brückel-Lasse bzw. Bruck a.d.Leitha erteilt :

1.) K o n f o r t i , Nichimi Rachamim,
K o n f o r t i , geb. Berocha, Pauline,
K o n f o r t i , Richard Nichimi.
Sichtvermerk wurde auf besonderen Wunsch des Chefs der bulgarischen Staatspolizei erteilt.

2.) P i n k a s , Samuel Isak.
Sichtvermerk wurde auf Wunsch des Leiters der hiesigen deutschen militärischen Abwehr erteilt.

3.) A r i e , Narciso,
A r i e , Frida, Spanische Staatsangehörige
A r i e , Gabriel.
Sichtvermerk wurde auf Grund einer Verbalnote der Spanischen Gesandtschaft in Sofia erteilt.

4.) A r a v , Benjamin,
A r a v , Sophie, Französische Staatsangehörige
A r a v , Anna.
Sichtvermerk wurde auf Wunsch des Reichssicherheitshauptamtes erteilt.

5.) K o u y o u m d j i , Vizourki, bulgarische Staatsangehörige ,
Sichtvermerk wurde auf Grund einer Verbalnote des bulgarischen Aussenministeriums und auf Wunsch des bulgarischen Gesandten in Vichy erteilt.

6.)

n

das Auswärtige Amt

B e r l i n

83-24

AA Rm II A 4771

. . . .

6.) L e v-i , Manvate, Leon.
Sichtvermerk wurde auf Wunsch der Privatkanzlei des Königs erteilt.

7.) Luisa Hazmonay in Davicion, italienische Staatsangehörige.
Sichtvermerk wurde auf besonderen Wunsch der Italienischen Gesandtschaft erteilt.

Juden, die nicht über Brückel-Lasse, sondern, ohne deutsches Gebiet zu berühren, über Belgrad, Fiume, Triest fahren wollten, haben sich lediglich einen Durchlaßschein von Seiten der hiesigen Prüfstelle IV b des OKH geben lass Die Prüfstelle teilte mit, dass sie nicht feststellen kö wieviel Durchlaßscheine sie an Juden ausgestellt habe, da vielfach aus den vorhandenen Unterlagen nicht zu erkennen gewesen sei, dass es sich um Juden gehandelt habe. Die Prüfstelle ist von der Gesandtschaft gebeten worden, Durch laßscheine an Juden erst nach Erteilung des Sichtvermerks von Seiten der Gesandtschaft auszustellen. Der Leiter der Prüfstelle sagte zu, dem Wunsche der Gesandtschaft zu entsprechen.

Von der angeblich geplanten Ausreise von etwa 1.000 Juden aus Bulgarien ist hier nichts bekannt. Nach Mitteil des Kommissars für Judenfragen B e l e f f liegt zwar e grosse Anzahl von Anträgen auf Erteilung von Ausreisesicht vermerken vor, jedoch werden diese Anträge in den meisten Fällen bereits von den bulgarischen Stellen abgelehnt. Im übrigen sind die zuständigen bulgarischen Stellen gebet worden, sich auf die Genehmigung der Ausreise nichtbulgari scher Staatsangehöriger jüdischer Abstammung zu beschränke was zugesagt wurde.

Rahn

AA Inl. II A 4771

Berlin, den 12. Juni 1943.

Referat II B 1
II B 1 Nr. 354/43-485III.

An
das Referat IV B 4
im Hause.

Betrifft: Erteilung von Durchreisesichtvermerken an Juden, die aus Bulgarien auswandern.

Bezug: Meine Zuschriften vom 16.11.1942 - II B 1 Nr. 4652/42-48 15.3.1943 - II B 1 Nr. 354/43-485- und vom 29.4.1943 - II B 1 Nr. 354/43-485-II-.

- - - -

Ich wäre dankbar, wenn mir die erbetene Abschrift des Schreibens des Auswärtigen Amts vom 8.1.1943 - D III 7632/42 - nunmehr zugeleitet werden könnte.

Im Auftrage:
gez. Schuster

Beglaubigt:
Schumann
Büroangestel

Reichsm. EBlv

AA Abt. II A 4771

14.1.43.

Vfg.
Verleihen an Fehlig
mit HD-Blatt im Betreffgang
Berlin, den 15.2.43

Ber. Dir.
Referent II 81
im Hause

über das Auswärtige Amt

5683

15. JULI

Fernschreiben mit den besonderen Dienstvermerken

Die angegebenen Zeichen sind einzusetzen

Abschrift des Fernschreibens ist beigefügt

Ich bitte Sie, mit der Deutschen Botschaft

Paris in Verbindung zu treten und

Fernschreiben vom 8.1.43 D III 7632/42 an das

Referat II 81.

Berlin, den 16. Feb. 1943

Fernschreiben vom 8. Januar 1943 - D III 7632/42 -

Referat II 81

6523 143

Fehlig

Nachdem

Deutsche Botschaft in Paris d. Jh. an:

Vordrucke Liste über Kreis

rückgeführte Rückwanderer

ist in dem Entwurf der Deutschen Botschaft in Paris vom 26. Januar 1943 enthalten, der mit Erlaß vom 8. Februar 1943 - D III 953 - (abgesandt am 10. Februar)

Ref: LR. von Bodelschwingh

L.g.d.R.

Ab:

AA Inl. II g 183

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 a - 3564/42 g (1484)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 68, den 10. Dez. 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

Auswärtiges Amt
D III 1113 g
ein Geheim 12
Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Schnellbrief

An das
Auswärtige Amt,
zu Hd. von Herrn Unterstaatssekretär Dr.Luther,

B e r l i n - W 8,
Wilhelmstr.74.

Betrifft: Abschiebung von Juden aus Bulgarien.
Bezug: Dort. Schreiben vom 23.11.42 - D III 1039 g.

Auf das obenbezeichnete Schreiben teile ich mit, dass der von der Bulgarischen Regierung ausgesprochenen Bitte um Entsendung eines Beraters für Judenfragen, insbesondere für alle bei der von der Bulgarischen Regierung beabsichtigten Aussiedlung von Juden aus Bulgarien zu klärenden Fragen, entsprochen werden kann.

Der bei den früheren Erörterungen in dieser Angelegenheit als Berater für Judenangelegenheiten bei der Deutschen Gesandtschaft in Sofia in Aussicht genommene SS-Hauptsturmführer Wisliceny ist in absehbarer Zeit in Pressburg noch nicht abkömmlich. An seiner Stelle habe ich den SS-Hauptsturmführer Dannecker für diese Aufgabe vorgesehen. SS-Hauptsturmführer Dannecker war bisher als Sachbearbeiter für Judenangelegenheiten bei dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich in Paris tätig und besitzt daher die für die ihm zugedachte Aufgabe erforderlichen Erfahrungen. Er musste von mir wegen einer

./.

K207555

486270

AA Nr. 5 g 183

Halserkrankung vor einiger Zeit von diesem Posten abberufen werden, ist jedoch bereits wieder hergestellt, so dass er sofort nach Sofia entsandt werden könnte.

Da der Deutschen Gesandtschaft in Sofia bereits ein Polizeiattaché zugeteilt ist, erachte ich es für zweckmässig, den SS-Hauptsturmführer Dannecker als Gehilfe des Polizeiattachés für die Bearbeitung von Judenangelegenheiten nach Sofia zu entsenden.

Ich bitte, mir daher mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt die Entsendung des SS-Hauptsturmführers Dannecker nach Sofia gewünscht wird.

Die Regelung aller weiteren Einzelheiten muss den demnächstigen mündlichen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Ich bemerke jedoch jetzt schon, dass der Frage der Bezahlung eines bestimmten Betrages für die Aussiedlung jedes Juden von mir keine entscheidende Bedeutung beigemessen wird.

In Vertretung:

K207556

48627

1943. Sa me u 9 75

082

Tul = 1604 g

u 1671 g

Durchdruck für D II

zu A I 2707 43

081

zu A I 2707 43

078

Auswärtiges Amt

Berlin, den 15. Januar 1943.

Pers. 31/43 g

Hiermit werden Sie der Deutschen Gesandtschaft in Sofia als Gehilfe des Polizeiattachés für die Dauer des Ihnen erteilten Auftrages zugeteilt.

Der Empfang dieses Erlasses bitte ich auf anliegendem Vordruck zu bestätigen und gleichzeitig den beiliegenden Fragebogen ausgefüllt und hierher einzureichen.

Im Auftrag

gez. Schroeder.

An

den SS-Hauptsturmführer

Herrn Theodor Dannecker

Sofia

Z3-602 Akte Bulgarien

1943: AA neu II 9
082
Inl II 1604 g
a 1671 g

Durchdruck für D II

D II 2 20/43
081

Durchdruck f.d.A.
080

Ausw. Amt

Berlin, den 16. Januar 1943.

Pers.37/43 g

Abschriftlich

dem
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Berlin SW 68
Prinz Albrecht-Str.8

mit Beziehung auf das Schreiben vom 10. Dezember 1942
-IV B 4a-3564/42 g (1494)- zur Kenntnis übersandt.

Im Auftrag

gez. Schroeder.

B3-602 Inl II Bulgarien

AA Inl. II g 183

Sofia, den 8. Februar 1943

An das
Reichssicherheitshauptamt - Attachégruppe -
für
IV B 4

in B e r l i n .

Geheim

Betrifft: Vorbereitung des Abschubs von Juden aus Bulgarien (1.Bericht).

Vorgang: Fernmündliche Unterredung swischen SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n und SS-Hauptsturmführer D a n n e c k e r am 5.2.43.

Anlässlich meiner Einführung bei Innenminister G a b r o w s k i am 2.2.43 gab dieser seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, die in Thrazien und Mazedonien (neubulgarische Gebiete) lebenden Juden mit deutscher Unterstützung nach dem Osten abzuschieben. Es sei ihm darum zu tun, die politischen Unruheherde in diesen neuen Gebieten zu beseitigen. Gabrowski liess aber unmissverständlich durchblicken, dass für ihn ein Abschub von Juden aus dem altbulgarischen Gebiet vorläufig nicht in Frage käme. Diese Juden wolle er künftig vermehrt im öffentlichen Arbeitseinsatz beschäftigen.

K207571

Demnach kämen - nach Gabrowskis Meinung - etwa 1o - 12.ooo Juden (einschliesslich Familienanhang) in Frage, die sämtlich die bulgarische Staatsange-

486285

AA Inl. II g 183

hörigkeit nicht besitzen.

Der Innenminister erklärte schliesslich, die Planung und alle Einzelfragen sollten mit dem Judenkommissar B e l e f f besprochen werden. Dies ist geschehen:

Inzwischen hat Beleff dem Innenminister zur Genehmigung durch den Ministerrat einen Vorschlag unterbreitet mit folgendem Inhalt:

a) Frage des Abschubs der Juden aus Thrazien und Mazedonien unter Einbeziehung unerwünschter jüdischer Elemente aus Rumpfbulgarien. Dabei sind laut Judenzählung für die beiden erstgenannten Gebiete über 14 ooo angesetzt. Insgesamt legt Beleff seinem Plan 2o ooo vorläufig abzuschiebende Juden zu Grunde.

b) Ferner spricht Beleff in seinem Bericht auch von einem später etwa beabsichtigten Gesamtabschub aller Juden und gibt zu bedenken, dass man gerade hierbei sehr vorsichtig zu Werke gehen müsse, um zu verhindern, dass sich die männlichen Juden zu den in einigen Landesteilen existierenden meist kommunistischen Banden schlüges. Deshalb schlägt Beleff vor, unverzüglich alle in Altbulgarien - vor allem in Sofia - vorhandenen männlichen Juden zwischen 17 und 46 Jahren zur Arbeitsleistung einzuziehen und in Lagern unterzubringen.

Die beschleunigte Vorbereitung des Judenabschubs hängt nun davon ab, wie lange sich der Ministerrat zur Billigung der Vorlage Beleffs Zeit lässt. Diese ist aber erforderlich, weil an das Eisenbahn-, das Ernährungsministerium, die Polizei und evtl. auch - wegen Ab-

AA Inl. II g 183

stellung von Lkw's als Zubringer zu den spärlich vorhandenen Bahnstationen - an die bulgarische Wehrmacht besondere Weisungen ergehen müssen.

Nach Auffassung des Judenkommissars kann mit dem Abschluss der Vorarbeiten (Zusammenfassung der Juden in Lagern an den Abfahrtsbahnhöfen) in 4 - 6 Wochen gerechnet werden. Sobald die genauen Zahlen und die Abfahrtsbahnhöfe festliegen, werde ich dann die schriftliche Vereinbahrung abschliessen.

Jetzt schon wäre es wichtig zu erfahren, wie die Transportbegleitung geregelt sein wird. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Übernahme durch eine deutsche Wachmannschaft bereits auf bulgarischem Gebiet erfolgen könnte.

Weitere Zwischenberichte folgen.

Jumke

Gesehen:

gez.: B e c k e r l e .

K207573

go.

486287

(X) Akte. 4 g 183

Gesehen:
: B e c k e r l e .

Sofia, den 3. Februar 1943

An das
Reichssicherheitshauptamt - Attachégruppe -
für
IV B 4

in B e r l i n .

Geheim

Betrifft: Behandlung fremdstaatiger Juden.
Vorgang: Verschiedene Besprechungen zwischen SS-H'Stuf. B o s s h a m m e r und SS-H'Stuf. D a n n e c k e r .

In einer kürzlichen Unterredung hat mir der Judenkommissar B e l e f f erklärt, die Kennzeichnungspflicht beziehe sich nach wie vor auf alle Juden unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit (selbstverständlich ohne die im Gesetz vorgesehenen besonderen Ausnahmen). Vor einiger Zeit sei durch den italienischen Gesandten in Sofia bei der bulgarischen Regierung ein Vorstoss unternommen worden, der sich aber besonders auf die in Mischehe mit nichtjüdischen Italienern lebenden Juden bezog. Später seien auch in derselben Sache die diplomatischen Vertreter Spaniens, Portugals und der Schweiz vorstellig geworden.

Daraufhin habe die Regierung interne Anweisung gegeben, vorläufig alle in Mischehe lebenden Juden (bulgarischer und fremder Staatsangehörigkeit, sowie staatenlose) nicht zum Tragen des Judensterns zu

K207574

486288.

AA Inl IV g 183

zwingen und das Nichtanlegen des Abzeichens stillschweigend zu dulden.

Sind beide Ehegatten Volljuden, so haben sie - auch wenn es sich um italienische Staatsangehörige handelt - den Stern zu tragen.

Beleff hat ergänzend hinzugefügt, ihm sei bekannt, dass man sich in hohen Regierungskreisen, ja selbst im Ministerrat, damit trage, eine Abschwächung des Judengesetzes in der Kennzeichnungspflicht durchzuführen. Dies rühre daher, weil gerade diese Kreise oft mit Juden versippt seien.

Vorläufig aber besteht der oben dargestellte Zustand - wenigstens formaljuristisch - weiter.

Besonders ungünstig wirken sich (laut Beleff) die Einbürgerungen von Juden ehemals deutscher, österreichischer, tschechischer und polnischer Staatsangehörigkeit durch Italien aus. Ähnlich verhalten sich auch Spanien und Portugal, die gleichfalls mit Vorliebe die sogenannten Spaniolen einbürgern, die sich seit den Zeiten der Inquisition in Spanien hier in Bulgarien aufhalten.

Auch unter den in Thrazien und Mazedonien sitzenden Juden - deren Abschub bevorsteht - sollen sich verschiedentlich neue Bürger Italiens befinden.

K207575

go.

486289

AA Inl. II g 183

Sofia, den 16. Februar 1943

esehen:
ez. B e c k e r l e

An das
Reichssicherheitshauptamt - Attachégruppe -
für
IV B 4
in B e r l i n .

Geheim

Betrifft: Vorbereitung des Abschubs von Juden aus Bulgarien (2. Bericht).
Vorgang: 1. Bericht vom 8.2.43

Am 12.2.43 hat der Ministerrat - offenbar nach längerer Debatte - den Vorschlag des Judenkommissars B e l e f f vollinhaltlich angenommen. Es wird also neben dem Abschub von Juden auch die Mobilisierung männlicher Juden zum Arbeitsdienst erfolgen.

Ohne den Entschluss des Ministerrates abzuwarten, hatte Beleff von sich aus bereits Beauftragte nach Thrazien und Mazedonien entsandt, um die Möglichkeiten der Zusammenziehung in Lagern zu prüfen. Nachdem jetzt alle Vollmachten vorliegen, können die Vorarbeiten beschleunigt beendet werden.

Beleff hat für die ersten Märztage die Bekanntgabe der Abfahrtsbahnhöfe und der auf diese ent-

K207579

AA Inl. II g 183
486293

Offen

AA Inl. II g 183

fallenden Anzahl von Juden zugesagt. Er rechnet fest damit, dass ab Ende März gefahren wird.

Um die Zahl 20.000 zu erreichen, wird Beleff, meinem Vorschlag gemäss, auf sogenannte "unerwünschte Juden" zurückgreifen. Zur Vermeidung von Unruhen ist beabsichtigt, diese Juden zunächst in die neubulgarischen Gebiete zu verschieben, um sie dort den vorgesehenen Transporten anzuschliessen.

Tunnel

K207580

go.

486294

AA Nürnberg 183

Sofia, den 23. Februar 1943

Geheim!

An das
Reichssicherheitshauptamt - Attachégruppe -
für
IV B 4

in B e r l i n .

Gesehen:
.: B e c k e r l e

Betrifft: Vorbereitung des Abschubs von Juden aus Bulgarien (3. Bericht).

Vorgang: Direkte Benachrichtigung vom 22.2.43 (Bekanntgabe der Abfahrtsbahnhöfe).

Anlagen: 1 Fotokopie, 1 Berichtsdurchschlag.

Im Nachgang zu der fernmündlichen Unterredung mit SS-O'Stubaf. E i c h m a n n lege ich als Anlage vor:

1. Fotokopie der zwischen dem bulgarischen Judenkommissar und dem Unterzeichneten als Beauftragten abgeschlossenen Vereinbarung über die Aussiedlung von zunächst 2o ooo Juden aus Bulgarien in die deutschen Ostgebiete.

2. Deutsche Übersetzung des vom Judenkommissar Beleff erstellten Aktionsplans.

Neben dem Abschub von Juden aus den neubulgarischen Gebieten Thrazien und Mazedonien werden demnach auch rund 6 ooo Juden aus Altbulgarien abgeschoben. Mindestens die Hälfte der Letztgenannten wird aus Sofia heraus-

K207583

486297

AA Inl. II g 183

genommen. Dabei wird seitens des Judenkommissars besonders darauf Wert gelegt, einflussreiche Juden zu erfassen. Beleff versteht hierunter sowohl wirtschaftlich gut gestellte Juden, als auch solche, deren Beziehungen zu hochstehenden bulg. Kreisen bekannt sind.

Da im thrazischen Gebiet keine Normalbahnen vorhanden sind, werden die dort erfassten Juden mittels Kleinbahnen oder mit Hilfe anderer Verkehrsmittel in das altbulgarische Gebiet hereingebracht. Dort erfolgt die vorläufige Unterbringung in Tabakscheunen, die aber spätestens am 15.4.43 wieder geräumt sein müssen, da zu diesem Zeitpunkt die Tabakernte beginnt.

Im mazedonischen Gebiet wird die Unterbringung voraussichtlich in festen Gebäuden, z.B. Schulen, erfolgen, sodass von dort der endgültige Abtransport nach dem 15.4.43 noch erfolgen kann.

Judenkommissar Beleff hat aus obigen Gründen gebeten, die Züge aus Pirot (2), Radomir (4), Gorna Djumaja (3) und Dupnitza (3), wenn irgend möglich, schon ab 15.3.43 fahren zu lassen. Die Zugfolge spielt dabei keine Rolle.

Die Verpflegungsfrage wird so geregelt, dass jeder Jude Marschverpflegung für 14 Tage erhält. Wasserfässer werden in der erforderlichen Anzahl bereitgestellt.

Besonders wichtig erscheint mir jetzt noch die baldige Klärung der Frage der Zugbegleitung. Hierbei wäre es durchaus erwünscht, dass eine deutsche Zugwache die Transporte am Abgangsbahnhof übernimmt.

Abschliessend bemerke ich, dass sich eine termingerechte Durchführung dieser ersten Aussiedlung so aus-

K207584

486298

AA Nr. E g 183

wirken kann, dass in absehbarer Zeit weitere Transporte möglich werden. Ich schliesse das daraus, weil mir Judenkommissar Beleff anlässlich des Abschlusses der Vereinbarung über die Aussiedlung der 20 000 Juden die Frage vorlegte, ob wir gegebenenfalls ab ~~März~~ Mai 1943 weitere Transporte abnehmen könnten. Ich habe das selbstverständlich bejaht, möchte aber hinzufügen, dass bis zur Erreichung dieses Ziels noch zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden sind, die vor allem darin liegen, dass der Innenminister Gabrowski die nach der ersten Aussiedlung zurückbleibenden Juden für den Arbeitseinsatz im Inland verwenden will.

Zimmerle

K207585

go.

486299

AA Nr. U 9 497 g

3. D III 264

Presseabteilung Auswärtiges Amt

P XII Sonderdienst Politischer Nachrichten (SPN)

Vertraulich! Weiterleitung an nichtempfangsberechtigte Personen ist streng verboten!

2.3.43 Blatt 42

Globoc... ...len

4.3.43 ...den

D III 264

...schluss an das Schreiben vom ...und
- D III 200 g -.

Der Deutsche Gesandte in Sofia hat erneut zum Audruck gebracht, dass er grossen Wert darauf legt, für den Abtransport der bulgarischen Juden erforderlichen Eisenbahnwagen zu Ende des Monats März zur Verfügung zu haben. Das Auswärtige Amt reicht diese erneute Bitte hiermit befürwortend weiter.

Im Auftrag

...as
...hssicherheitshauptamt
...l.v.Obstubaf.Eichmann
...r l i n W 35
...ürstenstr. 116

K207369

K207368

AA Nl. Lg 183

Durchdruck als Konzept

Berlin, den 18. Februar 1943

D III 200 g

Betr.: Abschiebung bulgarischer Juden aus den befreiten bulgarischen Gebieten.

Die Gesandtschaft in Sofia berichtet, dass der bulgarische Landtag zunächst die Aussiedlung von 20 000 Juden aus den befreiten Gebieten genehmigt habe, während die Juden in Sofia und in Altbulgarien zunächst zum Arbeitsdienst im bulgarischen Interesse mobilisiert werden sollten. Wichtig ist der beschleunigte Abtransport der zunächst freigegebenen Juden, der Ende März in Angriff genommen werden soll, wofür die Vorbereitungen hier sofort in die Wege geleitet sind. Hauptsturmführer Dannecker hat seine Tätigkeit voll aufgenommen, sodass baldiger Erfolg sichergestellt erscheint. Ich wäre dankbar, wenn auch von dort aus alles getan wird, damit der Abschubtermin Ende März eingehalten werden kann.

Im Auftrag
gez. von Hahn

An
das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. von Herrn Obstbf. Eichmann
oder Vertreter im Amte
B e r l i n W 35
Kurfürstenstr. 116.

K207577

z.d.A.

AA Pol. II g 183

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 9. März 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 60 40

IV B 4 a 3564/42g (1484)
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum angeben

Vfg. D III
Weiterleitung an
D II bis
Berlin, Datum 13.3.43

Auswärtiges Amt
D III 362
13. MRZ 1943
Rkl. (—fach) —Dopp. d. Eing.

Geheim

Auswärtige Amt,
z.Hdn. von Herrn Legationssekretär von H a h n ,

B e r l i n .

Betrifft: Abschiebung bulgarischer Juden aus den befreiten bulgarischen Gebieten.

Bezug: Dort. Schreiben vom 18.2.43 - D III 200g - und vom 4.3.43 - D III 264g liegt vor

Auf die obengenannten Schreiben teile ich mit, daß auch die technischen Vorbereitungen zur Abbeförderung von zunächst 20.000 Juden aus Bulgarien im grossen und ganzen abgeschlossen sind und mit der Durchführung des Evakuierungsvorhabens voraussichtlich am 15.3.1943 begonnen wird.

Die Juden werden mit wöchentlich 2 Sonderzügen zu je 2.000 - 3.000 Personen in das Generalgouvernement abbefördert.

Die Begleitung der Transporte übernimmt deutsche Schutzpolizei.

Im Auftrage:

K207587

486301

AA Nr. 4 g 183

Entwurf

Berlin, den 13. März 1943 — zu D III 1113 g

1. An

den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

z.Hd. von SS-Gruppenführer Müller

U.St.S.

Auf das Schreiben vom 10.d.Mts. - IV B 4 a -3564/42 g (1484)

Ref.: U.St.S.Luther
GR Klingenfuß

Vor Abgang:
D III
Pol IV
Abt.Pers
(LS v.Waldenberg)
z.g.Kts.

Die dortige Zustimmung zur Entsendung eines Beraters für Judenfragen nach Sofia wird hiermit dankend bestätigt. Mit der Entsendung des hierfür vorgesehenen SS-Hauptsturmführers DANNECKER bin ich einverstanden, ebenso mit dessen Zuteilung als Gehilfe des Polizeiattachés in Sofia.

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß SS-Hauptsturmführer Dannecker seinen Dienst so schnell wie möglich, jedenfalls zu Beginn des Monats Januar antreten könnte. Die Gesandtschaft in Sofia ist entsprechend verständigt worden. Bezüglich des für die ausgesiedelten Juden zu zahlenden Kostenbeitrages der Bulgarischen Regierung wurde der Gesandtschaft freie Hand gegeben, je nach Lage der Verhältnisse so zu verhandeln, daß der beschleunigte Fortgang der Aussiedlungsarbeiten dadurch nicht beeinträchtigt wird.

gez. Ribbentrop.

P.S. Bemerken Sie Ihrem Chef bitte vorsorglich.

2. Unter eine Abschrift der Angabe zu 1. ist zu setzen:

In Abschrift
der Deutschen Gesandtschaft
in S o f i a
mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.
I.A.

K207551

Kö. Durchdruck als Konzept AA Inl. II g 183

19. März 1943

Geheim

D III 1113 g

Auf Schreiben v.10.d.Mts.
- IV B 4 a - 3564/42 g (1484)-

Die dortige Zustimmung zur Entsendung eines Beraters für Judenfragen nach Sofia wird hiermit dankend bestätigt. Mit der Entsendung des hierfür vorgesehenen SS-Hauptsturmführers D a n n e c k e r ist das Auswärtige Amt einverstanden, ebenso mit dessen Zuteilung als Gehilfe des Polizeiattachés in Sofia.

Die Gesandtschaft in Sofia ist entsprechend verständigt worden. Bezüglich des für die ausgesiedelten Juden zu zahlenden Kostenbeitrages der Bulgarischen Regierung wurde der Gesandtschaft freie Hand gegeben, je nach Lage der Verhältnisse so zu verhandeln, dass der beschleunigte Fortgang der Aussiedlungsarbeiten dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Im Auftrag

gez. Bergmann

An

den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

in B e r l i n

z.Hd.von SS-Gruppenführer Müller.

K207550

1) 22/3 1943

2) 23/3 Kra

486264

AA Inl. II g 183

B.-Nr. Sofia, den 5.4.1943

Geheim

An das
R.S.H.A. - Attachégruppe -
B e r l i n

Betr.: Judenabschub aus Bulgarien.

Vorg.: laufende Berichterstattung.

Es kann nunmehr der Abtransport von 11 343 Juden gemeldet werden Hiervon gingen 4 221 thrazische per Schiff von Lom nach Wien und 7 122 mazedonische Juden per Eisenbahn aus Skopje ab. Die Schifftransporte waren durch bulgarische Polizei mit je 2 Mann Ordnungspolizei, die Eisenbahntransporte durch Ordnungspolizei begleitet. Trotz ständiger Hinweise war eine genaue Übereinstimmung zwischen Listen und Effektivstärke nicht zu erzielen. Die Übertragung der bulgarischen Listen in lateinische Schrift nahm stets mehrere Tage in Anspruch. Diese Ungenauigkeiten gehen zu Lasten der hiesigen üblichen Verhältnisse und halten sich in erträglichem Rahmen.

Nach dem vollzogenen Abtransport der Juden erscheint es angebracht, einen kurzen Überblick über den Stand des Judenproblems in Bulgarien zu geben.

1.) Ausgangspunkt war die durch Innenminister Gabrowski vorgetragene Bereitwilligkeit der bulgarischen Regierung, die Juden aus den neu gewonnenen Gebieten Mazedonien und Thrazien zu evakuieren. Für diese wurden 14 000 Juden in Anschlag gebracht Der dem bulgarischen Innenminister unterstehende Judenkommissar B e l e f ?, der persönlich überzeugter Antisemit ist, hatte von vornherein den Plan erwogen, weitere 6000 Juden aus Altbulgarien, insbesondere aus den Großstädten, hinzuzunehmen,

K207604

- 2 -

H322301

Inl II 353

486316

AA Inl. II g 183

um die jüdische Führungsschicht in den Plan mit einzubeziehen. Der Innenminister Gabrowski war hiermit zunächst auch einverstanden. Der Plan des Abtransportes von 20,000 Juden fand auch die Billigung des bulgarischen Ministerrates. In diesem Stadium der Verhandlung schlossen Beleff als Judenkommissar und Beauftragter des Innenministers und SS-Hauptsturmführer D a n n e c k e r als Beauftragter des RSHA am 22.2.1943 eine schriftliche Vereinbarung, die bereits dort vorliegt, und die die Einzelheiten des Abtransportes regelte. Der bulgarische Ministerrat beschloß daraufhin am 2.3.43 die vom Judenkommissar verlangte Bereitstellung von Transportmitteln und Lagern für die Juden aus Mazedonien und Thrazien, sowie auch für die Juden des alt-bulgarischen Gebietes. Gleichzeitig wurde ein Gesetz erlassen, wonach Juden, die zur Aussiedlung kommen, die bulgarische Staatsangehörigkeit verlieren. Das Gesetz fand die Billigung des Sobranje. Es wurde lediglich beschlossen, von einer Veröffentlichung im Staatsanzeiger abzusehen.

2.) Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, mußte damit rechnen, daß mit dem Herannahen des Zeitpunktes des Abtransportes der Juden sich Schwierigkeiten einstellen würden. Die Schwierigkeiten entstanden bezüglich der Frage des Abtransportes der Juden aus Alt-Bulgarien. Der Judenkommissar Beleff hatte in Erwartung dieser Schwierigkeiten in Plowdiw, Küstendil, Russe und Warna bereits die einflußreichsten Juden in Lagern zusammengezogen. Er plante Ähnliches für Sofia am 13.3.43. Die Tatsache, daß auch Juden Alt-Bulgariens in die Aktion mit eingeschlossen werden sollten, war inzwischen bekannt geworden; es begannen daraufhin bulgarische politische Kreise, die mit der Judenaktion nicht einverstanden waren, auf den Innenminister einen Druck auszuüben. Insbesondere sprach eine Delegation aus Küstendil unter Führung des Vizepräsidenten des Sobranje Peschoff beim Innenminister dieserhalb vor. Es ist weiterhin anzunehmen, daß der Innenminister auch einen Wink von höchster Stelle bekommen hat, um den geplanten Abtransport der Juden aus Alt-Bulgarien einzustellen. Der Innenminister gab jedenfalls am 9.3. - teilweise ohne den Judenkommissar zu beteiligen -

K207605
H322302

486317

AA Nue. 4 g 183

die Weisung, die in Alt-Bulgarien in Lagern zusammengezogenen Juden wieder zu entlassen. Dies geschah am 10.3.1943. Die Freilassung der Juden führte eine erhebliche Unsicherheit der Polizeikommandanten der betr. Städte herbei.

3.) Trotzdem wäre es abwegig, anzunehmen, daß die bulgarische Regierung, insbesondere der Innenminister Gabrowski, die Judenaktion zu sabotieren ernstlich versucht hätten. Der deutsche Gesandte hat sich wiederholt dann eingeschaltet, wenn Schwierigkeiten entstanden, bezw. wenn die Aktion nicht vorangehen wollte. Der deutsche Gesandte hat durch sein wiederholtes Vorstelligwerden bei dem Ministerpräsidenten F i l o f f erreicht, daß dieser die Versicherung abgegeben hat, entschlossen zu sein alle Juden abzuschieben. Um die Einstellung der bulgarischen Regierung richtig verstehen zu können, muß man wissen, daß es ein Judenproblem in der Form, wie es im Reich bestand, in Bulgarien nicht gibt. Wohl gibt es auch in Bulgarien Juden, die sich in Schlüsselstellungen der bulgarischen Wirtschaft hochgearbeitet haben. Ihre Anzahl ist jedoch gering. Es bestehen hier weder die weltanschaulichen noch rassischen Voraussetzungen, um das Judenproblem dem bulgarischen Volk gegenüber so dringlich und lösungsbedürftig erscheinen zu lassen, wie dies im Reich der Fall ist. Die bulgarische Regierung verfolgt mit der Evakuierung der Juden überwiegend materialistische Interessen, die darin bestehen, in das Eigentum der abgeschobenen Juden zuverlässige Bulgaren einzuweisen, hiermit diese zufriedenzustellen und gleichzeitig in den neu erworbenen Gebieten die unruhigen Juden gegen zuverlässige Bulgaren einzutauschen. Die bulgarische Regierung ist ohne Zweifel auch bereit, die Juden aus Alt-Bulgarien abzuschieben; sie will es jedoch auf jeden Fall vermeiden, daß das Judenproblem in Bulgarien durch die Weltpresse gezogen wird. Nur so ist es zu verstehen, daß die bulgarische Regierung dem Schweizer Gesandten gegenüber sich beispielsweise auch bereiterklärt hat, einige tausend jüdische Kinder nach Palästina auswandern zu lassen. Sie hat

K207606

H322303

486318

die Weisung, die in Alt-Bulgarien in Lagern zusammengezogenen Juden wieder zu entlassen. Dies geschah am 10.3.1943. Die Freilassung der Juden führte eine erhebliche Unsicherheit der Polizeikommandanten der betr. Städte herbei.

3.) Trotzdem wäre es abwegig, anzunehmen, daß die bulgarische Regierung, insbesondere der Innenminister Gabrowski, die Judenaktion zu sabotieren ernstlich versucht hätten. Der deutsche Gesandte hat sich wiederholt dann eingeschaltet, wenn Schwierigkeiten entstanden, bezw. wenn die Aktion nicht vorangehen wollte. Der deutsche Gesandte hat durch sein wiederholtes Vorstelligwerden bei dem Ministerpräsidenten **F i l o f f** erreicht, daß dieser die Versicherung abgegeben hat, entschlossen zu sein alle Juden abzuschieben. Um die Einstellung der bulgarischen Regierung richtig verstehen zu können, muß man wissen, daß es ein Judenproblem in der Form, wie es im Reich bestand, in Bulgarien nicht gibt. Wohl gibt es auch in Bulgarien Juden, die sich in Schlüsselstellungen der bulgarischen Wirtschaft hochgearbeitet haben. Ihre Anzahl ist jedoch gering. Es bestehen hier weder die weltanschaulichen noch rassischen Voraussetzungen, um das Judenproblem dem bulgarischen Volk gegenüber so dringlich und lösungsbedürftig erscheinen zu lassen, wie dies im Reich der Fall ist. Die bulgarische Regierung verfolgt mit der Evakuierung der Juden überwiegend materialistische Interessen, die darin bestehen, in das Eigentum der abgeschobenen Juden zuverlässige Bulgaren einzuweisen, hiermit diese zufriedenzustellen und gleichzeitig in den neu erworbenen Gebieten die unruhigen Juden gegen zuverlässige Bulgaren einzutauschen. Die bulgarische Regierung ist ohne Zweifel auch bereit, die Juden aus Alt-Bulgarien abzuschieben; sie will es jedoch auf jeden Fall vermeiden, daß das Judenproblem in Bulgarien durch die Weltpresse gezogen wird. Nur so ist es zu verstehen, daß die bulgarische Regierung dem Schweizer Gesandten gegenüber sich beispielsweise auch bereiterklärt hat, einige tausend jüdische Kinder nach Palästina auswandern zu lassen. Sie hat

jedoch dem deutschen Gesandten, der wegen dieses Planes bei dem Ministerpräsidenten sofort vorstellig wurde, durch diesen die Erklärung abgegeben, den Abtransport der jüdischen Kinder in der Praxis zu sabotieren. Die bulgarische Regierung versucht daher nach außen das Gesicht zu wahren, die Judenabschiebung selbst wird jedoch nicht verhindert. Allerdings muß der Gesandte von Zeit zu Zeit immer wieder nachstoßen, um die Abschiebung in Fluß zu halten.

Daß dies die wahre Haltung der Regierung ist, geht darauf hervor, daß Ministerpräsident Filoff dem Sofioter schweizer Gesandten als Schutzmachtvertreter Englands auf dessen Intervention wegen des Judenabschubs erklärte, die Regierung sei fest entschlossen die Aussiedlung durchzuführen, da diese Lösung immer noch humaner sei als die Bombardierung von nichtmilitärischen Plätzen, bei denen Greise, Kinder und Frauen niedergemetzelt würden. Auch zur Frage der Auswanderung nach Palästina hat Ministerpräsident Filoff dem schweizer Gesandten erklärt, es könnten keine arbeitslosen Juden aus dem Lande heraus. Auch die Judenpropaganda in der Presse, die zeitweise zurückgestellt war, ist jetzt wieder in Gang gekommen.

Der obenerwähnte Vizepräsident des Sobranje, Pascheff, hatte zusammen mit 40 Abgeordneten der Regierungsmehrheit wegen der angeblichen schlechten Behandlung der Juden beim Abtransport eine Eingabe verfaßt. Im Verlauf der internen Sitzung der Regierungsmehrheit wurde der Regierung das volle Vertrauen bezüglich der von ihr verfolgten Judenpolitik ausgesprochen. In öffentlicher Sitzung wurde der Vizepräsident Pascheff, der die Delegation aus Küstendil geführt hatte und auch als erster die erwähnte Eingabe unterschrieben hatte, seines Amtes enthoben.

Berücksichtigt man, daß in Italien, Ungarn, Spanien usw. das Judenproblem überhaupt noch nicht angefaßt bezw. der Abschub der Juden noch nicht eingeleitet wurde, so ist zusammenfassend

AA Nl. Tg 183

festzustellen, daß die bulgarische Regierung trotz der Einschränkungen, die üblicherweise auf dem Balkan gemacht werden müssen, die Lösung der Judenfrage in Bulgarien aktiv betreibt.

4.) Außer dem schweizerischen Gesandten, der als Schutzmachtvertreter Englands interveniert hat, hat auch der spanische Gesandte bei Ministerpräsident Filoff den Versuch unternommen, wegen des Abschubs von Juden spanischer Nationalität Einspruch zu erheben. Der spanische Gesandte hatte befürchtet, daß sämtliche Juden in Bulgarien, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, abgeschoben würden.

Außerdem hat der katholische Bischof in Skopje bei dem Polizeikommandanten in Skopje wegen der Juden interveniert, die den katholischen Glauben angenommen hatten. Soweit derartige Juden im Lager saßen, hat er die geistliche Betreuung derselben verlangt.

Es ist davon auszugehen, daß auch noch andere ausländische Missionen bei der bulgarischen Regierung wegen des Judenabschubs vorstellig geworden sind. Die bulgarische Regierung hat trotzdem ihre Haltung nicht geändert.

5.) Der stimmungsmäßige Niederschlag des Judenabschubs ist innerhalb der Bevölkerung als positiv zu werten. Da es viele Existenzen gibt, die keinen richtigen Verdienst haben, versprechen sich dieselben von der Entfernung der Juden aus dem wirtschaftlichen Leben persönliche Vorteile durch Einschaltung in den jüdischen Handel.

6.) Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist das bisherige Ergebnis des Abschubs von 11,343 Juden als zufriedenstellend zu bezeichnen. Bei einer vereinbarten Zahl von 20,000 wurden 56% erreicht.

Aus taktischen Gründen wird der Gesandte bezüglich der Frage

AA Inl. II g 183

des Abschubs der Juden aus Alt-Bulgarien zunächst etwas kürzer treten, wie er mir anläßlich meines letzten Vortrages persönlich eröffnet hat. Nachdem jedoch der Ministerpräsident Filoff dem deutschen Gesandten die eindeutige Versicherung gegeben hat, daß auch der Abschub der Juden in Alt-Bulgarien durchgeführt werde, wird dieser zu einem Zeitpunkt, der ihm zweckmäßig erscheint und der in die gesamtpolitische Situation paßt, erneut vorstellig werden.

In der Zwischenzeit hält SS-H'Stuf. Danecker mit dem Judenkommissar Beleff ständige Fühlung, mit dem Ziel, dem Innenminister gangbare Vorschläge für den weiteren Abschub zu unterbreiten.

Bei dieser Sachlage ist davon auszugehen, daß der Judenabschub aus Bulgarien in absehbarer Zeit seinen Fortgang nehmen wird.

Hahnenn

Gesehen: Luther

K207609

H322306

486321

AA Inl. IIg 183.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
IV B 4 3564/42g(1484)
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 17. Mai 1943.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

Geheim

Schnellbrief

Auswärtiges Amt
Inl II 1443g.
eing. 27. MAI 1943
Anl. (-) Abs., Kopp. d. Eing.

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd.v. Herrn Legationsrat von T h a d d e n o.V.i.A.,

B e r l i n ,
Rauchstrasse 11.

Betrifft: Behandlung der Judenfrage in Bulgarien.
Bezug: Telefonische Besprechung zwischen Herrn Legationsrat von Thadden und SS-Hauptsturmführer Boßhammer am 14.5.1943.

Ich nehme Bezug auf das angeführte Telefongespräch vom 14.5. ds.Jrs. und halte die danach für Ihre Besprechung mit dem Gesandten Beckerle wesentlich erscheinenden Gesichtspunkte wunschgemäss nochmals wie folgt fest:

Die nach dem Abschub von etwa 11.5oo Juden aus den von Bulgarien neubesetzten Gebieten nach dem Osten noch im altbulgarischen Gebiet befindlichen etwa 51.ooo Juden stellen im Rücken der deutschen Abwehrkräfte im Südostraum eine erhebliche Gefahr dar. Als Hauptvorwand gegen ihren Abschub nach dem Osten hat u.a. König Boris verschiedentlich angeführt, dass diese Juden zum Arbeitseinsatz in Bulgarien vorerst unentbehrlich seien.

K207618
K022310

./.

Juden Bulgarien - 486341

AA Nl. ü 9 183

Bisher sind etwa 6.000 Juden im Arbeitseinsatz eingesetzt. Angeblich ist beabsichtigt, in allernächster Zeit weitere 8.000 einzusetzen; das bedeutet, dass in Zeitkürze die gesamte arbeitsfähige jüdische Bevölkerung zum Arbeitseinsatz in Bulgarien herangezogen wäre.

Hierdurch würde praktisch die gesamte Judenschaft Bulgariens gebunden sein, da bei einer Ostevakuierung eine Familientrennung unerwünscht und auch dem Kernproblem der Endlösung nicht entspräche.

Die Arbeitsleistung der Juden beim Strassen- und Bahnbau in Bulgarien hat sich bisher als äusserst gering erwiesen. Z.B. hat man in der Gegend von Stara rd. 2.000 Juden eingesetzt, die es bei dem politisch ungeschulten und unbemittelten bulgarischen Aufsichtspersonal erreicht haben, dass sie nur wenige Stunden täglich zu arbeiten brauchen und ein sehr bequemes Leben führen können. In derselben Gegend bestehen neben den jüdischen auch griechische Arbeitslager. Die Griechen lässt man im Gegensatz zu den Juden bis zu 12 Stunden täglich arbeiten.

Selbst der bulgarische Judenkommissar steht auf dem Standpunkt, dass sich in Bulgarien mit dem jüdischen Arbeitseinsatz keine nachhaltigen Ergebnisse erzielen lassen. Es kommt hinzu, dass bei dem Einsatz der männlichen Juden die Familien getrennt werden, was in Sofia - in erster Linie durch die nicht herangezogenen Juden lanciert - eine erhebliche weitere Verstärkung der regierungs- und achsenfeindlichen Propaganda hervorrufen muss, weil man am Ende jede Judenmassnahme doch als von Deutschland gefordert darstellt.

K207619

H322311

48634

AA Inl. II g 183

Zusammenfassend muss danach der von der bulgarischen Regierung in sehr durchsichtiger Weise vorgeschützte Arbeitseinsatz der Juden in Bulgarien lediglich als Vorwand gegen die von Deutschland gewünschte Ostevakuierung bezeichnet werden, der diese zur Zeit mehr oder weniger unmöglich machen soll.

Es liegt im Interesse der vom Reichsführer-SS angestrebten baldigen Endlösung, dass in den deutsch-bulgarischen Erörterungen über die Ostevakuierung sämtlicher Juden aus Bulgarien die derzeitige, für Evakuierungsaktionen besonders günstige Lage, wie sie insbesondere durch das letzte Attentat in Sofia eingetreten ist, mit allem Nachdruck ausgenutzt wird.

Im Auftrage:

K207620

H322312

AA Inl. II g 183

Durchdruck Dtsch. Gesandtschaft

Sofia, den 23. Februar 1943

A 235/43 g

Auf den Erlass vom 4.12.v.J.
III C 39 g und im Anschluss
an den Bericht vom 17.2.d.J. -
194/43 g -

Inl II 1612 g

den 1. Juni 1943

Inl. II 1482 g

K207636

Nach einem Drahtbericht der Deutschen Gesandtschaft Sofia hat Judenkommissar Beleff vertraulich mitgeteilt, daß in der Umsiedlung der Juden aus Sofia in die Provinz eine vorbereitende Maßnahme für eine spätere Aussiedlung in die Ostgebiete zu erblicken sei.

Inwieweit diese Ansicht sich mit der der Bulgarischen Regierung deckt, wird von der Deutschen Gesandtschaft zur Zeit noch geprüft.

Weitere Mitteilung bleibt vorbehalten.

Im Auftrag

gez. v. Hadden

An

den Chef der Sicherheitspolizei und des SD
z.Hd. von Obersturmbannführer Eichmann
Berlin W 62
Kurfürstenstr. 116

486347

Das Auswärtige Amt

Berlin

AA Inl. II g 183

IV B 4-010-

B.Nr. 267/43

Sofia, den 7. Juni 1943

Geheim

An das

Reichssicherheitshauptamt

- Attachégruppe -

B e r l i n

Betr.: Judenabschub aus Bulgarien.
Bezug: Mies. Bericht v. 5.4.1943 - IV B 4 - 010 - 143/43.

1. In meinem Bericht v. 5.4.1943 wurde abschliessend die Feststellung getroffen, dass der Judenabschub in absehbarer Zeit seinen Fortgang nehmen würde.

Im Monat April hatte sich die Lage insofern ungünstig verschoben, als die bulgarische Regierung nicht mehr den Abschub, sondern - offenbar den Absichten des Königs entsprechend - den Arbeitseinsatz von Juden forcierte. Dem Arbeitseinsatz standen allerdings zwei Schwierigkeiten entgegen:

a) Der Einsatz zeitigte kein im Verhältnis zum Aufwand stehendes Ergebnis;

b) die Unmöglichkeit, die erforderlichen Baracken zur Aufnahme der jüdischen Arbeitsabteilungen zu errichten.

K207639

2. Durch das am 20.5.1943 auf den Rundfunkingenieur J a n a k i e f f begangene Attentat, dessen Täter in dem Volljuden P a p p o festgenommen worden

Inl. II 1612 143g

486350

AA Nr. U 9 183

konnte, kam die Judenfrage jedoch erneut in Fluss. Zur gleichen Zeit wurde in Russe eine kommunistische Bande von 7 Mann gestellt und aufgerieben, worunter 6 Juden waren. Innenminister G a b r o w s k i gab im Zusammenhang mit diesen Ereignissen das bekannte auch in der deutschen Presse veröffentlichte Interview, in welchem er nachdrücklichst auf die Rolle des Judentums bei den Terrorakten hinwies. Das Interview wurde von ihm ohne Zweifel als psychologische Vorbereitung für neue Judenmassnahmen gegeben. Auch der Judenkommissar B e l e f f hat unter Ausnutzung dieser Situation dem Innenminister neue Pläne für den Judenabschub vorgelegt. Auf Grund seiner Mitteilung an SS-Hauptsturmführer D a n n e c k e r sahen diese zwei Möglichkeiten vor:

a) Abschub der gesamten Juden Bulgariens in die deutschen Ostgebiete aus Gründen der inneren Staatssicherheit.

b) Aussiedlung der in Sofia vorhandenen 25.000 Juden in die Provinz, falls Plan a) nicht durchführbar wäre.

Dem zu a) vorgesehenenPlan des Abschubes in die Ostgebiete stand entgegen, dass nicht genügend Polizeikräfte vorhanden waren, um kurzfristig eine erfolgreiche Kassia ohne Schädigung des Wirtschaftslebens (Blockade) durchzuführen. Trotz dieser Schwierigkeiten wollte der Judenkommissar B e l e f f auch den Plan a) durchführen, falls er gebilligt worden wäre.

3.) Der Innenminister selbst ging auf die Vorschläge B e l e f f s ein und war sogar bereit, einem Abschub in die Ostgebiete zuzustimmen. Er hat sich die Vorschläge des ihm unterstehenden Judenkommissars Beleff in der Audienz am 20.5.1943 bei König Boris zu eigen gemacht. Der König entschied, dass die Aussiedlung

K207640

486351

AA Mo. T g 183

in die Provinz ab sofort beginnen solle, worauf zunächst der Plan a) zurückgestellt wurde.

4. Die Aussiedlung in die Provinz geht technisch so vor sich, dass mit ihrem Beginn sich täglich steigernd durchschnittlich 4 - 5.000 Juden ihren Ausweisungsbefehl zugestellt erhalten, in welchem der zu benutzende Zug und die vorgesehene Stadt genau bezeichnet sind. Dem Ausweisungsbescheid ist ein abreissbares Formular angeheftet, welches als Fahrkarte gilt. Das Judenkommissariat hat am Bahnhof eine Kontrollstelle eingerichtet, die über die abreisenden Juden Buch führt. Juden, die nicht rechtzeitig abreisen, erhalten eine stillschweigende Nachfrist von 1 1/2 Tagen. Nach Ablauf der Frist werden sie durch die Polizei zwangsläufig an den befohlenen Ort verschubt. Soweit bisher übersehbar, leisten ungefähr 90 % der aufgerufenen Juden dem Befehl freiwillig Folge. Ursprünglich waren für die Unterbringung in der Provinz alle jene Städte vorgesehen, in denen sich bereits Juden befinden. Das bulgarische Kriegsministerium hat jedoch verlangt, dass auf keinen Fall Juden in den Grenzgebieten untergebracht werden dürfen. Durch diese Einschränkung sind nunmehr 18 bis 20 Städte übriggeblieben, in denen die Juden untergebracht werden müssen. Die Unterbringung erfolgt bei Judenfamilien bezw., falls keine Unterbringungsmöglichkeit dort vorhanden, in den z.Zt. infolge Ferien leerstehenden Schulen.

5. Das Mobiliar der ausgesiedelten Juden in Sofia wird nach Räumung der Wohnungen sofort versteigert. Die Wohnungen werden vergeben.

Die Unterbringung in den Provinz-Städten, in die z.T. bis zu 5000 Juden verschubt werden, kann jedoch nur

K207641

AA Inl. II g 183

eine vorübergehende Massnahme darstellen, da die Schulgebäude nur während der Dauer der Schulferien zur Verfügung stehen.

Da die Juden durchweg über grosse Geldmittel verfügen, werden ohne Zweifel die Lebensmittelpreise in den belegten Städten in die Höhe gehen.

Es ist damit zu rechnen, dass die in der Provinz schon immer stärker vorhandene judenfeindliche Stimmung hierdurch erheblich anwächst. Auch innerpolitisch stellt die Massierung einer derartigen Anzahl von Juden in den hierfür nicht vorbereiteten Städten eine gewisse Gefahr dar.
Hiernach kann daher davon ausgegangen werden, dass sich sowohl der bulgarische König als auch die Regierung darüber im klaren sind, dass die Aussiedlung der Sofioter Juden in die Provinz nur eine Übergangsmassnahme darstellt, die dazu führen muss, den Abschub der Juden in die Ostgebiete vorzunehmen.

6. Die Aussiedlungsmassnahme der Juden in die Provinz wurde im Laufe des 23.5.1943 in Sofia bekannt. Am 24.5.1943 versuchte eine grössere Anzahl von Demonstranten, zum königlichen Palais zu ziehen und zu protestieren. Die Polizei verhinderte dies und nahm 400 Demonstranten fest. 120 Juden wurden hiervon dem provisorischen Lager in Somowit zugeführt.
Am gleichen Tage versuchten die Sofioter Rabbiner, den päpstlichen Nuntius und den Metropoliten Stefan für ihre Sache zu gewinnen. Das Innenministerium hat darauf sämtliche in Sofia tätigen Rabbiner bis auf weiteres festgenommen. Der Sofioter Oberrabbiner konnte zunächst nicht festgenommen werden, da er sich vorübergehend im Hause des Metropoliten Stefan aufhielt. Die einsetzende jüdische Gegenpropaganda

verbreitete das Gerücht, die Aktion sei um 14 Tage verschoben. Sie erzählte ausserdem überall, nach der Aussiedlung der Juden aus Sofia würde die Hauptstadt bombardiert werden. Diese Gegenmassnahmen hatten jedoch keinen Erfolg, sie fanden ausserdem bei der Masse der Sofioter Stadtbevölkerung nicht die erhoffte Resonanz.

7. Der Judenkommissar Beleff hat dem SS-H'Stuf. Dannecker gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass der Gesamtabschub in allernächster Zeit erfolgen müsse. Er hat dringend gebeten, die zur Verfügung stehenden Donauschiffe für die erste Hälfte des Monats Juni unbedingt bereitzuhalten. Es stehen z.Zt. 5 grosse und ein kleineres Schiff zur Verfügung, welche bei drei monatlichen Fahrten insgesamt rund 25.000 Juden befördern können. Beleff ist bereit, sogar die sehr hohen Stehgelder der Schiffe (pro Tag mindestens 20.000 Leva) auf Kosten des bulgarischen Judenfonds zu übernehmen, falls sich der Abschub verzögern sollte, bezw. falls die Gefahr einer anderweitigen Einsetzung der Schiffe bestünde.

8. Der Abschub aus Sofia in die Provinz ist nach dem Plan des Judenkommissariats mit Ablauf des 7.6.1943 beendet. Nach diesem Zeitpunkt werden noch 2 - 3.000 Juden in Sofia anwesend sein, die auf Grund persönlicher Beziehungen, Bestechungen usw. ihr vorläufiges Hierbleiben erreicht haben. Diese Zahl hält sich jedoch bei Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse im erträglichen Rahmen. Auch der Abschub dieser Restjuden wird versucht werden.

9. Wie ich bereits in meinem Bericht v.5.4.1943 zu Ziffer 3 angenommen habe, wäre es abwegig gewesen,

(vgl. Bericht v. 6. April d.J. 4406/43 g.)

AA Nr. 4 g 183

zu unterstellen, die bulgarische Regierung, insbesondere Ministerpräsident F i l o f f und Innenminister G a b r o w s k i versuchten ernstlich, den Judenabschub zu sabotieren. Insbesondere muss festgestellt werden, dass die Haltung des Ministerpräsidenten Filoff gegenüber dem deutschen Gesandten in der Judenfrage einwandfrei war. Der deutsche Gesandte hat, um die Judenfrage in Bulgarien in Fluss zu bringen, bei dem Ministerpräsidenten Filoff wiederholte Vorstellungen erhoben. Filoff hat ihm immer wieder zugesagt, dass er entschlossen sei, alle Juden in die Ostgebiete abzuschieben. Wenn sich daher der hiesige Judenabschub unter anderen Umständen und mit grösseren Schwierigkeiten als in den dem Machtbereich des Reiches unterstehenden Ländern vollzieht, so ist hierbei zu berücksichtigen, dass die bulgarische Regierung diese Frage nicht einfach über das Knie brechen kann, sondern sowohl innen- als auch aussenpolitische Folgen vorauszusehen und abzudecken hatte. Bei einem Vergleich zu der Haltung, die beispielsweise die ungarische Regierung zur Judenfrage einnimmt, schneidet die bulgarische Regierung mit ihrer positiven Einstellung durchaus günstig ab, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, dass die Haltung der ungarischen Regierung in dieser Frage der bulgarischen Regierung sowohl innen- als auch aussenpolitische Schwierigkeiten bereitet. Auch der Wunsch der bulgarischen Regierung, zu vermeiden, dass das Judenproblem durch die Weltpresse gezogen wird und den Abschub der Juden so vorzunehmen, dass das feindliche Ausland möglichst wenig Ansatzpunkte gegen die bulgarische Politik hat, muss deshalb verständlich erscheinen, zumal es sich hierbei um rein taktische Massnahmen handelt und der tatsächliche Judenabschub dieser Taktik nicht geopfert wird.

K207614

486355

AA Inl. II g 183

Ich hatte in meinem angezogenen Bericht unter derselben Ziffer bereits die Einstellung des Ministerpräsidenten F i l o f f gegenüber dem schweizer Gesandten als Schutzmachtvertreter Englands zur Judenfrage mitgeteilt. Nachträglich wird noch ein weiteres Beispiel als Bestätigung für diese Einstellung bekannt: Der Sobranje-Abgeordnete Dimiter A n d r e e f f, ein bekannter Antisemit, hat dem Judenkommissar B e l e f f mitgeteilt, Ministerpräsident Filoff habe nach der Ermordung des Abgeordneten Sotir J a n e f f zu den Sobranje-Abgeordneten gesprochen. Auf Anfrage aus den Reihen der Abgeordneten, habe damals Filoff in aller Bestimmtheit erklärt, der Judenabschub ausser Landes gehe auf jeden Fall weiter.

10. Nach der Aussiedlung der Juden aus Sofia bis zum endgültigen Abschub in die Ostgebiete werden bei Kenntnis der hiesigen Verhältnisse ohne Zweifel erneute Schwierigkeiten auftreten. In der Zwischenzeit ist die Judenfrage bezw. der Abschub der Juden in die Ostgebiete ein erhebliches Stück vorwärts getrieben worden. Die Frage ist im Fluss. Ein Zurück kann es nicht mehr geben.

Abschliessend ist daher festzustellen, dass das von der bulgarischen Regierung, insbesondere von Ministerpräsident F i l o f f dem deutschen Gesandten gegebene Versprechen, die Juden Bulgariens in die Ostgebiete abzuschieben, gehalten werden wird.

K207645

Geschen: Hinrichs

Bekele

Ke.

486356

AA

90/43 g (81)

IV B 4 — 25. 2. 1943 — M. Müller

Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem

IV B 4 — 31. 5. 1943 — M. Eichmann
B. Hingenagel

Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem

IV B 4 — 17. 7. 1943 — M. Dr. Hallenbrunner
Anlage B. Hingenagel

Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem

IV B 4 b-3 — 19. 5. 1943 — M. Günther

Judenpersönliches Verhalten der Italiener

Benachrichtigung Bogschammers am 6. 8. 1943
über die zum Schreiben vom 19.5. 1943
gehörenden Feldpostnummern

~~Wagners~~

entnommen und umgeheftet

~~Schreiben vom 14. 12. 1943 betr. Erfassung~~
~~Italienischer Juden in Italien und Bespr.~~
~~nahme auf eine Besprechung mit Bogschammer~~
~~über Evakuierung von diesem Vorschlag~~

Erwähnung Schwammers als Absender oder
Schreibers der ist vom 6. 5. 1943

CDJC XLVIII a 12

B.d.S./Wo.

Paris, den 13. Januar 1943.

Blitz! 1870

Beförderungsvermerk u. a.
Tag Monat Uhrzeit
23 Jan

F e r n s c h r e i b e n .

An das Reichssicherheitshauptamt,
SS-Gruppenführer M ü l l e r
B e r l i n .

Betrifft: Behandlung der Juden im neubesetzten Frankreich.

Gruppenführer!

In einer Rücksprache teilt Leguay, der Beauftragte des Polizeichefs Bousquet, mit, dass die italienische Regierung dem Präsidenten Laval eine Note überreicht hat, in der sie folgendes erklärt:

Sie macht keine Einwendungen gegen die Massnahmen der französischen Regierung im neubesetzten Gebiet betreffend die Juden französischer Staatsangehörigkeit (Bezeichnung auf der carte d'identité, Lebensmittelmarken, usw.). Sie wendet sich aber gegen jede Massnahme gegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, d. h. nicht nur die italienischen Juden werden dadurch von Italien geschützt, sondern auch gleichzeitig sämtliche anderen ausländischen Juden.

Laval lässt dies offiziell mitteilen und sagen, dass er unter diesen Umständen natürlich in sehr grossen Schwierigkeiten gegenüber den Franzosen ist und bittet um entsprechende Unterstützung.

Oberstgruppenführer Daluege wurde bei seiner Anwesenheit in Paris und Marseille bereits auf die Behandlung der Juden durch die Italiener angesprochen. Oberstgruppenführer Daluege wollte den Reichsführer-SS über diese Angelegenheit unterrichten.

Gruppenführer! Ich darf bitten, den Reichsführer-SS möglichst umgehend von dieser Methode der Italiener in Kennt-

CDJC XLVIII a 12

nis zu setzen und zu erreichen, dass in Frankreich diese Sonderbehandlung durch die Italiener fortfällt. Die Behandlung der Juden italienischer Staatsangehörigkeit macht nicht eine so erhebliche Zahl aus, hat aber auch schon immer zu grossen Schwierigkeiten geführt, da man nicht versteht, dass der Achsenpartner noch nicht in der Judenfrage auf unserem Standpunkt steht und entsprechend damit gegen uns argumentiert. Wenn jetzt die Italiener aber für alle Juden ausländischer Staatsangehörigkeit eintreten, so macht das die Fortführung einer Judenpolitik in unserem Sinne unmöglich, d. h. es kann nicht damit gerechnet werden, dass wir in den nächsten Monaten Juden französischer Staatsangehörigkeit überstellt bekommen und abtransportieren können.

H. Geschke
SS-Standartenführer.

pA IV J Bols

AA Nr. 5 g 187 1879

den 7 Januar 1943

D III 4o g

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD
z.Hd. von Herrn
SS -Obersturmbannführer Eichmann
oder Vertreter im Amt.

Berlin SW 11.
Prinz Albrechtstr. 8

Betrifft : Evakuierung der Juden aus den neubesetzten französischen Gebieten.

Die Deutsche Botschaft in Paris teilte mit, daß der SD in Paris beabsichtige, zunächst alle Grenz- und Küstendepartements im neubesetzten Frankreich judenfrei zu machen und dort ansässigen Juden Aufenthalt im Landesinnern zuzuweisen. Diese sich gegen alle Staatsangehörigen richtende Maßnahme bedürfe noch der Abstimmung mit dem italienischen Oberkommando. Die Französische Polizei habe bereits 1o.ooo staatenlose Juden aus dem neubesetzten Gebiet den deutschen Behörden überstellt. Weitere 15 - 2o.ooo seien dort noch verblieben. Maßnahmen gegen französische Juden und Juden dritter Staaten würden in neubesetzten Frankreich von der französischen Regierung nur schrittweise durchgeführt werden können. Es sei damit zu rechnen, daß die dritten Staaten intervenieren würden. Vom deutschen Standpunkt sei es jedoch grundsätzlich erwünscht ,wenn französische Regierung dritten Staaten Heimschaffung ihrer Juden nahelegt.

Jan 1943

K211781 E387766

Die Botschaft erhielt daraufhin die Weisung , die Verhandlungen mit dem italienischen Oberkommando beschleunigt durchzuführen. Gegen die Überstellung sämtlicher staatenloser Juden bestünden keine Be-

AA Inl. II 91887

denken. Außerdem wurde sie gebeten, die französische Regierung zu veranlassen, dritten Staaten nahezulegen, ihre im neubesetzten Gebiet noch ansässigen fremden Staatsangehörigen jüdischer Rasse bis spätestens 1. März.l.Js. heimzuschaffen. Hiervon ausgenommen bleibe Tunis. Von dieser Maßnahme sollten sämtliche Juden von den Achsenstaaten und der neutralen Mächte erfaßt werden. Bezüglich der Juden der Feindmächte sei sofortige Internierung erwünscht.

In Anbetracht der Eilbedürftigkeit der der Deutschen Botschaft in Paris zu erteilenden Weisung, erging diese ohne vorher mit Ihnen Rücksprache genommen zu haben, da mir der Bescheid erteilt wurde ,daß Sie nicht vor dem 27. d.Mts. von Ihrer Dienstreise zurückkehren würden.

Heil Hitler !

K211782

E387767

BA Ns 19 neu/1577

Feld-Kommandostelle,

29. Jan. 1943

Tgb.Nr. T 144/43 Rs g

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Akt.Nr. 760/1

Reichsaußenminister von Ribbentrop, Führer-Hauptquartier

1.) Lieber R i b b e n t r o p !

Ich bestätige dankend den Empfang Deines Briefes vom 23.1.1943 und die beiliegende Notiz über Juden fremder Staatsangehörigkeit und die Behandlung polnischer Offiziere.

Was die Juden fremder Staatsangehörigkeit betrifft, so liegt mir über die von uns beabsichtigten Schritte hinaus daran, daß auch in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs die Juden italienischer und sonstiger Staatsangehörigkeit entfernt werden. Die Juden sind in diesem Gebiet das Element des Widerstandes und die Urheber der für die italienischen Truppen besonders gefährlichen kommunistischen Propaganda. Außerdem ist das Verbleiben der Juden im italienischen Machtbereich für viele Kreise in Frankreich und in ganz Europa der Vorwand, in der Judenfrage leiser zu treten, weil darauf hingewiesen wird, daß nicht einmal unser Achsenpartner Italien in der Judenfrage mitginge.

Was die Behandlung gefangener polnischer Offiziere anbelangt, so verstehe ich Deine Stellungnahme dahingehend, daß die gesamten heute noch in Kriegsgefangenenlagern durch die Wehrmacht bewachten polnischen Offiziere entlassen und in Konzentrationslager, die von der SS bewacht werden, überführt werden können.

Ich darf Dich um Bestätigung dieser meiner Ansicht bitten.

- 2 -

BA NS 19 neu / 1577

Wir werden in diesem Falle alles vermeiden, was unseren Feinden als Propaganda gegen Deutschland dienen könnte.

Heil Hitler !

Dein

gez. H. Himmler

2.) Reichssicherheitshauptamt

3.) SS-Obergruppenführer Wolff

durchschriftlich mit einer Abschrift der Notiz über die Juden fremder Staatsangehörigkeit mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I.A.

SS-Obersturmführer

Anlage

BA NS 19 neu/1577

Persönlicher Stab Reichsführer-SS
Schriftgutverwaltung
Akt. Nr. Gch. I ... 6/43

Abschrift

N o t i z

1.) Betrifft Juden fremder Staatsangehörigkeit.

Vom Auswärtigen Amt wird auf die italienische Regierung in dem Sinne eingewirkt, ihr Vorgehen gegen die Juden dem unsrigen anzupassen. Um in dieser Beziehung zu klaren Ergebnissen zu kommen, ist die Deutsche Botschaft in Rom vor kurzem beauftragt worden, der italienischen Regierung mitzuteilen, dass wir aus besonderem Entgegenkommen den Verbleib von Juden italienischer Staatsangehörigkeit in den zu unserem Machtbereich gehörenden Gebieten noch bis zum 31. März 1943 zulassen wollten. Nach diesem Zeitpunkt müssten wir uns aber aus Gründen militärischer und politischer Art gegenüber allen Juden, also auch gegenüber den Juden italienischer Staatsangehörigkeit, die sich in unserem Machtbereich befinden, freie Hand vorbehalten. Die italienische Regierung erhält auf diese Weise die Möglichkeit, diejenigen Juden italienischer Staatsangehörigkeit, an denen sie Interesse nimmt, zu sich zurückzuziehen. Wir haben der Italienischen Regierung ferner mitteilen müssen, dass die italienischen Vermögensinteressen von uns grundsätzlich gewahrt werden sollen und dass ihre Sicherstellung zugunsten der italienischen Regierung durch besondere Vereinbarung erfolgen kann. Es bleibt nun zunächst der Erfolg dieses Schrittes abzuwarten.

Was die Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit in Frankreich anbelangt, so ist der schweizerischen Regierung mitgeteilt worden, dass die Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit vom 1. Februar 1943 an unseren Massnahmen unterworfen werden würden, dass sie also Gelegenheit

BA NS 19 neu/1577

habe, diese Juden vor diesem Zeitpunkt zu sich zurückzunehmen. Die schweizerischen Behörden, die Listen für Holland und Belgien in Frage kommenden Juden bereits überreicht haben, bereiten jetzt eine gleiche Liste für Frankreich vor. Bezüglich der Juden spanischer Staatsangehörigkeit sind bisher noch keine diplomatischen Schritte getan worden doch ist dies in Bearbeitung.

2.) Betrifft Behandlung gefangener polnischer Offiziere.

Nach Auffassung des Auswärtigen Amts brauchen wir die im Kriege mit Polen gefangen genommenen polnischen Offiz und Mannschaften nicht mehr als Kriegsgefangene im völkerrechtlichen Sinne, besonders im Sinne der Genfer Konventior zu behandeln, da der frühere polnische Staat zu existieren aufgehört hat.

Es ist jedoch geboten, die in Frage stehenden früheren polnischen Offiziere wegen ihrer Widersetzlichkeit hinter Schloss und Riegel zu behalten, weil es ein aussichtsloses Beginnen wäre, sie zu Freunden Deutschlands machen zu wollen, und weil sie, wenn man sie auf die Bevölkerung losliess nur Unheil stiften würden.

Wenn seitens der Reichsführung-SS gesagt wird, dass m auf diese früheren polnischen Offiziere das sogenannte Stachanow-System anzuwenden beabsichtige, so sind die Au.- wirkungen eines solchen Vorgehens nicht zu übersehen. Es ist jedoch jedenfalls notwendig, bei dem weiteren Vorgehen gegen die früheren polnischen Offiziere Massnahmen zu vermeiden, die von unseren Feinden als wirksame Propaganda besonders ausgeschlachtet werden könnten.

Westfalen, den 23. Januar 1943.

F.d.R.d.A.

SS-Obersturmführer.

CDJC XLVIII a 12

XLVIII a - 19

2. Februar

IV J - BdS - SA 225a
Rö./Ne.

Geheim!

An das

Reichssicherheitshauptamt
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller

B e r l i n .

Betr.: Behandlung der Juden im neubesetzten Frankreich.
Anlg.: 2 Abschriften

Gruppenführer!

Im Nachgang zu meinem Blitz-FS vom 13.1.1943 überreiche ich anliegend einen Geheimbericht des französischen Präfekten in Nizza, den dieser am 14.1.1943 an Laval gerichtet hat. (2 Durchschriften)

Der Bericht schildert ausführlich, wie sich die italienischen Stellen im Departement Alpes Maritimes für die Juden eingesetzt haben und wie die Durchführung aller von der französischen Regierung angeordneten Judenmaßnahmen in dem von Italien besetzten Gebiet von den Italienern verhindert worden ist.

CDJC XLVIII a 12

XLVIII - 63

2. Februar

IV 1 - Bdg - SA 2575a
Rö./Ne.

Ich wäre dankbar, wenn der Bericht im Reichssicherheitshauptamt übersetzt und dem Reichsführer SS möglichst umgehend vorgelegt werden könnte, da er außerordentlich aufschlußreich für die Haltung der Italiener in der Judenfrage ist.

An das

Reichssicherheitshauptamt

z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller

SS-Standartenführer.

Betr.: Behandlung der Juden im nunbesetzten Frankreich.
Anlg.: 2 Abschriften

Gruppenführer!

Im Nachgang zu meinem Blitz-FS vom 13.1.1943 überreiche ich anliegend einen Gesamtbericht des französischen Presseattachés in Nizza, den dieser am 14.1.1943 an Laval gerichtet hat.

Der Bericht schildert anschaulich, wie sich die italienischen Stellen im Departement Alpes Maritimes für die Juden eingesetzt haben und wie die Durchführung aller von der französischen Regierung angeordneten Judenmaßnahmen in dem von Italien besetzten Gebiet von den Italienern verhindert worden ist.

XXVa-261a

347 d.

DJC XXVa 261a

R.F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 6030		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV J - BdS - SA 225a
Rö./Ne.

Paris, den 3. Februar 1943

Geheim!

Referatsleiter und Berichterstatter: SS-OStuf. Röthke.

An das
Reichssicherheitshauptamt
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller

Berlin.

Betr.: Behandlung der Juden im neubesetzten Gebiet.

Vorg.: Mein Blitz-FS vom 13.1.1943 sowie mein Schreiben vom 2.2.1943, Az.: IV J - BdS - SA 225a - Rö./Ne.

Das Auswärtige Amt hat durch Telegramm vom 31.1.1943 die Deutsche Botschaft in Paris angewiesen, die zuständigen deutschen Militärstellen in Frankreich zu veranlassen, daß bei Verhandlungen mit dem italienischen Oberbefehlshaber in Südfrankreich über die Abschiebung der Juden aus dem neubesetzten Küstengebiet in innerfranzösische Departements zum Ausdruck gebracht würde, daß weitgehendste Zusammenarbeit aus sicherheitspolizeilichen Gründen unbedingt erforderlich sei. Das Interesse auf Sicherstellung des Küstenschutzes in den südfranzösischen Küstendepartements sei

CDJC XXV a 261 a

gegenseitig und könne nur durch sofortige gleichlaufende Maßnahmen gewährleistet werden. Wir seien bisher von der Annahme ausgegangen, daß die ersten Anordnungen des italienischen Oberkommandos vom 4.12.1942, die eine Internierung der Juden in den Küstendepartements vorsahen, durchgeführt würden. Zu unserer Überraschung hätten wir von Vichy-Regierung erfahren, daß die italienische Waffenstillstandskommission mit Schreiben vom 30.12.1942 bei der Vichy-Regierung Einspruch gegen den Erlaß des Präfekten des Departemens Alpes Maritimes eingelegt habe.

Die Deutsche Botschaft in Rom habe die Weisung erhalten, in diesem Sinne bei der italienischen Regierung vorstellig zu werden. Die Deutsche Botschaft in Paris soll über den Verlauf der in Frankreich geführten Verhandlungen berichten. Das Ergebnis des deutschen Schrittes in Rom wird vom Auswärtigen Amt der Deutschen Botschaft in Paris mitgeteilt werden.

Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte gleichzeitig, den Oberbefehlshaber West um Einleitung entsprechender Verhandlungen mit dem italienischen Oberbefehlshaber in Südfrankreich. Über das Ergebnis werde ich berichten.

2. Wvlg. bei IV J - BdS

Kleinkauf
SS-Standartenführer.

Nr. 12 4.43

XXVI. 71
CDJC XXVI 71

Abschrift.

BdS / E

12. Februar 1943.

An das

Reichssicherheitshauptamt
Amt IV

B e r l i n

SS-Gruppenführer M ü l l e r.

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich.

Vorg.: Rücksprache mit SS-Obersturmbannführer Eichmann in Paris.

Die Mitteilung von SS-Obersturmbannführer Eichmann über die Evakuierung aller Juden französischer Staatsangehörigkeit, veranlaßt mich, zu dieser Frage kurz Stellung zu nehmen und in einer Darstellung der augenblicklichen Lage auf die Punkte hinzuweisen, die für eine Durchführung notwendig sind, um möglichst wenig Schwierigkeiten durch die französische Regierung zu haben.

1.) Wie in den verschiedenen Berichten mitgeteilt wurde, hat sich die französische Regierung auf deutschen Druck hin bereiterklärt, die Juden nicht-französischer Staatsangehörigkeit einschließlich der staatenlosen Juden, festnehmen zu lassen und auch von der französischen Polizei an die Deutsche Polizei zum Abtransport ins Reich abzugeben.

X CDJC XXVI 71

2.) Die französische Regierung, d.h. vor allem Marschall Pétain, widersetzt sich aber jedem Versuch, die Maßnahmen gegen Juden auch auf Juden französischer Staatsangehörigkeit zu erweitern. Es wurde abgelehnt, die Einführung des Judensternes durch die französische Regierung zu erlassen. Der Judenstern ist im altbesetzten Gebiet durch deutsche Verordnungen eingeführt worden. Im neubesetzten Gebiet wurde er bisher noch nicht eingeführt, da sich nach wie vor die französische Regierung weigert, für dieses Gebiet dieselben Anordnungen zu übernehmen, wie sie von der deutschen Militärverwaltung im altbesetzten Gebiet angewendet wurden. Im neubesetzten Gebiet ist die französische Regierung bisher noch souverän.

3.) Alle Versuche, den Standpunkt der französischen Regierung zu ändern, scheiterten. Auch die Versuche des Judenkommissars Darquier de Pellepoix waren ohne Ergebnis. Wenn Präsident Laval auch angibt, er persönlich wäre bereit, die Maßnahmen gegen alle Juden anzuwenden, so ist diese Äußerung nicht ernst zu nehmen, da er sich im entscheidenden Moment immer mit der Feststellung herausredet, daß

a) die Italiener noch nicht einmal Einschränkungen gegen Juden zulassen, sondern im Gegenteil in dem von den Italienern besetzten Gebiet den Schutz der Juden aller Staatsangehörigkeiten übernehmen und der französischen Regierung verbieten, Maßnahmen selbst gegen Juden französischer Staatsangehörigkeit zu erlassen.

b) Marschall Pétain werde sich schärfstens dagegen erklären, daß Juden französischer Staatsangehörigkeit konzentriert oder abtransportiert werden. Pétain werde sogar mit seinem Rücktritt drohen.

4.) Die Einstellung des Marschalles Pétain wird offenbar, wenn man betrachtet, daß die französische Polizei - der französische Polizeichef Bousquet persönlich - alles tut, um zu verhindern, daß Juden französischer Staatsangehörigkeit abtransportiert werden. Als Beispiel wird folgendes ahgeführt:

Aus dem Judenlager sollten Juden französischer Staatsangehörigkeit abtransportiert werden, die wegen Nicht-Tragens des Judensternes oder anderer Verfehlungen festgenommen waren. Bousquet ließ erklären, man könne diese Juden abtransportieren, doch würde die französische Polizei zur Durchführung nicht bereit stehen. Auf die hiesige Antwort, dann würde der Abtransport durch deutsche Kräfte durchgeführt, wurde von Seiten der französischen Polizei dadurch geantwortet, daß man eine Razzia machte und sofort 1.300 Juden nicht-französischer Staatsangehörigkeit festnahm. Diese Juden wurden der deutschen Polizei übergeben, mit dem Hinweis, diese an Stelle der Juden französischer Staatsangehörigkeit abzutransportieren. Es ist klar, daß beide Kategorien von Juden in diesem Falle abtransportiert werden.

5.) Wenn jetzt im Großen Maßnahmen gegen alle Juden französischer Staatsangehörigkeit erlassen werden, so ist mit Rückschlägen in politischer Hinsicht zu rechnen. Sowie aufgrund der gesamten militärischen Lage auch in anderen Gebieten die Auffassung besteht, Deutschland werde den Krieg verlieren, so ganz besonders in Frankreich, wo man von den Amerikanern erwartet, daß man durch sie Nordafrika zurückerhält und andererseits auch ein starkes Frankreich garantiert bekommt. In Frankreich wird aufgrund dieser jetzt besonders stark"abwartenden Haltung" versucht werden, keine weiteren Maßnahmen gegen Juden zuzulassen, um den Amerikanern gegenüber zu zeigen, daß man den Weisungen der deutschen Regierung nicht Folge leisten will.

Den Deutschen gegenüber argumentiert man gegen die Maßnahmen, mit dem Hinweis auf die Italiener. Man erklärt, daß die Italiener - dies sind Tatsachen, die auch von allen Dienststellen der Sicherheitspolizei , wie von anderen deutschen Dienststellen gemeldet und unterstrichen werden - überall östlich der Rhone für die Juden eintreten. Nicht nur, daß die offiziellen italienischen Stellen Noten an die französische Regierung richten, in denen sie verbieten, die Juden zu kennzeichnen und daß man auf diesem

Wege für Juden aller Staatsangehörigkeiten eintritt, sondern es besteht auch zwischen der italienischen Besatzungstruppe und der jüdischen Bevölkerung bestes Einvernehmen. Italiener wohnen bei Juden und lassen sich von Juden einladen und bezahlen, so daß dort unten der Eindruck entsteht, daß die deutsche und italienische Auffassung absolut verschieden ist. Man weist schon von französischer Seite darauf hin, daß durch jüdische Beeinflussung bei den italienischen Soldaten pazifistische und kommunistische Zersetzungserscheinungen vorhanden sind und damit sogar eine amerika-freundliche Stimmung erzeugt wird. Über diese jüdischen Mittelsmänner wird zugleich ein sehr gutes Verhältnis zwischen italienischen Soldaten u. französischer Bevölkerung hergestellt mit dem Hinweis, Franzosen und Italiener würden sich als latainische Rasse viel schneller verstehen, als Deutsche und Franzosen oder auch Deutsche und Italiener. Es wird planmäßig alles versucht, das deutsch-italienische Verhältnis scharf zu kritisieren und andererseits für eine französisch-italienische Verständigung einzutreten und damit gleichzeitig die gesamte Bevölkerung zu zersetzen mit dem Hinweis, daß bei einem Angriff der Amerikaner, die Italiener nicht zur Verteidigung antreten, sondern vielmehr von den Amerikanern endlich die Schaffung des Friedens herbeigeführt wird.

Diese Situation gibt der französischen Regierung aufgrund der augenblicklichen militärischen Lage doppelt Auftrieb, einmal gegen Italien stark aufzutreten, da man sich von jeher den Italienern gegenüber als überlegen betrachtet, andererseits aber den deutschen Forderungen in der Judenfrage Widerstand entgegenzustellen.

6.) Wenn jetzt die Endlösung der Judenfrage in Frankreich befohlen wird, so ist damit zu rechnen, daß

a) Pétain sich dagegenstellt, d.h. verbietet, daß die exekutiven Maßnahmen durch die französische Polizei wahrgenommen werden, oder daß er selbst mit seinem Rücktritt droht. (Aufgrund der Gesamtlage in Afrika und der Tatsache, daß ständig Franzosen versuchen nach

Nordafrika zu kommen, ohne daß von Pétain dagegen entschieden wird und Maßnahmen getroffen werden, ist fraglich, ob Pétain heute noch für das deutsche Reich als französischer Staatschef von Vorteil ist, oder ob Pétain, der als Symbol einmal die deutsch-französische Verständigungspolitik macht, gleichzeitig aber als Symbol aller Franzosen auch die Ereignisse in Nordafrika mit der Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang für Frankreich verfolgt,

b) Laval selbst wird die Maßnahmen gegen die Juden billigen, wenn er dafür politisch von Deutschland dem französischen Volk gegenüber irgendeine Zusage erhält. In einer Besprechung am 12.2.1943 erklärte Laval, daß die Amerikaner Frankreich bereits die Zusage gemacht hätten, daß Frankreich die gesamten bisherigen italienischen Kolonien erhält, die französischen Kolonien zurückbekommt und Frankreich mehr als die Rheingrenze in Europa erhalten würde. Von deutscher Seite sei ihm keinerlei Zusage für die Nachkriegszeit gemacht. Laval wird nach meiner Auffassung die Judenmaßnahmen schlucken, wenn er eine politische Zusicherung in irgendeiner Form erhält.

7.) Für die Durchführung der Judenmaßnahmen im neubesetzten Gebiet ist der Einsatz der französischen Polizei erforderlich. Dies würde durch die Person Lavals in den unter Punkt 6 aufgezeigten Vorbedingungen garantiert sein.

8.) Um die Maßnahmen für Gesamtfrankreich durchzuführen, ist Voraussetzung, daß auch im italienisch-besetzten Gebiet die Maßnahmen durchgeführt werden dürfen, da andernfalls schon heute eingesetzte Abwanderungen von Juden in das italienisch-besetzte Gebiet große Formen annehmen würden, und es bei halben Maßnahmen bliebe.

gez. Dr. Knochen
SS-Standartenführer.

CDJC XXVa 269 a

XXVa-269 a

363

17. Februar 3

IV B (IV J alt) BdS
SA 225a
Rö./Ne.

Referatsleiter und Berichterstatter:
SS-Obersturmführer R ö t h k e .

Vfg.

G e h e i m !

1. Schrb.

An das
Reichssicherheitshauptamt - Amt IV
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller

B e r l i n .

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich,
hier: Stellung der Italiener zur Judenfrage.

Vorg.: Mein FS vom 3.2.1943.

I. Der Oberbefehlshaber West ist auf mein Schreiben vom 3.2.1943 hin, in dem ich gebeten hatte, daß dem italienischen Oberbefehlshaber in Südfrankreich die Abschiebung der Juden aus den Grenz- und Küstendepartements nahegelegt werden möchte, an das OKW, Wehrmachtsführungsstab herangetreten und hat um Klärung der Frage mit der italienischen Regierung gebeten, da der Oberbefehlshaber West sich selbst für unzuständig hielt, weil auch die italienische Regierung andere Auffassungen zu haben scheine.

CDJC XXV a 269 a

Über etwa vom OKW daraufhin eingeleitete Schritte ist mir nichts bekannt geworden.

II Das Auswärtige Amt hat an die Deutsche Botschaft in Paris folgenden Geheim-Bericht der Deutschen Botschaft in Rom übermittelt:

"Habe d'Ajeta in geeigneter Form von obigem Drahterlaß in Kenntnis gesetzt und ihm die deutschen Wünsche über weitestgehende Zusammenarbeit bei Abtransport aller Juden aus Küstendepartement übermittelt, insbesondere darauf hingewiesen, daß wir von der Annahme ausgegangen seien, daß die Anordnung des italienischen Oberkommandos vom 4. Dezember 1942 durchgeführt würde und überrascht darüber seien, daß italienische Waffenstillstandskommission Einspruch erhoben habe.

Mit Deutlichkeit habe ich gebeten, daß der italienische Oberbefehlshaber in Südfrankreich angewiesen werden möge, die französischen Behörden bei Durchführung ihrer Maßnahmen gegen sämtliche Juden nicht-italienischer Staatsangehörigkeit zu unterstützen und Zusammenarbeit deutscher Stellen zu vertiefen. Im übrigen habe ich auch auf die Meldung der "Times" verwiesen und gefragt, ob Meldung auf Tatsachen beruhe. D'Ajeta erklärte, daß es sich bei der Behandlung der in dem von italienischen Truppen besetzten Gebiet Südfrankreichs befindlichen französischen bezw. ausländischen (d.h. nicht italienischen) Juden um eine neue und politisch wichtige Frage handle, die nur zwischen den beiden Regierungen und nicht unmittelbar zwischen den Militärbefehls-

CDC XXVa 269 a

habern geregelt werden könne. Als ich ihm das bei den Akten Militärattaché befindliche Schreiben des Comando Supremo an den deutschen General beim italienischen Hauptquartier vom 3. Dezember 1942 zeigte, in dem Comando Supremo mitteilt, daß italienischerseits dafür gesorgt werden würde, daß "alle Juden und ihre Familien interniert würden", erklärte er, diese Anweisung zu kennen. So wie er wisse, sei Internierung auch allgemein durchgeführt worden. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Ansicht. D'Ajeta sagte zu, ganzes Thema einer genauen Prüfung unterziehen zu wollen und gab folgenden Zwischenbescheid:

> "Mit Bezug auf die Aufzeichnung betreffend die Lage der italienischen, französischen und ausländischen Juden in Frankreich in der von den italienischen Truppen besetzten Zone behält sich das italienische Außenministerium vor, sobald als möglich eine Antwort bezüglich der Maßnahmen zu geben, die gegen die Juden in dem erwähnten französischen Gebiet getroffen wurden und noch zu treffen sind."

III Die Deutsche Botschaft in Rom hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die italienische Regierung beschlossen habe, die in den besetzten Westgebieten, in Deutschland und dem Protektorat befindlichen Juden italienischer Staatsangehörigkeit bis zum 31.März 1943 nach Italien zu überführen. Sie werde in den nächsten Tagen Vorschläge wegen des Abtransportes der Juden und zur Regelung ihrer finanziellen Verhältnisse machen.

Das italienische Generalkonsulat in Paris ist mit der Vorbereitung des Rücktransportes der Juden italienischer Staatsangehörigkeit aus Frankreich befaßt und hat bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Für den Rücktransport

CDJC XXVa 269 a

366

ist der 15. März 1943 vorgesehen. Für die Rückführung kommen rund 1000 Juden italienischer Staatsangehörigkeit im alt- und neubesetzten Gebiet Frankreichs in Betracht.

IV Beigeschlossen überreiche ich die Übersetzung einer mir zugegangenen Zusammenstellung über die von den französischen Behörden im Departement Alpes Maritimes geplanten Judenmaßnahmen und über die von den italienischen Militär- und Zivilbehörden vorgenommenen Behinderungen. Ich nehme hierzu auf meinen Geheim-Bericht vom 2.2.1943, Az.: IV J - BdS SA 225a - Rö./Ne. Bezug, dem ich zwei Abschriften eines Geheim-Berichtes des französischen Präfekten in Nizza beigefügt hatte.

2. SS-Standartenführer mit der Bitte um Kenntnisnahme und Unterzeichnung.

3. Zurück an IV B - BdS

CDJC I 38 I-38

R. F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Mo Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	22 Feb durch 1340 AG	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 2675		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B (IV J alt) BdS
SA 225a
Rö./Ne.

Paris, den 22. Februar 1943

3356/43.

G e h e i m !

An das
Reichssicherheitshauptamt
Amt IV
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller
B e r l i n .

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich;
hier: Stellung der Italiener zur Judenfrage.
Vorg.: Mein Bericht vom 12.2.1943.

Wie der französische Polizei-Intendant von Lyon am 20.2.1943 mitgeteilt hat, ist von der französischen Regierung die Festnahme von 200 bis 300 Juden innerhalb des Bereiches der Regionalpräfektur Lyon angeordnet worden. Die Juden sollten in ein Internierungslager gebracht und von dort zum Zwecke des Arbeitseinsatzes nach Auschwitz überstellt werden. Der Polizei-Intendant Lyon hatte an alle unterstellten Präfekten Befehl gegeben, diese Festnahmen durchzuführen.

Von Seiten der italienischen Besatzungsbehörden ist gegen die Festnahme der Juden bei dem französischen Regionalpräfek-

ten Lyon offiziell protestiert worden. Der in Grenoble stationierte italienische General hat nach Mitteilung des französischen Polizei-Intendanten von den französischen Behörden die Zurückziehung des Befehls zur Festnahme der Juden verlangt. Der französische Polizei-Intendant sei notgedrungen diesem Befehl nachgekommen.

Es sollten bei der Festnahme Juden fremder Staatsangehörigkeit, wie ehemals deutsche, polnische usw. erfaßt werden.

Es darf mithin festgestellt werden, daß die Italiener erneut in dem von ihnen besetzten Gebiet Frankreichs die Durchführung der Judenmaßnahmen der französischen Regierung verhindert haben. Durch das Verbot sind die Italiener erneut eingetreten für Juden fremder Staatsangehörigkeit. Der Befehl zur Festnahme von Juden italienischer Staatsangehörigkeit war nicht erteilt worden.

Durch das Eintreten der Italiener für die Juden ist den französischen Behörden erneut bewiesen worden, daß die deutsche und die italienische Auffassung in der Judenfrage absolut verschieden ist.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß die französische Regierung, die nur widerwillig an die Lösung der Judenfrage herangehen möchte, in dieser Auffassung durch die Maßnahmen der italienischen Behörden geradezu bestärkt wird. Abgesehen aber davon ist es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß die Endlösung der Judenfrage im neubesetzten Gebiet Frankreichs ausgerechnet von dem mit Deutschland verbündeten Italien auf diese Weise ungeheuer erschwert und teilweise sogar unmöglich gemacht wird.

Wie ich bereits in meinem Bericht vom 12.2.1943 dargelegt habe, versuchen die Juden ein gutes Verhältnis zwischen italienischen Soldaten und der französischen Bevölkerung herzustellen mit der Begründung, daß die Franzosen und Italiener sich als lateinische Rasse viel besser verstehen könnten als Deutsche und Franzosen oder Deutsche und Italiener. Wenn auch jetzt noch höchste italienische Militärstellen die Juden vor Verhaftungen durch die französische Polizei schützen, so führt das dazu, daß nicht nur die französischen Behörden, sondern auch die gesamte französische Öffentlichkeit zu schärfster Kritik des deutsch-italienischen Verhältnisses geradezu herausgefordert wird. Außerdem aber muß für die Zukunft mit verstärktem Widerstand seitens der französischen Regierung gegen alle unsere Forderungen bei der Endlösung der Judenfrage gerechnet werden.

Ich bitte daher, dafür eintreten zu wollen, daß die italienischen zivilen und militärischen Behörden im neubesetzten Gebiet Frankreichs auf schnellstem Wege über die italienische Regierung angewiesen werden, daß sie der Endlösung der Judenfrage in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs keine Schwierigkeiten zu bereiten haben.

CDJC I 38 I-36

R. F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befordert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr.		
Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch		

Wenn diese Forderung nicht durchgesetzt werden kann, so muß heute schon darauf hingewiesen werden, daß die Endlösung des Judenproblems in Frankreich in Frage gestellt ist. Gerade aber in dem von den Italienern besetzten Gebiet Frankreichs haben sich die Juden ganz besonders nach der Flucht aus dem altbesetzten Gebiet zusammengeballt. So ist insbesondere Lyon und die Côte d'Azur geradzu von reichen und einflusreichen Juden überschwemmt. Die Flucht der Juden aus dem von Deutschland besetzten Gebiet in das von Italien besetzte Gebiet nimmt ständig zu. Nach mir zugegangenen Gerüchten sollden die Italiener dazu übergegangen sein, die Juden nicht nur illegal in die Schweiz, sondern auch in italienisches Gebiet einwandern zu lassen.

A. Leibbrandt
SS-Standartenführer.

CDJC XXV a 277

XXVa-277

378 1.

R. F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 10238		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - EdS - SA 225a
Rö./Ke.

Paris, den 24. Februar 1943

Sachbearbeiter und Berichterstatter: SS-O'Stuf. Röthke.

Dringend !

Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt
Amt IV
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller

B e r l i n .

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich;
hier: Stellung der Italiener zur Judenfrage.

Vorg.: Meine Berichte vom 12.2. und 17.2.1943
Meine FS vom 3.2. und 22.2.1943.

Die französische Polizei hat in Durchführung einer von mir angeordneten Sühnemaßnahme die Festnahme von 2000 Juden im Alter von 16 bis 65 Jahren im alt- und neubesetzten Gebiet veranlaßt. Es sollten arbeitsfähige Juden im Alter von 16 bis 65 Jahren festgenommen werden, die den Abschubbedingungen entsprechen.

Im Bereich Grenoble sind von der französischen Polizei 100 dieser Juden festgenommen und zum Zwecke der Überstellung an uns interniert worden. Die

CDC XXVa 277

Italiener haben daraufhin Einspruch eingelegt und die Auslieferung dieser Juden mit der Begr.ndung abgelehnt, daß die festgenommenen Juden als "blockiert" gälten. Der Kabinettchef des Delegierten der französischen Polizei im altbesetzten Gebiet hat mir zum Ausdruck gebracht, daß der französischen Polizei die Haltung der Italiener zur Judenfrage unverständlich sei, da Juden italienischer Staatsangehörigkeit nicht festgenommen worden sind. Weitere Judenmaßnahmen im neubesetzten Gebiet könnten zukünftig nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn die italienischen zivilen und militärischen Behörden im neubesetzten Gebiet zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Haltung bestimmt werden könnten.

Über weitere Schritte der Italiener im neubesetzten Gebiet hinsichtlich der Judenfrage werde ich laufend berichten.

I.V.

SS-Obersturmbannführer.

(Nach Rückgabe des Fernschr. an IV B - Best zurück)

AA Inl. II g 192

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

IV B 4 143 g (6)

212

Berlin SW 11, den 15. Februar 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8

Auswärtiges Amt
D III 252. Geheim
eing. 25. FEB. 1943
Anl. (fehl) Dopp. d. Eing.

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. Herrn Gesandten Dr. B e r g m a n n

B e r l i n .

Betrifft: Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem.

Bezug: Laufende Besprechungen mit SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n .

Ich nehme Bezug auf die vorgenannten Besprechungen und teile Nachstehendes auf Ihre Bitte zur gefälligen Kenntnisnahme mit:

Am 29.1.1943 hat der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei unter Tagebuch-Nr. I 144 /43 Ads.g an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop u.a. folgendes geschrieben:

"Was die Juden fremder Staatsangehörigkeit betrifft, so liegt mir über die von uns beabsichtigten Schritte hinaus daran, daß auch in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs die Juden italienischer und sonstiger Staatsangehörigkeit entfernt werden. Die Juden sind in diesem Gebiet das Element des Widerstandes und die Urheber der für die italienischen Truppen besonders gefährlichen kommunistischen Propaganda.

K211957

./.

E401508

AA Inl. II g 192

Außerdem ist das Verbleiben der Juden im italienischen Machtbereich für viele Kreise in Frankreich und in ganz Europa der Vorwand, in der Judenfrage leiser zu treten, weil darauf hingewiesen wird, daß nicht einmal unser Achsenpartner Italien in der Judenfrage mitginge."

Auf Ihre Bitte, einige der wichtigsten Fälle zwecks Mitteilung an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen zu konkretisieren, führe ich im einzelnen an:

a) Der Beauftragte des Polizeichefs Bousquet, ein Herr Leguay, teilt dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris mit, daß die Italienische Regierung dem Präsidenten Laval eine Note überreicht hat, in der sie folgendes sinngemäß erklärt:

"Die Italienische Regierung macht keine Einwendungen gegen die Maßnahmen der Französischen Regierung im neubesetzten Gebiet betreffend der Juden französischer Staatsangehörigkeit (im Hinblick auf die Kennzeichnung der Identitätskarte, Lebensmittelkarten usw.). Sie wendet sich aber gegen jede Maßnahme gegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit; d.h. nicht nur die italienischen Juden werden dadurch von Italien geschützt, sondern auch gleichzeitig sämtliche anderen ausländischen Juden."

b) Marcel Rouaix, Missionsbeauftragter bei Laval erstattete bei seiner Rückkehr nach Vichy Laval Bericht über seine Eindrücke. Er sagte u.a., daß die französische Bevölkerung sowie verschie-

K211958

E401569

dene deutsche Freunde, die er getroffen habe, Laval vorwürfen, keinerlei Säuberungsaktionen vorzunehmen. Als Laval bat, etwas Genaueres zu sagen, nahm Rouaix als Beispiel die Judenfrage und fügte hinzu, daß allgemein erwartet würde, Laval werde die im besetzten Gebiet durchgeführten Judenmaßnahmen auch im neubesetzten Gebiet durchführen. Laval antwortete darauf:

"Wie wäre mir dies möglich, wo doch die Italiener bei mir vorstellig geworden sind, keinerlei Maßnahmen gegen die Juden in der von den Italienern besetzten Zone zu ergreifen. In Nizza sei beispielsweise der befehlshabende italienische Offizier beim Präfekten vorstellig geworden, damit selbst nicht einmal die Lebensmittelkarten der Juden den Stempel "Jude" bekämen."

4./ c) Gewissermaßen als Dank für die Inschutznahme der Juden in dem von den Italienern besetzten französischen Gebiet haben angeblich die Juden von Nizza eine Geldsammlung für die von den Englisch-Amerikanischen Luftangriffen betroffenen Teile der italienischen Bevölkerung durchgeführt und eine Summe von 3 Millionen frs. aufgebracht. Diese Summe wurde über den Vatikan an die Italienische Regierung überwiesen, die den Empfang bestätigte und gedankt hat.

d) Die laufenden Bemühungen des Reichssicherheitshauptamtes, aus dem von Italien besetzten Gebiet Kroatiens die dort noch ansässigen rd. 10.000 Juden zu evakuieren, scheiterten bisher an der gegensätzlichen Haltung der dortigen italienischen militärischen Stellen.

e) Der französische Polizei-Intendant von Lyon hat am 20.2.1943 mitgeteilt, daß von der Französischen

Akt Rel E g 192

Regierung die Festnahme von 200 bis 300 Juden innerhalb des Bereichs der Regionalpräfektur Lyon angeordnet wurde. Die Juden sollten in ein Internierungslager gebracht und von dort zum Zwecke des Arbeitseinsatzes nach dem Osten überstellt werden. Der Polizei-Intendant Lyon hatte an alle unterstellten Präfekten Befehl gegeben, diese Festnahme durchzuführen. Von Seiten der italienischen Besatzungsbehörden ist gegen die Festnahme bei dem französischen Regionalpräfekten Lyon offiziell protestiert worden. Der in Grenoble stationierte italienische General hat nach Mitteilung des französischen Polizei-Intendanten von den französischen Behörden die Zurückziehung des Befehls zur Festnahme der Juden verlangt. Der französische Polizei-Intendant sei notgedrungen diesem Befehl nachgekommen. Es sollten bei dieser Festnahme lediglich Juden fremder Staatsangehörigkeit, wie ehemals deutsche, polnische usw., erfaßt werden. Es darf mithin festgestellt werden, daß die Italiener erneut in dem von ihnen besetzten Gebiet Frankreichs die Durchführung der Judenmaßnahmen der Französischen Regierung verhindert haben. Durch das Verbot sind die Italiener wiederum für die Juden fremder Staatsangehörigkeit eingetreten. Der Befehl zur Festnahme von Juden italienischer Staatsangehörigkeit war nicht erteilt worden. Durch das Eintreten der Italiener für diese Juden ist den französischen Behörden erneut bewiesen worden, daß die deutsche und die italienische Auffassung in der Judenfrage absolut verschieden ist. Die Französische Regierung, die ohnedies nur widerwillig an die Lösung der Judenfrage herangehen möchte, ist in dieser Auf-

K211960

E401511

AA Inl. II g 192

fassung durch die Maßnahmen der italienischen Behörden neuerdings geradezu bestärkt worden.

Diese ständigen Ausnahmebehandlungen von Juden durch italienische Behörden sowie das ständige sich Einsetzen für Juden durch alle italienischen Stellen in den verschiedensten europäischen Ländern ließe sich beliebig fortsetzen. Gerade die Einstellung der Italiener im Hinblick auf die Durchführung der europäischen Gesamtlösung hat die von uns erstrebten Maßnahmen außerordentlich erschwert und bereits heute schon zum Teil unmöglich gemacht, weil sich die Regierungen der verschiedensten europäischen Länder auf die Haltung des Achsenpartners herausreden. Diese italienische Gesamthaltung in der von uns zu bearbeitenden Frage durchkreuzt schlechthin vollends die vom Führer bei jeder Rede und Proklamation publizierte Forderung.

In Vertretung:

SS-Gruppenführer und
Generalleutnant der Polizei

K211961

E401512

CDJC XXV a 328/329

D 484

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten - Übermittlung

XXV a - 328

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von 26.Feb.1943 durch	an durch	B. d. S. - Par. Eing. 26 FEB. 1943 G. B. Nr. 2908 Abt. IV B Anl. 1
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 10661		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

4062/43 / B.d.S.

+ DR BERLIN NUE NR 37143 26.2. 43 1655 = GR =
AN DEN B D S - Z. HD. ᛋᛋ- STANDARTENFUEHRER
DR. K N O C H E N - IN PARIS =
G E H E I M -
BETR : ENDLOESUNG DER JUDENFRAGE IN FRANKREICH.-
HIER: STELLUNG DER ITALIENER ZUR JUDENFRAGE. -
BEZUG: DORT.FS. NR. 1870 VOM 13.1. 1943, NR. 7541 VOM 12.2. 1943, NR. 9675 VOM 22.2. 43 -
DEN INHALT DER OBENBEZEICHNETEN FERNSCHREIBEN HABE ICH MIT WESENTLICHEN DEM AUSWAERTIGEN AMT MITGETEILT. DER REICHSAUSSENMINISTER WIRD AUF GRUND DER VON HIER ERFOLGTEN UNTERRICHTUNG BEI DEN NAECHSTEN PERSOENLICHEN VERHANDLUNGEN MIT DEM DUCE DIE HALTUNG ITALIENS ZUR JUDENFRAGE ZUR SPRACHE BRINGEN. SOBALD ICH IN DER ANGELEGENHEIT VOM AUSWAERTIGEN AMT UEBER DAS ERGEBNIS DER VERHANDLUNGEN KENNTNIS ERHALTE, WERDE ICH SOFORT NACHRICHT GEBEN. =

RSHA IV B 4 - 43 / KLEIN G (81)
I.A. GEZ. EICHMANN ᛋᛋ-OBERSTURMBANNFUEHRER +

CDJC XXVa 281

3544 *

XXVa-281

R.F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an durch	
	Verzögerungsvermerk	
13303 Nr.		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - BdS - SA 221 b
Rö./Ne.

Paris, den 9. März 1943

Geheim!

An das
Reichssicherheitshauptamt
IV B 4 a

Berlin.

Betr.: Behandlung der Juden in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs.

Vorg.: Ohne

Nach einer Mitteilung des deutschen Generalkonsulate Marseille vom 6.3.1943 haben sich die italienischen Behörden nach einer angeblich sicheren Meldung aus Rom entschlossen, alle Juden, selbst die Juden italienischer Staatsangehörigkeit, aus der von den Italienern besetzten Zone der französischen Mittelmeerküste in das Landesinnere zu evakuieren. Sobald Auswirkungen der angeblich geplanten italienischen Evakuierungsmaßnahmen erkennbar werden, wird unverzüglich weiter berichtet werden.

Bis heute haben sich zahlreiche Juden ununterbrochen in das von den Italienern besetzte Gebiet Frankreichs, insbesondere an die Riviera, geflüchtet, wo sie in voller Freiheit leben können und wo sie

CDJC. XXV a. 281

sich vor einem deutschen Zugriff völlig sicher fühlen.

I.V.:

SS-Obersturmbannführer.

1/

11/3/43

CDJC XXV a 281

385 1.

R.F. SS
Sicherheits-Dienst

XXV a-281

Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an 15 März 194[illegible] durch	
14320 Nr.	Verzögerungsvermerk	

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - BdS - SA 221 b
Rö./Ne.

Paris, den 13. ~~Februar~~ März 1943

An das

G e h e i m !

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4 a

B e r l i n .

Betr.: Behandlung der Juden in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs.

Vorg.: Mein FS Nr. 13 303 vom 9.3.1943.

Im Nachgang zu meinem FS-Bericht vom 9.3.1943 gebe ich von Nachstehendem Kenntnis: Der deutsche Generalkonsul in Marseille hat am 4.3.1943 folgendes Telegramm von der Deutschen Botschaft in Rom erhalten:

> "Italienische Regierung teilt mit, daß in der von Italien besetzten Zone alle Juden, selbst die Juden italienischer Herkunft, im Landesinnern interniert worden seien."

Der Generalkonsul in Marseille ist darauf hingewiesen worden, daß es sich hierbei um eine klare Falschmeldung handelt und daß das Gegenteil der Fall ist. Alle Juden genießen noch heute in der von den Italienern besetzten Zone

CDJC XXV a 281

vollste Freiheit und erhalten laufend Zuzug aus dem von den deutschen Truppen neubesetzten Gebiet Frankreichs.

Der Generalkonsul hat in diesem Sinne geantwortet.

I.V.:

SS-Obersturmbannführer.

2. Zurück an IV B - BdS

CDJC XXV a 282 a

XXV a)- 282 a)

395

15. März 3

16 MÄRZ 1943

IV B - BdS - SA 221 b
Rö./Ne.

G e h e i m !

Referatsleiter und Berichterstatter:
SS-Obersturmführer **R ö t h k e .**

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4 a

B e r l i n .

Betr.: Behandlung der Judenfrage im neubesetzten Gebiet; hier: Haltung der Italiener zur Judenfrage.

Bezug: Meine früheren Berichte.

Beigeschlossen überreiche ich die Übersetzung in doppelter Ausfertigung eines am 2.3.1943 von dem Verbindungsgeneral des italienischen Oberkommandos an den Admiral Platon, Staatssekretär beim französischen Regierungschef, gerichteten Schreibens mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, verbieten die italienischen Besatzungsbehörden in dem von Italien besetzten Gebiet Frankreichs jede Maßnahme gegen Juden ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Juden. Die italienischen Behörden stellen sich somit selbst schützend nicht nur vor Juden italienischer Staatsangehörigkeit, sondern auch vor Juden französischer Staatsangehörigkeit und alle anderen ausländischen Juden.

CDJC XXV a 282 a

Dieses Verhalten der Italiener hat dazu geführt, daß Juden in zunehmendem Maße aus dem von Deutschland neubesetzten Gebiet Frankreichs in die von den Italienern besetzten französischen Gebiete fliehen, weil sie sich dort vollkommen sicher fühlen und sogar beste Beziehungen zum italienischen Militär unterhalten. Dieses Verhalten der italienischen militärischen und zivilen Behören ist bereits nicht nur dem Judentum in Frankreich, sondern der gesamten französischen Öffentlichkeit bekannt geworden.

Es wäre verständlich, wenn die italienischen Behörden selbst die Judenfrage in dem von ihnen besetzten Gebiet zu regeln beabsichtigten, bisher haben die Italiener jedoch nicht nur nichts gegen das Judentum unternommen, das besonders stark in dem von ihnen besetzten Gebiet zusammengeballt ist, vielmehr treten sie für die Juden ein, wo immer sie nur können. So ist insbesondere die Côte d'Azur zu einem Asyl für das Judentum geworden, wie es bisher wohl kaum ein Landstrich in Frankreich gewesen ist. Die Juden fühlen sich dort in völliger Sicherheit und gehen ihren schmutzigen Geschäften, insbesondere dem Schwarzhandel völlig ungehindert nach. Da es sich in der Hauptsache um reiche Juden handelt, hat das Judentum einen großen Einfluß nicht nur auf französische Kreise, die von dem jüdischen Geld leben, sondern auch auf italienische Soldaten entwickelt.

Ich gebe nachstehend einen Auszug aus dem Lagebericht des Direktors für den Untersuchungs- und Kontrolldienst des französischen Generalkommissariats für Judenfragen. Der Bericht führt wörtlich folgendes aus:

"Die neue Lage des französischen Territoriums, die sich durch ddieh Schaffung von zwei Zonen ergibt, von denen die eine der deutschen Polizei und die andere der italienischen Polizei untersteht, hat einen deutlichen Unterschied in den Daseinsbedingungen der Juden in meiner Region mit sich gebracht. Die Juden können ständig beobachtet und verfolgt werden mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln in den Departements, die von den Deutschen besetzt sind.

Unglücklicherweise ist es völlig anders in den Departements, die den Befehlen der italienischen Behörden unterliegen.

CDJC XXV a 282 a

397 1.

So meldet mir mein Stellvertreter für die Departements Savoyen und Haute Savoie geradezu feindliche Haltung des Oberst Giobanelli, Chefs der italienischen Militär-Delegation, gegenüber der Anwendung der antijüdischen Gesetze. G. behauptet, daß keine Entscheidung, sei es vom Generalkommissariat für Judenfragen oder vom Untersuchungs- und Kontrolldienst verwirklicht werden dürfe, ohne seine Einwilligung. Diese Haltung des höheren italienischen Offiziers bringt meinen Stellvertreter in eine besonders schwierige Lage. So hat das italienische Kommando folgendes verlangt:

"Jeder Abschub von Juden aus dem Gebiet, für das Italien zuständig ist, in das der deutschen Besatzung unterliegende Gebiet ist strengstens verboten.

Dieses Verbot behält auch dann seine volle Wirksamkeit, wenn die Präfektur entgegengesetzte Befehle seitens anderer Behörden erhalten hat.

Die örtlichen französischen Behörden müssen uns von jeder etwaigen Maßnahme, die sie gegen Juden in diesem Gebiet beabsichtigen, zum Zwecke der Genehmigung auf dem laufenden halten.

gez.: Giovanelli".

Solange die italienischen Behörden ihre bisherige Haltung zur Judenfrage beibehalten, kann eine Lösung des Judenproblem im neubesetzten Gebiet Frankreichs nicht oder nur unvollkommen herbeigeführt werden, zumal die französische Regierung bisher gegen die Juden nur dann eingeschritten ist, wenn sie von uns dazu gedrängt wurde. Die französische Regierung wird in ihrer Einstellung zu Judenfrage nunmehr durch die Italiener geradezu bestärkt. Hinzu aber kommt,

CDJC XXV a 282 a

daß das Verhalten der Italiener in der Judenfrage von den Juden selbst und weiten Kreisen der französischen Bevölkerung schon jetzt in erheblichem Maße in der Propaganda ausgeschlachtet wird, um das deutsch-italienische Verhältnis in abfälliger Form zu kritisieren.

Es ist daher unbedingt notwendig, daß die italienischen militärischen und zivilen Behörden im neubesetzten Gebiet Frankreichs schnellstens zu einer grundästzlichen Änderung in ihrer Haltung zur Judenfrage gezwungen werden.

I.V.:

SS-Obersturmbannführer.

CDJC XXVa 287

Der Höhere SS- und Polizeiführer
im Bereich des Militärbefehlshab.
in Frankreich

5.April 1943.

406 A.
XXVa - 287

An
B d S - IV B

mit der Bitte um Kenntnisnahme u.Verbleib..

gez. H a g e n , SS-Stubaf.

F.d.R.:

B L I T Z !

Höh.SS-u.Pol.Fhr. Paris, den 27.März 1943.

1) An
Reichsführer-SS

2) SS-Gruf. Müller - RSHA

Betr.: Haltung des italienischen Oberkommandos zur Behandlung der Judenfrage im italienisch besetzten Gebiet.

Reichsführer!

Bei meinem letzten Vortrag hatte ich auf die judenfreundliche Haltung des italienischen Oberkommandos hingewiesen, die in sehr scharfen, Ihnen bereits vorgelegten Noten des italienischen Verbindungsgenerals an die französische Regierung zum Ausdruck gekommen sind. Bousquet legt mir erneut eine Note vom 17.3.43 vor, die ich nachstehend in Übersetzung wiedergebe:

SS
für Vorgang
Bestätigung
der Akte!
zur Verfügung
L. 8/4/43

CDJC XXV a 287

4-03

Der das italienische Oberkommando in Vichy vertretende General

an

Admiral PLATON, Staatssekretär beim Regierungschef.

Admiral,

Im Verfolg der Notiz 670 vom 2. März 1943 und d zu deren Erläuterung habe ich die Ehre, Ihnen im Namen des italienischen Oberkommandos folgendes mitzuteilen:

1/ - Das italienische Oberkommando bestätigt erneut den Grundsatz, dass die Verhaftungen und Internierungen jüdischer Untertanen, die in dem von den italienischen Streitkräften besetzten französischen Gebiet leben, ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit, der ausschliesslichen Zuständigkeit der italienischen Militärbehörden unterstehen und nach dem Recht der Besatzungsmacht in dem ganzen von den italienischen Streitkräften besetzten Gebiet Frankreichs behandelt werden.

2/ - Solche Massnahmen betreffen nicht die Festnahme von Juden, die Delikte nach dem gemeinsamen Recht begangen haben, gegen diese kann das Gericht seinen normalen Weg verfolgen gemäss dem französischen Strafrecht, unter Vollstreckung der verdienten Strafe in Frankreich, die Deportierung ausgeschlossen.

Die französische Regierung wird jedoch den italienischen Behörden Kenntnis geben müssen von den genauen Gründen für die eventuelle Verhaftung von Juden, denen Delikte gegen das gemeinsame Recht zur Last liegen, und zwar mit Angabe von Beweismaterial.

3/ - Das italienische Oberkommando besteht schliesslich darauf, dass die französische Regierung die bereits von den Präfekten in den vorgenannten Gebieten vorgenommenen Verhaftungen und Internierungen aufhebt und die verhafteten oder deportierten Untertanen wieder ausliefert.

Genehmigen Sie, Admiral, den Ausdruck meiner Hochachtung

Der Brigadegeneral
Carlo AVARNA DI GUALTIERI

gez. AVARNA DI GUALTIERI

Heil Hitler!
Ihr gehorsamer

gez. O b e r g
SS-Brigadeführer

CDJC XLVIIIa 18

XLVIIIa -18

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich
Nachrichten - Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von 02 APRIL 1943 durch	an durch	B. d. S. - Paris Eing. -- APR 1943 G.B.Nr. 5947 Abt. IV B 3 Anl.
Nr. 18656	Verzögerungsvermerk	

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

BERLIN NUE 59 803 2.4.1943 1300- SCHUE. - -
- AN DEN BEFH. DER SIPO U. D. SD IN PARIS. - - - -

GEHEIM - - -

WAERREND MEINES AUFENTHALTES IN ROM AM 27.3.43 HABE ICH IM AUFTRAGE DES REICHSFUEHRERS SS SOWOHL MIT DEM DEUTSCHEN BOTSCHAFTER, ALS AUCH MIT DEM CHEF DER ITALIENISCHEN POLIZEI DIE JUDENFRAGE IN DEM NEUBESETZTEN FRANZOESISCHEN GEBIET BESPROCHEN. - - DIE ITALIENISCHE POLIZEI HAT AUF GRUND EINER KLAREN UND ENERGISCHEN ANWEISUNG DES DUCE DEN GENERALINSPEKTEUR DER ITALIENISCHEN POLIZEI LO SPINOSO UND ALS DESSEN VERTRETER DEN VIZEQUESTOR LUCERI MIT EINIGEN MITARBEITERN IN DAS VON ITALIEN BESETZTE FRANZOESISCHE GEBIET ENTSTANDT, UM IN ENGSTER ZUSAMMENARBEIT MIT DER DEUTSCHEN POLIZEI UND GEGEBENENFALLS DER FRANZOESISCHEN POLIZEI DIE JUDENPROBLEME, WIE SIE INSBESONDERE ZUR ZEIT AUFGETAUCHT SIND, IM DEUTSCHEN SINNE EINER REGELUNG ZUZUFUEHREN. GENERALINSPEKTEUR LO SPINOSO BEFINDET SICH BEREITS SEIT EINIGEN TAGEN IN FRANKREICH. ICH GEBE HIERVON KENNTNIS

CDJC XLVIII a 18

MIT DER BITTE, MIT LO SPINOSO SOFORT VERBINDUNG AUFZUNEHMEN UND ZU ERFORSCHEN, MIT WELCHEN AUFTRAEGEN ER VERSEHEN IST. -
ICH BITTE UM MITTEILUNG - - -

RSHA - IV GEZ: M U E L L E R +

LVD

L

R. F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

XLVIIIa -19

CDJC XLVIIIa 19

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an 5 APRIL 1943 durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 13823		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

Geheim!

BdS / E.

Paris, den 5. April 1943.

1.) An das

RSHA - Amt IV

z.Hd. SS-Gruppenführer M ü l l e r.

Betr.: Behandlung der Judenfrage in dem von den Italienern besetzten französischen Gebiet.

Bezug: Dortiges FS vom 2. April 1943 Nr. 59.803.

Über die hiesigen italienischen Stellen wurde versucht, Näheres über die Reise des Generalinspekteurs der italienischen Polizei, Lo S p i n o s o in Erfahrung zu bringen. Rückfrage auch in Mentone ergab, dass bis jetzt nichts bekannt ist.

gez. Dr. K n o c h e n
SS-Standartenführer
und Oberst d. Polizei.

2.) FS nach Ausgang z.d.A. IV B.(BdS)

CDJC XXVa 288

XXVa – 288

3

408 1.

7. April

Geheim!

IV B – 1 BdS – SA 221/43 g.Rs.
Rö./Ne.

Referatsleiter und Berichterstatter:
SS-Obersturmführer Röthke.

An das
Reichssicherheitshauptamt
IV B 4 a

Berlin.

Betr.: Endlösung der Judenfrage im neubesetzten Gebiet Frankreichs.
Hier: Stellung der Italiener zur Judenfrage.

Vorg.: Meine früheren Berichte.

Anlg.: 2

Beigeschlossen überreiche ich je eine Abschrift der Übersetzung eines Schreibens der französischen Präfektur des Departements Haute Savoie sowie eines Schreibens des Befehlshabers der italienischen Truppen in Chambery mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung. Gleichfalls habe ich in Erfahrung gebracht, daß der italienische Kommandant von Valence (Departement Drôme) sich offiziell der Abschiebung von 29 ausländischen Juden widersetzt hat, die auf Anordnung des französischen Präfekten festgenommen worden waren und zum Zwecke der Überstellung an uns in das Internierungslager Gurs überführt werden sollten.

CDJC XXV a 288

Wie ich bereits in meinen früheren Berichten zum Ausdruck gebracht habe, wird die Endlösung der Judenfrage im neubesetzten Gebiet Frankreichs durch das Verhalten der italienischen militärischen und zivilen Stellen so gut wie unmöglich gemacht, aber auch im altbesetzten Gebiet Frankreichs ungeheuer erschwert, da die französischen Behörden immer wieder darauf hinweisen, daß sie ja in den von Italien besetzten Gebiet Frankreichs nichts gegen die Juden unternehmen könnten und daß ein Vorgehen gegen die Juden in dem von Deutschland besetzten Gebiet propagandistisch gesehen durch das Verhalten der Italiener außerordentlich behindert würde.

Wie ich ferner bereits mehrfach berichtet habe, wird die Haltung der Italiener zur Judenfrage nicht nur von Gegnerkreisen, sondern auch von französischen Behörden dazu ausgenutzt, um auf Gegensätzlichkeiten im deutsch-italienischen Verhältnis hinzuweisen.

Ich bitte daher erneut, mit allen Mitteln dafür eintreten zu wollen, daß die italienischen militärischen und zivilen Behörden zu einer Änderung in ihrer Einstellung zur Judenfrage veranlaßt werden.

Ich bemerke, daß die Flucht der Juden aus dem von Deutschland besetzten Gebiet in die von den Italienern besetzten Departements noch keineswegs nachgelassen hat, sondern eher noch zunimmt und daß die Juden schon seit Monaten in abwehrmäßiger und sicherheitspolizeilicher Hinsicht insbesondere an der Côte d'Azur, eine ernste Gefahr darstellen.

SS-Standartenführer und Oberst der Polizei

CDJC XXV a 330

455

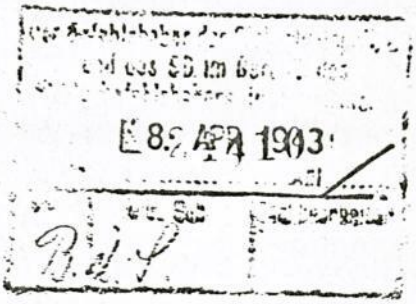
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten - Übermittlung

XXVa-330

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
7 APRIL 1943		
von durch	an durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 19961		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch



- BERLIN NUE NR 63762 7.4. 43 1645 = GR =

AN B D S - Z. HD.V. SS- STANDARTENFUEHRER K N O C H E N - PARIS =

ZUM DORTIGEN FS VOM 5.4. 43 - BEVOR ICH NEUERDINGS AN DEN ITALIENISCHEN POLIZEICHEF HERANTRETE, BITTE ICH UM FESTSTELLUNG, OB SICH LO SPINOSO UEBERHAUPT AUF FRANZOESISCHEM GEBIETE BEFINDET. WIE BEREITS MITGETEILT, HAT MIR DER ITALIENISCHE POLIZEICHEF SEINERZEIT ERKLAERT DASS LO SPINOSO BEREITS SEIT TAGEN SICH IN FRANKREICH BEFINDET. =

RSHA IV. - GEZ. MUELLER SS-GRUPPENFUEHRER -

PA IV B

CDJC XXV a 330 = XXVa-33.

CO 456 +1

R.F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an 9 APRIL 1943 durch 2035	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 20263		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - BdS - SA 225a
Rö./Ne.

Paris, den 8. April 1943

G e h e i m !

Dringend - sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt
z.Hdn von SS-Gruppenführer Müller

B e r l i n .

Betr.: Italienische Rückfragen zur Judenfrage.

Vorg.: Meine früheren Berichte über das Verhalten der Italiener im neubesetzten Gebiet Frankreichs zur Judenfrage.
Fort FS v. 7.4.43.

Der zur Besprechung der Judenfragen ~~mit den Höheren SS- und Polizeiführer bezw. mit mir~~ bestimmte italienische ~~Verbindungsoffizier~~, Generalinspekteur Lospinoso ist ~~inzwischen~~ nach dreitägigem Aufenthalt in Mentone nach Rom zurückgefahren. Er hat den zur Italienischen Botschaft, Paris, kommandierten Oberleutnant Malfatti beauftragt, ~~uns~~ um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1.) Sollen die im neubesetzten Gebiet zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Juden von den Franzosen durchgeführt werden?

2.) Sind Masseninternierungen von Juden französischer Staatsangehörigkeit unsererseits im neubesetzten Gebiet gefordert worden?

CDJC XXV a 330

3.) Sind von den deutschen Behörden bereits Massen-internierungen französischer Staatsangehöriger durchgeführt worden?

Ich habe bisher keine Antwort erteilt, da ich glaube, man muss es aus grundsätzlichen Erwägungen x ~~ablehnen muss~~, bei der bisherigen Haltung der italienischen Stellen zur Judenfrage, dieses immerhin wichtige Problem mit einem Oberleutnant zu erörtern oder aber dem Oberleutnant Malfatti auch nur die Fragen zu beantworten, [illegible] x

Es wäre nach meiner Auffassung Sache des Generalinspekteurs Lospinoso selbst gewesen, diese Fragen an uns heranzutragen. Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte um möglichst umgehende Weisung darüber, wie weiter verfahren werden soll. Malfatti äußerte, die Fragen wären bisher nicht von Lospinoso, sondern von der IV. ital. Armee gestellt.

x ablehnen

xx Lospinoso selbst verhandelt.

A. Eichmann
SS-Standartenführer
und Oberst der Polizei

[illegible]

pol. IV 3

CDJC XLVIIIa 19

XLVIIIa-19

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich
Nachrichten - Übermittlung

Aufgenommen	Befördert	Raum für Eingangsstempel
Tag Monat Jahr Zeit	Tag Monat Jahr Zeit	Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich Eing. 9. APR. 1943 992 Anl. Abt. Arb. Geb. Sachbearbeiter
von durch	an durch	
Nr. 20543	Verzögerungsvermerk	

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

BdS

++ BERLIN NUE 65 638 9.4.43 1735 =WUE=

AN DEN BEFEHLSHABER DER SICHERHEITSPOLIZEI U. D. SD

P A R I S. =

= ZUM DORTIGEN FS VOM 8.4.1943:

ICH HABE DEN POLIZEIATTACHE IN ROM GEBETEN, BEIM ITALIENISCHEN POLIZEICHEF ZU ERWIRKEN, DASS LOSPINOSO ENTWEDER NACH BERLIN KOMMT ODER SICH UNMITTELBAR PERSOENLICH MIT IHNEN UMGEHENDST IN VERBINDUNG SETZT. ICH GEBE WEITERE MITTEILUNG. = =

= REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT GEZ. M U E L L E R, SS-GRUPPENFUEHRER.++

Fortgang Chef 9/4. IV B

Akt Rel. II g 169 a

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 b-3 90/43g (81)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 19. Mai 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

Auswärtiges Amt
In. IV 1406 g.
24. MAI 1943
Abschrift

Geheim

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd. v. Herrn Legationsrat von T h a d d e n o.V.i.A.

B e r l i n ,
Rauchstrasse 11.

Betrifft: Judenfreundliches Verhalten der Italiener.

Bezug: Ohne.

Nach einer Äusserung des Direktors des jüdischen Baraseums in Bukarest, besucht der italienische Gesandte Renato Bova S c o p p a öfters mit verschiedenen Mitgliedern der Italienischen Gesandtschaft, letztere zum Teil sogar in Uniform, das angeführte jüdische Theater.

Einer anderen Meldung zufolge amtiert in Fiume als portugiesischer Honorarkonsul immer noch ein Jude namens Adolf D e n e s . D. war bis 1941 zugleich auch holländischer Honorarkonsul.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

K206912

Im Auftrage:

AA Inl. II g 169 a

Inl.II 2092 g

Geheim

Vortragsnotiz.

Org. i. A. Jud. Palästina

Die Action Juive ist, wie aus zahlreichen vorliegenden Meldungen hervorgeht, bemüht, mit Unterstützung der Feindstaatregierungen 30 bis 50 000 Ju-

Durchdruck als Konzept (R'Schrift 1b.) Ko.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 25. Mai 1943

Inl.II 1406 g

Nach Abg.
Pol IV
z.Kts.

Nach einer dem Auswärtigen Amt vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD zugegangenen Mitteilung soll einer Äußerung des Direktors des jüdischen Baraseums zufolge der italienische Gesandte Renato Bova Scoppa öfters mit verschiedenen Mitgliedern der Italienischen Gesandtschaft, letztere zum Teil sogar in Uniform, das genannte jüdische Theater besucht haben. Um eine Überprüfung dieser Meldung und Bericht wird gebeten.

Im Auftrag

K206911 gez.v.Thadden

1.) An
die Deutsche Gesandtschaft
in Bukarest

2.) Wv. nach 6 Wochen.

...ischem Raten nach Haifa.

5.

Über
Herrn Staatssekretär

K206901

zur Vorlage bei
dem Herrn Reichsaußenminister

E120994

(die Abt. Pol,Recht,Kult Pol,Presse,
Ru,B.f.I., Inl.I, Pol I M
haben Doppel erhalten)

AA Inl. II g 169 a

A.A. 2 VII. 1943

Deutsche Gesandtschaft
Bukarest
Abteilung Berater

Bukarest, den 16. Juli 1943.

Tgb.Nr.: G 962/43
Aktenz.: B II 8
Betr.: Besuch des italienischen Gesandten Renato Bova Scoppa im jüdischen Theater Baraşeum, Bukarest.
Vorg.: Dort.Erlass v. 25.5.43 Inl. II 1406 g
Anlg.: -0-
2 Doppel.

GEHEIM

Auswärtiges Amt
Inl II 1 2138 g
eing. 27. JULI 1943
Anl. 3 mg.

LR.v.Thadden

1.) Vermerk: In Anbetracht der letzten politischen Entwicklung ist weitere Verfolgung der Angelegenheit nicht angezeigt.

Pol IV 11/8 z.Kt.

3.) Z.d.A.

RSHA (Hpt.Stuf.Bosshammer) ist mündlich verständigt.
Nach Erledigung obiger Vfg. zu 2.)
Z.d.A.
Berlin, den 6.8.43

An das
Auswärtige Amt
Berlin.

Der Präsident der Judenzentrale Dr. Gingold teilt mit, dass ihm von Seiten des Direktors des jüdischen Theaters Baraşeum bestätigt wird, dass der italienische Gesandte Renato Bova S c o p p a als auch Mitglieder der Italienischen Gesandtschaft des öfteren das jüdische Theater Baraşeum, Bukarest besucht hätten. Der jüdische Direktor Marcovici habe ihm noch mitgeteilt, dass er den Italienischen Gesandten Bova S c o p p a zum Teil persönlich im Theater begrüsst und sich für dessen Erscheinen bedankt hätte.

K206910

(von Killinger)

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

AA Rom. 4 g 189

Auswärtiges Amt

Berlin, 6. Mai 1943

Inl. II 175 g Rs.

Geheime Kommandosache

Schnellbrief.

Dem dortigen Wunsch entsprechend wurde die Botschaft in Rom angewiesen, die Frage der Behandlung von Juden und fremden Staatsangehörigen in den von italienischen Truppen neubesetzten Gebieten Frankreichs unverzüglich erneut bei Bastianini zur Sprache zu bringen, darauf hinzuweisen, dass die italienischen Polizeiorgane noch immer ohne Weisung seien und auf Erlass der erforderlichen Weisungen zu drängen.

Botschafter von Mackensen hat die Weisung unverzüglich ausgeführt; seinem Bericht zufolge hat Bastianini in seiner Gegenwart mit dem Polizeichef Chierici in der Angelegenheit telefoniert, um sich im Sinne unserer Vorstellungen von dem Stand der italienischen Massnahmen zu unterrichten. Chierici antwortete, dass er sich gerade mit der Materie befasse und vor einer Stunde die Anordnung erlassen habe, die dringende Bitte des Polizeiinspektors Lo Spinosa nach einer zur wirksameren Durchführung der beabsichtigten Massnahmen unerlässlichen Personalverstärkung zu erfüllen. Das angeforderte Personal werde sofort in Marsch gesetzt werden. Auf Wunsch von Bastianini habe schliesslich Chierici zugesagt, Lo Spinosa nochmals nachdrücklichst auf die Eilbedürftigkeit der Durchführung der seinerzeit als notwendig anerkannten Massnahmen hinzuweisen.

Bei dieser Gelegenheit brachte Bastianini zum Ausdruck, dass die ihm im übrigen bisher nicht bekannte Stockung durch den Wechsel in der Person des Polizeichefs entstanden sei.

Abschliessend wurde Bastianini vorgeschlagen, dass sich der zuständige italienische Polizeiführer zwecks einer Besprechung der ganzen Angelegenheit zweckmässig mit dem zuständigen deutschen Polizeibeauftragten treffe. Bastianini behielt sich eine Stellungnahme zu diesem Vorschlag vor.

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. v. SS-Obersturmbannführer Eichmann
Kurfürstenstr. 116

K208976

Die 426524

1 A WV. in 1 Woche

6/5 43 SS-Sturmf.

AA Rm. II q 189

Die Botschaft ist angewiesen, sofern italienischerseits die Anregung angenommen wird, ein Treffen am 18.5. beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris, Avenue Foche 72, vorzuschlagen.

Sollte das italienische Aussenamt nicht auf die Angelegenheit zurückkommen, wird die Botschaft die Frage der Zusammenkunft von sich aus in den nächsten Tagen erneut zur Sprache zu bringen.

Im Auftrag

gez. v. Thadden.

Wh 4/5.

K208977

426525

Ad Inl. II g 187 g

154

10.Mai 43

c.d. Inl.II 1284 g

Das Italienische Außenamt hat der Deutschen Botschaft in Rom auf Rückfrage mitgeteilt, daß der italienische Polizeibeauftragte Lo Spinosa nunmehr nach Erhalt der erforderlichen Personalverstärkungen mit der Durchführung der angeordneten Maßnahmen beginne. Unter diesen Umständen erscheine es zweckmäßig, daß er zunächst an seinem Dienstort bleibe und sich nicht nach Paris oder einen anderen Ort begäbe. Es käme hinzu, daß er seine Instruktionen unmittelbar vom Duce erhalten habe. Erörterungen über die Maßnahmen mit anderen Stellen könnten daher mit Rücksicht auf den unmittelbaren Auftrag des Duce leicht eine delikate Situation schaffen. Das Reich werde daher gebeten, es den Italienern zu überlassen, zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, ob eine Besprechung mit dem deutschen Beauftragten erforderlich sei.

Sollte nach dieser Stellungnahme der Italiener der Besuch Obersturmbannführers Eichmann bei Lo Spinosa in Erwägung gezogen werden und dessen Aufenthaltsort dort nicht in Erfahrung gebracht werden können, und zwar ausdrücklich nur zum Zwecke der Information wird um entsprechende Mitteilung gebeten, damit die Botschaft in Rom angewiesen werden kann, die notwendigen Feststellungen zu treffen.

K211723 Gott 1529 g

Im Auftrag

Obersturmbannführer Eichmann

Reichssicherheitshauptamt Berlin W 62

Kurfürstenstr. 116

E387721

AA Inl. II g 187

consailler a l'ambassade d'Allemagne de[illegible]

157

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 90/43g (81)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 31. Mai 1943.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

1529g.

- 3. JUNI 1943

Geheim

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat von T h a d d e n
o.V.i.A.,

B e r l i n ,
Rauchstrasse 11.

Betrifft: Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 1o.5.1943 - Inl. II 1234 g.

Ich nehme Bezug auf das angeführte dortige Schreiben und darf um neuerliche Überprüfung bzgl. einer gemeinsamen Besprechung mit Lo Spinosa bitten.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n .

Beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

K211722

E387720

Akt. Inl. II g 187

187

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 68, den 17. Juli 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

IV B 4 — 90/43g (81)
Bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt
In. II 2331g.
eing. 14. AUG. 1943
Anl. (— fach) Dopp. d. Eing.

Schnellbrief

Geheim

An das

Auswärtige Amt,
z.Hd.v. Herrn Legationsrat Wagner o.V.i.A.,

B e r l i n .

Betrifft: Endlösung der europäischen Judenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Haltung Italiens zu dem Gesamtproblem.

1529g. Bezug: Hiesiges Schreiben vom 31.5.1943 - IV B 4.

Anlage: 1.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat mich gebeten, Ihnen abschriftlich das Fernschreiben des Höheren SS-und Polizeiführers Paris vom 1.7.1943, die judenfreundliche Haltung Italiens betreffend, zur Weitergabe an den Herrn Reichsaussenminister zuzuleiten.

Anlage der Abt. II g
wird die Verhältnisse überholt,
bleiben
RzdA

K211685

E387694

Abschrift. Aff Nel. ā 9 (87

Geheim

FdS. Paris Nr. 41o37 1.7.1943 2243 - KAE -

An Reichsführer-SS

an Chef der Sipo u.d.SD SS-Obergruppenführer
Dr. Kaltenbrunner.

(Unter Bezugnahme auf hies. FS.Nr. 38 788 v. 23.6.
Betr.: Behandlung der Judenfrage in Frankreich durch
die italienischen Besatzungsbehörden.

Reichsführer:

Der Generalsekretär der franz. Polizei B o u s q u e t hat in einer Besprechung am 22.6. 43 auf meiner Dienststelle und in einer Besprechung am 23.6. mit dem Befehlshaber der Sipo darauf aufmerksam gemacht, dass er von dem italienischen Generalinspekteur der Polizei L o s p i n o s o , der mir wiederholt (letztmalig zum 18.5.) über den deutschen Botschafter in Rom zu einer Besprechung über die Behandlung der Judenfrage in Frankreich angemeldet worden war, in Vichy aufgesucht worden ist. Nach Darstellung von Bousquet hat er ihm gegenüber erklärt, dass er sich z.Zt. mit der Konzentrierung von etwa 6.ooo Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die im italienischen Operationsgebiet, vernehmlich an der Cote d' Azur, ansässig sind, in Megeve (schönster Kurort im Haute Savoie) befasst. Die Durchführung der Aktion soll von der italienischen Armee ohne Beteiligung der franz. Polizei erfolgen.- Bousquet hat Lospinoso gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass er, wie er bereits dem italienischen Verbindungsgeneral D'Avarna mitgeteilt habe, mit einer Konzentrierung in Megeve nicht einverstanden sei. Da Megeve für die Unterbringung

Inl. II 2331. /43g

Abt. Pol. A 9

Geheim

evakuierter Kinder bombenbeschädigter Familien gedacht ist und darüber hinaus die Durchführung von Massnahmen gegen die Juden durch die franz. Polizei für richtiger halten. - Lospinoso hat erklärt, sich für die Beteiligung der franz. Polizei Weisungen aus Rom einholen zu wollen. Gleichzeitig hat er Bousquet befragt, welche Massnahmen er gegen die Juden franz. Staatsangehörigkeit durchzuführen gedenke, die sich heute noch in den Küstendepartements, insbesondere an der Cote d'Azur, aufhalten. Bousquet will ihm erklärt haben, dass es ihn nicht beschweren würde, diese Juden ebenfalls festzunehmen und zu internieren bezw. in bestimmte Departements in Innerfrankreich in Zwangsaufenthalt zu verweisen, wenn die Massnahmen italienischerseits gegen die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit durchgeführt worden sind. Nach den Ausführungen Bousquet's hat Lospinoso daraufhin geäussert, die Deutschen seien sehr hart in der Durchführung der Massnahmen gegen die Juden, die Franzosen härter als die Italiener, während Italien eine humane Lösung des Judenproblems anstrebe.-

Ich darf hiervon Kenntnis geben. Es erscheint mir zweckmässig, der italienischen Regierung gegenüber die Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, dass der Generalinspekteur Lospinoso einer Zusammenkunft mit mir aus dem Wege geht, dafür aber Besprechungen mit einem Vertreter der franz. Regierung in Vichy in einem Sinne durchführt, die durchaus nicht geeignet sind, den von der deutschen Regierung vertretenen Standpunkt in der Judenfrage der franz. Regierung gegenüber bindend verständlich zu machen. Es liegt auf der Hand, dass ein derartiges Verhalten die Durchführung der auf Grund des neuen franz. Judengesetzes erforderlichen Massnahmen gegen die seit August 1927 einge-

K211637

E387696

AA Inl. II g 187

bürgerten Juden franz. Nationalität gefährdet.
Auf der anderen Seite hat das italienische Aussenamt dem deutschen Botschafter in Rom, von M a c k e n s e n , trotz der für den 18.5. mit mir in Paris festgesetzten Besprechung mitgeteilt, dass es im Augenblick des Anlaufens von Massnahmen gegen die Juden nicht zweckmässig sei, dass Lospinoso seinen Dienstsitz verlässt und darüber hinaus nicht mit nachgeordneten deutschen Dienststellen verhandeln kann, da derartige Verhandlungen zu delikaten Situationen führen können, weil Lospinoso seine Weisungen direkt vom Duce erhält.-

Höh.SS- und Pol.Führer P a r i s -
I.A. gez. O b e r g - SS-Gruppenführer u. Generalleutnant d. Polizei.

Fd.R.d.A.
Kanzleiangestellte.

K211688 E387697

AA Inl. II g 187

190

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
1.Adjutant

Berlin, den 2. Juli 1943

1.) Fernschreiben:

An
SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner
über Vermittlungsstelle des Reichsaußenministers
in F u s c h l

Der Höhere SS- und Polizeiführer Paris übermittelt an C.d.S. und RFSS nachfolgendes Fernschreiben betr. Behandlung der Judenfrage in Frankreich durch die italienischen Besatzungsbehörden:

Der Generalsekretär der franz. Polizei B o u s q u e t hat in Besprechung am 22.6.1943 beim BdS. Paris und in Besprechung am 23.6.1943 mit BdS. Paris darauf aufmerksam gemacht, daß er vom ital. Generalinspekteur der Polizei L o s p i n o s o in Vichy aufgesucht worden ist. Nach Darstellung von B o u s q u e t hat L o s p i n o s o erklärt, daß er sich z.Zt. mit der Konzentrierung von ca. 60,000 Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die im italienischen Operationsgebiet, vornehmlich an der Cote d'Azur , ansässig sind, in Mägeve (schönster Kurort in Haute Savoie) befaßt. Die Durchführung der Aktion soll von der ital. Armee ohne Beteiligung der franz. Polizei erfolgen. - Bousquet hat Lospinoso gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er, wie er bereits dem ital. Verbindungsgeneral d' A v a r n a mitgeteilt habe, mit der Konzentrierung in Mägeve nicht einverstanden sei, Mägeve für die Unterbringung evakuierter Kinder u. bombengeschädigter Familien gedacht ist und darüber hinaus die Durchführung von Maßnahmen gegen die Juden durch

K211682
E387691

AA Rue. ü 9 187

durch die franz. Polizei für richtiger halten. Lospinose hat erklärt, sich für die Beteiligung der franz. Polizei Weisungen aus Rom einholen zu wollen. Gleichzeitig hat er Bousquet befragt , welche Maßnahmen er gegen die Juden franz. Staatsangehörigkeit durchzuführen gedenke, die sich heute noch in den Küstendepartements, insbesondere an der Cote d'Azur , aufhalten. Bousquet will ihm erklärt haben, daß es ihn nicht beschweren würde, diese Juden ebenfalls festzunehmen und zu internieren bezw. in bestimmte Departements in Innerfrankreich in Zwangsaufenthalt zu verweisen, wenn die Maßnahmen italienischerseits gegen die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit durchgeführt worden sind. Nach den Ausführungen Bousquet hat Lospinose daraufhin geäußert, die Deutschen seien sehr hart in der Durchführung der Maßnahmen gegen die Juden, die Franzosen härter als die Italiener, während Italien eine humane Lösung des Judenproblems anstrebe. -

Ich darf hiervon Kenntnis geben, Es erscheint mir zw mäßig, der italienischen Regierung gegenüber die Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, daß der Generalinspekteur L. einer Zusammenkunft mit mir aus dem Wege geht, dafür aber Besprechungen mit einem Vertreter der franz. Regierung in Vichy in einem Sinne durchführt, die durchaus nicht geeign sind, den von der deutschen Regierung vertretenen Standpu in der Judenfrage der franz. Regierung gegenüber bindend verständlich zu machen. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Verhalten die Durchführung der auf Grund des neuen franz. Judengesetzes erforderlichen Maßnahmen gegen die seit August 1927 eingebürgerten Juden franz. Nationali gefährdet. Auf der anderen Seite hat das ital. Außenamt de deutschen Botschafter in Rom, v. Hackensen, trotz der für 18.5. mit mir in Paris festgesetzten Besprechung mitgeteil daß es im Augenblick des Anlaufens von Maßnahmen gegen die Juden nicht zweckmäßig ist, daß Lospinose seinen Dienstsi verläßt und darüber hinaus nicht mit nachgeordneten deutschen Dienststellen verhandeln kann. Da derartige Verhandlungen zu delikaten Situationen führen können, weil Lospinose seine Weisungen direkt vom Duce erhält.

K211683

gez. Dr. Ploetz
SS-Sturmbannführer

2.) Zurück Adj. C.d.S.

E387692

SS-Sturmbannführer

CDJC XLVIII a 23

XLVIIIa-23.

24. Mai 3

Geheim!

IV B - BdS - SA 225 a
Rö./Bi.

An das
Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. von SS-Gruppenführer M ü l l e r
B e r l i n .

Betr.: Behandlung des Judenproblems in der von den Italienern besetzten Zone Frankreichs.
Vorg.: Besprechung mit SS-O'Stubaf. Eichmann am 28.4.1943, mein FS Nr. 26152 vom 4.5.1943.

Nachdem der italienische Polizei-Inspekteur Lospinoso bishheute bei mir nicht vorgesprochen hat und auch nichts über seine etwaige Anwesenheit in dem von den Italienern besetzten Gebiet bekannt geworden ist, habe ich bei der Italienischen Botschaft in Paris Rückfrage nach dem angekündigten Besuch Lospinosos halten lassen. Die Italienische Botschaft hat mitgeteilt, dass Lospinoso bisher nicht eingetroffen sei und der Botschaft bis jetzt auch nichts über die geplante Reise des Lospinoso bekannt wäre.

Ich bin dadurch erneut in der Vermutung bestärkt worden, dass gewisse italienische Dienststellen zumindest an der Lösung der Judenfrage in Frankreich desinteressiert sind, möglicherweise aber eine Verzögerungstaktik anwenden.

Wegen der Bedeutung schneller Massnahmen gegen die Juden in dem von den Italienern besetzten Gebiet nehme ich auf meine früheren Berichte und Besprechungen Bezug und bitte nochmals, bei der Italienischen Regierung anfragen zu lassen, ob überhaupt noch und wann gegebenenfalls mit dem Besuch von Lospinoso gerechnet werden kann.

Beigeschlossen überreiche ich 3 Abschriften in doppelter Ausfertigung über Einsprüche der italienischen militärischen Stellen gegen Judenmassnahmen der französischen Regierung, die mir von Bousquet übermittelt worden sind.

Die Noten der italienischen Behörden erscheinen für die Einstellung der Italiener zum Judenproblem als aufschlussreich und bezeichnend.

Ich werde laufend weiter berichten.

Kl
Kl. 5.6.43
L-265

SS-Standartenführer,
und Oberst der Polizei.

CDJC XXVa-298

XXVa-298

424 ff.

R.F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an 12 JUNI 1943 ch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 33337		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - B.S - SA 225 a
Rö./Bi.

Paris, den 2.6.1943

Geheim!

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4a

Berlin.

Betr.: Einstellung der Italiener zur Judenfrage.

Vorg.: Meine früheren Berichte.

Nachstehend übermittle ich eine mir am 27.5.43 eingereichten Meldung des Einsatzkommandos Lyon, die erneut bestätigt, wie verständnislos italienische Dienststellen der Judenfrage gegenüber-stehen.

"Vorg.: Hies. Ereignismeldung Nr.85/6 v.26.5.43

Wie schon in der obenerwähnten Meldung kurz berichtet, erfolgte am 25.5.43 gegen 3 Uhr morgens, in Grenoble, Hotel Gambetta, Bld.Marschall Petain, ein Bombenanschlag gegen Angeh. des Ital. Generalstabes. Es wurden verwundet:

1.) Divisionsgeneral Maurice Lazare de Castiglione
2.) Hauptmann Arthur Bazille,
3.) Hauptmann Claude Leset,
4.) Leutnant Victor Barbieri.

Die Täter sind vermutlich durch ein Nachbarhaus gekommen und sind dann von der 6. Etage mittels eines Seiles auf die Terrasse gestiegen. Da, wie die Feststellungen ergaben, auf jeder Eatge des Hotels eine Explosion erfolgte, ist anzunhhmen, dass sie mehrere aneinandergeknüpfte Bomben mit Hilfe eines Eisenkabels in den Schornstein hinabgelassen haben. Die französische Polizei führte mit Unterstützung der französischen Sicherheitspolizei von Lyon am 26.5.43 in Grenoble eine Grossaktion durch.

CDJC XXV a 298

Es wurden insgesamt 3637 Personen überprüft, davon waren 1285 Ausländer. Von den überprüften Personen wurden 13 Ausländer wegen Entweichens aus dem Arbeitslager und wegen falscher Identitätskarten, sowie weitere 16 Personen wegen unerlaubten Aufenthaltes festgenommen. Ferner wurden 6 Ausländer in Gewahrsam genommen, deren Identität überprüft werden muss. Ausserdem sind 12 Spanier, die als Anarchisten signalisiert waren, festgenommen worden. Seitens der Ital. Besatzungsbehörden wurde auf Grund dieses Attentates

1.) Sperrstunde von 22 Uhr bis 5 Uhr morgens verhängt.
2.) Eine Geldbusse von 3 Mill. Franken der Stadt Grenoble auferlegt.

Bemerkenswert ist, dass an die französische Polizei ergangene Ital. Verbot nach dem keine Juden festgenommen werden dürfen. Es wird hierzu bemerkt, dass in unmittelbarer Nähe des Hotels Gambetta 10 Juden wohnhaft sind "

I.A.

(Röthke.)
SS-Obersturmführer.

SS
Röthke Wolfgang (F.S.D. F K Lyon, muss über Kdo. Lyon)
L- 4/6

XLVIIIa - 25

Abschrift.

CDJC XLVIII a 25

Fernschreiben

Der Höh.//-und Pol.Fhr. Paris, den 23.6.43.

1.) An
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
//-Obergruppenführer Dr. KALTENBRUNNER

2.) An
Amt IV -
z.Hd. //-Gruppenführer MÜLLER.

Betr.: Italienischen Generalinspekteur der Polizei LOSPINOSO.
Bei einer Besprechung am 22.6. teilte der Generalsekretär der französischen Polizei, BOUSQUET, mit, dass der Generalinspekteur der italienischen Polizei, LOSPINOSO, der wiederholt zu Verhandlungen mit der Dienststelle des Höheren //- und Polizeiführers und des BdS angekündigt war, ohne jemals zu erscheinen, ihn in Vichy aufgesucht habe. Lospinoso beschäftigt sich zur Zeit mit einem Vorgehen gegen die im italienischen Operationsgebiet des Heeresgebiets Südfrankreich ansässigen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit. Er hat BOUSQUET mitgeteilt, dass er die Absicht habe, etwa 7.000 Juden in Mégève zu internieren. Die Aktion soll nach Mitteilung von LOSPINOSO jedoch nur mit der italienischen Armee ohne Zuhilfenahme der französischen Polizei durchgeführt werden.
Bousquet hat dem Generalinspekteur Lospinoso mitgeteilt, dass es ihm zwar obliege, über die Durchführung der von ihm geplanten Massnahmen zu entscheiden, dass er aber, wie er es bereits General d'Avarna in Vichy mitgeteilt habe, nicht mit einer Konzentrierung der Juden in Mégève einverstanden sei und darüber hinaus die Ausführung von Massnahmen gegen die Juden durch die französische Polizei für angebrachter halte.

CDJC XLVIII a 25

Lospinoso hat Bousquet erklärt, dass er zur Klärung dieser Fragen nach Rom fahren werde, zumal ihm Bousquet auf seine Frage mitgeteilt hat, dass die Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei, wenn auch natürlicherweise von Zeit zu Zwie Schwierigkeiten aufträten, reibungslos verläuft.

Ich darf hiervon Kenntnis geben. Es erscheint mir angebracht, gegenüber der Italienischen Regierung die Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass Generalinspekteur Lospinoso einem Besuch und einer Besprechung beim Höheren ᛋᛋ- und Polizeiführer und BdS aus dem Wege geht, trotzdem aber mit dem französischen Polizeichef gerade wegen der Frage der Durchführung der Massnahmen gegen die Juden Fühlung nimmt.

Ich halte diese Verfahrensart der Italiener in einem Frage. komplex, in dem man der Französischen Regierung unbedingt mit einer einheitlichen Auffassung gegenübertreten müsste, für ausserordentlich bedenklich und die Durchführung der erneuten Massnahmen gegen Juden gefährdend.

Ich werde nochmals über das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD Vichy versuchen, mit Lospinoso Verbindung aufzunehmen.

I.V.

gez. Dr. Knochen,
ᛋᛋ-Standartenführer.

F.d.R.d.A.:

CDJC XXVI 20

XXVII -20

R. F. SS
Sicherheits-Dienst
Nachrichten-Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von FF durch	an durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 10435		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - SA 225a
Rö./Ne.

Paris, den 28. Juni 1943

Geheim!

An das

Reichssicherheitshauptamt
z.Hdn. von SS-Gruppenführer Müller.

Dringend!
Sofort vorlegen.

Berlin.

Betr.: Judenaktion in Frankreich.
Vorg.: Ohne.

Laval sowie der neue Justizminister Gabolde haben den Gesetzentwurf unterzeichnet, nach dem alle seit dem 10.8.1927 naturalisierten Juden für staatenlos erklärt werden. Das Gesetz ist bereits mit den italienischen Behörden besprochen worden. Am 30.6.1943 wird mit Bousquet vereinbart werden, wie die betroffenen Juden schlagartig mit dem Tage der Verkündung des Gesetzes festzunehmen sind.

Um eine Beaufsichtigung der französischen Polizei bei der Aktion zu ermöglichen, und mit eigenen Kräften möglichst viele Juden festzunehmen, scheint die Abstellung von mindestens 250 Mann Sicherheitspolizei notwendig. Diese Kräfte müßten die französische Sprache beherrschen oder wenigstens einige Sprachkenntnisse besitzen.

cDJC XXU4 20

Die Aktion wird an zwei Tagen durchgeführt werden. Die Kräfte müßten zunächst nach Paris beordert werden, damit sie von hier aus eingewiesen und auf die einzelnen Kommandos, Einsatzkommandos, Außenkommandos usw. in dem gesamten von uns besetzten Gebiet verteilt werden können. Dauer der Abstellung ~~einschließlich Reise nach Paris, an den Einsatzorte hin und zurück~~: 10 Tage.

Da meine eigenen Führer und Männer durch den Einsatz bei der Bekämpfung von Kommunisten, Terroristen, Saboteuren usw. z.Zt. bis zum letzten eingespannt sind, kann ich das erforderliche Personal aus meinem Personalbestande nicht freimachen. Ich bitte daher, 250 Führer und Männer für die Dauer von 10 Tagen auf Abruf im Reich bereitstellen zu lassen. Den genauen Termin der Aktion werde ich rechtzeitig mitteilen.

Voraussichtlicher Abreisetermin ~~im Reich 8. oder 9.~~ Juli 43. (Mitte des 10 sein.)

H. Knochen

H-Standartenführer und
Oberst der Polizei.

Ob. 2. 2.

XXVI-22

CDJC XXVa 22

Höh.SS-u.Pol.Fhr. Paris, den 1.Juli 1943.

1) An

Reichsführer-SS

2) An

Chef Sipo u.SD
SS-Obergruppenführer Dr. KALTENBRUNNER
(unter Bezugnahme auf hies.FS Nr. 38788 v.23.6.)

Betr.: Behandlung der Judenfrage in Frankreich durch die italienischen Besatzungsbehörden.

Reichsführer!

Der Generalsekretär der französischen Polizei BOUSQUET hat in einer Besprechung am 22.6. auf meiner Dienststelle und in einer Besprechung am 23.6. mit den Befehlshaber der Sicherheitspolizei darauf aufmerksam gemacht, dass er von dem italienischen General-Inspekteur der Polizei ZOSPINOSO, der mir wiederholt, (letztmalig am 18.5.) über den Deutschen Botschafter in Rom zu einer Besprechung über die Behandlung der Judenfrage in Frankreich angemeldet worden war, in Vichy aufgesucht worden ist. Nach Darstellung von Bousquet hat er ihm gegenüber erklärt, dass er sich einverstanden mit der Konzentrierung von etwa 6.000 Juden ausländischer Staatszugehörigkeit, die in italienischen Operationsgebiet, vor-

CDJC XXVI 22

nehmlich an der Côte d'Azur, ansässig sind, in Mégève (sch.nster Kurort in Haute Savoie) befasst. Die Durchführung der Aktion soll von der italienischen Armee ohne Beteiligung der französischen Polizei erfolgen.

Bousquet hat Lospinoso gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass er, wie er bereits dem italienischen Verbindungsgeneral d'AVARNA mitgeteilt habe, mit einer Konzentrierung in Mégève nicht einverstanden sei, da Mégève für die Unterbringung evakuierter Kinder bombengeschädigter Familien gedacht ist und darüber hinaus die Durchführung von Massnahmen gegen die Juden durch die französische Polizei für richtiger halte. Lospinoso hat erklärt, sich für die Beteiligung der französischen Polizei Weisungen aus Rom einholen zu wollen. Gleichzeitig hat er Bousquet befragt, welche Massnahmen er gegen die Juden französischer Staatsangehörigkeit durchzuführen gedenke, die sich heute noch in den Küstendépartements, insbesondere an der Côte d'Azur, aufhalten. Bousquet will ihm erklärt haben, dass es ihm nicht beschweren würde, diese Juden ebenfalls festzunehmen und zu internieren bezw. in bestimmte Départements in Innerfrankreich in Zwangsaufenthalt zu verweisen, wenn die Massnahmen italienischerseits gegen die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit durchgeführt worden sind. Nach den Ausführungen Bousquet's hat Lospinoso daraufhin geäussert, die Deutschen seien sehr hart in der Durchführung der Massnahmen gegen die Juden, die Franzosen härter als die Italiener, während Italien eine humane Lösung des Judenproblems anstrebe.

Ich darf hiervon Kenntnis geben. Es erscheint mir zweckmässig, der italienischen Regierung gegenüber die Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, dass der Generalinspekteur Lospinoso einer Zusammenkunft mit mir aus dem Wege geht, (~~trotz der für den 18.5. in Rom festgesetzten Besprechung hat der italienische Armee-~~ ~~und dem deutschen Bevollmächtigten in Rom mitgeteilt,~~ ~~dass er in Angelegenheit der Internierung von Massnahmen gegen die~~

CDJC XXVII 22

dafür aber Besprechungen mit einem Vertreter der französischen Regierung in einem Sinne durchführt, die durchaus nicht geeignet sind, den von der deutschen Regierung vertretenen Standpunkt in der Judenfrage der französischen Regierung gegenüber bindend verständlich zu machen. Es liegt auf der Hand, dass ein derartiges Verhalten die Durchführung der auf Grund des neuen französischen Judengesetzes erforderlichen Massnahmen gegen die seit August 1927 eingebürgerten Juden französischer Nationalität gefährdet. Auf der anderen Seite hat das italienische Aussenamt dem deutschen Botschafter in Rom, von MACKENSEN, heute der für den 18.5. in Paris festgesetzten Besprechung mitgeteilt, dass es im Augenblick des Anlaufens von Massnahmen gegen die Juden nicht zweckmässig sei, dass Lospinoso seinen Urlaub verlässt und darüber hinaus nicht mit nachgeordneten [illegible] Dienststellen verhandeln kann, da derartige Verhandlungen in [illegible] Situationen führen können, weil Lospinoso [illegible] durch [illegible] erhält.

[illegible]

II. Durchschrift an BdS m.d.B. um Weiterleitung an IV B nach Kenntnisnahme.

III. zdA HSSuPF

XXVII-23

CDJC XXVII 23

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten - Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an durch	2. JUL. 1943
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 41495		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B 8 JUL 1943 17992/43

DR. BERLIN NHE 119 151 2.7.43 1050 = FR =
AN DEN BEF. DER SIPO U. D. SD IM BEREICH DES MILIT. BEF.
FUER FRANKREICH - SS-STANDARTENFUEHRER OBERST DER
POLIZEI DR. K N O C H E N - P A R S I. ===
= D R I N G E N D ====
BETR.: ENDLOESUNG DER JUDENFRAGE IN FRANKREICH-
DORT: JUDENAKTION IN FRANKREICH. ===
= BEZ.: DORT. FS-NR. 40 495 V. 29.6.1943. ==
DIE VON DORT AUS ANGEKUENDIGTE WIEDERINGANGSETZUNG DER
AKTION IST SEHR ERFREULICH, ZUMAL DER REICHSFUEHRER-SS
GERADE IN DIESEN TAGEN EINE BESCHLEUNIGGUNG DER ARBEITEN
VERLANGT HAT. GLEICHZEITIG MUSS ICH IHNEN ABER MITTEILEN,
DASS ES DEM REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT BEI DER DERZEIT
AUSSERORDENTLICH ANGESPANNTEN PERSONALLAGE VOELLIG
UNMOEGLICH IST, DER VON DORT ERBETENEN VORUEBERGEHENDEN
ABSTELLUNG V. 250 MANN SICHERHEITSPOLIZEI NACHZUKOMMEN.
ICH WEISS, WIE SCHWER DIE ARBEIT OHNE GENUEGEND PERSONAL
IST, HABE ICH VON MIR AUS VOR ZEITKUERZE BEREITS
VERANLASST, DASS IHNEN ZUSAETZLICH 1 SS-FUEHRER MIT
3 SS-UNTERFUEHRERN FUER DIESE ZWECKE ZUR VERFUEGUNG
GESTELLT WERDEN. -

CDJC XXVI 23

ICH KOENNTE MIR JEDOCH DENKEN, DASS FUER DIE VERHAELTNISMAESSIG KURZE ZEIT DER AKTION SELBST DURCH DEN HOEHEREN SS- UND POLIZEIFUEHRER AUCH VON DER ORDNUNGSPOLIZEI IN FRANKREICH EICIGE KONTINGENTE ABGESTELLT WERDEN KOENNEN. ===

= RSHA ROEM. 4 B 4 - 90/43 KLEIN G (81)
I. V. GEZ. MUELLER SS.-GRUPPENFUEHRER UND GENERALLEUTNANT DER POLIZEI. +++

CDJC XXV a 338 a

XXVa - 338a

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

498

Nachrichten - Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von 25 SEPT 1943 durch Hz	an durch	B. d. S. - Paris Eing. 25 SEP. 1943 G. B. Nr. 15733 Abt. IV B Anl.
Nr. 67446	Verzögerungsvermerk	20853/43

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

25 SEPT 1943

+ BERLIN NUE 169 814 25.9.43 0015 =WUE=

AN DEN BEFEHLSHABER DER SIPO U. D. SD IM BER. D. MIL. BEF. FR. Z. HD. VON SS- OBERSTURMFUEHRER R O E T H K E - P A R I S.

= G E H E I M. = DRINGEND - SOFORT VORLEGEN. =

BETR.: ENDLOESUNG DER JUDENFRAGE IN FRANKREICH. =

BEZUG: BEKANNT.

= ANLAESSLICH MEINER LETZTEN DIENSTREISE MELDETE SS- HAUPTSTURMFUEHRER B R U N N E R, DASS LOSPINOSO EINEN JUDEN NAMENS D O N A T I IN DAS EHEMALS VON ITALIENISCHEN TRUPPEN BESETZTE GEBIET SUEDFRANKREICHS ENTSANDTE, DER IN DER FOLGEZEIT VON DORT JUDEN MITTELS LASTAUTOS NACH ITALIEN BEFOERDERTE. - DEM AMTSCHEF ROEM. 4, SS- GRUPPENFUEHRER MUELLER, HABE ICH DIE ANGELEGENHEIT HEUTE VORGETRAGEN. - BEVOR WEITERES IN DIESER SACHE VERANLASST WIRD, BITTE ICH, MOEGLICHST UMGEHEND (UNTERSTR.) MITTELS FS EINE GENAUE SCHILDERUNG DES SACHVERHALTES NACH HIER GEBEN ZU WOLLEN. =

RSHA. ROEM. 4 B 4 90/43 KL. G (81)

CDJC I 58

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten-Übermittlung

I-58

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	26 SEPT 1943 an durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 68365		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - SA 225a

Paris, den 26. September 43

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4

Berlin.

Geheim!

Sofort vorlegen!

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich;
hier: den Juden italienischer Staatsangehörigkeit Donati.

Vorg.: Dort. FS Nr. 69 814 vom 25.9.1943.

Der Jude italienischer Staatsangehörigkeit Donati war während des Weltkrieges Verbindungsoffizier zwischen der italienischen und der französischen Armee. Nach dem Weltkriege war er Direktor einer italienisch-französischen Bank in Paris. Nach der Niederlage Frankreichs hat er sich nach Nizza begeben, wo er sich ebenfalls mit Geldgeschäften befaßte.

Als die italienischen Truppen Südostfrankreich besetzten, trat der Jude auf den Plan, um allen in der italienischen Einflußzone befindlichen Juden jegliche Erleichterung zu verschaffen.

CDJC I 58

Es kam Donati hierbei zugute, daß er eine Reihe höherer italienischer Offiziere gut kannte, mit denen er nun ständig beste Verbindung hielt.

Im Frühjahr 1943 entsandte die italienische Regierung den Polizeichef Lospinoso in das von den italienischen Truppen besetzte Gebiet, um dort die Judenfrage zu bereinigen. Nunmehr nahm Donati Beziehungen zu Lospinoso auf und wurde praktisch zum inoffiziellen Judensachbearbeiter Italiens in dem von italienischen Truppen besetzten Gebiet.

Durch zuverlässige Agenten wurde wiederholt gemeldet, daß die wenigen Maßnahmen, die von den italienischen Behörden gegen unbedeutende Juden unternommen worden sind, nach den von Donati erteilten Richtlinien ausgeführt wurden, so z.B. die Verbringung von rund 2000 Juden von der Côte d'Azur in Hotels des Kurortes Megève

Es war von hier aus beabsichtigt, Donati, aus Nizza nach Marseille entführen zu lassen. Die hierzu angesetzten Agenten konnten seiner jedoch nicht habhaft werden, zumal sie den Auftrag hatten, bei dem damaligen Verhältnis Deutschland - Italien äußerst vorsichtig zu Werke zu gehen.

Im August 1943 hat Donati sich nach Rom begeben. Ihm war damals - wie aus sicheren Agentenmeldungen hervorging - schon genau bekannt, daß die 4. italienische Armee sich aus Frankreich zurückziehen würde. Donati wollte in Rom klären, was mit den Juden, die sich in der italienischen Einflußzone befanden, geschehen sollte.

Ende August hat sich Donati alsdann nochmals mit dem Flugzeug nach Rom begeben. Er wollte noch einmal von Rom aus nach Nizza zurückkehren.

Nach Mitteilung von ##-Hauptsturmführer Brunner soll Donati den Abzug von größeren Mengen von Juden noch vor der Kapitulation der 4. italienischen Armee nach Italien organisiert haben. Noch kurz vor dem Einrücken der deutschen Truppen soll er 8 italienische LKW's mit Juden beladen und nach Italien haben verbringen lassen.

Es wird angenommen, daß Donati versuchen wird, sich zu den anglo-amerikanischen Truppen zu begeben.

R. F. SS

Sicherheits-Dienst

Nachrichten-Uebermittlung

I 58

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an durch	
	Verzögerungsvermerk	
Nr.		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

Die Festnahme Donatis ist von außerordentlicher Wichtigkeit, da er der führende Kopf der Juden in der itelienischen Einflußzone war und auch zu den früheren italienischen Regierungsstellen in Rom offenbar über beste Beziehungen verfügt hat.

I.A. [illegible]

[illegible]

SS-Obersturmführer.

CDJC I 61 / I-55 61

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten - Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Befördert Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel
von durch	an 27 Dez 1943 durch	1612. 2/1
	Verzögerungsvermerk	
Nr. 97131		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - SA 225a
Rö./Ne.

Paris, den 23. ~~November~~ 43
27. Dezember 43

1. Fernschreiben.

G e h e i m !

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4

B e r l i n .

Betr.: Endlösung der Judenfrage in Frankreich.
Hier: Den Juden italienischer Staatsangehörigkeit Donati.

Vorg.: Mein FS-Bericht Nr. 68 365 vom 26.9.1943.

Im Nachgang zu meinem obigen Bericht gebe ich abschriftlich Kenntnis von einer Ereignismeldung des Einsatzkommandos Marseille vom 18.11.1943:

"Im Zuge einer Aktion gegen führende Juden in Nizza gelang es bis jetzt, folgende Juden festzunehmen:

A) Meyer, Germaine, alias Gauthe, Marie, Sekretärin des ehem. Direktors der franz.-ital. Bank in Nizza Angelo Donati.

B) Gutmann, Claude, alias Duprat, Claude, Beauftragter der UGIF für die jüd. Jugendwohlfahrtspflege im Gebiet Südfrankreichs.

CDJC I 61

C) Lawajntrob, Jankiel, alias Wister Jacques, Jude poln. Herkunft, Führer der jüd. Jugend in Nizza und Organisator jüd. Kindertranspor te nach der Schweiz.

Die Genannten waren führend bei der Beschaffung falscher Identitätskarten und sonstiger Ausweispapiere für Juden beteiligt.

Der Hersteller dieser falschen Identitätskarten

D) Appel, Roger, Führer bei der FA. Dreyfuss in Marseille tätig, ist flüchtig.

Aus den Vernehmungen ergab sich, daß wöchentlich etwa 250 falsche Identitätskarten hergestellt wurden. Wie die Meyer aussagte, verfolgte Donati das Ziel, bei den italienischen Behörden durchzusetzen, daß die italienischen Truppen beim Verlassen der besetzten Gebiete in Südfrankreich sich verpflichten mußten, die Juden mit nach Italien zu nehmen, um sie dort in Sicherheit zu bringen.

Donati verfolgte weiter den Plan, und er hatte bereits die Zustimmung italienischer Behörden erhalten, das in Mentone etwa 30.000 Juden angesiedelt werden sollten, um dieser Stadt wieder pulsierendes Leben zu verleihen. - Außerdem befaßte sich Donati nach dem Staatsstreich in Italien damit, bei den ital. Behörden durchzusetzen, daß die nach Italien mitzunehmenden Juden eine Heimstatt in Libyen bekommen sollten.

Es ist also offensichtlich, daß bei den Anhängern Badoglios schon am 25.7.1943 die Absicht bestand, Italien den Anglo-Amerikanern preiszugeben.

Bemerkenswert ist, daß bei einer ganzen Reihe von Juden Erklärungen darüber vorgefunden wurden, womit diese sich verpflichteten, ein italienisches Kind, welches bei einem englischen Luftangriff seine Eltern verloren hätte, an Kindes Statt anzunehmen.

Die genannten Juden wurden von der franz. Bevölkerung und von den franz. Behörden weitgehendst unterstützt. - So hielt sich die Meyer versteckt bei einem 70-jährigen Franzosen, welcher widerrechtlich einen Coltrevolver im Besitz hatte. Gutmann konnte im Heim der Jesuiten in Nizza, 8, rue Mirabeau, wo er Verhandlungen über die Unterstützung der jüd. Jugend durch die katholische Kirche führte, festgenommen werden. - Aus den bei ihm vorgefundenen Papieren geht hervor, daß sowohl die Compaghnons de France des Comité National des Unions Chrétiennes des Jeunes Gens de France, als auch die Mouvement des Eclaireurs Unioniste de France, ihm volle Unterstützung haben zuteil werden lassen.

Wajntrob hatte bereits 3 Transporte mit je 25 jüd. Kindern Nach der Schweiz abgesetzt und konnte 1/2 Stunde vor der vorgesehenen Abfahrt des Transportes festgenommen werden.

Die Genannten wurden in das Judenlager Drancy eingewiesen.

Sp.-EK.- Marseille . D. Kdr.
gez.: Muehler, SS-Sturmbannführer."

BdS - Referat IV B - Im Auftrage: Röthke, SS-Obersturmführer

I.A. Röthke

174/43 g

IV B 4 4. 6. 1943 M. Gentzel

Jüdische Teilaktion

AA Inl. II g 167

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 4. Juni 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421
Reichsbankgiro: Konto: 1/116 · Postscheckkonto: Berlin 2386

IV B 4 174/43g
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt
Inl II 1067g
eing. - 8. JUNI 1943
Anl.

Geheim

An das

Auswärtige Amt,
z.Hd. v. Herrn Legationsrat von T h a d d e n
o.V.i.A.,

B e r l i n ,

Rauchstrasse 11.

Betrifft: Jüdische Hilfsaktion.
Bezug: Ohne.

Nach Angaben der Abwehrstelle Rumänien, geht aus einer unüberprüften V-Mann-Meldung hervor, dass die schwedische Strassenbau-Gesellschaft in Kronstadt, Str. Drumul Cristianului 12o, gegen deren Direktor Per E r i k s o n , Kronstadt, Str. Mareşal Averescu 17, wiederholt Verdacht auf nachrichtendienstliche Betätigung (Verbindung mit dem schwedischen Militär-Attaché Oberst B r u n s s o n) geäussert worden ist, den jüdischen Hilfsaktionen bedeutende Beträge zur Verfügung stellt. Die Überweisungen sind nach dem Berichte durch folgende Banken durchgeführt worden:

1.) Banca Centrala SA Turda (Prokurist Victor Josof).
2.) Cassa de Pastrare Cluj, Filiale Turda,
3.) Banca "Ariesana", Turda,
4.) Banca Comerţului SA, Turda, (Subdirektor Alexandru Laslo),
5.) Banca Fuzionata şi Cassa de Pastrare, Turda.

K206854

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

AA

175/43 g

II B 4 b-3 19.5.1943 u. Vorlagen

Agudas Israel World Organisation
London

AA Inl. II g 169 a 169 a g

Berlin, den 21. April 1943 zu Fzl. II St 6 g

1. In Abschrift mit 1 Anlage (Brief mit Umschlag) [illegible]

A. A. eing. 21. APR. 1943

Deutsche Botschaft
Paris
547/43 g
1 Anlage

Paris, den 27. März 1943 140

Geheim

Pol. II 643

In der Anlage wird ein von der Briefprüfstelle Paris erfasstes Schreiben enthaltend einen Bericht der Agudas Israel World Organisation London zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In Vertretung

An das Auswärtige Amt
Berlin

Herrn VR Dr. Luther m.d.B.u.K. 12/4

K206787

1 g A

z.n.
Der Leiter des Referats
D. Sonderkommando
Institut Rosenberg
Paris

SS Fol. II q 169 a

Berlin, den • April 1943 zu Fol. II St 6 g

1.

Betr.: a) Abschrift des Briefes
b) Ihre evtl. Rückäußerung

In Abschrift wird
in Anlage (Brief mit
Umschlag)
dem Reichsführer-SS mit der
Bitte
zur gefl. Kenntnisnahme
und Verfügung
ergebenst vorgelegt.

Ref.: SO. von Flotow
Wo Abg.: 30/4
bei Fol. (Fol.)

z. g. Vf.

J. V.

K206788 von Flotow

p. n.
Der Brief ist gerichtet an
R. Brandenstein
- Institute Tscher -
Bex-les Bains,
Schweiz.

Fol 43

AA Inl. II g 169 a

142

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 b-3 175/43g

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 19. Mai 1943.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421
Reichsbankgirokonto: 1/145 · Postscheckkonto: Berlin 2386

13959
22. MAI 1943

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd. v. Herrn Legationsrat von T h a d d e n o.V.i.A.

B e r l i n ,
Rauchstrasse 11.

Gerein

Betrifft: Agudas Israel World Organisation London.

Bezug: Dort.Schreiben vom 28.4.1943 - Inl. II A 6 g.

Anlage: 1 Brief mit Umschlag.

Als Anlage reiche ich die mit dem angeführten Schreiben nach hier übersandten Unterlagen unter Beifügung einer Übersetzung der wichtigsten Stellen wunschgemäss wieder zurück.

Im Auftrage:

K206789

H522179

הסתדרות העולמית „אגודת ישראל"

Agudas Israel World Organisation.

THE UNION OF UNIVERSALLY ORGANISED ORTHODOX JEWRY.

EXECUTIVE OFFICES: LONDON, WARSAW, JERUSALEM.

CENTRAL EXECUTIVE:
1, QUEEN ELIZABETH WALK,
LONDON, N.16.
ת"ב

IN REPLY, PLEASE REFER TO:
ORGANISATION & PROPAGANDA DEPT.

1th Teveth 5703
9th December 1942

PRIVATE AND CONFIDENTIAL ! NOT FOR PUBLICATION !

Dear friend, K206791

The following information is sent to the confidential members of our organisation for their private information in connection with the massacres of Jewry in Poland.

Early in September the information reached our office from confidential sources and on September 23rd the following letter was sent to the Secretary of the Joint Foreign Committee of the Board of Deputies:

" We have received persistent reports in recent weeks suggesting that the German authorities have under consideration a plan for the mass masacre of the Jews recently deported to occupied Poland and Russia. These reports, whilst unconfirmed in London official circles, have reached us from various quarters. In one or two instances they are from informants who we believe to be reliable and who have connections in German circles. Without doubt, you too will have received such information.

In view of the gravity of the situation our Executive suggests that the Joint Chairmen of your Committee convene a small, informal and private conference, with the other representative organisations concerned, the Jewish Agency, the World Jewish Congress, and ourselves. We are sending a copy of this letter to those bodies for their information.

We realise that the situation which confronts us is an exceedingly difficult one and it is clear that we in this country can do but little. We are sure nevertheless that you will agree with us that everything possible should be done at least to achieve consultation and co-operation in respect of any steps envisaged."

At the same time personal discussions took place between our representatives and the four organisations mentioned. We felt that it was essential that there should be co-operation.

In the meantime we were in touch both with our New-York and Jerusalem office and as you will have seen reported in the press a delegation of our Jerusalem Office saw the High Commissioner for Palestine early in November. At the same time a mass meeting was called in Tel Aviv and on two seperate occasions our Jerusalem office issued appeals to the world. This was the first public announcement of the Polish tragedy.

In the meantime we were in contact here with Allied authorities, the Ministry of Information, and the B.B.C. On November 30th we saw Mr. Biddle the U.S. Ambassador of the Allied Powers in London, and discussed the whole situation with him. On the same day there was a meeting of the Joint Foreign Committee in which the undersigned participated, when it was decided to carry out the suggestion made in our letter of September 23rd.

The four organisations met on December 3rd. We were represented by Rabbi J.J. Horowitz and the undersigned. The Chief Rabbi was also present.

Every possible suggestion was considered and all the evidence dealt with. Each organisation reported its activities and you will have noticed that over the week-end the press has reported the massacres. You will perhaps have seen the letter of the Archbishop of Canterbury in the Times of December 5th.

p.t.o.

AA Inl. II g 169 a

I would like to repeat that every possible suggestion was carefully considered and you will understand that it is not possible to mention these in a letter. The most important thing appears to be to convince the British Government that the reports are not exaggerated.

The four organisations with the Chief Rabbi will continue in constant session and I shall be glad to receive any suggestions you care to make and to assure you that they will be given very close attention.

The Jewish Weekly will contain regular reports of such information as may be published and you would be well advised to see the paper rehularly to be informed of our activities.

I would mention that our Executive met on December 6th with the participation of friends from the Provinces to remain in constant touch with the whole problem.

Perhaps I should also mention that our friends Rabbis A. Babad, and A.I.Twerski are on the Executive of the Council of Polish Jews so that we have close contact with the problem in that direction. We ourselves are in touch with the Polish Government. The undersigned saw M. Stanczyk, the Polish Minister of Social Welfare in this connection also on December 4th.

On December 8th the undersigned saw M. Dulanty, High Commissioner for Ireland. Mr. M. Briscoe M.P. for Dublin was present and flew to Ireland to confer with the authorities there.

Finally I would draw your attention to the following J.T.A. note from December 6th:

" PRESIDING AT AN EMERGENCY MEETING OF THE AGUDATH ISRAEL ORGANISATION, RABBI J.J.HOROVITZ STATED THAT IT WAS THE DUTY OF EVERY RELIGIOUS JEW TO JOIN THE FAST CALLED BY THE CHIEF RABBI FOR SUNDAY, DECEMBER 13th. THE COMMITTEE AT THE SAME TIME DECIDED THAT THE WEEK FOLLOWING THE FAST SHALL BE A WEEK OF GENERAL MOURNING IN WHICH THE ANGLO-JEWISH COMMUNITY SHOULD DEMONSTRATE TO THE WHOLE WORLD ITS GRIEF AND SORROW AT THE NAZI ATROCITIES.
THE AGUDATH ISRAEL ORGANISATION CALLS ON EVERY JEW IN THIS COUNT Y TO REFRAIN DURING THAT WEEK, WHICH CONCLUDES WITH THE FAST OF TEVET, FROM PARTICIPATING IN ANY FORM OF ENTERTAINMENT AND ENJOYMENT WHICH WOULD BE CONTRARY TO THE SPIRIT OF MOURNING WHICH IS FELT BY EVERY JEW. "

It is proposed to send similar private letters from time to time to our confidential friends who are interested and it would be appreciated if you could send a line to the office if you wish to receive them.

Yours sincerely,

H. A. GOODMAN.

K206790

Inl. II 6 143g
1345

Telephone:
STAMford Hill 6669/9

55, Queen's Drive,
London, N.4.

AA Mel. II 9 164 a

WITH THE COMPLIMENTS OF THE SECRETARY OF THE AGUDAS ISRAEL ORGANISATION FOR YOUR PERSONAL INFORMATION: - BEING A DIARY OF THE OFFICE ACTIVITIES FOR THE LAST FEW MONTHS AND PRESS CONFERENCES:

CONFIDENTIAL — NOT FOR PUBLICATION

D I A R I

AUGUST 1942 - NOVEMBER 1942:

3rd August:

65) Board of Deputies of British Jews special conference on Post War problems. Mr. H.J.Goodman attends.
66) Polish Government asks Agudas Israel for list of Polish Rabbis in Russia with a view to evacuation and emigration to Palestine.

4th August:

67) Czechoslovak Government agree to issue Czechoslovak Stateless Passport to cases recommended by us.

5th August:

68) Representatives of Keren Hatorah and Federation attend meeting to organise United Appeal for Jews in USSR.

7th August:

69) Keren Hatorah makes grants to Palestine for Diskin Orphanage.
70) Agudas Israel cables I.M.Lewin subventions for Palestine Agudas Boys and Girls Schools.
71) Consignment of Seforim sent to Gateshead Classes.

9th August:

72) Organising Committee of Agudas Israel at Rabbi Dr. Schonfeld's house. Representative Committee formed.

73) Keren Hatorah makes grants Palestine in Kollelim.

13th August:

74) Discussion with British Ministry of Economic Warfare re Food-Parcels scheme.
75) Intervention Polish Ministry of Social Welfare re refugees in Portugal and unoccupied France.
76) Keren Hatorah cables Palestine grants on behalf of Beth Din.
77) Intervention Czechoslovak Trust Fund re religious Education of Czechoslovak children in England.

14th August:

78) Meeting with Secretary of International Commission on War Crimes: Co-operation arranged.

17th August:

K206792

79) Meeting Union of Orthodox Jews from Czechoslovakia.
80) Cable to Chief Rabbi Herzog re ITA reported disorders by Shomer Shabbath.
81) Intervention with Polish Bishop in Polish Jewish matters of religious interest.

19th August:

82) Meeting with Msgr. Machacek, Vice-President of Czechoslovak State Council, re Czechoslovakian book against antisemitism.

20th August:

83) Meeting of Old Yishuv War Fund.
84) Meeting of Keren Hayishuv and Polish Aguda Committee.

A1 Jer. I 9 164 a

21st August:

85) Meeting with B.B.C. re Agudist Broadcasts.
86) Chief Rabbi Herzog cables Aguda that rumours re disturbance by Shomer Shabbath unfounded, dementi published in Jewish Press.
87) Ellul-HAYELED published.
88) Federation of Czechoslovakian Jews succeeds in transferring Czechoslovakian Refugee Children from Christian to Jewish Houses.
89) Keren Hatorah cables grant to Rabbi Melzer, Jerusalem for Rabbis from Russia.

26th August:

90) Meeting Keren Hayishuv Committee.
91) Aguda submits first 2500 names for transmission to Lisbon for Food-parcel

27th August:

92) Discussion with Polish Jewish Chaplains to Forces re appointment of Chaplains from Aguda circles in Middle East.

28th August:

93) Keren Hatorah makes grants to Yeshivoth and Beth Jacob classes.
94) Arrangements for Aguda Broadcast to Poland made with Polish Government.
95) Interview with Secretary of President Dr. Benes re Jewry in Czechoslovaki

30th August:

96) Representatives attend conference United Russian Appeal Committee.

31st August:

97) Meeting with Mr. Briscoe, Member of Irish Parliament regarding possibilit settlement refugees in Ireland.
98) Interview with Mr. Boyd, Palestine Section Colonial Office.

1st September:

99) Interview with Czechoslovak Ministry of Reconstruction re collaboration in problems of Jewish properties in Czechoslovakia.

2nd September:

100) Meeting of Council of Polish Jews.
101) Delegation sees Chief Rabbi Dr. Hertz re co-operation in Lidice scheme.
102) Meeting with Czechoslovak Red Cross re Food parcels to Czechoslovakia.
103) Interview with Czechoslovakian Ministry of Information re Broadcast to Czechoslovakia on Erev Rosh Hashonoh.

3rd September:

104) Keren Hatorah meeting, Rabbi Abramsky in the chair, decisions re Manchester Seminary made and co-operation with other educational bodies.
105) Lists of Refugees submitted to Mr. Briscoe (see No.97)
106) Delegate attends meeting of Famine Committee.

4th September:

107) Meeting Czechoslovakian Foreign Office re emigration from France.
108) Tishri issue of HAYELED published.
109) First meeting Deputies executive committee regarding Polish Food parcels. Mr. H.A.Goodman participated.

6th September:

110) Agudas Israel sends Rosh Hashonoh messages to Jewish soldiers in Allied Forces.
111) Federation of Czechoslovakian Jews applies to Ministry of Economic Warfare for permission to send Food-parcels to Czechoslovaks in Poland.

7th September:

112) Interview with Czechoslovakian Minister for Social Welfare re Czechoslovak Refugee matters.
113) Conversation with Board of Deputies re: co-operation in political matters.

K206793

8th September:

114) Mr.Springer interviews Dr. Sulzberger, publisher of New York Times, President of American Red Cross.
115) Keren Hatorah sends Shofar to various communities.

8th September:

116) Keren Haterah sends Machsorim to American Forces in England.
117) Federation send Machsorim to Czechoslovakian Forces.
118) Joint Foreign Committee: Mr. Goldman raises question of threatened annihilation of European Jewry.

10th September:

119) Broadcast to Czechoslovak Jewry by Czechoslovak orthodox Jewish representative.
120) Delegate of Keren Haterah accompanied by Rabbi S. Baumgarten visit Berkshire to obtain Hadassim.
121) KEREN Haterah sends Machsorim to various Machsharoth, including Bachad, and makes grants for classes and Manchester Beth Jacob.

11th September:

122) Broadcast on BBC European Service by Mr. H.A.Goodman on behalf of Agudas World Organisation and by a Polish Rabbi to Poland in name of Polish Agudah.

14th September:

123) Delegate attends memorial meeting for President Masaryk.
124) Meeting with Dr. Rettinger, at Polish Prime Ministers Office.

16th September:

125) Keren Haterah informed of anticipated arrival of Arba Minim in England.

20th September:

126) Mr.Oppenheimer leaves for British Port to collect Arba Minim and interviews Jewish Community asking for assistance on arrival of Boat.

21st September: (Yom Kippur)

127) Boat with Arba Minim arrived.

22nd September:

128) Arba Minim cleared through customs and brought to London.-Office works all night and following night to get consignments for Provinces away in time.
129) Sets (Free of charge) are sent to allied Army camps and institutions.
130) Meeting with M.Masaryk on political and refugee matters.

23rd September:

131) Reception for Polish Bishop Kaczynski and Dr. Rettinger arranged by Agudas World Organisation. - Rabbi Horowitz presiding.
132) Distribution of Arba Minim in London.
133) Interview with Czechoslovak Minister of Information.

24th September:

134) Dayanim of Beth Din select Arba Minim for "United Synagogues".
135) Additional Hadassim bought by Keren Haterah against payment 40/-/-
136) Interview with Yugoslaw Government regarding refugees in Spain.

28th September:

137) Interview with Bishop of Hongkong re: refugees on Japanese occupied territora.

29th September:

138) Meeting of Advisory Committee of Agudas Israel World Organisation. Chairman: Rabbi J.J.Horowitz.

30th September:

139) Delegate attends meeting in Czechoslovak State Council.

K206794

1st October:

140) Interview by Mr. Springer with Jewish Agency (Mr.Linton)in political matters.

2nd October:

141) Conversation with World Jewish Congress.(Mr.Goodman-Mr.Easterman)
142) Meeting of European Famine Committee.

5th October:

143) Receival cable from Rabbi Kossowsky, Johannesburg re: exchange of Prisoners from Shanghai. - Aguda untertakes necessary steps with British Polish Government offices.
144) Meeting with Polish Ministry of Social Welfare re: Polish children in this country.
145) Mr. Goodman visits Colonial Office regarding Yugoslaw and other refugees in neutral countries.

6th October:

146) Interview with political Secretary to President Dr. Benes.
147) Conversation with Major Melcer re: appointment of Chaplain from Agudist circles. (see No. 92)

7th October:

148) Meeting at Dr. Schwarzbart's house re: Czechoslovak social matters. Present: Dr.Schwarzbart, Ing. Frischer, Mr.Goodman, Mr.Springer and Dr.Zelmanowitz.

8th October:

149) Educational officer reports that North London classes are now attended by 50 children, decided to open Kindergarten in Hendon and Gateshead.

9th October:

150) Australian internees arrive in England. Among them a number of Agudists.

11th October:

151) Conversation with ex-internees from Australian. Various important steps decided upon re: those still there.

12th October:

152) Keren Hatorah makes grants to Yeshivoth and classes.
153) Reception at the Dorchester Hotel to launch Lidice Campaign. Sir George Jones in the chair. - Speakers: The Rt.Hon. Hore-Belisha, Sir Herbert Emerson (High Commissioner for Refugees), H.E.M.Jan Slavik Czechoslovak Minister for Interior, - H.E.M. Stanczyk Polish Minister for Social Welfare, - The Rt.Hon.Lord Strabolgi, - Representative of M.Maisky Russian Ambassador, - Representative of M.Spaak Belgian Minister for Foreign Affairs, - Rabbi L.A.Lazarus, - and Mr.H.A.Goodman, Chairman of the Federation of Czechoslovakian Jews.: Present Members of the House of Lords, Members of the House of Commons and Representatived of all Allied Governments.

K206795

13th October:

154) Meeting with Czechoslovak Minister for Interior re: calculation and Czechoslovak passport matters.

14th October:

155) Interview with Minister Masaryk.
156) Interview with Deputy High Commissioner for Refugees re: Czechoslovak refugees in France and elsewhere.
157) Conversation with Czechoslovak Foreign Office re: refugees in Spain.

15th October:

158) Rabbi J.J.Horowitz and Mr. H.A.Goodman see Lord Cranborne, Colonial Secretary, on Palestine and refugee matters.

16th October:

159) Keren Hatorah makes grants to Yeshivoth and institutions.
160) Palestine Aguda sends 2000 names for Polish Food-parcel scheme. All lists are checked and passed on.

18th October:

161) General meeting of Council of Polish Jews. Polish Aguda represented.

19th October:

162) Beth Jacob Kindergarten opened in Hendon.

20th October:

163) Approached Foreign Office re: repatriation of talmudical students in Shanghai.

AA Inv. II g. 162

Dr. Herzog, in confirming the report that two bombs exploded [illegible] on Saturday night, August 1st, declared [illegible] the perpetrators.

21st October:

164) Interview with Czechoslovak Minister for Interior.

22nd October:

165) Keren Hatorah Committee meeting.-Rabbi Abramsky in the chair.-
166) Aguda Reception for Rabbi Semiaticki of Shanghai at 35, Lordship Park followed by a Hesped for Rabbi Tobias Horowitz.
167) Aguda representative attends meeting of Food-parcels Committee at Board of Deputies.
168) Mr. Leitner approached Polish Ministry for Social Welfare re: religious Education of Polish children in England.

24th October:

169) Czechoslovak Service arranged at Manchester Great Synagogue in conjunction with Federation of Czechoslovakian Jews.
170) Service also held at Adath Yisroel Synagogue in London.

25th October:

171) Federation of Czechoslovakian Jews arranges Czechoslovak Jewish Service at London Synagogue.

26th October:

172) Meeting with Polish Foreign Office re: Refugees in Shanghai.

27th October:

173) Beth Jacob classes inspected by representative of Beth Jacob Committee.

28th October:

174) Formation of Agudist Women's Group (60 members enroll)
175) Aguda sends message to President Dr.Benes on occassion of Czechoslovak Day of Independence.
176) Representative of Central Board of orthodox Jews and Federation of Czechoslovakian Jews received in audience by President Dr.Benes.

29th October:

177) Meeting of Polish Aguda.
178) Aguda sends messages and is represented at Protest meeting at Nazi atrocities at the Royal Albert Hall.

30th October:

179) Keren Hatorah makes grants to Yeshivoth and evacuee classes.

2nd November:

180) Interview with Czechoslovak Minister for Interior in educational matters.

3rd November:

181) Interview with Czechoslovak Minister for Social Welfare re: relief to refugees in France.
182) Conversation with Bloomsbury House re: children emigration from unoccupied France.
183) Keren Hatorah makes grants to Yeshivoth.

K206796

4th November:

184) Meeting with Red Cross re: Czechoslovak Jewish Prisoners of war suitable relief achieved.
185) The newly opened Beth Jacob Kindergarten in Hendon inspected by Delegate of Committee.
186) Cable received from Switzerland re: famous Czechoslovak Rabbi. We cabled our instructions to Lisbon to arrange emigration.

5th November:

187) Delegate attend meeting Rescue Committee for Jewish children. Our proposals accepted at meeting.
188) Meeting of Aguda Organising Committee, decided to hold national Conference End December.
189) Meeting of Federation of Czechoslovakian Jews: Rabbi J.Epstein presided. Grants for Yeshivoh Palestine and Refugees. Proposed Scheme re: Jewish children in Barbican Mission discussed and various steps decided.

AA file E 9 1664

5th October:
... Sosnowsky, Johannesburg re: exchange of ... necessary steps with

6th November:

190) Mr. Goodman sees Polish Foreign Ministry re: position in Shanghay. - List received of 324 Bachurim in Shaghay.

6th November:

191) Palestine Aguda cables London asking for intervention Polish Governmen re: religious education of refugee children from Teheran.

10th November:

192) First meeting of newly formed Agudist Women's Group. 60 members enrolle

11th November:

193) Conversation with Trading with the Enemy Branch re: funds for Bachurim and Rabbis in Shanghay.
194) Federation cables grant to Bransslaver Yeshivoh in Palestine.

12th November:

195) Keren Hatorah and Federation Delegate attend meeting of United Relief Appeal.
196) Our officially recognized representative attends opening of Czech State Council on behalf of religious Czechoslovak Jewry.

13th November:

197) Keren Hatorah makes grants to Rabbis and evacuee classes.
198) Rabbis Abramsky, Rabinow and Dr. Schonfeld interview Polish Minister Stanczyk re: education of refugee children from Teheran to Palestine (see Note 191)
199) Interview with Polish Embassy re relief to Shanghay Rabbis and Bachurim

16th November:

200) Interview with Yugoslav Government re Jewish refugees in Spain. Suggest made that Dr. Engelsrath be authorised by Yugoslav Government to come to England.

18th November:

201) Interview with Polish Ministry of Social Welfare re Polish Refugees in Spain.

19th November:

202) Polish Agudas Israel submits memorandum to Polish Government and to General Sikorsky in Jewish Polish matters.

20th November:

203) Mr. Oppenheimer meets Red Cross re relief for Shanghay.

23rd November:

204) Chanukah broadcast by Rabbi Dr. Schonfeld with B.B.C.
205) Yugoslav Government informs us that British visa has been obtained for Dr. Engelsrath in Spain. (see note 200)

24th November:

206) Keren Hatorah sends Prayer Books to Jewish American Soldiers in England.

25th November:

207) Meeting of United Relief Appeal.
208) Gateshead Aguda meeting election of Hon. Officers.

26th November:

209) Meeting of Board Food Parcels Committee. - Agudas Israel represented. - Reported that 3.000/-/- sent to Lisbon.
210) Conversation with Polish Government, British Authorities and Red Cross re: relief for Shanghay.

27th November:

211) Keren Hatorah cables grant to Palestine for Refugee Rabbis.

28th November:

212) Hosped for Rabbi Tobias Horowitz and other Deportees, arranged by Agudas Israel at Stamford Hill Beth Hamedrash. Speakers: Rabbis Rabinow, E.Lapian and L. Margulies.

K206797

p.t.o.

AA Jul. 5 g. 1642

Dr. Herzog, in confirming the report that two bombs exploded harmlessly on Saturday night, August 1st, declared [illegible] the perpetrators.

30th November:

213) Chanukah HAYELED published.
214) Mr. Goodman and Mr. Springer see U.S.Ambassador Biddle re:situation of refugees in French North Africa, position of Jews in Europe and other Jewish problems.
215) Meeting Joint Foreign Committee. Our proposal joint consultation Agula, World Congress, Jewish Agency and Board of Deputies (v.23/9/) accepted. - First meeting to be held December 3rd regarding Polish massacres.

---- oOo -----

COPY OF A LETTER FROM PROF. S. BRODETSKY.

20th September 1942.

Dear Mr. Goodman,

I would like to thank you for your kind wishes on behalf of yourself and of the Agudas Israel. I need hardly say how much I appreciate this kind thought.

The future is going to bring great tasks and increasing necessity for Jewish cooperation. I sincerely hope that Jewish Organisations will learn to cooperate fully.

You know my views about Jewish public affairs. In many respects there may be differences of opinion. I am most anxious for every possible way of real working together, and you will me anxious at any time for the closest possible form of cooperation, based upon mutual understanding of where we agree and hwere we differ.

Believe me to be,
Yours sincerely,
(S.Brodetsky)

K206798

----- oOo -----

העתקה ממכתב של רב מפורסם אחד
ג'מו"מ ואנו בתוך הגולה פה... טמון ללובלין
אל כ"ק מרן הגאון הצדיק אבדק"ק..... טליט"א.

אודיע לכ"ק כי הננו פה יחד עם חמשה אלפים נפש ממדינתנו מלבד הגולה אשר הגלתה מכבד ממדינת אשכנז ובעהמן ונאר מדינות ומלבד שלשת אלפים נפש תושבים שגרו פה מכבר. ופה הננו ביחד עם אנשים והשף מן המשפחות שהלכו מארצנו מהקהות ..... והאנשים נלקחו לעבודת פרך שאין כמוה ומזונם פעם אחד ביום מים שחורים עם פסת לחם ולפעמים שני פעמים ביום. ואנו כלנו נמוגים מרעב ממש. אף שלעת עתה יש להסיג הכל, אבל היוקר גדול ונורא כ"כ ובידינו אין כסף ואנו חיים ממה שאנו מרכרים הבגדים מעל בשרנו, כי הבגדים והחפצים שלקחנו עמנו הכל גנבו, וזה שנה שבועות שלא אכלנו לשובע רק מזונתינו פעם ביום אר פעמים חמשה או ששה פעמים לחם צר, ואני מרגיש חולשתי בעצמי, מלבד הפחדים הגדולים לילה ויום מפחד המגפה אשר כלנו מתוכנים בה והרבה מתים מחמת הרעב יום ביומו והרבה נהרגים בידים על חטא דהו וגם על לא דבר, ועל כלם עולה הרעב, עוללים ויונקים שואלים להם פורס אין להם. נא לעורר בני קהלתי שנשארו שירחמו עלי ועל אשתי ועל ה' ילדי הקטנים וישלחו כסף ואמת שאין מקבלים בעד חמשה מאות קראנען רק פ"ה זלאטי והוא מחיר של שמה קילוגראם לחם לא יותר אבל הצלה פורתא מיהו הויה, ונא לעורר גם את אנ"ש בארץ הגר שישלחו ע"י מלג"ר כסף וגם חפצים ובגדים אשר נוכל למכור ולהחיות את נפשנו. כי נמכרנו ה"ו לאבד וגם לטלוח ליבעסגאבען מעע וקאפפע וקאקוי שיש להם פה מחיר רב. והשי"ת יתן לנו כח ואומץ להתחזק ולהתקיים עד הישועה ויראנו בישועתו בכלל כל בית ישראל!

5th October: Johannesburg re: exchange of ... necessary steps with A4 Jul. Tg

EXRACTS OF THE J.T.A. Bulletin and Newspapers referring to our Movement:

J.T.A. 11/8/ KUIBYSHEV POLISH EMBASSY INSTRUCTED TO CARE FOR REFUGEE RABBIS

Special instructions have been sent telegraphically to the Polish Embassy in Kuibyshev to care for the 3000 Polish refugee Rabbis and Yeshivah students now in Soviet Russia, Agudist circles are informed.

An assurance to this effect was cabled by General Sikorski to the Yeshivah Vaad Hatzala and the American Agudath Israel.

American orthodox Jewish quarters feeling perturbed at reports from Russia regarding questions of the distribution of relief, had cabled to the Polish Government in London for information on the subject.

It is presumed that the appointment of Rabbi Sorotzkin by the Polish authorities in Russia is due to the personal intervention of the Polish Prime Minister.

---- ooo ----

J.T.A. 9/8/ ARCHBISHOP OF CANTERBURY WELCOMES PLAN TO ESTABLISH LIDICE MEMORIAL SETTLEMENT IN PALESTINE:

"That there should be a memorial settlement to commemorate the heroic constancy of the Czechoslovak people under the oppression from which they have lately suffered is a most admirable plan in which I am very interested," states the Archbishop of Canterbury in a message to the Masaryk-Gaster Fund of the Federation of Czechoslovakian Jews which has decided to establish a "Lidice colony" in Palestine.

"I trust that the emphasis will be rather upon this than upon the cruelty of the oppressors though that must inevitably be implied, for without it the victims would not have suffered," the Archbishop continues. "But in the future we shall hope to reach a stage where, as far as possible, we wipe out all our memories of what men have done to make their neighbours suffer and concentrate instead upon all the noble qualities shiwn by those who endered suffering in the maintenance of a great cause."

In conclusion the Archbishop states: "I feel sure that this is the real purpose of your enterprise - namely, that you should keep alive as an inspiration for all generations to come the memory of those people whom to-day we can only honour with our gratitude and our tears."

---- ooo ----

J.T.A. 18/8/ YESHIVAH OF MIR CONTINUES WORK AT SHANGHAI:

The famous Yeshivah of Mir is continuing its regular work at Shanghai, where many of its students are stranded, according to information received by the Executive of the Agudath Israel World Organisation.

Rabbi Schmulewitz is in charge of the Yeshivah, and the courses are attended by over 250 students.

K206799

--- ooo ---

J.T.A. 19/8/ KEREN HATORAH COMMITTEE GRANTED LICENCE FOR IMPORT OF LULAVIM AND ETHROGIM:

A licence for the import of Lulavim and Ethrogim has been granted to the Keren Hatorah Committee in London.

A consignment of these goods, which are to be distributed to communities and synagogues on application, is expected to arrive here in the near future.

--- ooo ---

J.T.A. Aug.24th. THE CAMPAIGN FOR SABBATH OBSERVANCE IN PALESTINE: OVERWHELMING MAJORITY OF COMMUNITY WOULD NEVER COUNTENANCE VIOLENCE - SAYS CHIEF RABBI.

The Palestine Chief Rabbinate, together with the Sabbath Observance Organisation, backed by the overwhelming majority of the Jerusalem community, are endeavouring to the utmost to prevent the recently-begun Sabbath desecration by Jewish-owned cinemas, Chief Rabbi Dr.Isaac Herzog stated in reply to an inquiry by the Agudath Israel here regarding the recent incident when bombs were planted outside two Jerusalem cinemas (reported in the J.T.A. Bulletin of August 4th).

Dr. Herzog, in confirming the report that two bombs exploded harmlessly on Saturday night, August 1st, declares that there was no clue so far as to the perpetrators and that the planting of the bombs was most likely the work of provocateurs. Violence would never be countenanced by those conducting the campaign against the desecration of the Sabbath.

--- ooo ---

J.T.A. Aug.27th. CHIEF RABBI OF SERED DIES ON WAY TO POLISH CONCENTRATION CAMP.

Chief Rabbi M. Eckstein, of Sered, Slovakia, has died on his way to a Polish concentration camp, says a report received by the Agudath Israel Organisation here from Slovakia via Switzerland.

Chief Rabbi Eckstein was a member of the Central Council of the Agudath Israel World Organisation and Vice-President of its Czechoslovak branch. At the Kenessia Gedolah in Marienbad in 1937, he was elected member of the Central Rabbinical Council.

The arrival at Lublin of the 75-years-old widow of Chief Rabbi Weber of Piestany, is also reported. Chief Rabbi Weber was formerly President of the Agudath Israel in Czechoslovakia. Twelve years ago he visited England on behalf of the Czechoslovak Government.

--- ooo ---

J.T.A. Aug.25th. AGUDATH ISRAEL CONFERENCE DECIDES TO RAISE FUND FOR RELIGIOUS WORK IN AMERICA.

A decision to raise a fund to foster religious education among Jews in America was adopted at the closing session of the three-day conference for the Strengthening of Judaism held by the Agudath Israel Organisation of America at Belmar, New Jersey.

Rabbi Isaac Lewin, leader of the Agudath Israel in Poland, addressing the conference, charged the Jews of America with "indifference" to the fate of the Jews in Nazi held Poland. He suggested that the Agudath Israel establish a committee to organise relief for the persecuted Jews in Europe. Rabbi S. Gurari of New York was among the principal speakers at the session.

--- ooo ---

J.T.A. Sept. 7th. LIST OF NAMES OF DEPORTED CZECHOSLOVAK JEWS RECEIVED IN LONDON!

A list containing the names of nearly 1.000 Czechoslovak Jews who have arrived in Poland was received by the Federation of Czechoslovakian Jews. The Federation expects to obtain further lists in due course.

The majority of the deportees are in a concentration camp at Lubartow near Lublin. Their position is desperate and efforts are being made to afford them relief.

K206800

--- ooo ---

J.T.A. Sept.8th. MR. H.A. GOODMAN TO BROADCAST NEW YEAR'S MESSAGE TO JEWS ON CONTINENT:

At the invitation of the B.B.C., a Rosh Hashanah message to the Jews on the Continent will be broadcast next Friday at 2.30 p.m. by Mr. H.A. Goodman, Hon.Political Secretary of the Agudath Israel World Organisation.

The broadcast, which will be included in the "London Callin Europe" programme, is particularly intended for the Jews in occupied countries, and arrangements have been made for it to be transmitted also in a number of foreign language broadcasts.

--- ooo ---

J.T.A. Sept.9th. ROSH HASHANAH BROADCAST TO POLAND AND CZECHOSLOVAKIA:

A Rosh Hashanah message to the Jews in Czechoslovakia will be broadcast in the Czechoslovakian Service of the B.B.C. by a member of the Union of Orthodox Jews from Czechoslovakia, and Rosh Hashanah greetings to the Jews in the ghettoes of Poland will be sent in the Polish News Service by a Polish Rabbi representing the Council of Polish Agudists in Great Britain.

--- ooo ---

J.T.A. Sept. 22nd: DEATH OF SLOVAKIAN CHIEF RABBI

The 60-year-old Chief Rabbi Herzog, of Stupava, Slovakia, died on the way to the station when he was escorted there, together with his family, for deportation to Poland, according to a report received by the Federation of Czechoslovakian Jews.

A plea by Mrs. Herzog and her children to have their deportation postponed till after the burial of the Chief Rabbi was rejected by the authorities.

--- ooo ---

J.T.A. Sept.25th: CAMPAIGN FOR A LIDICE SETTLEMENT IN PALESTINE:

The Masaryk-Gaster Fund of the Federation of Czechoslovakian Jews are opening their campaign for the establishment of a "Lidice Settlement" in Palestine in memory of the victims of the Heydrich reprisals with a reception at the Dorchester Hotel, Monday October 12th at 5.30. Sir George Jones,M.P. will preside. - The Speakers will include The Lord Bishop of London, the Rt.Hon. Arthur Greenwood M.P. - The Rt.Hon. Lord Strabolgi, - The Rt.Hon. Hore-Belisha M.P., - M.Jan Stanczyk Polish Minister for Social Welfare, - M. P.H.Spaak, Belgian Foreign Minister, and Rabbi H.M.Lazarus.

--- ooo ---

J.T.A. Sept.18th.: JEWS AND NON-JEWS AFTER THE WAR: ARCHBISHOP OF CANTERBURY FORSEES GREATER FRIENDSHIP AND PEACE: REPLY TO MESSAGE FROM AGUDA:

The Executive of the Agudist World Organisation has sent a message to the Archbishop of Canterbury recording their "sincerest appreciation for the expression of brotherly sympathy which you have in recent months voiced with the sufferings of our unfortunate brethren in Nazi occupied Europe.We feel that we speak in their behalf when we voice our deep gratitude. We know that your words find an echo in the hearts and the minds of millions of believers. We trust that our Almighty Father will bring victorious peace to the cause of freedom and justice and that you may be spared to assist in the reconstruction of a war-shattered world and its rededication to the service of God."

In reply the Archbishop wrote.: "I am profoundly grateful to you for your most kind letter. I trust that with the close of this war we may enter on a period of greater friendship and for the Jewish people greater peace among those with whom they live."

--- ooo ---

J.T.A. Oct. 9th. SPANISH AUTHORITIES DENY DISSOLUTION OF JEWISH RELIGIOUS INSTITUTIONS IN SPAIN:

Denying reports which have appeared in the press, the Spanish Embassy in London in a statement addresses to the Executive of the Agudist Organisation declares that "there is no truth in the allegation that any decree has been issued providing for the dissolution of Jewish religious institutions in Spain."

This denial, the J.T.A. is informed, follows representations made to the Spanish Ambassador by Mr. H.A.Goodman, Political Secretary of the Agudath Israel World Organisation, and was issued after consultation with the Spanish authorities in Madrid.

--- ooo ---

J.T.A. Oct. 15th: AGUDAH LEADERS RECEIVED BY COLONIAL SECRETARY:

Lord Cranborne, Secretary of State for the Colonies, received Rabbi J.J.Horowitz, Chairman of the Administrative Committee of the Agudath Israel World Organisation, and Mr. H.A.Goodman, Political Secretary.

Questions of Palestine policy, and of the rights of the orthodox communities in Palestine were discussed.

p.t.o.

K206801

AA Mil. Ü g 169 a

The delegation also raised the problem of finding refuge within the British Colonial Empire for groups of Jewish refugees who have been able to escape from Nazi occupied Europe, but for whom visas for other lands could not yet be obtained.

The Colonial Secretary showed a keen interest in the matters discussed.

--- oOo ---

J.T.A. Oct. 19th: PROMINENT GALICIAN RABBI MURDERED BY GESTAPO: ENTIRE FAMILY WIPED OUT.

Rabbi Tobias Horowitz, Rav of the important Galician community of Sanok, have fallen a victim to the systematic extermination policy carried out against the Jewish population in Poland by the occupying Power, according to information received here by the Executive of the Agudath Israel World Organisation,

Rabbi Horowitz was a member of the Central Council of the Agudath Israel since 1923, and Executive Secretary of its World Rabbinical Council.

On several occasions he visited various Western European countries, Britain and the United States on behalf of the Central Beth Jacob Committee. In 1938 he was offered a seat on the Central Beth Din in Warsaw.

Rabbi Horowitz and his family had found refuge in Rymanow with his brother-in-law, the Rabbi of Blazowa. The entire household, including all members of both families, were murdered.

There is no information as to any alleged reasons for the crime.

--- oOo ---

J.T.A. Oct. 25th: CZECHOSLOVAK JEWS CELEBRATE CZECHOSLOVAK INDEPENDENCE DAY:

In the course of a special sermon delivered on behalf of the Union of Orthodox Hebrew Congregations at the Adath Yisroel Synagogue, Rabbi Dr. S. Schonfeld said that Czechoslovakia had always been a citadel of freedom throughout the twenty years of its existence.

Dr. Schonfeld paid tribute to President Dr.Benes and the Czechoslovak Government for the continued friendship they are extending to the Jews, and drew attention to the fact that in 1937, when the whole of Europe was in a turmoil, the Czechoslovak Government had given hospitality to the World Congress of the Agudath Israel in Marienbad.

Dr. Schonfeld announced that the Czechoslovak Government has now given official recognition to the Central Board of Czechoslovak Orthodox Jewish Communities which has been established in London, and that the Czechoslovak Government had officially recognised this body as representing Czechoslovak Orthodox Jewry.

He concluded by saying that Jewish public opinion, irrespective of religious or political differences, sincerely wished for the re-establishment of a free Czechoslovakia liberated from Nazi oppression.

--- oOo ---

K206802

J.T.A. Oct. 28th: KEREN HATORAH COMMITTEE HEARS REPORTS ON PROGRESS OF RELIGIOUS EDUCATION:

Reports on the satisfctory progress of various schemes for religious education sponsored by the Keren Hatorah were heard at a meeting of the Executive of the Keren Hatorah Committee held here under the chairmanship of Rabbi Dayan Abramski.

Mr.G.Heilpern reported on the work of the Keren Hatorah Teacher's Seminary in Manchester, and stated that the number of students has increased. The second term had just commenced and a limited number of applicants could still be accepted. Mr.Heilpern expressed the thanks of the Manchester Committee to the Keren Hatorah Committee which, in co-operation with the National Council for Jewish Religious Education and the Union of orthodox Hebrew Congregations, was providing the larger part of the funds for the Seminary.

The Committee, after hearing a report on the progress of Keren Hatorah classes, authorised certain expenditure for the coming winter for the centres concerned. Important decisions were also taken regarding the improvement of religious education in London, and grants were made for the extension of the network of kindergartens and girls' classes conducted by the Beth Jacob Committee.

An ardent appeal to the Jewries of Palestine and all other free countries, urging them to establish a united front in order to save European Jewry while there is still time, was issued through the J.T.A. in Jerusalem by the Central Committee of the Agudah World Organisation.

"Even the scanty information leaking out from the prison which is Europe", the appeal says, "does not leave any shadow of doubt as to the imminent danger of extermination that is threatening millions of our brethren. The situation does not allow to postpone their rescue till after the war, and no negotiations regarding repatriation after victory of expressions of sympathy to the Jewish nation all over the world and in Palestine will revive those who have been killed, heal the maimed, or cure the crushed. We therefore appeal to all Jewish organisations throughout the world and in Palestine to set up together with us a united representation which should appear before the leaders of the democracies and all those whose hearts still respond to human feelings in order to ask them to use without delay all possible means to halt the extermination of European Jewry."

The appeal concludes by expressing confidence that all factors concerned will unite for an immediate humanitarian action which will bring the Almighty's blessings upon humanity.

--- oOo ---

J.T.A. Sept. 3rd: JEWISH PROBLEMS IN SOVIETS: AGUDAH GREETINGS TO RUSSIAN JEWRY:

"We cordially reciprocate the greetings of our brethren in Russia, who had for some twenty years been cut off from world Jewish life," said Mr. H.A.Goodman, Political Secretary of the Agudist Organisation, at a meeting held in North London.

Pointing out that the problem of the Jews in Soviet Russia was one of grave importance, Mr.Goodman reported on the discussions with the Soviet Embassy in London, and paid tribute to the readiness of the Russian authorities to co-operate. "But this is a problem which concerns the welfare and the fate of many hundreds of thousands of Jews," he continued. "The Polish aspect would appear to be on the verge of settlement, although nothing is yet finally decided in regard to the projected participation of Jewish delegates in the mission which is leaving for Moscow from Palestine."

"But the problem of the large number of refugees from the former Baltic lands, and from Bessarabia, ist still undecided," Mr.Goodman continued, "although M.Masaryk, the Czech Foreign Minister, has promised to use the good offices of the Czech Minister in Moscow for any border-line cases. But to deal with this problem adequately will require the concerted efforts of the representative and philanthropic Jewish organisations in Great Britain and the U.S.A. I have reason to believe that the Joint Foreign Committee will now officially concern itself with this problem, and thus achieve co-ordination of effort amongst the different responsible organisations concerned.

"It is our considered opinion that an authoritative delegation should go to Moscow from London, quite apart from the projected Polish Jewish delegates from Palestine. American religious Jewish circles strongly support this proposal.

"Perhaps not the least important of developments in recent days is the touching appeal of Russian Jewry to Jews throughout the world," Mr.Goodman concluded. "We cordially reciprocate the greetings of our brethren in Russia, who for some twenty years had been cut off from world Jewish life."

K206803

---- oOo -----

J.T.A. Oct. 14th: KEREN HATORAH PROVIDES PRAYER BOOKS FOR ALLIED FORCES:

Many hundreds of Machzorim were distributed to Allied Army camps, including those of the American Forces stationed in this country, by the Keren Hatorah, according to a report submitted to the Executive of the Fund.

Sets of Arba Minim imported by the Fund were supplied to 250 synagogues, army camps, evacuation centres, internment camps on the Isle of Man and a number of hostels, Yeshiveth and schools.

1385

AS Mel. Tg 169 a

Übersetzung

Tel.No.:Stamford Hill Telegrams: Clothigood,London.
(unlagerlich)
Agudas Israel Welt Organisation.
Der Verband der allgemein organisierten orthodoxen Judenschaft.

Amtierende Büros: London, Warschau, Jerusalem. K206804

Zentralamt: 1, Queen Elizabeth Walk, London. N. 16.

In der Antwort bitte angeben:
Organisations- und Propaganda Abt. 1.Teveth 5703
9.Dezember 1942

Privat und vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung!

Lieber Freund,
die nachfolgende Information wird den geheimen Mitgliedern unserer Organisation zugesandt zu privater Information im Zusammenhang mit den Judenmetzeleien in Polen.

Anfang September erreichte die Information unser Büro aus geheimen Quellen, und am 23. September wurde der nachfolgende Brief an den Sekretär des Joint Foreign Committee des Board of Deputies gesandt:

"Wir haben in den letzten Wochen ständig Berichte erhalten, in denen angenommen wird, dass die deutschen Behörden einen Plan zum Massenmord der kürzlich ins besetzte Polen und Russland deportierten Juden in Erwägung ziehen. Diese Berichte, die in Londoner offiziellen Kreisen nicht bestätigt werden, sind uns von verschiedenen Seiten zugegangen. In ein oder zwei Fällen stammen sie von Berichterstattern, die wir für zuverlässig halten, und die Verbindung mit deutschen Kreisen haben. Zweifellos werden Sie auch solche Informationen erhalten haben.

Im Hinblick auf den Ernst der Lage macht unsere Executive den Vorschlag, dass die Vereinigten Vorsitzenden Ihres Komitées eine kleine, nicht formelle und private Konferenz einberufen, gemeinsam mit den anderen beteiligten repräsentativen Organisationen, - die Jewish Agency, der Jüdische Weltkongress und wir selbst. Wir schicken eine Abschrift dieses Briefes zur Information an diese Körperschaften.

Es ist uns klar, dass die Lage, der wir gegenüberstehen, äusserst schwierig ist, und dass wir in diesem Lande sehr wenig tun können. Trotzdem sind wir überzeugt, dass Sie uns zustimmen werden, dass das Möglichste getan werden muss, um für geplante Maßnahmen Meinungsaustausch und Zusammenarbeit herbeizuführen."

H322180

Gleichzeitig fanden persönliche Unterredungen zwischen unseren Vertretern und den vier erwähnten Organisationen statt. Wir waren überzeugt, dass eine Zusammenarbeit wichtig sei.

In der Zwischenzeit standen wir mit unseren Büros in New York und Jerusalem in Verbindung, und wie Sie aus den Presseberichten ersehen haben werden, suchte eine Abordnung unseres jerusalemer Büros den Oberkommissar für Palästina Anfang November auf. Gleichzeitig war in Tel Aviv eine Massenversammlung einberufen worden, und bei zwei verschiedenen Gelegenheiten erliess unser Jerusalemer Büro Aufrufe an die Welt.

15 Nul. 5 g 169a

Das war die erste öffentliche Bekanntgabe der polnischen Tragödie.

In der Zwischenzeit blieben wir hier in Verbindung mit Verbündeten Behörden, dem Informationsministerium und dem B.B.C. (British Broadcasting Company) = Britische Sender. Am 30. November sahen wir Mr. Biddle, den U.S. Gesandten der Verbündeten Mächte in London und besprachen die ganze Lage mit ihm. Am gleichen Tage fand eine Versammlung des Joint Foreign Committee statt, an welcher die Unterzeichneten teilnahmen und auf welcher beschlossen wurde, die in unserem Brief vom 23. September gemachten Vorschläge durchzuführen.

Die vier Organisationen kamen am 3. Dezember zusammen. Wir wurden von Rabbiner J.J. Horowitz und dem Unterzeichneten vertreten. Der Hauptrabbiner war auch anwesend.

Jeder nur mögliche Vorschlag wurde in Betracht gezogen, und alle Beweis durchgesprochen. Jede Organisation berichtete über ihre Tätigkeit, und Sie werden bemerkt haben, dass die Presse zum Wochenende über die Metzeleien berichtete. Vielleicht haben Sie auch den Brief des Erzbischofs von Canterbury in "The Times" vom 5. Dezember gesehen.

Ich möchte gern wiederholen, dass jeder nur mögliche Vorschlag sorgfältig durchgesprochen wurde. Sie werden verstehen, dass ich sie nicht in einen Brief aufzählen kann. Das Wichtigste scheint zu sein, die Britische Regierung davon zu überzeugen, dass die Berichte nicht übertrieben sind.

Die vier Organisationen und der Hauptrabbiner werden ihre Sitzungen dauernd fortsetzen, und ich würde mich freuen, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, irgendwelche Vorschläge zu machen, von denen ich Ihnen versichern kann, dass ihnen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden wird.

"Jewish Weekly" wird regelmässige Berichte dieser Informationen enthalten, so weit sie veröffentlicht werden können, und es wäre anzuraten, dass Sie das Blat regelmässig lesen, um über unsere Tätigkeit unterrichtet zu sein.

Ich möchte noch erwähnen, dass unsere Executive am 6. Dezember zusammenkam, unter Teilnahme von Freunden aus den Provinzen, um mit dem ganzen Problem in ständiger Verbindung zu bleiben.

Vielleicht könnte ich noch erwähnen, dass unsere Freunde Die Rabbiner A.Babad, und A.I. Twerski zur Executive des Rats der Polnischen Juden (Council of Polish Jews) gehören, sodass wir in dieser Hinsicht in naher Verbindung zu dem Problem bleiben. Wir stehen selbst in Verbindung mit der Polnischen Regierung. Der Unterzeichnete ist in diesem Zusammenhang mit M.Stanczyk, dem Polnischen Minister für soziale Wohlfahrt am 4. Dezember zusammengekommen.

Am 8. Dezember traf der Unterzeichnete mit M.Dulanty, dem Oberkommissar für Irland zusammen. Mr. M.Briscoe M.P. für Dublin war zugegeben, und flog nach Irland, um mit den dortigen Behörden sich zu beraten. (zu verhandeln).

Zum Schluss möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die folgende Notiz in J.T.A. vom 6. Dezember lenken:

"Rabbiner J.J. Horowitz stellte fest, als er auf einer Notstandsversammlung der Agudath Israel Organisation den Vorsitz führte, - dass es die Pflicht jedes religiösen Juden sei, sich an dem Fasttag zu beteiligen, der vom Hauptrabbiner für Sonntag, den 13. Dezember festgesetzt worden ist. Das Komité beschloss gleichzeitig, dass die auf den Fasttag folgende Woche eine Woche der allgemeinen

K206805

H322181

AA Inl. Tg 169 a

Trauer sein sollte, während welcher die anglo-jüdische Gemeinde der ganzen Welt ihren Kummer und ihre Trauer über die Nazigreuel zeigen sollte.
Die Agudath Israel Organisation ruft jeden Juden in diesem Lande auf, während der Woche, die mit dem Fasten von Tevet abschliesst, sich der Teilnahme an irgend welcher Form der Unterhaltung und des Vergnügens zu enthalten, weil das dem Geist der Trauer widersprechen würde, die von jeden Juden empfunden wird."

Es wird vorgeschlagen, ähnliche Privatbrief von Zeit zu Zeit an unsere geheimen Freunde zu senden, die dafür Interesse haben, und wir wären dankbar, wenn Sie dem Büro eine Zeile zugehen liessen, ob Sie dieselben erhalten wollen.

Ihr ergebener

H.A. Goodman.

K206806

H322182

AS Nr. 4 g 169 a

Übersetzung

Telefon: Stamford Hill 6688/9

53, Queen's Drive,
London, N.4.

Zu Ihrer eigenen Information mit Empfehlungen vom Sekretär der Agudas Israel Organisation: Tagebuch über die Tätigkeit des Amtes während der letzten Monate und Pressekonferenzen:

Vertraulich — Nicht zur Veröffentlichung.

Tagebuch

August 1942 - November 1942: K206807

3.August:

65) Sonderkonferenz des Board of Deputies of British Jews über Nachkriegsprobleme. Mr.H.A.Goodman anwesend.
66) Die Polnische Regierung bittet Agudas Israel um eine Liste der polnischen Rabbiner in Russland zwecks Evakuierung und Auswanderung nach Palästina.

4.August:

67) Die Tschechoslowakische Regierung ist mit der Ausgabe von tschechoslowakischen staatenlosen Pässen in von uns empfohlenen Fällen einverstanden.

5.August.

68) Vertreter von Keren Hatorah und des Verbandes nehmen an einer Versammlung teil um einen United Appeal for Jews in USSR. (Gemeinsamen Aufruf für die Juden) zu organisieren.

7.August:

69) Keren Hatorah macht Stiftungen für Diskin Orphanage (Diskin Waisenhaus) in Palästina.
70) Agudas Israel kabelt I.M. Lewin Unterstützungen für Agudas Junden-und Mächensch len in Palästina.
71) Überweisung von Seforim an die Gateshead Klassen gesandt.

9.August:

72) EinOrganisationskomité von Agudas Israel in Rabbiner Dr.Schonfelds Haus. Repräsentationskomité wird gebildet.

73) Keren Hatorah macht Palästinastiftungen in Kollelim.

13.August:

74) Verhandlungen mit dem Britischen Kriegswirtschaftsministerium bezügl. eines Planes für Lebensmittelpakte.
75) Einschreiten des polnischenMinisteriums für soziale Wohlfahrt bezügl. der Flüchtlinge in Portugal und im unbesetzten Frankreich.
76) Keren Hatorah kabelt Palästinastiftungen in Bezug auf Beth Din.
77) Einschreiten des Tschechoslowakischen Kreditfonds bezügl. der Erziehung tschechoslowakischer Kinder in England.

14.August:

78) Zusammenkunft mit dem Sekretär der Internationalen Kommission für Kriegsverbrechen: Zusammenarbeit vereinbart.

AS Inv. II g 169 a

17.August:

79) Versammlung des Verbandes der Orthodoxen Juden aus der Tschechoslowakei.
80) Kabel an den Hauptrabbiner Herzog bezügl. der von ITA berichteten Unordnungen zu Shomer Shabbath.
81) Einschreiten mit dem Polnischen Bischof in polnisch-jüdischen Angelegenheiten von religiösem Interesse.

19.August:

82) Zusammenkunft mit Regr. Machacek, dem Vize-Präsident des Tschechoslowakischen Staatsrats bezügl. eines tschechoslowakischen Buches gegen den Antisemitismus.

20.August:

83) Zusammenkunft des Old Yishuv Kriegsfonds.
84) Zusammenkunft von Keren Hayishuv und des Polnischen Agud Komitées.

21.August:

85) Zusammenkunft mit J.D.C. bezügl. Agudist Sendungen.
86) Der Hauptrabbiner Herzog kabelt Aguda, dass die Gerüchte bezügl. der Störungen am Shomer Shabbath unbegründet sind. Dementi in der jüdischen Presse abgedruckt.
87) Ellul Hayeled veröffentlicht.
88) Dem Verband der Tschechoslowakischen Juden gelingt es, tschechoslowakische Flüchtlingskinder aus christlichen in jüdische Häuser überzuführen.
89) Keren Hatorah kabelt Stiftung an Rabbiner Helzer, Jerusalem, für Rabbiner aus Russland.

26.August:

90) Versammlung des Keren Hayishuv Komitées.
91) Aguda legt die ersten 2500 Namen vor zur Übermittelung nach Lissabon für Lebensmittelpakete.

27.August:

92) Besprechungen mit polnisch-jüdischen Kaplanen bei den Truppen bezügl. Ernennung von Kaplanen aus Aguda-Kreisen für den Mittleren Osten.

28.August:

93) Keren Hatorah macht Stiftungen an Yeshivoth und Beth-Jacob Klassen.
94) Vereinbarungen mit der Polnischen Regierung wegen Aguda-Rundfunksendungen nach Polen.
95) Interview mit dem Sekretär von Präsident Dr. Benesch bezügl. des Judentums in der Tschechoslowakei.

K206808

30.August:

96) Vertreter sind auf der Konferenz des United Russian Appeal Committee (Vereinigten russischen Hilfskomitées) zugegen.

31.August:

97) Zusammenkunft mit Mr. Briscoe, Mitglied des Irischen Parlaments, bezügl. der Ansiedlung von Flüchtlingen in Irland.
98) Interview mit Mr. Boyd, Palästina Abteilung des Kolonialamts.

1.Sept.

99) Interview mit dem Tschechoslowakischen Jederaufbauministerium bezügl. Zusammenarbeit in Fragen jüdischen Besitztums in der Tschechoslowakei.

. . .

100) Zusammenkunft mit Council of Polish Jews (Polnischer Judenrat)

AA Jul. II g 169 a

101) Abordnung besucht den Hauptrabbiner Dr.Hertz bezügl. der Zusammenarbeit im Lidice-Plan.
102) Zusammenkunft mit dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz bezügl. Lebensmittelpakete für die Tschechoslowakei.
103) Interview mit dem Tschechoslowakischen Informationsministerium bezügl. einer Rundfunksendung über Erev Rosh Hshonoh nach der Tschechoslowakei.

- - - - - - -

Aus den weiteren Tagebuchaufzeichnungen von Agudas Israel ist zu erwähnen:

7.Sept.

113) Unterredung mit Board of Deputies über Zusammenarbeit in politischen Fragen.

8.Sept.

114) Mr.Springer interviewt Dr.Sulzberger, Herausgeber der New York Times, Präsident des Amerikanischen Roten Kreuzes.

11.Sept.

122) Rundfunksendung über den BBC Europadienst von Mr.H.A. Goodman über die Agudas Weltorganisation und eines polnischen Rabbiners an Polen im Namen von Polnisch Agudah.

23.Sept.

131) Agudas Welt Organisation gibt einen Empfang für den polnischen Bischof Kaczynski und Dr.Rettinger. Vorsitzender: Rabbiner Horowitz.

K206809

28.Sept.

137) Interview mit dem Bischof von Hongkong bezügl. der Flüchtlinge auf von Japanern besetztem Gebiet.

2. Oktober:

141) Unterredung mit Jüdischem Weltkongress (Mr.Goodman - Mr.Easterman)

5.Okt.:

143) Kabel von Rabbiner Kossowsky, Johannesburg, bezügl. Austausch von Gefangenen aus Shanghai. - Aguda unternimmt die nötigen Schritte bei Britisch Polnischen Regierungsämtern.

12.Okt.:

153) Empfang im Dorchester Hotel um den Lidice-Feldzug zu eröffnen. Vorsitz:Sir George Jones. Redner: Rt.Hon. Hore Belisha, Sir Herbert Emerson(Oberkommissar für Flüchtlinge), H.E.M. Jan Slavik, Tschechoslowakischer Innenminister; H.E.M. Stanczyk, Polnischer Minister für Soziale Wohlfahrt; Rt.Hon Lord Strabolgi; der Vertreter von Maisky, russischem Botschafter; Vertreter von Spaak, Belgischem Aussenminister; Rabbiner L.A. Lazarus; Mr.H.A. Goodman, Vorsitzender des Verbandes der Tschechoslowakischen Juden; Zugegen sind Mitglieder des Ober- u.Unterhauses, Vertreter aller Verbündeten Regierungen.

15.Okt.:

158) Rabbiner J.J.Horowitz u. Mr.H.A.Goodman suchen Lord Cranborne, Kolonialminister, auf in Palästina- und Flüchtlings-Angelegenheiten.

20.Okt.:

163) Schritt beim Aussenministerium zwecks Wiedereinbürgerung von Talmud Studenten in Shanghai.

28.Okt.:

174) Bildung von Agudist Frauengruppe (60 Mitglieder melden sich).

SS Mi. Ü 9 869

12.Nov.:

196) Unser offiziell anerkannter Vertreter wohnt der Eröffnung des Tschechischen Staatsrats in Bezug auf die religiöse Tschechoslowakische Judenheit bei.

30.Nov.:

214) Mr.Goodman und Mr.Springer suchen den U.S.Botschafter Biddle auf bezügl. der Lage der Flüchtlinge in Französisch Nordafrika, der Lage der Juden in Europa und anderer jüdischen Probleme.

215) Versammlung des Joint Foreign Committee. Unser Vorschlag einer gemeinsamen Beratung von Agude, Weltkongress, Jewish Agency und Board of Deputies (v.23.9.) wird angenommen.- Die erste Versammlung soll am 3.Dezember über die polnischen Niedermetzelungen abgehalten werden.

- -

(Aus Auszügen der J.T.A. Nachrichten:)

J.T.A. 9.8.
Der Erzbischof von Canterbury begrüsst in einer Botschaft an den Masaryk Easter Fund des Verbandes der Tschechoslowakisch Juden die Errichtung einer "Lidice Kolonie" in Palästina zum Gedächtnis an heroische Haltung des tschechischen Volkes in Lidice.

J.T.A. 18.8.
Die berühmte Yeshivah of Mir (Talmudschule) setzt ihre regelmässige Arbeit in Shanghai fort, wohin viele Studenten verschlagen worden sind, entsprechend den Meldungen der Executive der Agudath Weltorganisation.
Rabbiner Schmulewitz leitet die Yeshivah, die Kurse werden von mehr als 250 Studenten besucht.

J.T.A. 25.8.
Auf der Schlußsitzung der dreitägigen Konferenz zur Stärkung des Judentums, die von der Agudath Israel Organisation von Amerika in Belmar, New Jersey, abgehalten wurde, wurde beschlossen, einen Fond zu gründen, um die religiöse Erziehung unter den Juden in Amerika zu fördern.
Rabbiner Isaac Lewin, Anführer der Agudath Israel in Polen, hielt eine Rede auf der Konferenz und beschuldigte die Juden von Amerika der "Gleichgültigkeit" gegen das Schicksal der Juden in den von Nazis besetzten Polen.Er schlug die Gründung eines Komités durch Agudath Israel vor, um die Hilfe für die verfolgten Juden in Europa zu organisieren. Rabbiner S. Curari von New York war unter den Hauptrednern der Sitzung.

J.T.A. 18.9.

Juden und Nicht-Juden nach dem Krieg: Der Erzbischof von Canterbury sieht eine grössere Freundschaft und Frieden voraus: Antwort auf die Botschaft von Agude.

Die Executive der Agudist Welt Organisation hat eine Botschaft an den Erzbischof von Canterbury gesendt, in welcher ihre"aufrichtige Wertschätzung" ausgesprochen wird, "für den Ausdruck der brüderlichen Teilnahme, die Sie in den letzten Monaten für die Leiden unserer unglücklichen Brüder im Nazi besetzten Europa ausgesprochen haben. Wir fühlen es,

As ml. II 9 169 a

dass wir in ihrem Namen sprechen, wenn wir unsere tiefe Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Wir wissen, dass Ihre Worte ein Echo in den Herzen und den Seelen von Millionen Gläubigen finden. Wir glauben daran, dass unser Allmächtiger Vater dem siegreichen Frieden der Sache der Freiheit und Gerechtigkeit schenken wird, und dass Sie bewahrt bleiben mögen, um den Wiederaufbau einer kriegszerrütteten Welt und ihre Rückkehr zum Dienste an Gott zu erleben."

Der Erzbischof antwortete:" Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren freundlichen Brief. Ich glaube, dass mit dem Ende dieses Krieges wir eine Zeit grösserer Freundschaft erleben werden und eines tieferen Friedens für das jüdische Volk in Bezug auf diejenigen, unter denen es lebt."

J.T.A. 15.10.
Agudah Anführer vom Kolonialminister empfangen.

Lord Cranborne, Kolonialminister, empfing Rabbiner J.J. Horowitz, Vorsitzenden des Verwaltungskomités der Agudath Israel Weltorganisation und Mr. H.A. Goodman, der politischen Sekretär.

Es wurden Fragen der Palästinapolitik und die Rechte der orthodoxen Gemeinden in Palästina besprochen.

Die Abordnung warf auch die Frage auf, ob Gruppen von jüdischen Flüchtlingen, denen es gelungen ist, aus dem von Nazis besetzten Europa zu entkommen, die aber keine Visen für andere Länder erhalten könnten, innerhalb des Britischen Kolonialreichs Zuflucht finden könnten.

Der Kolonialminister zeigte grösstes Interesse für die besprochenen Fragen.

K206811

J.T.A. 19.10.
Hervorragender galizischer Rabbiner von der Gestapo ermordet: die ganze Familie ausgerottet.

Rabbiner Tobias Horowitz von der grossen galizischen Gemeinde von Sanok ist ein Opfer der systematischen Ausrottungspolitik geworden, die von der Besetzungsmacht gegen die jüdische Bevölkerung in Polen durchgeführt wird, - entsprechend einer Meldung, die hier bei der Executive der Agudath Israel Weltorganisation eingelaufen ist.

Rabbiner Horowitz war Mitglied des Zentralrats der Agudath Israel seit 1923, und Executiv Sekretär des Welt-Rabbinerrats.(World Rabbinical Council)

Bei verschiedenen Gelegenheiten besuchte er verschiedene westeuropäische Länder, Britannien und die Vereinigten Staaten im Auftrag des Zentral Beth Jacob Komités. 1938 wurde ihm ein Sitz in Zentral Beth Din in Warschau angeboten.

Rabbiner Horowitz und seine Familie hatten in Rymanow bei seinem Schwager, dem Rabbiner von Blazowa, Zuflucht gefunden. Der ganze Haushalt, einschliesslich alle Mitglieder beider Familien wurden ermordet.

Man hat keine Nachricht über irgend welche angebliche Gründe für das Verbrechen.

J.T.A. 2.11.
Das Zentralkomité der Agudah Weltorganisation hat durch die J.T.A. in Jerusalem einen dringenden Aufruf an das Judentum von Palästina und aller anderen freien Länder erlassen zur Bildung einer Einheitsfront zur Rettung des europäischen Judentums. . . . . .

AA Inl. II g 169 a

J.T.A. 3.9.

Jüdische Probleme in Sowjetrussland: Agudah Grüsse an das russische Judentum.

"Wir erwidern herzlich die Grüsse unserer Brüder in Russland, die seit ungefähr 20 Jahren vom jüdischen Weltleben abgeschnitten waren," sagte Mr.H.A. Goodman, der politische Sekretär der Agudist Organisation auf einer in Nord-London abgehaltenen Versammlung.

Indem er darauf hinwies, dass das Judenproblem in Sowjet Russland von grösster Bedeutung sei, berichtete Mr.Goodman über die Verhandlungen mit der Sowjetbotschaft in London, und erkannte die Bereitwilligkeit der russischen Behörden zur Zusammenarbeit an. "Aber dies ist ein Problem, welche die Wohlfahrt und das Schicksal von vielen Hunderttausenden von Juden angeht," fuhr er fort."Die polnische Angelegenheit scheint im Begriff der Regelung zu sein, wenngleich noch nichts endgültig entschieden ist in Bezug auf die geplante Teilnahme jüdischer Abgeordneter an der Abordnung, die aus Palästina nach Moskau reist."

"Aber das Problem einer grossen Zahl von Flüchtlingen aus den früheren baltischen Ländern und aus Bessarabien ist noch nicht entschieden," fuhr Mr. Goodman fort, "wenngleich M.Masaryk, der tschechische Aussenminister, versprochen hat, das Amt des tschechischen Gesandten in Moskau bei irgend welchen Grenzfallfragen auszunutzen. Um aber dies Problem entsprechend zu lösen, sind die vereinigten Bemühungen der repräsentativen und philantropischen jüdischen Organisationen in Grossbritannien und den U.S.A. erforderlich. Ich habe Grund zu glauben, dass das Joint Foreign Committee sich jetzt offiziell mit diesem Problem beschäftigen wird, und so eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen verantwortlichen Organisationen, die zuständig sind, herbeiführen wird.

Es ist unsere wohlbedachte Meinung, dass eine bevollmächtigte Abordnung aus London nach Moskau gehen sollte, ganz unabhängig von den vorgesehenen polnisch-jüdischen Abgeordneten aus Palästina. Amerikanische religiöse jüdische Kreise unterstützen eifrig diesen Vorschlag.

"Vielleicht ist der rührende Aufruf des russischen Judentums an die Juden in der ganzen Welt nicht die unwichtigste Entwicklung der jüngsten Tage," schloss Mr. Goodman. "Wir erwidern herzlich die Grüsse unserer Brüder in Russland, die seit einigen 20 Jahren vom jüdischen Leben der Welt abgeschnitten waren."

K206812

F.d.R.d.U.: v. d. Osten-Sacken

Berlin, 18.5.43

AA Inl. II g 169 a

Ref.: L Dr. von Hadow

zu Fol. II 1395 g.

p. m.

Der von der deutschen Botschaft in Paris eingereichte, wenn der Veröffentlichung Paris erfolgte Bericht des Agudas Israel World Organisation London hat bei Pol. V (Herrn Dr. von Hoffmann) vorgelegen.

1. bei Pol. IX (Herrn Dr. [illegible]) und Pol. IX (Herrn Dr. [illegible])

2. z. g. Vfg.

2. z. d. A.

Fol. II

K206813

H322183

268/43 g

IV B 4 2. 8. 1943 R. Eichmann
B. Fingerhuth

Französische Gesandtschaft in Bukarest
und die Judenfrage

AA Inl. II g 201

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 268/43 g

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 2. August 194 3.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

2278 g. Rm

An das
Auswärtige Amt,
z.Hd.v.Herrn Legationsrat von Thadden
o.V.i.A.,

B e r l i n ,

Rauchstrasse 11.

Betrifft: Französische Gesandtschaft in Bukarest und die Judenfrage.

Bezug: Ohne.

Wie der Berater für Judenfragen bei der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest mitteilt, hat der französische Handelsattaché S a r r e t von der französischen Gesandtschaft in Bukarest sich mit einem abschriftlich hier vorliegendem Schreiben vom 8.6.1943 an den Präsidenten der Judenzentrale gewandt, um gegen die Heranziehung von Juden französischer Staatsangehörigkeit zur Sonderabgabe von 4 Milliarden Lei Stellung zu nehmen. Sarret gründet seine Intervention darauf, dass das rumänische Aussenministerium der französischen Gesandtschaft anlässlich der Enteignungsmassnahmen des rumänischen Staates gegen rumänische Staatsangehörige jüdischer Abstammung die ausdrückliche Zusicherung gegeben habe, unter den französischen Staatsbürgern keinen auf rassischer Grundlage bedingten Unterschied zu machen.

K212802 ./.

AA Nachtrag 201

Der Berater für Judenfragen bemerkt hierzu, dass - nach einer ihm zugegangenen Mitteilung - der französische Handelsattaché Sarret im Weltkrieg 1914/18 der französischen Militärmission in Rumänien als Mitglied angehört habe und dass Sarret Jude sei.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n .

Beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

K212803

AA Me II g 201

Berlin, den 27. September 1943

i. Pers

g. Rs. II 2675 g.

Betrifft Verhaftung von Juden durch die französische Polizei und deren Überführung nach Drancy

Bezug: Drahtbericht Nr. 4399 vom 16. September 1943 - 1953 -

Ich habe die Botschaft in Paris von der Verhaftung [illegible] der französischen Polizei unterrichtet.

Bezug: Erl. vom 3.9.43 - II 2675 g.

Nach Mitteilung der Botschaft hat der Judenälteste in Paris [illegible] ob Personen [illegible] sich [illegible] Maßnahmen [illegible]

Im Auftrag

K212799

Juden

Pol. 34

Inl. 33110

AA neue Nr. 9 201

23. NOV. 1943

Deutsche Botschaft
Paris

Paris, den 22.November 1943

3207 g

Nr.1753/43 g II Ausf. 2

Geheim

Im Anschluß an den Bericht vom 16.September d.Js. - 1753/43 g -

Betr.: Französischen Handelsattaché
S a r r e t .

Der Personalchef des französischen Außenministeriums hat mitgeteilt, daß S a r r e t nach den Bestimmungen des Beamtengesetzes nicht als Jude anzusehen sei. Im übrigen sei die Französische Gesandtschaft Bukarest zur Berichterstattung aufgefordert worden.

An das
Auswärtige Amt
B e r l i n

K212804

AA Inl E g 201
Fol. 33119

Telegramm

(geh.Ch.Verf.)

Bukarest, den 16. Dezember 1943 21.15 Uhr

Ankunft „ 16. „ „ 23.15 „

Nr. 7057 vom 16.Dezember 1943.

×)Inl II 5212 g II Auf Drahterlass Multex 1264 ×)vom 7.Dezember.

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

den 6. Dezember 1943

Auswärtiges Amt

1.) Inl.II 3207 g

Abschriftlich

dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD

s.umseitig

Im Anschluss an das Schreiben vom 28. September 1943 - Inl.II 2675 g - zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

2.) Zdl

6. Dez. 1943

K212805

Verteiler:

Nr. 1 an Inl II (Arb.-St.)
„ 2 „
„ 3 „
„ 4 „ Sammlg. Telko

Dies ist Nr. 3

K212806

E421627

A. Ch. B. 17. 100000. 2. 43.

Für Rumänien (Entschlüsselung Rückkehr).

Heft v.

2032/42

W B 4 b 8. 12. 1942

M. Eichmann
B. Reichert
S. Re

Juden iranischer Staatsangehörigkeit

Erwähnung Boßhammers in einem
Bericht von Rhaden vom 26.5.1943

AA Inl. II A 65/2

Berlin, den 18. 1. 1942

D III 5133

4 Anlagen

Dr. 7488

1. In Durchschlag anbei 3 Anlagen

bzw.: (zu 1:)
a) 1 Durchschlag des Antrags der Firma Briefkuvertierungsmaschinen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
b) 1 " " " " 2 "
c) 1 " " " " 3 "
d) 1 " " " " 4 "

Ref.: i.V. Ges.Rat Klingenfuß

Wegen Abgang: (Ltr. 2/1 Einsen)
bei Kol. XI

m.d.B.um Ktsn.
vorzulegen.

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt und mit dem Ersuchen,

~~I.V.~~
(Klingenfuß)

Pallenberg, mich von dem Briefkuvertierungsmaschinen Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit zu zeichnen.
Ich darf bitten, mir die Vorlage Mitzeichnung zu

2. z.d.A.

ab 21.2.42 Hdb

AA Nr. II A 6572

zu dem Schreiben vom
12. Oktober 1940 betr.
Abmachungen Deutschland
Bulgarien über Postverkehr
dem zu wollen.

J. V.

(Klingenfuß)

Pol. 28.

AA Inl. II A 65/2

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 b - 2032/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum angeben

Berlin SW 11, den 8. Dezember 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

D III 7488

An das
Auswärtige Amt,
zu Hd. von Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuss,

B e r l i n - W 8,
Wilhelmstr.74/76.

Betrifft: Juden iranischer Staatsangehörigkeit.
Bezug: Dort. Schreiben vom 18.9.42 - D III 5133.

b 6362

Bei den Darstellungen in der Eingabe der iranischen Juden "Les Iraniens de confession mosaique" handelt es sich um einen der üblichen jüdischen Verschleierungs- und Tarnungsversuche.

Mag es auch im Iran infolge der rassischen und religiösen Struktur Vorderasiens vereinzelt Iraner mosaischer Konfession geben, die rassisch nicht zum Judentum gehören, so haben die Juden, die vielfach nur auf Grund ihres religiösen Bekenntnisses als solche zu erkennen sind, auf Grund dieses Umstandes allein noch keinen Anspruch darauf, allgemein Nichtjuden gleichgestellt zu werden. Eine derartige Sonderstellung der iranischen Juden würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn es im Iran niemals eine Judenfrage und niemals Juden, die rein rassisch gesehen Juden sind, gegeben hätte.

Gerade das Gegenteil ist aber der Fall. Durch alle Jahrhunderte, angefangen in der geschichtlichen Blütezeit des Perserreiches (Fall Esther, Purimafest der Juden) war die Judenfrage im Iran lebendig, Je nach der politischen Lage war sie akut oder trat sie mehr in den Hintergrund zurück. Besonders stand das 17.Jahrhundert im Iran im Zeichen einschneidender Judenmassnahmen. (Kennzeichnung durch Tragen

./.

AA Nue. II A 6572

eines roten Tuches auf der Brust, Ghettoisierung, zeitweiliges Ausgehverbot).

Die Besserung der Lage des Judentums im Iran, vor allem im 19.Jahrhundert, hat insbesondere seine Ursache in den laufenden Interventionen der Alliance Israelite und des russisch-jüdischen Finanzkapitals, insbesondere unter Poljokoff. Im Verlauf der iranischen Revolution in den Jahren 1920 - 1921 führte schliesslich Riza Chan die rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Iranern durch. Seit dieser Zeit finden die Juden Eingang in sämtliche Ämter, mit Ausnahme der Ministerämter.

Entgegen der Darstellung in dem jüdischen Memorandum befinden sich im Iran schätzungsweise 60.000 Juden, wovon allein 10.000 auf Teheran entfallen. Ebenso ist die Behauptung, dass die Juden des Iran die Gewohnheiten und Sitten der Iraner besässen und sich der persischen Sprache bedienten, nicht in vollem Umfange richtig. Allein auf Grund der religiösen Verschiedenheiten ist eine strenge Trennung zwischen Juden und Iranern überall zu bemerken. Auch bedienen sich die Juden eines besonderen persisch-jüdischen Dialektes.

Nach der in den 20er Jahren erfolgten rechtlichen Gleichstellung der Juden mit den Iranern entspricht es zwar den Tatsachen, wenn es in dem Memorandum heisst, dass die Iraner jüdischer Konfession nicht als eine rassische Minderheit, weder de facto noch de jure angesehen werden, nach den vorstehenden Ausführungen liegen jedoch keine Gründe vor, die im Iran erfolgte Gleichstellung der Juden mit den Iranern in den dem deutschen Machtbereich unterliegenden Ländern ebenfalls anzuerkennen.

Da eine einwandfreie rassische Feststellung im Einzelfall vielfach unmöglich erscheint, muss gerade für sie die präsumtio juris et de jure gelten, dass ein Grosselternteil ohne weiteres als Jude gilt, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat. Darüber hinaus

./.

AA Nuel. II A 65/2

aus dem gleichen Grunde ferner auch die im besetzten Gebiet Frankreichs geltende Rechtsvermutung auf sie anzuwenden, dass in Zweifelsfällen der als Jude gilt, wer der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat. (§ 1 der Siebenten Verordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich über Massnahmen gegen Juden vom 24.3.1942 - VOBl.F.S.357).

Durchschrift vorstehenden Schreibens habe ich der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern zur Kenntnisnahme zugehen lassen.

Beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

Im Auftrage:
gez.Eichmann.

Re

AA Mel. II A 65/2

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt Berlin, den 29. April 1943

Inl.II A 330

Im Deutschen Machtbereich halten sich eine Reihe iranischer Staatsangehöriger mosaischen Bekenntnisses auf, die von den deutschen Behörden zur Zeit wie Juden behandelt werden. Diese Personen gehören der islamischen Sekte der Djuguten an, die zwar einige Religionssätze dem mosaischen Glauben entnommen haben, im Wesentlichen aber mohamedanischen Gesetzen folgen. Es erscheint daher sachlich nicht gerechtfertigt, die deutschen Judenbestimmungen auf diese Personen zur Anwendung zu bringen. Außerdem ist aus politischen Gründen zur Zeit eine Diskriminierung der Djuguten nicht erwünscht.

Es wird daher gebeten zu veranlassen, dass die deutschen Judenmassnahmen nicht auf die Anhänger der islamischen Sekte der Djuguten iranischer Staatsangehörigkeit angewendet werden.

Als Djuguten sind hier die in den beiden Anlagen aufgeführten Personen bekannt geworden.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n , o.V.i.A.

Kurfürstenstr.116

ab: 5. 5. Ke
Anl. angefügt

AA Pol II A 6512 134

Inl. IIA V 3 28

27. MAI 1943

Dopp. d. Eing.

Leg.Rat v. Hadden

Von Hauptsturmf. ~~Obersturmbf.~~ Bosshammer beim Chef Sipo wurde ich auf das Schreiben vom 24.4.1943 Inl.II A 3300 angesprochen. Diesem Schreiben habe eine Liste von Djuguten beigelegen, die von der Erstreckung der allgemeinen Judenmaßnahmen auszunehmen seien. Eine inhaltlich völlig gleiche Liste habe bereits dem Schreiben D III 5133 im Herbst v.Js. beigelegen, doch seien die aufgeführten Personen damals nicht als Djuguten bezeichnet, sondern in langatmigen Ausführungen sei dargelegt worden, daß es sich um eine jüdische Gruppe handele, die den Djuguten ähnlich wäre und daher wie diese zu behandeln sei.

bei 3300 b. i a

Sofern diese Angabe zutrifft, weist Bosshammer mit Recht daraufhin, daß es sich offensichtlich um einen typisch jüdischen Trick handele, um die im Vorjahr abgelehnte Sonderbehandlung einer jüdischen Gruppe nunmehr durch ein Hintertürchen doch noch zu erreichen.

Hiermit
Herrn Hofrat Jüngling
mit der Bitte um Überprüfung.
Berlin, den 26.Mai 1943

Hadden

AA Inl. II A 6572

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko.

Auswärtiges Amt

Inl.II A 4328

Berlin, den 9. Juni 1943

Im Anschluss an das Schreiben vom
29.April 1943 - Inl.II A 3566 -

Wie dem Auswärtigen Amt bekannt geworden ist, sind einzelne Juden iranischer Staatsangehörigkeit bestrebt, ihre Befreiung von den allgemeinen Judenmassnahmen dadurch zu erreichen, daß sie sich als Djuguten ausgeben, obwohl sie dieser Sekte nach ihrem eigenen früheren Vorbringen nicht angehören.

Da lediglich für die Djuguten in Anbetracht ihrer besonderen Verhältnisse nach Ansicht des Auswärtigen Amtes eine besondere Behandlung politisch wünschenswert ist, wird anheimgestellt, bei Anträgen iranischer Staatsangehöriger auf Sonderbehandlung in jedem Einzelfall zu prüfen, ob es sich tatsächlich um Djuguten handelt und nur diesen eine Behandlung als Arier zuteil werden zu lassen.

Seitens des Auswärtigen Amtes besteht kein Interesse daran, daß sonstigen iranischen Juden eine andere Behandlung als den übrigen Reichsdeutschjuden zuteil wird.

In Auftrag

gez. Rhadden

1.)

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. von SS-Obersturmbann-
führer E i c h m a n n,
o.V.i.A.

Kurfürstenstr. 116

2.)

ab: 11/6

AA Nr. II A 6572

Durchdruck
Auswärtiges Amt
Inl.II A 4328

Berlin, den 9. Juni 1943

Abschriftlich

Baldigst

a.) der Deutschen Botschaft in Paris
b.) der Dienststelle des Auswärtigen Amts in Brüssel
c.) dem Vertreter des Auswärtigen Amts in Den Haag
d.) dem Vertreter des Auswärtigen Amts in Prag
e.) dem Vertreter des Auswärtigen Amts in Krakau
f.) dem Vertreter des Auswärtigen Amts in Riga

- je besonders -

zur Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

gez.v.Thadden

10/6

CDJC

30/44 g (3)

IV B 4 22. 1. 1944 M. Günther
B. Eichmann

Anteilnahme Inlands an dem Schicksal jüdisches Familien in den besetzten Ostgebieten

(1) JC XLVI 3/1

ph.

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 — 38/44g(3)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 22. Januar 1944.
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

Geheim

B. d. S. - Paris
Eing. -7 FEB 1944
G.B.-Nr. 33 42
Abt. IV B Anl.

Schnellbrief

-7 FEV 1944
1468/44

An den
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich,
SS-Standartenführer Dr. K n o c h e n o.V.i.A.,

in P a r i s.

1 Abschrift ergeht mit gleicher Post zur gefl. Kenntnisnahme.
F.-T. gdr.
L-8

Betrifft: Anteilnahme Irlands an dem Schicksal jüdischer Familien in den besetzten Westgebieten.

Bezug: Ohne.

IVB-Bolz
N. g. K.
an
44 Mat.
11 Hefter:
Ist dort etwas über das Verhalten irischer Behörden für Juden in Vitel bekannt?
Rückfrage 8/2/44.

Streng vertraulichen Meldungen zufolge soll sich Irland neuerdings an dem Schicksal von Juden in den besetzten Westgebieten insbesonders ehemals polnischer Staatsangehörigkeit interessiert zeigen.

So bemühe sich Irland einmal, die grundsätzliche Einstellung Deutschlands zur Frage der Übernahme von Juden aus den besetzten Westgebieten nach Irland für die Kriegsdauer zu ermitteln. Zum anderen seien schon Einzelprojekte in Erwägung gezogen. So habe man beispielsweise die Übernahme von 500 jüdischen Kindern aus Frankreich bis Kriegsende nach Irland und die Übernahme von 200 sich angeblich in Vitel befindlicher Judenfamilien ehemals polnischer Staatsangehörigkeit ins Auge gefasst.

Um Bericht wird gebeten.

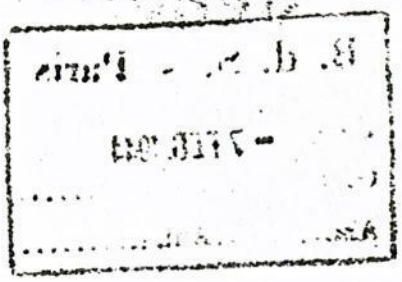
Im Auftrage:
Wu. 24.2.44
gez. G ü n t h e r.

Beglaubigt
Kanzleiangestellte.

CDJC XLVI J/J.

Der Befehlshaber
der Sicherheitspolizei und des SD
im Bereich des Militärbefehlshabers
in Frankreich

IV F 4 Jnr 11. 2. 44



Nebe

an Kdo IV B

zurückgesandt. Die dritte Verbindung, durch eine einzelne Karawane dritten N.A. sind bisher hier nicht verfügbar gewesen, wenn sich der Juden angenommen. Infolgedessen ist uns nichts in Vittel bekannt.

Die Juden (Polen) im Lag Vittel waren voll der antibolschewistischen Propaganda. Seit dem Fall Dombasle sind die Elemente gesondert. Die sind jetzt N.A. einliefern und müssen ausgetauscht werden. Die Verbindung mit den Juden in der Ukraine, die für die N.A. Ausweise usw. beschaffen.

Dr. Lilien.
44 Hauptsturmführer

Hv 12

CDJC XLVI J/J ph.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich

Nachrichten - Uebermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit / von durch	Befördert Tag Monat Jahr Zeit / an durch	Raum für Eingangsstempel
13411	Verzögerungsvermerk	
..... Nr. 13411		

Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch

IV B - BdS - SA 241
Rö./Ne.

Paris, den 18. Februar 1944

1. Fernschreiben.

G e h e i m !

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV B 4

B e r l i n .

Betr.: Anteilnahme Irlands an dem Schicksal jüdischer Familien in den besetzten Westgebieten.

Vorg.: Dort. Schnellbrief vom 22.1.1944, Az.: IV B 4 30/44g (3)

Die irische diplomatische Vertretung sowie auch Einzelpersonen irischer Staatsangehörigkeit sind bisher nicht vorstellig geworden, um sich irgendwelcher Juden anzunehmen. Desgleichen ist auch nichts im Lager Vittel hierüber bekannt geworden.

BdS - Referat IV B, im Auftrage: Röthke, SS-Obersturmführer.

I.A.: Röthke

22/2

BdS. I/II A — 93 — 75 000